Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Mit dem Sturz der SED-Diktatur forderte die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR 1989/90 auch die Öffnung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), am 20. Dezember 1991 mit breiter Mehrheit vom Parlament des vereinten Deutschlands verabschiedet, schaffte dafür die Grundlage.

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gehört die "Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes" (§ 37 StUG). Dazu trägt dieses Kompendium "Anatomie der Staatssicherheit" bei. Das vorliegende Handbuch liefert die grundlegenden Informationen zu Geschichte und Struktur des wichtigsten Machtinstruments der SED.

Seit 1993 einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Abteilung Bildung und Forschung, gelangen die abgeschlossenen Partien des MfS-Handbuches ab Herbst 1995 als Teillieferungen zur Veröffentlichung. Damit wird dem aktuellen Bedarf unterschiedlicher Institutionen und Interessenten Rechnung getragen: den Opfern des MfS, die sich – zum Beispiel durch persönliche Akteneinsicht – jetzt noch einmal mit ihrem Lebensweg befassen, oder etwa Gerichten und Politikern, die in das konspirative Dickicht der DDR-Geheimpolizei vordringen wollen, sowie Behörden, Journalisten und interessierten Bürgern. Schließlich soll es den Historikern dienen; sie können wohl am ehesten ermessen, welche Anstrengungen erforderlich sind, binnen kurzer Frist ein Werk wie dieses zu erarbeiten.

Gemessen an vergleichbaren wissenschaftlichen Publikationen mit Handbuchcharakter, erscheinen die Teillieferungen des MfS-Handbuch zu einem sehr frühen Zeitpunkt. Die Autoren konnten nicht auf einen fortgeschrittenen Forschungsstand mit entsprechend gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen zurückgreifen, sie waren vielmehr gezwungen, grundlegende Befunde erst zu erarbeiten. Da die archivische Bearbeitung der Aktenbestände des BStU noch längst nicht erledigt ist, mußten die Forschungen zum vorliegenden Werk auf der Grundlage noch nicht vollständig erschlossener Bestände erfolgen. Kleinere Korrekturen und Ergänzungen dürften daher voraussichtlich bis zur Publikation der definitiven Buchfassung noch anfallen, in der zu gegebener Zeit sämtliche Teillieferungen zusammengefaßt werden.

Die nachfolgende Übersicht über das Gesamtwerk ermöglicht die Einordnung der jeweils vorliegenden Teillieferung (Fettdruck). Bereits erschienene Teile sind in diesem Inhaltsverzeichnis des MfS-Handbuches mit einem Punkt gekennzeichnet (•).

Die Herausgeber danken allen, die zur Erarbeitung des Handbuches beitragen: den einzelnen Autoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Bildung und Forschung, wo die "Anatomie der Staatssicherheit" entsteht, jenen der Abteilung Archivbestände, die das Vorhaben mit Engagement unterstützen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Auskunft und der Außenstellen, denen wir manchen wertvollen Hinweis verdanken.

Die Herausgeber Berlin, August 1995

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT

– MfS-Handbuch –

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt

Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft

MfS-Handbuch, Teil III/10

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-12-7

urn:nbn:de:0292-97839421301270

Inhalt

1 Überblick

Der "Schutz der Volkswirtschaft" war von Beginn an eine Schwerpunktaufgabe des MfS. Bereits im Gründungsjahr 1950 wurde eine spezifische Diensteinheit, die Abteilung/Hauptabteilung (HA) III (ab 1964 HA XVIII) gebildet. Sie gehörte daher zu den klassischen Diensteinheiten der Abwehr und hatte die "Federführung" bei der Organisation und Koordination der sogenannten politisch-operativen Sicherung, kurz der Überwachung der Volkswirtschaft und der Forschung vornehmlich des naturwissenschaftlich-technischen Bereiches. Nur für den Wirtschaftsbereich Verkehr war eine eigene Diensteinheit (DE), die HA XIX, zuständig.

Im Rahmen der allgemeingültigen Regelungen des MfS waren Verantwortlichkeiten und Aufgaben der HA XVIII in spezifischen Grundsatzdokumenten festgehalten. Die konkreten Schwerpunkte ergaben sich aus den jeweiligen wirtschaftspolitischen Beschlüssen der Partei- und Staatsführung, vor allem aus den Parteitagsbeschlüssen, den Fünfjahres- und Volkswirtschaftsplänen sowie ab 1971 aus den Programmen und Abkommen im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration (SÖI) im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die "Unterstützung" der staatlichen Wirtschaftsorgane bei der Planerfüllung, das heißt die permanente Kontrolle des Planvollzugs, die vorbeugende Verhinderung und Aufklärung von Sabotage und Störungen, die Bekämpfung von Spionage und Wirtschaftskriminalität und vor allem – unter dem Trauma des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 – die Aufrechterhaltung der "inneren Stabilität" sowie die permanente Berichterstattung an die Partei- und Staatsführung waren die spezifischen Aufgaben der HA XVIII.

Die Arbeit der HA XVIII unterschied sich grundsätzlich nicht von der Arbeit anderer operativer Diensteinheiten der Abwehr. Sie war vor allem vorbeugend, sichernd, übergreifend, kontrollierend und auch beschaffend tätig. Entscheidenden Einfluß hatte sie auf die Personalpolitik in ihrem Sicherungsbereich. Im Rahmen der Sicherheitsüberprüfungen, Überwachungen und der vorgangsmäßigen Bearbeitung von Leitungs-, Reise- und Auslandskadern manifestierte sich ihre Rolle als politische Polizei in der Wirtschaft.[1]

Sowohl die Grundstruktur als auch die Arbeitsweise hatte sich vor allem in den sechziger Jahren während der Periode der Reform dauerhaft herausgebildet. Die Struktur orientierte sich an dem Organisationsprinzip der Volkswirtschaft, seit den sechziger Jahren galt das Branchenprinzip (Industriezweigprinzip). Der Verantwortungsbereich erstreckte sich danach auf die zentralen wirtschaftsleitenden Organe (Ministerien, Einrichtungen, Ämter, Staatssekretariate etc.), Kombinate und Betriebe in Industrie und Bauwesen, in der Landwirtschaft, im Binnen- und Außenhandel sowie in Wissenschaft und Technik. Entsprechend waren die operativen Fachabteilungen gegliedert. Die HA XVIII arbeitete nach dem Linienprinzip des MfS. Die Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen (BV) entsprachen in ihrem Aufbau dem der

---

[1] Vgl. Reinhard Buthmann: Auftrag Kadersicherung, hrsg. vom BStU, Abt. BF. In Vorbereitung.

HA XVIII und bildeten mit dieser die Linie XVIII. Die HA XVIII leitete die Abteilungen XVIII an, kontrollierte und unterstützte, hatte aber keine Weisungsbefugnis.

Die Überwachung basierte seit den sechziger Jahren auf drei Säulen:

1. Dem engmaschigen Netz der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) sowie der Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), die von Kompetenz und Funktion häufig hochkarätig waren und oft in Schlüsselpositionen saßen, so etwa stellvertretende Minister, Generaldirektoren und Abteilungsleiter. Für die Hauptabteilung arbeiteten 1989 rund 2.140 IM.
2. Den in staatlichen Organen und in den Schwerpunktbereichen der Wirtschaft hauptamtlich eingesetzten sogenannten Sicherheitsbeauftragten, die in der Regel Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) der Linie XVIII waren. In der Hauptabteilung waren das zuletzt 111 OibE.
3. Der offiziellen Kommunikation der hauptamtlichen Mitarbeiter mit den fachlich korrespondierenden staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsebenen, dem sogenannten politisch-operativen Zusammenwirken (POZW).

Trotz noch lückenhaftem Erkenntnisstand kann festgestellt werden, daß durch diesen Informationsfluß ein differenziertes Bild der Wirtschaftsabläufe von der Planaufstellung bis hin zum Planvollzug überliefert wurde.

Unbeschadet der Tatsache, daß die HA XVIII im MfS-Selbstverständnis eine Diensteinheit der Abwehr war, bestand auch für sie wie für andere Abwehreinheiten der ausdrückliche Auftrag zur Spionage (Aufklärung)[2], das heißt zur Beschaffung technisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Nutzen der DDR-Wirtschaft. Hier ging es in den achtziger Jahren vor allem um den Bereich der Hochtechnologie, und zwar in enger Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A).

Die HA III/XVIII hatte seit ihrer Gründung im Jahre 1950 fünf Hauptabteilungsleiter, Reinhold Knoppe (1950–1953), Artur Hofmann (1953–1957), Herbert Weidauer (1957–1963), Rudolf Mittig (1963–1974) und Alfred Kleine (1974–1989). Rudolf Mittig stieg später zum 1. Stellvertreter von Mielke auf. Er prägte in den sechziger Jahren die HA XVIII entscheidend. Sowohl unter ihm als auch unter Kleine wurde die Arbeitsweise als Ergebnis der ökonomischen Reformära systematisiert und "verwissenschaftlicht". Die Struktur der HA III/XVIII wurde zunächst von drei operativen Abteilungen auf 13 erweitert. Der hauptamtliche Mitarbeiterbestand hatte sich Ende 1989 mit 646 Mitarbeitern gegenüber 1954 (erste Statistik) versiebenfacht. Dennoch gehörte die HA XVIII zu den zahlenmäßig kleineren

---

2 Zur Definition von Abwehr und Aufklärung vgl. Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/7), BStU. Erscheint 1997.

Diensteinheiten des MfS. Der hauptamtliche Mitarbeiterbestand in den Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen war insgesamt um über 40 vH höher als in der Zentrale.

2 Endzustand

2.1 Schwerpunktaufgaben

Die übergeordnete Aufgabe der HA XVIII bestand in der "Federführung" bei der Organisierung der "politisch-operativen" Sicherung der Volkswirtschaft und der sozialistischen ökonomischen Integration im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Konkret bedeutete das die Überwachung und Kontrolle der zentralen wirtschaftsleitenden Organe (Ministerien), sonstiger zentraler Einrichtungen, der Kombinate und Betriebe in Industrie und Bauwesen, in der Landwirtschaft und dem Außenhandel, in Handel und Versorgung sowie der zentralen Organe und Einrichtungen der naturwissenschaftlich-technischen und auch der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung.

Entsprechend der Arbeitsmaxime des MfS der "Einheit von Feindbekämpfung, schadensvorbeugender und schadensabwendender Arbeit" gliederten sich die Aktivitäten in fünf Hauptaufgaben[3].

1. Die äußere Abwehr in Gestalt der Aufklärung gegnerischer Geheimdienste auf der Basis der Arbeit im und nach dem "Operationsgebiet", vornehmlich Bundesrepublik und Berlin (West).
2. Die innere Abwehr durch Aufdeckung von Wirtschafts- und Militärspionage, Sabotage, Diversion und "staatsfeindlichem Menschenhandel".
3. Die Gewährleistung der inneren Stabilität durch die Überwachung vom Arbeitsplatz bis in den Wohn- und Freizeitbereich, besonders im Hinblick auf potentielle Übersiedler, Besucher aus nichtsozialistischen Staaten und Berlin (West) sowie die Überwachung ausländischer Arbeitskräfte.
4. Die vorbeugende und schadensabwendende Arbeit in der Volkswirtschaft, das heißt die Verhinderung von Schäden, Bränden, von Verletzungen des Geheimnisschutzes und von Planmanipulationen. Dazu gehörte auch die Unterstützung durch effektivitäts- und leistungsfördernde Maßnahmen. Hinter letzterem verbarg sich eine umfassende Wirtschaftsspionage und das Unterlaufen von Embargomaßnahmen.
5. Die permanente Einschätzung der ökonomischen Lage und die rechtzeitige Information der Partei- und Staatsführung über alle relevanten Vorkommnisse.

---

[3] Vgl. Dienstanweisung des Ministers 1/82 "Zur politisch operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR" vom 30.3.1982; BStU, ZA, DSt 102836, S. 1–53, hier 13–33.

Die Konkretisierung der Aufgaben der HA XVIII in Mielkes zentraler Planvorgabe für das Jahr 1989 reflektierte das krisenhafte ökonomische und politische Umfeld noch augenfälliger als im Vorjahr[4]. Der umfassende Überwachungsauftrag zur Wahrung der "inneren Stabilität", das hieß vor allem auch die Vermeidung von Unruhen und Streiks, lautete:

> "Ausgehend von der Kompliziertheit der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1989 und der damit verbundenen Lösung von Versorgungsproblemen der Wirtschaft und Bevölkerung sowie im Zusammenhang mit zunehmender politisch-ideologischer Diversion des Gegners sind Reaktionen unter Werktätigen verstärkt hinsichtlich Erscheinungen zu analysieren und auszuwerten, die besondere sicherheitspolitische Bedeutsamkeit signalisieren und umgehend territoriale und zentrale Maßnahmen erfordern.
> Jegliche Anzeichen und Ansätze, Werktätige zu feindlich-negativen Handlungen und Verhaltensweise aufzuwiegeln, sind im abgestimmten Vorgehen mit den Kräften des politisch-operativen Zusammenwirkens wirksam zu unterbinden und die Initiatoren entsprechend rechtlicher Relevanz zur Verantwortung zu ziehen."[5]

2.2 Organisationsstruktur und Verantwortungsbereiche

Im Rahmen der Aufgabenteilung im MfS gehörte die HA XVIII zum Arbeitsbereich des 1. Stellvertreters des Ministers und Mitgliedes des ZK der SED, Generaloberst Rudolf Mittig, bis 1975 der Leiter der Hauptabteilung; sein Nachfolger war Generalleutnant Alfred Kleine.

Die HA XVIII war gegliedert in elf Fach- und zwei Querschnittsabteilungen sowie drei Funktionalorgane. Letztere wurden ebenso wie die beiden Querschnittsabteilungen 9 und 14 von Kleine direkt angeleitet. Die elf Fachabteilungen waren den drei Stellvertretern, den Obristen Böhme (1. Stellvertreter), Wunderlich und Lehmann zugeordnet.
Sie entsprachen der jeweiligen wirtschaftlichen Leitungs- und Organisationsstruktur der Volkswirtschaft, an deren Spitze de jure die DDR-Regierung, das heißt der Ministerrat mit der Staatlichen Plankommission (SPK) als dem zentralen Planungsorgan, und die Fachministerien standen. De facto aber fällte die Parteispitze der SED nicht nur alle ökonomischen Grundsatzentscheidungen, sondern bestimmte in der Ära Honecker zunehmend auch Planungsdetails bis hin zur Zahnstocherproduktion.

Als zentrale wirtschaftsleitende Organe des Ministerrates fungierten die Ministerien für die Industriezweige, für die übrigen Wirtschaftsbereiche, Bau, Landwirtschaft, Handel und Versorgung sowie für den Außenhandel und die Ministerien für Finanzen und für Wissenschaft und Technik. Schließlich gab es noch zentrale staatliche Einrichtungen mit Leitungs- und Kontrollfunktionen, so zum Beispiel die Zentralverwaltung für Statistik, das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne oder das Amt für Preise.

---

4 Vgl. Zentrale Planvorgabe für 1988; BStU, ZA, DSt 103417, S. 43–50.

5 Zentrale Planvorgabe 1989; BStU, ZA, DSt 102836, S. 39–45, hier 44; wörtlich auch im Jahresplan des Leiters der HA XVIII vom 7.12.1988; BStU, ZA, HA XVIII 5519, Bl. 138–209, hier 143.

Wichtigstes Strukturelement der DDR-Volkswirtschaft waren in den achtziger Jahren die 173 zentral- und 143 bezirksgeleiteten Kombinate. In diesen Mammutwirtschaftseinheiten war die überwiegende Zahl der volkseigenen Betriebe (VEB) zusammengeschlossen.[6] Als wirtschaftsleitende Organe der Ministerien – also der zweiten Ebene – standen die zentralgeleiteten Kombinate im Mittelpunkt der Bearbeitung durch die Linie XVIII.

Zur Gliederung der Verantwortungsbereiche der elf Fachabteilungen (1–8 und 10, 11, 13) für die "politisch-operative Sicherung" der rund 120 zentralen Organe/Einrichtungen und Kombinate/Betriebe[7] vgl. Strukturschema, Seite 9. Neben den Ministerien werden hier nur die wichtigsten Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich genannt:
Abteilung 1: Bauwesen und Bauforschung einschließlich "Spezialbau" (Militärbau); Ministerium für Bauwesen, Bauakademie. Leiter: Oberstleutnant (OSL) Günter Paulsen.

Abteilung 2: Maschinenbau; Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau (MALF) sowie Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Leiter: OSL Ralf Hecht.

Abteilung 3: Grundstoffindustrien/Energie: Ministerien für Erzbergbau, Metallurgie und Kali; für Kohle und Energie; für Geologie, darunter der Uranbergbau "Wismut". Leiter: OSL Ewald David.

Abteilung 4: Zentrale Planung und Finanzen; Staatliche Plankommission, Ministerien der Finanzen und für Materialwirtschaft, Staatsbank, Zentralverwaltung für Statistik, Staatssekretariate für Arbeit und Löhne, für Berufsbildung, Amt für Preise, Zentrales Vertragsgericht. Leiter: Oberst Horst Roigk.

Abteilung 5: Wissenschaftlich-technische und gesellschaftswissenschaftliche Forschung: Ministerium für Wissenschaft und Technik, Akademie der Wissenschaften (AdW), Hochschule für Ökonomie (HfÖ). Leiter: Oberst Johannes Neuss.

Abteilung 6: Landwirtschaft, Handel und Versorgung: Ministerien für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, für Handel und Versorgung sowie für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL). Leiter: OSL Dieter Nawrath.

Abteilung 7: Außenhandel: Ministerium für Außenhandel (MAH) – ohne den Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) von Schalck-Golodkowski. Außenhandelsbetriebe (AHB), ab 1986 nur noch Transinter, Industrieanlagenimport (IAI), Ingenieurtechnischer Außenhan-

---

6 Vgl. Gernot Gutmann und Werner Klein: Herausbildung und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (künftig: Enquete-Kommission), 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. II, 3, S. 1580–1647, hier 1626–1630.

7 "Struktur- und Stellenplan der HA XVIII" vom 13.1.1989; BStU, ZA, HA XVIII 5518, Bl. 2–102, hier 7–17, und "Verantwortungsbereich der HA XVIII", ohne Herkunft, o. D.; BStU, ZA, HA XX, Bündel 944, unerschlossenes Material.

del (ITA), hier handelte es sich um den Außenhandelsbetrieb für Waffenhandel. Leiter: O-berst Johannes Maye.

Abteilung 8: Elektrotechnik/Elektronik: Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, Kombinat Mikroelektronik. Leiter: Oberst Arthur Wenzel.

Abteilung 10: Schwermaschinenbau: Ministerien für Schwermaschinen- und Anlagenbau sowie für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau. Leiter: Hptm. Roland Jähne (ab 1989).

Abteilung 11: Leicht- und Lebensmittelindustrie: Ministerien für Leichtindustrie, für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie sowie für Glas- und Keramikindustrie. Leiter: OSL Richard Ehrenberg.

Abteilung 12: Nicht mehr eingerichtet; sie war für die geplante Teilung der HA XVIII/8 vorgesehen.

Abteilung 13: Chemische Industrie: Ministerium für Chemische Industrie. Kombinat Minol. Leiter: OSL Falk Vogel.

Sämtliche acht Industrieabteilungen bearbeiteten seit den achtziger Jahren die den jeweiligen Zweigen zugeordneten Außenhandelsbetriebe. Alle elf Fachabteilungen hatten ein Referat Auswertung/Information (AI) und Sicherheitsüberprüfungen sowie ein Vorgangsreferat, in dem die Personenbearbeitung der jeweiligen Abteilung koordiniert wurde.

Dem Leiter der Hauptabteilung, Kleine, waren die sogenannten Querschnittsabteilungen 9 und 14 direkt unterstellt.

Abteilung 9: Koordinierung/Sicherung der Reise- und Auslandskader, Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der RGW-Staaten sowie Handelsvertretungen der DDR und Operativgruppe (OG) Moskau. Leiter: OSL Klaus Gliese.

Abteilung 14: Koordinierung der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet, vornehmlich Bundesrepublik und Berlin(West), Spionageabwehr, Fahndungs- und Vergleichsarbeit sowie Sicherung der Handelsbeziehungen. Leiter: OSL Werner Stephan.

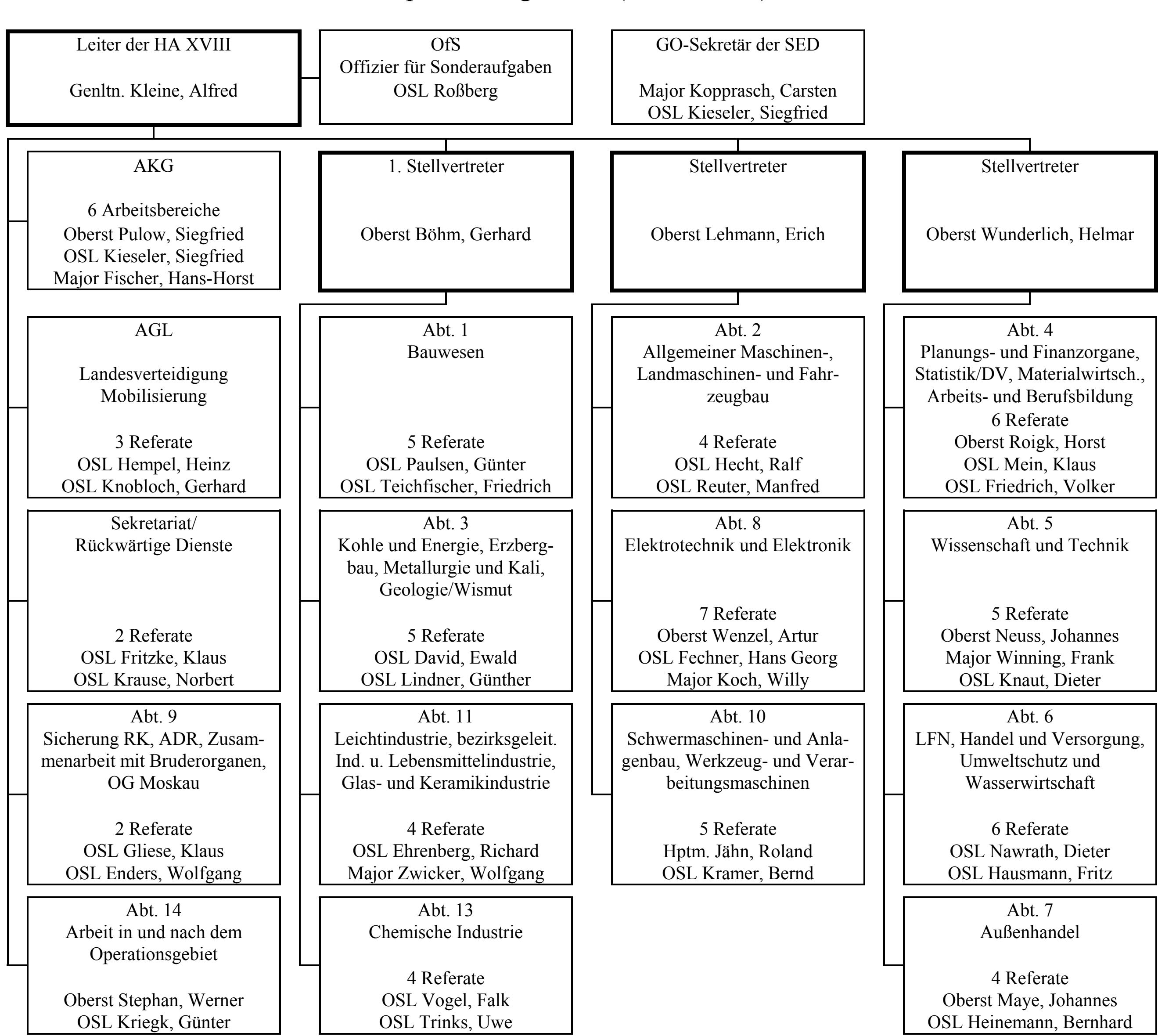
Ebenfalls Kleine direkt unterstellt waren die Funktionalorgane:
Abteilung Rückwärtige Dienste (RD)/Sekretariat: Rückwärtige Dienste mit der Verwaltung der Immobilien der Hauptabteilung und Sekretariat der HA. Leiter: OSL Klaus Fritsche.

Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG): Koordinierung und Dokumentation, Auswertung und Kontrolle, Geheimnisschutz. Zentraler IM/GM-Nachweis (ZIGNA). Leiter: Oberst Siegfried Pulow.

Arbeitsgruppe des Leiters (AGL): Mobilisierungsarbeiten, operative Sicherung der Maßnahmen auf dem Gebiet der Landesverteidigung (Rüstungsproduktion). Militärbereich der Staatlichen Plankommission, Verbindung zu Kommandeuren der Betriebskampfgruppen im Verantwortungsbereich. Leiter: OSL Heinz Hempel.

Zur Leitung gehörte, ohne dem Leiter der Hauptabteilung unterstellt zu sein, die SED-Grundorganisation (GO) der HA XVIII als Gliederung der MfS-eigenen Kreisleitung der SED. Sekretär: Major Kopprasch.

Die Hauptabteilung XVIII (Stand: 1989)[8]



Die HA XVIII arbeitete nach dem Organisationsprinzip des MfS, dem Linienprinzip; die Abteilungen der Linie XVIII der Bezirksverwaltungen waren in Anlehnung an die Hauptabteilung strukturiert und auf die wirtschaftsleitenden Organe in den Bezirken sowie auf die be-

8 Telefonverzeichnis Stand 11.5.1989; BStU, ZA, HA XVIII 6627, Bl. 162-197. Anwesenheitsliste Lageberatung des Leiters vom 24.10.1989; BStU, ZA, HA XVIII 4601, Bl. 27. "Struktur- und Stellenplan der HA XVIII"; BStU, ZA, HA XVIII 5518.

zirksgeleiteten Kombinate/Betriebe ausgerichtet. In den zuletzt 211 Kreisdienststellen (KD) wurde nach dem Territorialprinzip[9] gearbeitet.

Eine spezifische Struktureinheit der Linie XVIII stellten die sogenannten Objektdienststellen (OD) dar, die den Leitern der Bezirksverwaltungen direkt unterstellt waren und von der HA XVIII angeleitet wurden. In der Endphase existierten sechs derartige OD in den Schlüsselkombinaten Zeiss/Jena, Schwarze Pumpe, Kernkraftwerk Greifswald sowie in den Chemiekombinaten Leuna, Buna und Bitterfeld. Eine weitere OD bestand in der TU Dresden, die als einzige nicht zur Linie XVIII gehörte, sondern von der HA XX/8 angeleitet wurde.

Ihren Sitz hatte die HA XVIII seit 1983 in Berlin-Lichtenberg in der Ruschestraße, im Haus 16, fünfter bis 13. Stock, in insgesamt 284 Zimmern.[10] Die Abteilung 8 (Elektrotechnik und Elektronik) befand sich im Haus der Elektroindustrie am Alexanderplatz.

2.3 Kader/IM-Bestand

Die HA XVIII gehörte mit zuletzt 646 Mitarbeitern zu den zahlenmäßig kleineren Diensteinheiten des MfS. Ihr Anteil an den Beschäftigten der Zentrale (ohne Wachregiment) betrug lediglich 1,8 vH. Nicht zum Ist-Bestand, aber zum Planstellenbestand von 676 rechneten 24 Hoch- und Fachschulstudenten, davon zwei an der Juristischen Hochschule (JHS) des MfS in Potsdam.

Gegliedert nach den einzelnen Kategorien hauptamtliche Mitarbeiter, OibE, hauptamtliche IM (HIM) sowie Zivilbeschäftigte ergab sich folgendes Bild:

Tabelle 1: *Kaderbestand (Ist: 31.10.1989)*[11]

Berufsunteroffiziere/Berufsoffiziere (BU/BO) davon Frauen	488 82
Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) davon Frauen	111 19
Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) davon Frauen	46 17
Zivilbeschäftigte	1

Die Personalstärke in den einzelnen Abteilungen schwankte entsprechend der Größe des Sicherungsbereiches erheblich.

9 Die Mitarbeiter der KD waren entsprechend ihrer Einsatzrichtung in den örtlich geleiteteten Institutionen tätig.

10 Oberst Pulow: "Zeitplan zur Auflösung der ehemaligen HA XVIII vom 3.1.1990", (handschriftlich); BStU, ZA, HA XVIII 5587, Bl. 10f.

11 BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Planung 8 (3), unerschlossenes Material.

Tabelle 2: *Verteilung der Mitarbeiter nach Planstellen (Soll: Januar 1989)*[12]

	BU/BO	BO/OibE	HIM	gesamt
Leiter der HA XVIII	3	4		7
1. Stellvertreter	2			2
Stellvertreter	2		1	3
Stellvertreter	2			2
Offizier für Sonderaufgaben	1			1
AKG	39	17	1	57
AGL	11	1	1	13
GO-Sekretär	2			2
Abteilung 1	25	2	1	28
Abteilung 2	27	3	4	34
Abteilung 3	32	9		41
Abteilung 4	43	21	3	67
Abteilung 5	41	12	4	57
Abteilung 6	33	12	6	51
Abteilung 7	24	5	2	31
Abteilung 8	68	8	2	78
Abteilung 9	16	6		22
Abteilung 10	32	6	4	42
Abteilung 11	26	7	5	38
Abteilung 13	28	2		30
Abteilung 14	10			10
Abteilung RD/Sekretariat	47		13	60
gesamt	514	115	47	676

Die größte Abteilung war mit 78 Planstellen die zur Teilung vorgesehene XVIII/8 (Elektrotechnik und Elektronik), gefolgt von der XVIII/4 mit 67 Planstellen.

Die Zahl der OibE je Abteilung richtete sich nach Anzahl und Gewicht der zu überwachenden Organe (Ministerien/Einrichtungen), in denen OibE als Sicherheitsbeauftragte (SB) die Leitung der jeweiligen Abteilung "Inspektion" innehatten. In der Regel hatte auch die Sekretärin in dieser Abteilung den Status des OibE.

Prominentester OibE, Kleine direkt unterstellt, war Oberst Harry Möbis als Staatssekretär und Leiter der "Arbeitsgruppe Organisation und Inspektion" beim Ministerrat. Möbis führte seinerseits 24 weitere OibE in dieser Arbeitsgruppe[13].

---

12 Struktur- und Stellenplan der HA XVIII für 1989, Bl. 7.

Von den 646 hauptamtlichen Mitarbeitern führten 229 die rund 2.140 IM, damit betrug der IM-Bestand der Hauptabteilung etwa das Dreifache der Hauptamtlichen. Die große Mehrheit, rund drei Viertel, waren IM für Sicherheit (IMS). Etwa 3 vH gehörten der Kategorie IM mit Feindberührung (IMB) an, darunter über 50 Doppelagenten, die im Auftrag des MfS mit westlichen Geheimdiensten zusammenarbeiteten. Rund 5 vH waren IM im besonderen Einsatz (IME), so etwa IM in Schlüsselpositionen. Die Kategorie der Führungs-IM (FIM) war entgegen der langjährigen Bemühungen des MfS um Ausbau eine Marginalie geblieben. Der Anteil der IM zur Sicherung der Konspiration, das waren Wohnungsinhaber, die ihre Wohnung zu konspirativen Treffen zur Verfügung stellten (IMK), konspirative Wohnungen (KW) und konspirative Objekte (KO) wie Wartesäle, Hotels und Ferienheime des MfS, betrug etwa 16 vH. Zusätzlich gab es noch die Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), dabei handelte es sich um besonders staatstreue Bürger, die mit dem MfS zusammenarbeiteten.[14]

Die letzte Aufschlüsselung der IM liegt mit Stichtag 30. Juni 1988 vor.[15] Danach gab es 2.138 IM (ohne HIM) in folgenden Kategorien sowie 509 GMS:

IMS	IMB	FIM	IME	gesamt	IMKW/KO	gesamt	GMS
1.622	60	6	101	1.789	349	2.138	509

Zum Stichtag 30. Juni 1988 bestanden 255 IM-Vorläufe.[16]

Insgesamt verwaltete die Hauptabteilung 149 konspirative Wohnungen (KW) und acht konspirative Objekte (KO), bei letzteren handelte es sich zum Beispiel um Erholungsheime der HA XVIII, die zu Treffs mit IM genutzt wurden.

Ende 1989 wurden 17 Operative Vorgänge (OV) – Mitte 1988 waren es noch 24 – von der HA XVIII geführt, das entsprach einem Anteil von nur 5 vH an den OV im Registrierbereich des Ministeriums. Der Anteil der 89 Operativen Personenkontrollen (OPK) – Mitte 1988 waren es 155 – an allen OPK betrug 13 vH.[17]

---

13 Oberst Pulow, Leiter der HA XVIII/AKG: Maßnahmeplan zur Erarbeitung der Planorientierung des Leiters der HA XVIII vom 25.5.1987; BStU, ZA, HA XVIII 5380, Bl. 13–22, hier 20f.

14 Vgl. zu den IM-Kategorien Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 62–81.

15 BStU, ZA, HA XVIII, AKG, unerschlossenes Material.

16 Ebenda.

17 Die Angaben beruhen auf einer Auszählung von 1992 aus der F 77. Vgl. Die Hauptabteilung XX (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/12) (künftig: MfS-Handbuch, HA XX, III/12). In Vorbereitung.

3 Gründungs- und Entwicklungsgeschichte

3.1 Aufbau und Aufgaben der HA III

3.1.1 Die Frühphase bis Ende 1953

Die HA XVIII, bis 1964 HA III, war eine "klassische" Diensteinheit des MfS, dessen eine Keimzelle die "Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft" unter Leitung von Erich Mielke, im Ministerium des Innern – zuvor Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) – der im Oktober 1949 gegründeten DDR war. Mit dem Gesetz vom 8. Februar 1950 wurde laut § 1 die Hauptverwaltung "zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet"[18]. Erster Stellvertreter des damaligen Ministers Wilhelm Zaisser wurde Erich Mielke.

Bereits seit Mai 1948 bestand ein "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums"[19] bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). Hintergrund für die Bildung dieses Ausschusses war das Entstehen von sogenannten volkseigenen Betrieben in der SBZ durch Enteignungen. Mit dem Befehl der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) 97 vom 27. März 1946 wurden die beschlagnahmten Unternehmen der Großindustrie den damaligen Ländern übertragen und in volkseigene Betriebe umgewandelt. Grundlage dazu war der "Volksentscheid" vom 30. Juni 1946 in Sachsen zum "Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes vom 25. Mai 1946". Gleichzeitig wurden 213 Betriebe, hauptsächlich Großbetriebe der Industrie, in die Form Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAG) gekleidet und der deutschen Verfügung vorerst entzogen.[20]

Im Zuge der Bodenreform entstand ab 1949 auch Volkseigentum in der Landwirtschaft, in Gestalt der volkseigenen Güter (VEG) analog zu den sowjetischen Sowchosen.[21]

Bei Gründung des MfS im Jahre 1950 entfiel auf die VEB bereits ein Anteil von 53 vH am "gesellschaftlichen Gesamtprodukt". In der Industrie betrug dieser Anteil 76 vH, im Verkehrsbereich sogar 82 vH, in der Landwirtschaft dagegen lediglich 10 vH.[22] In der Begründung des Gesetzentwurfes wurde dem MfS in erster Linie die Aufgabe gestellt, "die volksei-

---

18 Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit; GBl. der DDR 1950, Nr. 15 vom 21.2.1950, S. 95.

19 "Beschluß über die Funktionen des Ausschusses zum Schutz des Volkseigentums", in: ZVOBl. vom 12.5.1948, S. 146f.

20 Vgl. Karl C. Thalheim: Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, in: Ernst Birke und Rudolf Neumann (Hrsg.): Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas, Frankfurt/M., Berlin 1959, S. 333–371, hier 338–348, sowie Hannsjörg F. Buck: Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: Enquete-Kommission, Bd. II, 2, S. 1070–1213, hier 1078–1108.

21 "Anordnung über die Bildung der Vereinigung Volkseigener Güter in der sowjetischen Besatzungszone" vom 15.6.1949, in: ZVOBl. I, S. 498–501.

22 Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, S. 7. Das "gesellschaftliche Gesamtprodukt" entsprach annähernd dem westlichen "Nationaleinkommen".

genen Betriebe und Werke, das Verkehrswesen und die volkseigenen Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente sowie gegen alle Angriffe zu schützen".[23]

Der spezifische "Schutz" der Wirtschaft wurde den Abteilungen III (Wirtschaft), V (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Blockparteien) und XIII (Verkehr) zugeordnet. Die Zuständigkeit der Abteilungen III und XIII erstreckte sich auf die zentralen staatlichen Verantwortungsträger für die Wirtschaft und den Verkehr.

Den Aufbau der Abteilung III, ab 1951 Hauptabteilung, übernahm der ehemalige Interbrigadist im spanischen Bürgerkrieg und KZ-Häftling in Sachsenhausen, Chefinspekteur Reinhold Knoppe (Jahrgang 1908), der bis zum Eintritt ins MfS im Januar 1950 leitende Funktionen in der Volkspolizei, seit 1948 in der nach sowjetischem Vorbild eingerichteten Abteilung Polit-Kultur der Kriminalpolizei, innehatte.[24]

Bereits im Jahr 1951 begann der Aufbau der "Objektbetreuung" zunächst als Betriebsschutz in größeren, vor allem Schwerpunktbetrieben.[25] Mit der Bildung der 14 Bezirksverwaltungen und derjenigen von Groß-Berlin im Zuge der Beseitigung der Länder im Jahre 1952 entstanden in allen Bezirksverwaltungen Referate, später Abteilungen III.

Daneben existierte seit 1951 als besondere Struktureinheit des MfS die selbständige Verwaltung "W" in der SAG Wismut (Uranbergbau). Sie war aus der selbständigen Abteilung "W" im MfS hervorgegangen und hatte den Status einer Länder- bzw. ab 1952 einer Bezirksverwaltung.[26] 1954 nach der de jure Umwandlung der SAG Wismut in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) wurde die in Sigmar Schönau ansässige Verwaltung "W" nunmehr als Objektverwaltung "W" nach Karl-Marx-Stadt verlegt, den Status einer Bezirksverwaltung behielt sie bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1982 (vgl. Abschnitt 3.4.3). Die Abteilung III der selbständigen Objektverwaltung "W" war Bestandteil der Linie III. Die Abteilung "W" war die erste Diensteinheit des MfS zur direkten Bearbeitung eines Wirtschaftsobjektes, kamen später die Objektdienststellen hinzu, die ebenfalls eine solche Aufgabe hatten.

Der "verschärfte Klassenkampf" im Rahmen des auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 propagierten "planmäßigen Aufbaus des Sozialismus" führte zu verstärkten Aktivitäten der Linie III. Am 2. Oktober wurde das rigorose "Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums"[27] erlassen. Der volkseigene Sektor hatte sich durch die Rückgabe von SAG weiter vergrößert. Neues gesellschaftliches Eigentum entstand durch die Kollektivierung der Landwirtschaft in Form von sogenannten sozialistischen landwirtschaftli-

---

23 Zitiert nach Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit; BStU, ZA, JHS VVS 001–137/80, Teil III, S. 20.

24 Kaderakte "Dienstverhältnisse"; BStU, ZA, KS 1/84, Bd. 1, Bl. 8.

25 Vgl. Dienstanweisung 19/53 des Stellvertretenden Ministers, Mielke, vom 28.4.1953; BStU, ZA, DSt 100866, S. 1–4.

26 Befehl 56/51 vom 3.11.1951; BStU, ZA, DSt 100012.

27 GBl. 1952, S. 982.

chen Produktionsgenossenschaften (LPG), nach dem sowjetischen Vorbild des Kolchos, und durch sozialistische Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH).[28] Alle größeren – auf den Dörfern nach der Bodenreform ebenfalls nach sowjetischem Vorbild entstandenen – Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) sollten als Zentren der Kollektivierung zunächst mit je einem Mitarbeiter der Abteilungen III der Bezirksverwaltungen besetzt werden. Ab April 1953 entstanden aufgrund eines Politbürobeschlusses politische Abteilungen in den MTS. Deren Stellvertretende Leiter hatten hauptamtliche MfS-Mitarbeiter zu sein, die legendiert – das heißt, nicht als MfS-Angehöriger identifizierbar – arbeiteten.[29] Gleichzeitig wurden die Betriebsschutzabteilungen wegen ungenügender Arbeit aufgelöst und operative Mitarbeiter als Objektsachbearbeiter oder aber ganze Arbeitsgruppen eingesetzt. Sie sollten "feindliche Tätigkeiten", darunter Verbindungen zu westdeutschen Konzernen als ehemaligen Eigentümern der VEB, Sabotage und Diversionshandlungen aufdecken. Diese MfS-Mitarbeiter unterstanden den Kreisdienststellenleitern direkt, das bis dahin geltende Linienprinzip auch im Kreismaßstab wurde aufgehoben. Bei größerer Entfernung hatten die Schwerpunktbetriebe den Objektbearbeitern ein Zimmer zur Verfügung zu stellen.[30] Im Februar/März 1953 fand mit der Beschlagnahme von über 440 Hotels und 181 Gaststätten und Wirtschaftsbetrieben an der Ostseeküste und der Verurteilung von 408 Personen durch das Sondergericht in Bützow eine der brutalsten Enteignungsmaßnahmen – die berüchtigte "Aktion Rose" statt.[31]

Galt der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 für das MfS im allgemeinen als größte "Schlappe" seiner Geschichte, so traf das in besonderem Maße auf die Abteilung III[32] und die Linie III zu. Nach der Absetzung des Ministers Zaisser am 23. Juli 1953 und der Degradierung des Ministeriums zu einem selbständigen Staatssekretariat für Sicherheit (SfS) im Innenministerium, wurde unter dem neuen Chef Ernst Wollweber auf einer Dienstbesprechung am 21. August das Ritual von Kritik, Selbstkritik und Schuldabwälzung praktiziert. Wollwebers Stellvertreter Otto Last, zuständig für die Abteilung III, geißelte die mangelhafte Anleitung und Kontrolle der Leiter der Abteilungen III in den Bezirksverwaltungen. Diese hätten ihre Arbeit trotz "Lektion" und "Anweisungen" vor einem dreiviertel Jahr und erneut im April/Mai "in ganz wenigen Fällen und dabei äußerst schlecht in Angriff genommen"; Abteilungsleiter Knoppe hätte, statt die Lage in den Betrieben zu analysieren, die Fragen theoretisch lösen wollen. Knoppe konterte mit mangelnder Arbeitsbereitschaft der Mitarbeiter in den Kreisdienststellen und Betrieben. Statt inoffizielle "Agenturen" im Betriebsschutz und in

---

28 Nach Artikel 10 der DDR-Verfassung von 1968 in der novellierten Fassung vom 7.10.1974, GBl. I Nr. 1, S. 429 bestand das sozialistische Eigentum aus dem "gesamtgesellschaftlichen Volkseigentum", dem "genossenschaftlichen Gemeineigentum werktätiger Kollektive" und dem "Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger", z. B. Eigentum der Parteien.

29 Anweisung 1/53 von Generalinspekteur Last vom 5.1.1953 an Chefinspekteur Kröber, BV Karl-Marx-Stadt; BStU, ZA, DSt 101391, sowie Anweisung 10/53 des 1. Stellvertreters des Ministers, Mielke, vom 27.4.1953 an Major Folk, BV Schwerin; BStU, ZA, DSt 101291, S. 1–5 und Anlage.

30 Dienstanweisung 19/53 vom 28.4.1953; BStU, ZA, DSt 100866, S. 1–4.

31 Vgl. DDR-Staatsanwalt beugte das Recht, in: Ostsee-Zeitung vom 17.4.1996.

32 Mit Befehl 142/53 vom 9.4.1953 von Hauptabteilung in Abteilung umbenannt; BStU, ZA, DSt 100058.

der Belegschaft aufzubauen, wären nur offizielle Kontakte zum Parteisekretär und zur Werkleitung vom Schreibtisch aus hergestellt worden. Die in dieser Zeit noch gültige Linienarbeit der Kreisdienststellen wäre unter anderem ebenfalls schuld. Sie sollten statt dessen objektbezogen arbeiten.[33] Letzteres galt bereits, wie oben erläutert, seit April.

Im November 1953 stellte Wollweber die vom Politbüro beschlossene neue Struktur und Kompetenzverteilungen sowie die "Hauptkampffelder" vor. Die mittlerweile wieder zur Hauptabteilung avancierte HA III sollte sich hauptsächlich mit der Bekämpfung von "Sabotage" befassen, die angeblich in erster Linie vom damaligen "Erzfeind", dem Ostbüro der SPD sowie von ehemals leitenden Konzernangestellten betrieben wurde.[34]

Anfang Dezember erließ Last eine Dienstanweisung[35], auf deren Basis die Arbeit der HA III und der HA XIII (Verkehr) von der "sporadischen" zur "organisierten offensiven Bekämpfung des Gegners" entwickelt werden sollte. Des weiteren mußte kurzfristig zum 23. Dezember eine "Analyse der operativen Tätigkeit im Jahre 1953"[36] auf der Basis eines umfangreichen Fragenkataloges auf der Linie III ausgearbeitet werden. Es ging dabei vor allem um die detaillierte Analyse des Spitzelnetzes. Bearbeitet wurden die wichtigsten Betriebe der Industrie sowie alle volkseigenen Güter. Schwerpunkt der "operativen Bearbeitung" in Gruppen-, Einzel- und Überprüfungsvorgängen wurde nun die Landwirtschaft.

Für Ende 1953 ist erstmals die Struktur der HA III dokumentiert.[37] Sie gliederte sich in die drei Abteilungen: Planung/Materialversorgung, Grundstoffe/Energie und Leichtindustrie, Außen- und innerdeutscher Handel. Hinzu kam ein selbständiges Referat Landwirtschaft. Ein geplantes zweites selbständiges Referat – Instrukteur-Brigaden – ist wahrscheinlich nicht gebildet worden (vgl. Strukturschema, Seite 17). In den Abteilungen III der Bezirksverwaltungen wurden vier Referate eingerichtet, in den Kreisdienststellen entstanden die Arbeitsgruppen Industrie und Landwirtschaft. Je nach regionalem Schwerpunkt war der Stellvertretende Vorsitzende der Kreisdienststelle entweder Vorsitzender der AG Landwirtschaft oder der AG Industrie.

---

33 Protokoll der Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen und Abteilungsleitern im Staatssekretariat vom 21.8.1953; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 203–228, hier 211 und 213.

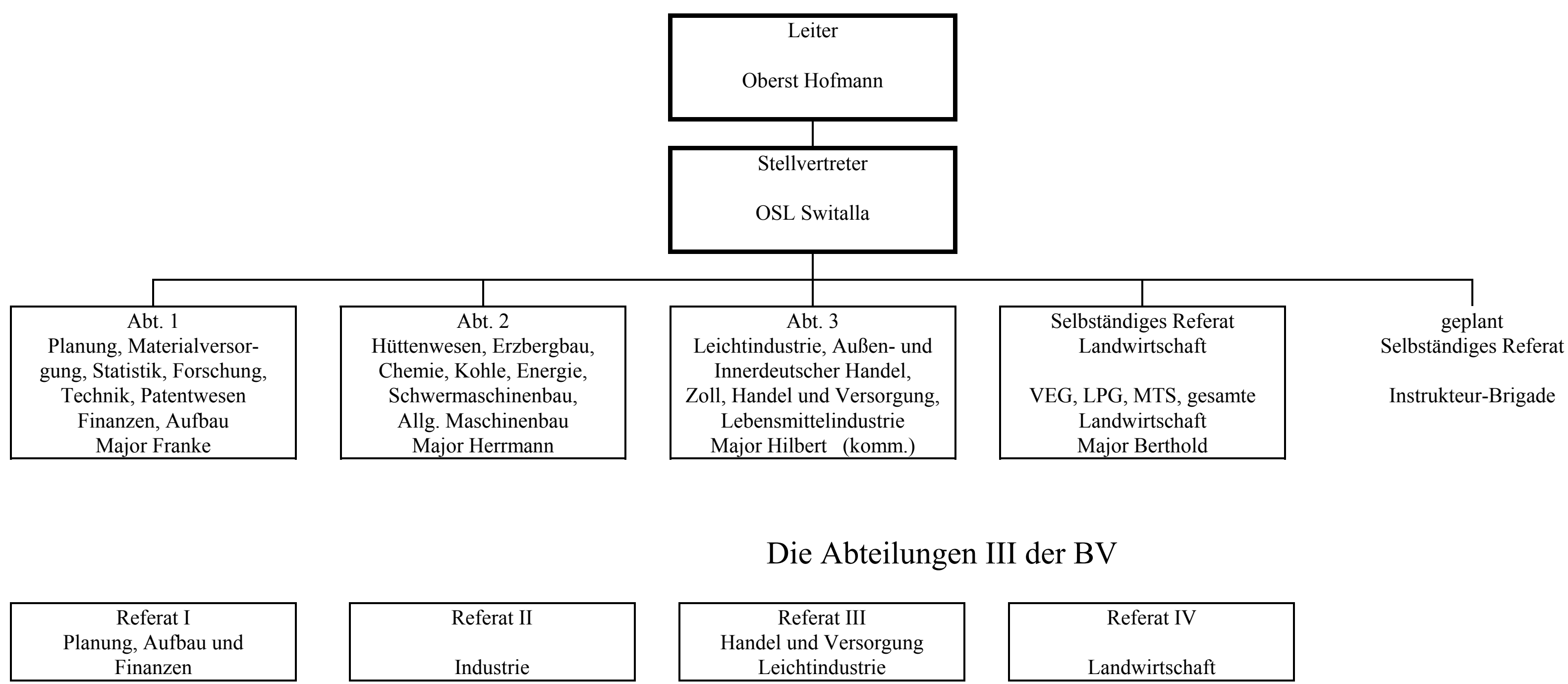
34 "Referat des Genossen Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz" am 11. und 12.11.1953; BStU, ZA, DSt 102772, S. 1–26, hier 12f. und 20.

35 Dienstanweisung 40/53 vom 2.12.1953; BStU, ZA, DSt 100881, S. 1–10.

36 Schreiben von Generalmajor Last vom 18.12.1953 an die Leiter der BV, einschließlich Verwaltung "W" in Karl-Marx-Stadt sowie Groß-Berlin; BStU, ZA, DSt 101526 mit Anlage vom 17.12.1953, S. 1–4.

37 Dokument, o. D., mit Bezug auf den Inhalt der zentralen Dienstkonferenz vom 11.12.1953; BStU, ZA, ZAIG-Pressestelle. Alt 1, Bündel 200, S. 1–10, hier 5f. (MfS-Zählung), unerschlossenes Material.

Die Hauptabteilung III im SfS (Stand: Ende 1953)[38]



---

38 BStU, ZA, ZAIG-Pressestelle-ALT 1, Bündel 200, o. D., Bl. 1-10, hier Bl. 5 (MfS-Zählung), unerschlossenes Material, und Befehl 371/53 vom 25. 11. 1953; BStU, ZA, DSt 100076, Bl. 1-8, hier Bl. 6 (MfS-Zählung).

Auch die Leitung der HA III wurde Ende 1953 ausgewechselt. Oberst Artur Hofmann (Jahrgang 1907) ersetzte den als Leiter zur BV Magdeburg versetzten Knoppe. Neuer Stellvertreter wurde OSL Switalla, der OSL Hüttner ablöste.[39] Daneben gehörten zur Leitung je ein ehrenamtlicher Parteisekretär und ein Kaderfunktionär.

Hofmann, ein Aktivist der ersten Stunde, war am 1. Mai 1945 mit der KPD-Gruppe von Anton Ackermann aus der UdSSR nach Sachsen gekommen. Über die Stationen Volkspolizeichef, sächsischer Innenminister, Stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Dresden kam er erst im Juli 1953 in das SfS.[40]

Der Mitarbeiterbestand der HA III läßt sich aus der im März 1953 erfolgten Einführung militärischer Ränge im MfS ermitteln. Ohne Zivilangestellte, deren Zahl in der HA III immer sehr niedrig war, gab es insgesamt 79 Berufsoffiziere/-unteroffiziere (BO/BU), davon acht Leitungskader neben dem Hauptabteilungsleiter und seinem Stellvertreter. Über ein Viertel der Mitarbeiter war damals jünger als 25 Jahre.[41] Der Kaderbestand der Abteilungen III der Bezirksverwaltungen zu dieser Zeit ist nicht bekannt.

Für diese Frühphase, die durch besonders brutale Methoden des MfS geprägt war, sind zwei Disziplinarmaßnahmen aufschlußreich: Der neue Stellvertreter des Leiters der HA III, Switalla, wurde im Oktober 1952 als Leiter der BV Rostock durch Befehl des Ministers[42] seines Amtes enthoben und degradiert, weil er sich bei "Vernehmungen und Behandlungen von Häftlingen Übergriffe" hatte zuschulden kommen lassen. Offensichtlich wurde nun gegengesteuert. Denn zur Vorbeugung derartiger Vorkommnisse sollten in der Dienstbesprechung die Mitarbeiter auf die strikte Einhaltung der "demokratischen Gesetzlichkeit" hingewiesen werden. Jeder Verstoß mußte umgehend der Hauptabteilung Personal im MfS gemeldet werden. Der Befehl sollte allen operativen Mitarbeitern im MfS und den nachgeordneten Diensteinheiten vom Kommandeur aufwärts bekanntgegeben werden.

Im November 1952 wurde der Leiter der Abteilung III der BV Halle wegen Disziplinlosigkeit zum Sachbearbeiter degradiert. Er war wegen eines Kneipenbummels, trotz des ihm zu diesem Zeitpunkt bereits bekannten Störfalls in einem Schwerpunktbetrieb, in der Zeit von 19.00 bis 4.00 Uhr nicht erreichbar gewesen.[43]

---

39 Befehl 371/53 vom 25.11.1953; BStU, ZA, DSt 100076, S. 1–8, hier 5f.

40 Kaderakte "Dienstverhältnisse"; BStU, ZA, KS I 8/87, Bl. 7–8, sowie "Bericht" vom 3.3.1953, S. 78. Die Einsatzlisten der Gruppen Ulbricht, Ackermann und Sabottka sind erstmals dokumentiert in: Wolfgang Leonhard: Spurensuche, Köln 1992, S. 90f.

41 Befehl 97/53 vom 4.3.1953: Beschluß der Attestierungskommission I, II und III; BStU, ZA, HA KuSch 1358, Bl. 104, 113 und 173f.

42 Befehl 211/52 vom 18.10.1952; BStU, ZA, DSt 100042.

43 Befehl 230/52 vom 22.11.1952; BStU, ZA, DSt 100048.

Derartige Vorkommnisse hatten sich offenbar gehäuft und waren Anlaß für den Befehl 171/53, der der "Festigung der Disziplin, Erhöhung der Wachsamkeit und Moral" dienen sollte.[44]

Über die Anzahl der Informatoren liegen keine Angaben vor. Der bisher nicht aufgefundene Rücklauf der obenerwähnten angeforderten Analyse von Last würde Aufschluß darüber geben, wie das Informatorennetz sich ein Jahr nach Erlaß der ersten systematischen Richtlinie[45] zum Aufbau des Spitzelnetzes entwickelt hatte.

3.1.2 Die HA III bis zum Mauerbau 1961

Im Zuge des "Neuen Kurses" nach Stalins Tod, am 5. März 1953, wurde zunächst die "sozialistische Umgestaltung" der Landwirtschaft und der noch vorhandenen Privatwirtschaft in Industrie und Bau gestoppt.[46]

Die forcierte Bildung von knapp 4.700 LPG seit 1952, die nunmehr 11 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, hatte aber zu Reibungsverlusten, Versorgungsengpässen, zur Flucht und zum Widerstand der LPG-Mitglieder gegen die massive Reglementierung durch Partei- und Staatsorgane im Rahmen der einheitlichen Musterstatuten von 1952 geführt.[47] Wollweber mobilisierte daraufhin Ende Dezember 1953 die gesamten Leitungskader der HA III und der Abteilungen III, seine Stellvertreter sowie die Chefs der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen zum "mindestens" zweimaligen Einsatz pro Monat entweder in einer LPG, einer Maschinen-Traktoren-Stationen oder einem Dorf.[48] Dort sollten sie "offen" und nicht wie die Mitarbeiter in den obenerwähnten politischen Abteilungen legendiert auftreten, um die Lage zu prüfen und "Feindbekämpfungsmaßnahmen" einzuleiten. Im September 1954 erfolgte die weitere Verschärfung der Überwachung der Landwirtschaft durch Wollweber.[49] Die Leiter der Bezirksverwaltungen, der Abteilungen III und der Kreisdienststellen sollten ihre Arbeit so intensivieren, daß kurzfristig Erfolge im "Kampf gegen die

---

44 Befehl 171/53 vom 25.4.1953; BStU, ZA, DSt 100061, S. 1–3.

45 Richtlinie 21 vom 20.11.1952 "Über die Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten"; BStU, ZA, DSt 100097, S. 1–42, dokumentiert in Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1996, Dokument Nr. 2, S. 164–191.

46 "Steueränderungsverordnung" vom 23.7.1953, GBl., S. 889, sie beinhaltet die Rücknahme der ruinösen Steuermaßnahmen. Mit der Verordnung vom 11.6.1953, GBl., S. 805, war die Aufhebung der Beschlagnahmung bei Rückkehr von geflüchteten Bauern angeordnet worden.

47 "Bekanntmachung der Musterstatuten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" vom 19.12.1952, GBl. 1952, S. 1375–1388. Zur Kollektivierung vgl. E. Tümmler: Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland, in: E. Tümmler, K. Merkel und G. Blohm: Die Agrarpolitik Mitteldeutschlands, hrsg. vom Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (künftig: Forschungsbeirat), Berlin 1969, S. 7–155, hier 54–92.

48 Dienstanweisung 47/53 "über die erhöhte Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft" vom 30.12.1953; BStU, ZA, DSt 100888, S. 1–7.

49 Dienstanweisung 45/54 "für die Arbeit der Organe der Staatssicherheit in der Landwirtschaft" vom 2.9.1954; BStU; ZA, DSt 100928, S. 1–7.

feindliche Untergrundtätigkeit im Dorf" aufzuweisen wären. Diese Arbeit bezeichnete er als eine der gegenwärtig wichtigsten Aufgaben der Staatssicherheit. Die stellvertretenden Leiter der Politabteilungen der MTS hatten nun offen als Mitarbeiter des SfS aufzutreten. Das Netz der Geheimen Mitarbeiter (GM) und der Geheimen Informatoren (GI) sollte systematisch von "zweifelhaften und perspektivlosen" Elementen gesäubert werden. Dem zuständigen Stellvertreter Wollwebers war alle zwei Monate zu berichten.

Weiteres spezifisches Einsatzfeld der HA III waren die Leipziger Messen. Hier ging es um die Gewährleistung eines störungsfreien "Messeablaufes" und die Bespitzelung in den Betrieben durch "Stimmungsinformatoren", wie Wollweber auf der vorbereitenden Kollegiumssitzung vom 30. August 1954 zur Leipziger Herbstmesse 1954 feststellte. Laut beifälliger Äußerung von Markus Wolf gab es erstmals eine dreimonatige Vorbereitungsphase. Wollweber monierte die "unerhört große Zahl von Zimmerbestellungen". Die Messe sei "in der Hauptsache eine Aufgabe der HA III", nur ausnahmsweise sollten andere Kräfte anwesend sein. Aufschlußreich ist eine Einlassung von Mielke, es sollten keine Massenwerbungen stattfinden, auch "Doppel- und Dreifacharbeit an ein- und demselben Menschen" wären zu vermeiden. Wollweber konstatierte, daß die Anwerbungen von GI und GM von "wirklicher" Qualität – zweifellos auch aus dem Westen – noch bei keiner Messe im Verhältnis zum Aufwand gestanden hätte.[50]

Auch die Rolle des MfS bei der permanenten "Winterschlacht" in der DDR um die gefährdete Energieversorgung, wegen des stark witterungsabhängigen Abbaus der Braunkohle ist in der Dienstanweisung 55/54[51] von Last dokumentiert. Feindtätigkeit sei danach zwar noch nicht nachgewiesen. Die Schadensfälle (Havarien) könnten aber "mit Sicherheit" als Resultat von Aufträgen imperialistischer Geheimdienste angesehen werden. Zwecks Bearbeitung sollte erstmals eine Operativgruppe in der HA III "zur Bearbeitung der feindlichen Tätigkeit in der Kohleindustrie" gebildet werden.

Am 30. November 1954 zog Wollweber in einer Dienstbesprechung mit der HA III das Fazit aus deren Tätigkeit seit dem 17. Juni.[52] Nach den Berichten der Referatsleiter, in denen bereits systematischere Konturen der Arbeit sichtbar wurden, erteilte Wollweber für jedes Gebiet gezielte Weisungen: So sollte etwa in der Bauindustrie das Hauptgewicht der Arbeit auf der Bekämpfung der Sabotage liegen, ein eventueller "faschistischer Putsch" ginge von hier aus; oder beim Minister für Lebensmittelindustrie müßten einige GI placiert werden, damit feindliche Elemente ihm nichts unterschieben könnten. Die Referatsleiter präsentierten ihrerseits 21 Operative Vorgänge. Wollweber bescheinigte der HA III, daß ihre Arbeit Fortschritte gemacht hätte, sie aber "noch nicht auf der Höhe der Aufgaben stünde". Sein abschließender

---

50 Protokoll vom 1.9.1954; BStU, ZA, SdM 1901, Bl. 307–309.

51 Dienstanweisung 55/54 des Stellvertreters des Staatssekretärs vom 18.11.1954: An die BV Cottbus, Halle, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, betr: Lage in der Kohleindustrie; BStU, ZA, DSt 100933, S. 1–4.

52 "Vermerk über die Dienstbesprechung des Gen. Staatssekretär mit der HA III" am 30.11.1954; BStU, ZA, SdM 1920, Bl. 60–67.

Auftrag, die HA III müßte in Richtung Westen arbeiten und in feindliche Dienststellen eindringen, schlug sich im Januar 1955 in der Dienstanweisung 3/55[53] nieder. Das neu zu bildende, direkt dem Leiter der HA III unterstellte Referat (Konzerne) wurde expressis verbis mit Aufklärung, also Spionage, beauftragt. Es sollte "aktive" Arbeit gegen westdeutsche Unternehmen, vor allem Konzerne, sowie Forschungsinstitute und militärische Einrichtungen leisten und Material auf wissenschaftlichem, technischem und militärischem Gebiet zwecks Auswertung in der volkseigenen Wirtschaft beschaffen. In den Bezirksverwaltungen, mit Ausnahme von Schwerin, Neubrandenburg und Frankfurt/Oder, sollten entsprechende Arbeitsgruppen gebildet werden. In einer detaillierten Richtlinie[54] von Last wurden westdeutsche Großunternehmen und Konzerne namentlich den Arbeitsgruppen zugewiesen. Die gesamte Koordinierung lag bei dem neuen Referat.

Als weiteres künftiges Aufgabengebiet der HA III begannen 1955 auf Anordnung Wollwebers Überprüfungen von Leitungskadern als Vorstufe der späteren Sicherheitsüberprüfungen. Es ging dabei um die Überprüfung sämtlicher leitender Personen in der Volkswirtschaft im Zentralarchiv des SfS.[55] Das betraf den Personenkreis vom Minister abwärts bis zum Betriebsleiter in wichtigen Betrieben. Die HA III reichte Listen mit über 500 betroffenen Personen ein. Besonders eifrige Referatsleiter dekonspirierten dabei gleich ihre Informatoren. So befanden sich unter den 16 Abteilungsleitern in der Staatlichen Plankommission bereits vier GI.[56]

Auf dem 29. Plenum des ZK der SED Ende Juni 1955 machte Ulbricht deutliche Rückzieher vom "Neuen Kurs" in der Wirtschaft, dieser sei als Bevorzugung der Konsumgüterindustrie gegenüber der Schwerindustrie mißverstanden worden und hätte deshalb zur mangelhaften Planerfüllung in der Schwerindustrie geführt.[57] Die unmittelbare Umsetzung dieser Kritik Ulbrichts war Wollwebers Direktive 24/55[58], die zur weiteren Durchdringung der Volkswirtschaft führen sollte. Im Zusammenhang mit der mangelhaften Planerfüllung, angeblich bedingt durch ständig sabotageverdächtige Produktionsstörungen und Havarien, ordnete er neben der Bearbeitung von Schwerpunktobjekten die Zusammenfassung wichtiger Operativer Vorgänge in Zentralen Vorgängen (ZV), den späteren Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV), an. Wichtigster Punkt war die Schaffung "einer umfangreichen Agentur qualifizierter Spezialisten aus allen Zweigen der Volkswirtschaft". Besonders vordringlich sei das für die in

---

53 Dienstanweisung 3/55 vom 12.1.1955; BStU, ZA, DSt 100938, S. 1–4.

54 Stellvertreter des Staatssekretärs: Richtlinie "für die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Aufklärung und für die Bearbeitung von Konzernen" vom 18.4.1955; BStU, ZA, DSt 100938, S. 1–13.

55 Schreiben des Leiters der Abteilung XII an Generalmajor Last vom 1.2.1955; BStU, ZA, SdM 625, Bl. 1.

56 Rückmeldung der HA III an die HA XII "Aufstellung von leitenden Personen", Schreiben von Hofmann vom 25.2.1953, Bl. 20–80, hier Bl. 30 und 32f.; ebenda.

57 Vgl. Thalheim: Sowjetische Besatzungszone, S. 358–361.

58 "Zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Objekten der Volkswirtschaft" vom 10.8.1955; BStU, ZA, DSt 101139, Bl. 1–17.

der HA III bestehende Arbeitsgruppe Katastrophen und Havarien, die spätere AG Brände und Störungen (BuS).

Vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 1956, das heißt der sehr verhaltenen Tauwetterphase in der DDR nach Chruschtschows Geheimrede über Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, den polnischen Unruhen im Juni und der blutigen Zerschlagung des ungarischen Volksaufstandes im November 1956, kam es zur erneuten Disziplinierung des seit November 1955 wieder als Ministerium fungierenden Staatssicherheitsdienstes. Dazu gehörte vor allem die stärkere Anbindung an die SED, deren Grundlage ein Politbürobeschluß vom 9. Februar 1957 war.[59]

In diesem Kontext ist die Ablösung des Leiters der HA III, Artur Hofmann, aufschlußreich. Er wurde im März 1957 als OibE in der hauptamtlichen Funktion eines Sektorenleiters in die Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED versetzt.[60] In dieser Eigenschaft nahm er an den Sitzungen des Kollegiums, das wie in allen Ministerien auch im MfS als Beratungsorgan bestand, teil,[61] zu denen er als Leiter der HA III bis dahin nur ausnahmsweise hinzugezogen wurde. Außerdem gehörte er nun zu dem Gremium, das laut oben zitiertem Politbürobeschluß vom 9. Februar die Sicherheitskommission des ZK bei der Anleitung und Kontrolle des MfS unterstützte.[62]

Hofmanns Stellvertreter seit 1955, OSL Herbert Weidauer (Jahrgang 1909), wurde zunächst kommissarischer, ab Dezember berufener Leiter der HA III.[63] Weidauer war nach Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft 1945 beim Rat der Stadt Zwickau beschäftigt und seit März 1950 bis zu seinem Eintritt ins MfS im Februar 1951 als GI "Willi" verpflichtet. Bis 1955 war er Stellvertreter Operativ der BV Rostock.[64]

Auf einer Dienstkonferenz am 26. April 1957 übte Walter Ulbricht scharfe Kritik an der Leitung des MfS und forderte aufgrund der exemplarischen Überprüfung der BV Magdeburg und Potsdam eine grundlegende Veränderung der Arbeitsweise. Die Arbeit sollte nicht mehr wie bisher von außen organisiert werden, sondern hauptamtliche Mitarbeiter müßten in den leiten-

---

59 Zu den Ereignissen der Jahre 1956/57 und dem Machtkampf zwischen Ulbricht und Wollweber vgl. Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/1957, hrsg. vom BStU, BF informiert 1/1995. Vgl. auch Politbürobeschluß vom 9.2.57, S. 49; ebenda.

60 Kaderakte "Dienstverhältnisse"; BStU, ZA, KS I 8/87, Bl. 8 und "Auszug aus dem Protokoll der 15. Sitzung der Sicherheitskomission des Zentralkomitees am 3.4.1957; BStU, ZA, SdM 407, Bl. 1. Hofmann dürfte einer der ersten OibE gewesen sein. In den Personalstatistiken der HA KuSch wurden erst ab 1961 OibE ausgewiesen; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Planung 8 (3), unerschlossenes Material.

61 Vgl. Anwesenheitslisten der Protokolle der Kollegiumssitzungen ab April 1957.

62 Dazu gehörten der Minister, seine beiden Stellvertreter, die Mitglieder des Kollegiums des MfS, der Sekretär der Sicherheitskommission, damals Honecker, die Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK und der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED.

63 Kaderakte; BStU, ZA, KS I 23/84, Bl. 6. Ebenfalls im Dezember wurde er von der Sicherheitskommission des ZK als Mitglied des Kollegiums des MfS bestätigt. Befehl 386/57 vom 13.12.1957; BStU, ZA, DSt 100203.

64 BStU, ZA, AIM 19453/80, Bd. 1, Bl. 2 und 6.

den Stellungen "drinsitzen".[65] Unmittelbare Folge dieser Kritik Ulbrichts war der Erlaß der Dienstanweisungen 16/57 und 17/57.

Die wichtigsten Forderungen der Dienstanweisung 16/57[66] waren:

1. Der Aufbau eines leistungsfähigen Informantennetzes, das – soweit möglich – bis ins Wohngebiet reichte und die Arbeit mit Hauptinformatoren (GHI), den späteren Führungs-IM.
2. Die persönliche Verbindung der operativen Sachbearbeiter zur Parteileitung und zu den leitenden Funktionären des Betriebes. Dabei sollte die Einschätzung der Parteileitung zur Organisation der operativen Arbeit dienen.
3. Die Bildung von hauptamtlichen Mitarbeiterstäben in wichtigen VEB. Dazu gehörten die beiden ersten Objektdienstellen in Leuna und Buna sowie die 55 Operativgruppen in Schwerpunktbetrieben.
4. Der "Einbau" von MfS-Mitarbeitern in Schlüsselpositionen wichtiger Betriebe. Dafür geeignet waren Leiter oder Stellvertreter der Kontrollabteilung, persönliche Referenten, Abteilungsleiter usw. Das war die Vorstufe für den späteren Aufbau eines Netzes von Sicherheitsbeauftragten.

Mit der kurz danach erlassenen Dienstanweisung 17/57[67] wurde, ebenfalls aufgrund von Ulbrichts Kritik an der mangelnden "Kampfkraft" des MfS gegen den Hauptfeind Ostbüro der SPD und Agenten der westlichen Geheimdienste, die Stellung der Leiter der Bezirks- und Kreisdienststellen erheblich gestärkt und das Weisungsrecht der Zentrale begrenzt. Die Leiter der Hauptabteilungen konnten das Weisungsrecht auf ihrer Linie nur noch über den Chef der Bezirksverwaltung und den zuständigen Stellvertreter ausüben.

Mit dem Sturz Wollwebers am 8. Oktober 1957 begann die 32 Jahre währende Ära Mielke im MfS.[68] Die nun beginnende Phase bis zum Mauerbau wurde von mehreren zum Teil dramatischen Ereignissen, in die die Linie III involviert war, geprägt. Zunächst folgte unmittelbar auf den Erlaß des Gesetzes über die "Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des

---

65 Auszug aus der Rede Ulbrichts; BStU, ZA, SdM 2366, Bl. 42–55, hier 47–50. Zur Bedeutung der Ulbricht-Rede vgl. Engelmann/Schumann: Kurs, S. 1–21.

66 "Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft"; BStU, ZA, DSt 100996, Bl. 1–19. Zur zentralen Bedeutung der Dienstanweisung 16/57 und 17/57 vgl. Engelmann/Schumann: Kurs, S. 21–23.

67 Dienstanweisung 17/57 "über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und der Kreisdienststellenleiter" vom 18.6.1957; BStU; ZA, DSt 100989, S. 1–9.

68 Zum Sturz Wollwebers und der damit abgeschlossenen "Säuberungswelle" vgl. Engelmann/Schumann: Kurs, S. 25–27.

Staatsapparates"[69] eine Strukturanpassung der HA III (vgl. Strukturschema, Seite 33), die der Auflösung der sieben Industrieministerien und der Unterstellung der überwiegend in den Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB) zusammengefaßten VEB unter die Staatliche Plankommission Rechnung trug.[70] Für die HA III erweiterte sich damit das Aufgabengebiet auf die "Hilfe und Anleitung" der VVB auf Bezirks- und Kreisebene.

Der V. Parteitag vom 10.–14. Juli 1958 beschloß einen Siebenjahrplan von 1959–1965 und damit den vorzeitigen Abbruch des zweiten Fünfjahrplanes von 1956–1960. Das bedeutete nicht nur die zeitliche Anpassung an den auf dem XXI. Parteikongreß der KPdSU im Februar verkündeten Siebenjahrplan, sondern vor allem auch die Übernahme der neuen sowjetischen Hauptaufgabe. Zum Beweis der Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems sollte bis 1961 die Bundesrepublik (für die Sowjetunion waren es die USA) im Pro-Kopf-Verbrauch bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern erreicht und übertroffen werden.[71] Diese Herausforderung bot Ulbricht den Anlaß, die Liquidierung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk zu beschleunigen.[72]

Bis zum Frühsommer 1960 war dann, mit dem Abschluß der unter Zwangsmaßnahmen vorgenommenen Vollkollektivierung der Landwirtschaft und der Einbindung der privaten Restindustrie und Bauwirtschaft in halbstaatliche Betriebe, die Sowjetisierung der DDR-Wirtschaft weitgehend zum Abschluß gekommen. Lediglich im Handwerk mußte die Vollkollektivierung im April 1960 aufgrund von empfindlichen Versorgungsengpässen, die bei Dienstleistungen und Reparaturen nicht wie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Importe ausgeglichen werden konnten, abgebrochen werden.[73] Mit massivem Einsatz von Funktionären aus Partei- und Staatsapparat und vor allem MfS-Mitarbeitern in sogenannten Werbe- und Kampfbrigaden ab Anfang 1960 wurde in den Dörfern agitiert, Bauern namentlich denunziert und psychologisch unter Druck gesetzt. Dazu gehörten Schnellgerichte unter Beteiligung des MfS, die Straffreiheit bei tatsächlichen oder fiktiven Vergehen zusagten, wenn der Beitritt zur LPG vollzogen wurde.[74] In nur sechs Monaten, vom November 1959 bis Mai 1960, waren mit 9.213 fast ebensoviele LPG entstanden wie in den siebeneinhalb Jahren seit der

---

69 Gesetz über die "Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates" vom 11. 2.1958, GBl. I, S. 117–120. Die Reorganisation hatte ihr Vorbild in der umfassenden Verwaltungsreform in der sowjetischen Wirtschaft von 1957.

70 "Verordnung über die Statuten der VVB im Bereich der Staatlichen Plankommission" vom 13.2.1958, GBl. I., S. 149.

71 Referat von Walter Ulbricht, in: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1959, Bd. 1, S. 67.

72 Ebenda, S. 114.

73 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe: Möglichkeiten und Grenzen privatwirtschaftlicher Betätigungen in der DDR, in: Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.): Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik der DDR, Berlin 1984, S. 144–164.

74 Vgl. Weißbuch: Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, hrsg. vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin, Mai 1960, S. 16.

2. Parteikonferenz von 1952.[75] Über eine halbe Million selbständige Bauern waren seit Ende 1959 LPG-Mitglieder geworden. Der durch die brutalen Methoden der Kollektivierung und die Unzufriedenheit der Bauern in den LPG anschwellende Flüchtlingsstrom war auch eine der Ursachen für den Mauerbau von 1961.[76]

Aufschlußreich für die Atmosphäre dieser Zeit nach Vollendung der Kollektivierung ist der Bericht eines GI in Schlüsselposition, leitender Funktionär der Staatlichen Plankommission.[77] Danach sollten die mit Bildung der LPG ermäßigten Pflichtablieferungen (Soll) durch Politbürobeschluß wieder auf das vorherige Maß erhöht werden. Nur bei Übererfüllung des Planes könnten nunmehr Futtermittel an die LPG ausgegeben werden. Das war laut GI falsch, da das gesamte Schlachtvieh und Eieraufkommen von staatlichen Futtermitteln abhinge. Obwohl bereits ein entsprechendes Experiment auf Veranlassung von Ulbricht im Jahre 1959 gescheitert war, habe kein Politbüromitglied Einspruch dagegen erhoben. Die Kommunikation zwischen dem Ministerium (Landwirtschaft und Forsten) und dem zuständigen Politbüromitglied sei unzureichend, und die Genossen des Staatsapparates hätten Angst, ihre Meinung zu sagen, zumal diejenigen, die für eine realistische Einschätzung der Lage einträten, im Gegensatz zu denen bestraft worden seien, die höhere Verpflichtungen übernähmen, ohne sie zu erfüllen.

Dieser frühe Bericht ist ein Musterbeispiel für die über die Jahrzehnte ständig enger werdende Kommunikation zwischen Mitarbeitern der HA III/XVIII und ihren Vertrauensleuten aus dem Staats- und Wirtschaftsapparat. Permanent wurden die Diskrepanzen zwischen realitätsfernen Entscheidungen der Parteiführung und der Ohnmacht der staatlichen Organe hinsichtlich der ökonomischen Machbarkeit reflektiert. In den achtziger Jahren eskalierte das dann bis hin zur "Verzweiflung".[78]

Die damalige Situation und das Selbstverständnis des MfS illustriert eine ausführliche "Orientierung über die Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik" im ersten Jahr nach der Kollektivierung. Sie sollte die Chefs der Bezirksverwaltungen und ihre Stellvertreter dazu veranlassen, für die Beseitigung der außerordenlich großen "Mißstände" die ganze Kraft

---

[75] Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 421. Die nunmehr 19.345 LPG bewirtschafteten 85 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

[76] Allein im Jahre 1960 verdoppelte sich die Zahl der erwerbstätigen Flüchtlinge aus der Landwirtschaft gegenüber dem Vorjahr auf fast 14.700; bis zum Mauerbau waren es noch einmal über 9.300. Vgl. SBZ von A–Z, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1965, "Stichwort Flüchtlingsvermögen", S. 134f. Die internationale Juristenkommission (IJK) stellte nach einer von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung im Dezember 1960 in ihrem Bulletin fest, daß durch die Durchführung der Kollektivierungskampagne "wesentliche Grundrechte in allgemeiner und systematischer Weise verletzt wurden, die in der ostdeutschen Verfassung selbst garantiert sind". Dokumentiert in: Unrecht als System, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1962, Teil IV 1958–1962, S. 247–249.

[77] HA III A,1: "Information". Treffbericht vom 13.9.1960 mit GI Weiß; BStU, ZA, AIM 16292/65, Teil I, Bl. 68–71.

[78] Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland-Archiv (28) 1995, S. 588–602, hier 599f.

einzusetzen und auch die Organe des Staatsapparates durch "unser Einwirken zu mobilisieren".[79]

Bereits im Dezember 1959 hatte Mielke diese Ausarbeitung mit vorgegebener Gliederung zur Lage der Landwirtschaft angeordnet. Außerdem wies er die HA III an, ab März 1960 spezifische Schulungen der Sachbearbeiter für Landwirtschaft abzuhalten.[80]

Als Determinante taucht in der "Orientierung" die "politisch-ideologische Diversion" (PID) als "letzte Ursache" für Feindtätigkeit, Verantwortungslosigkeit und Mißwirtschaft – in diesem konkreten Falle in der Viehwirtschaft – auf. Kurz zuvor hatte Mielkes Stellvertreter, Beater, der PID die erste Regelung im MfS gewidmet.[81] Der darin aufgeführte Katalog der PID verursachenden "Feindtätigkeiten" blieb im Kern bis zum Ende erhalten. Damals reichte er von "Revisionismus" und "Sozialdemokratismus" über Widerstand und staatsgefährdende Hetze bis zu menschlichen Kontakten (sogenannte feindliche Verbindungen).

Neben der personenbezogenen Bekämpfung von Feindtätigkeit enthielt die "Orientierung" einen umfangreichen Katalog von sachbezogenen Aufgaben. Die Auftragserteilung an die GI galt dem reibungslosen Ablauf der Frühjahrsbestellung durch ständige Kontrolle und Berichterstattung über den Zustand des Saatgutes bis zum Einsatz der Technik.[82] Aufschlußreich für die auch nach der Zwangskollektivierung herrschende Willkür ist das Eingeständnis, daß bei Verhaftungen von LPG-Funktionären "nicht immer genügend umsichtig" die politischen Verhältnisse und sonstigen Faktoren wie fachliche Fähigkeiten berücksichtigt worden seien.[83] Nach der "Orientierung" hatte es 1960 in der Landwirtschaft 281 Verhaftungen gegeben, davon in 38 Fällen wegen Schädlingstätigkeit und Sabotage und in ebensovielen Fällen wegen Begehens von Wirtschaftsstraftaten.[84]

3.1.3 Aufgabenzuwachs und gescheiterte Fusion 1963

Die Schließung der Grenzen am 13. August 1961 bedeutete für die Linie III wie für das gesamte MfS eine Zäsur. Durch die Abschottung entfiel eine Schwerpunktaufgabe, nämlich die "Bekämpfung von Massenflucht", außerdem waren die zuvor bestehenden persönlichen Kontakte zwischen der westdeutschen und der DDR-Wirtschaft gekappt. In der MfS-Terminolo-

---

79 Orientierung vom 3.3.1961; BStU, ZA, DSt 102109, S. 1–29, hier 2.

80 Protokoll der Kollegiumssitzung vom 15.12.1959; BStU, ZA, SdM 1903, Bl. 97–100, hier 99f.

81 Stellvertreter des Ministers, Beater: Direktive zur Verbesserung der Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit vom 3.2.1960; BStU, ZA, DSt 101156, S. 1–4. Zur Genesis dieses Schlüsselbegriffes des MfS vgl. Engelmann/Schumann: Kurs, S. 26. Zur PID in den siebziger und achtziger Jahren vgl. Siegfried Mampel: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 50, Berlin 1996.

82 Orientierung, S. 25.

83 Ebenda, S. 27 und 29.

84 Ebenda, S. 29.

gie waren die Verbindungssysteme der "gegnerischen Kräfte", Geheimdienste und andere Institutionen und Gruppen zu ihrer "Agenturbasis" nun unterbrochen. Die bisherige einseitige Ausrichtung auf die Abwehr von Spionage und die Aufdeckung der sogenannten Diversion und Sabotage in der Volkswirtschaft wurde angesichts neuer Prioritäten nun differenzierter.

Das ökonomische Umfeld war im Jahre 1961 von der Aktion "Störfreimachung" geprägt. Dabei ging es um die Beseitigung der Abhängigkeit der DDR-Volkswirtschaft von Bezügen aus der Bundesrepublik durch anderweitige Importe und vor allem durch eine noch engere Verflechtung mit den RGW-Ländern, vornehmlich mit der UdSSR.[85] Die Aktion "Störfreimachung" wurde nach dem 13. August mit dem "Produktionsaufgebot" gekoppelt, das, kurzgefaßt, mehr Arbeit für weniger Geld bedeutete.[86]

Ein ehemaliger Mitarbeiter der HA III berichtete dazu 1995, daß sie im September 1960 den Auftrag erhielten, eine umfassende Analyse über die Abhängigkeit von der Bundesrepublik mit Vorschlägen für die "Störfreimachung" auszuarbeiten, was die Mitarbeiter völlig überfordert habe.[87] Weder die Qualifikation der Mitarbeiter noch die Anzahl der Experten-IM seien ausreichend gewesen, obwohl der Aufbau eines derartigen Netzes, wie oben geschildert, 1955 (DA 24/55) und erneut 1957 (DA 16/57) angemahnt worden war. Ökonomisches Interesse der Mitarbeiter und Sammeln einschlägiger Informationen hätten "als Ablenkung von der Arbeit am Feind" gegolten.[88] Offenbar hatte die ökonomische Analyse nun einen höheren Stellenwert erhalten, denn Ende des Jahres 1961 lieferte das MfS eine "umfassende Einschätzung über Mängel auf dem Gebiet der 'Störfreimachung'" an die Leitung des gerade gegründeten Volkswirtschaftsrates,[89] die offensichtlich aus der HA III stammte. Von dieser Einschätzung liegt zur Zeit nur der zusammenfassende Bericht vor, der an die beiden Politbüromitglieder und Sekretäre des ZK, Willi Stoph (damals Koordinator von Beschlüssen des ZK der SED und des Ministerrates) und Alfred Neumann (damals Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates) sowie

---

85 Auslöser für die Kampagne war zunächst die Kündigung des Berliner Abkommens über den Innerdeutschen Handel am 8. September 1960 durch die damalige Bundesregierung als Reaktion auf die Einführung des Passierscheinzwangs für Bundesbürger. Wegen des seit Ende der Blockade 1949 bestehenden Junktims, innerdeutscher Handel – freier Zugang nach Berlin (West), mußte die Bundesregierung, nach entsprechenden Drohungen der DDR-Führung, die Kündigung wieder zurücknehmen. Nach dem Mauerbau wurde die Aktion "Störfreimachung" intensiviert. Vgl. die Reden von Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum des ZK der SED: "Stellungnahme zur Erklärung der kommunistischen Arbeiterparteien", in: Neues Deutschland vom 18.12.1960, S. 3–8, hier 7, und von Bruno Leuschner: "Ein dicker Strich durch Bonns Rechnung", in: Neues Deutschland vom 22.12.1960, S. 3, sowie Albert Norden: "Friedensplan kontra Kriegsplan", in: Neues Deutschland vom 22.7.1961, S. 4.

86 "Produktionsaufgebot für die Vorbereitung des Friedensvertrages", in: Neues Deutschland vom 7.9.1961, S. 1.

87 Horst Roigk: Die Tätigkeit des ehemaligen MfS zur Sicherung der Volkswirtschaft der DDR, in: Zwie–Gespräche. Beiträge zum Umgang mit der Staatssicherheitsvergangenheit (5) 1995, Nr. 28/29, S. 12–23.

88 Ebenda, S. 15.

89 Der Volkswirtschaftsrat war auf dem 13. Plenum im Juli 1961 ins Leben gerufen worden, er war das zentrale Planungsorgan des Ministerrates für die Industrie. 1965 wurde er wieder aufgelöst. Verordnung über das Statut des Volkswirtschaftsrates der DDR vom 24.5.1962, GBl. II 1962, S. 453.

Politbüro-Kandidat Erich Apel (damals ebenfalls Sekretär des ZK) ging.[90] Der Bericht enthält keinerlei Hinweise auf feindliche Störtätigkeit bei der "Störfreimachung", dafür aber reichlich Kritik an Leitungskadern in Partei- und Wirtschaftsorganen. Damit lag er auf der Linie des kurz zuvor abgehaltenen 14. Plenums des ZK, das sich mit der Rolle der Wirtschaftsfunktionäre und dem Prinzip der Einzelleitung[91] befaßt hatte. Darauf anspielend bezeichnete Mielke auf der Kollegiumssitzung im Dezember 1961 in seinem Schlußwort zum Thema "Störfreimachung" als neue Zielgruppe der Bearbeitung durch das MfS diejenigen Wirtschaftsfunktionäre, für die bestimmte Erzeugnisse aus Westdeutschland unverzichtbar wären. Er forderte noch stärkere personalpolitische Einmischung in bestimmte Kaderfragen "das heißt rechtzeitig über solche Kader Signale zu geben, die ungeeignet wären, Kommandostellen in der Wirtschaft zu besetzen".[92]

Eine gewichtige Ausweitung des Sicherungsbereiches der HA III und der Linie III ergab sich auf dieser Kollegiumssitzung durch den Beschluß zur Auflösung der 1955 gegründeten selbständigen Abteilung VI im MfS (Sicherung der Flugzeugindustrie, Kernforschung und Verteidigungsindustrie) und ihre Integration in die HA III.[93] Hintergrund dieser Fusion war die Einstellung der zunächst mit großem finanziellen Aufwand forcierten Flugzeugindustrie in der DDR im Jahre 1961.[94] Der HA III wurde nun die Verantwortung "zur Gewährleistung der politisch-operativen Sicherheit der volkswirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Landesverteidigung" übertragen. Beim Leiter der Hauptabteilung entstand die Arbeitsgruppe M als Vorläufer der Arbeitsgruppe des Leiters, die bis 1989 alle operativen Aufgaben bei der Vorbereitung der Volkswirtschaft auf die Landesverteidigung im Rahmen des MfS zu koordinieren hatte.

Gleichzeitig erhielten Major Zeissig und Hauptmann Mayer aus der HA III/1 die Berufung als OibE in die Abteilungen für militärische Produktion in der Staatlichen Plankommission und im Volkswirtschaftsrat, wo sie als hauptberufliche Sicherheitsbeauftragte fungieren sollten.

---

90 "Über einige Mängel bei der Leitung und Lenkung der Maßnahmen zur Sicherung der Störfreiheit unserer Wirtschaft durch die zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane" vom 27.11.1961; BStU, ZA, ZAIG 501, Bl. 1–6. Der Bericht war wie üblich "Streng geheim" mit der Bitte um Rückgabe. Die Skurrilität der Konspiration kommt in dem handschriftlichen Vorschlag Apels auf seinem Exemplar zum Ausdruck, das Material doch auch Stoph zur Verfügung zu stellen, der stand aber an erster Stelle auf dem Verteiler.

91 Dieses Prinzip in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft war Bestandteil des Herrschaftsprinzips Demokratischer Zentralismus und bedeutete volle persönliche Verantwortung des Leiters der jeweiligen Institution.

92 Protokoll der Kollegiumssitzung vom 13.12.1961 und der Fortsetzung vom 20.12.1961; BStU, ZA, SdM 1902, Bl. 250–296, hier 290.

93 Ebenda. Befehl 109/62 vom 19.2.1962; BStU, ZA, DSt 100336, S. 1–3.

94 Befehl 121/61 vom 15.3.1961; BStU, DSt 100307, S. 1–4. Vgl. Gerhard Barkleit: Die Spezialisten und die Parteibürokratie. Der gescheiterte Versuch des Aufbaus einer Luftfahrtindustrie in der DDR, in: Deutschland Archiv (28), S. 823–830; ders: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, in: Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Heft Nr. 5, Dresden 1995.

Sie waren der neugebildeten Arbeitsgruppe M, bestehend aus drei leitenden Offizieren, unterstellt.[95]

Die neue Abteilung III/6 unter der Leitung von Major Ribbecke war der direkte Vorläufer der späteren Abteilung XVIII/5 mit dem Sicherungsbereich Wissenschaft und Technik.

Richtungweisend für die zukünftige Organisation und Arbeit des MfS und mit besonderen Turbulenzen für die HA III verbunden war der VI. Parteitag der SED im Januar 1963. Neben einem neuen Parteiprogramm, in dem nun der "umfassende Aufbau des Sozialismus" proklamiert wurde, leitete Ulbricht gleichzeitig die erste und einzige Reformperiode in der DDR ein und propagierte das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS). Die "NÖS-Richtlinie" vom Juli 1963 enthielt die Konzeption. Auslöser für die Reform war das Scheitern des Siebenjahrplanes (1959–1965) und damit die Einsicht, daß das bisherige starre, zentrale staatliche Planungssystem sowjetischen Typs die "Triebkräfte" der ökonomischen Entwicklung behinderte.[96] Statt gemäß der Hauptaufgabe von 1958, die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Nahrungs- und Konsumgütern einzuholen und zu überholen, gab es eine schwere Versorgungskrise, vor allem auch bei tierischen Nahrungsmitteln, für die Ulbricht in der Endphase der Kollektivierung im März 1960 ebenfalls das Übertreffen der westdeutschen Erzeugung pro Kopf der Bevölkerung prophezeit hatte.[97] Auf der Kollegiumssitzung am 26. April 1962 legte der Leiter der HA III, Weidauer, erneut die Misere nach der Kollektivierung dar. Neben den staatlichen Planungsfehlern, wie Steigerung der tierischen Produktion ohne entsprechende Steigerung der Futterbasis, monierte er auch das damalige aus der UdSSR übernommene, unsinnige Experiment der Viehhaltung in Offenställen, für die etliche Milliarden verbaut worden seien und die nun zu Garagen oder Wohnhäusern umfunktioniert würden.[98] Im übrigen lag der Ursprung der Mißwirtschaft in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, für Weidauer natürlich in der "politisch-ideologischen Diversion" etwa durch "Nato-Sender" und West-Fernsehen, die aufgrund

---

[95] Befehl 325/62 vom 16.6.1962; BStU, ZA, DSt 100353, S. 1–4.

[96] Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Rede auf dem VI. Parteitag, in: Neues Deutschland vom 16.1.1963. Mit Wirtschaftswissenschaftlern unter der Regie von Erich Apel und Günter Mittag wurde das Reformkonzept umfassend vorbereitet und erschien als "Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (künftig: Richtlinie), GBl. II vom 18.7.1967, S. 453–498. Das Sensationelle am NÖS war die Tatsache, daß die DDR hier abweichend von der sowjetischen Linie der Spitzenreiter der Reformbewegungen der sechziger Jahre in den sozialistischen Ländern wurde. Vgl. Karl C. Thalheim: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, hrsg. vom Forschungsbeirat, Berlin 1964 (mit ausführlicher Dokumentation), und Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–70 in der DDR, Berlin 1990, sowie Herbert Wolf: Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR – Möglichkeiten und Realitäten ihrer Entwicklung, in: ANsichten zur Geschichte der DDR, Bonn, Berlin 1996, S. 9–88, hier 59–77.

[97] "Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entwicklung der LPG", Beschlußentwurf zum Referat Ulbrichts auf der 8. Tagung des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 18.3.1960, S. 3–5. Mielke hatte auf der Kollegiumssitzung am 12.3.1960 vom bevorstehenden "Überfluß" an tierischen Produkten geschwärmt; BStU, ZA, SdM 1903, Bl. 56–74, hier 58.

[98] Anlage 2 zum 2. Exemplar des Protokolls der Kollegiumssitzung vom 26.4.1962; BStU, ZA, SdM 1560, Bl. 41–58, hier 43.

der in der Landwirtschaft noch vorhandenen kapitalistischen Denkweisen "guten Nährboden fänden".[99]

Ende 1962 erhielt Ulbricht Mielkes Meldungen über Arbeitsniederlegungen wegen der schlechten Fleisch- und Wurstversorgung und über "zahlreiche, starke Diskussionen, Verärgerungen (über Schlangestehen usw.) sowie Unzufriedenheiten" und Kritik an der überhasteten Kollektivierung.[100]

Der auf dem VI. Parteitag 1963 neu aufgelegte, allerdings Makulatur gebliebene Siebenjahrplan (1964–1970), Perspektivplan genannt, enthielt die, nicht ausdrücklich als solche bezeichnete Hauptaufgabe, den Rückstand der Arbeitsproduktivität, von Ulbricht mit 25 vH im Vergleich zu Westdeutschland beziffert, mit Höchstleistungen in Wissenschaft und Technik aufzuholen und "in einigen Zweigen zu überholen". Das Neue Ökonomische System sollte der Wegbereiter sein. Offiziell wurde es definiert als

"– die organische Verbindung der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit in der Wirtschaft und

– der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung

– mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel."[101]

Als Schlußfolgerung aus dem VI. Parteitag forderte Mielke auf der Dienstkonferenz am 19. März 1963 "eine neue Einschätzung aller Probleme und die Veränderung der politisch-operativen Arbeit des MfS"[102]. Die Leiter müßten selbst operativ arbeiten und auf der Basis ständiger wissenschaftlicher Situationsanalysen exakte Arbeitsplanungen durchführen. Die Sicherung der materiellen Produktion sei nun eine Hauptaufgabe des MfS, da laut ökonomischem Programm des Parteitages "dem Feind die entscheidende Schlacht" in dieser "Sphäre" (Steigerung der Arbeitsproduktivität) geliefert würde. Zur Erfüllung der Hauptaufgabe in der Produktionssphäre, "am Feind zu arbeiten und ihn aufzudecken", hielt Mielke die Fusion der Linie III, V und XIII für "notwendig und zweckmäßig".[103]

Die Fusion von HA III und HA V, inzwischen ohne HA XIII, wurde nun, wie dem Protokoll der Kollegiumssitzung im Oktober zu entnehmen ist, mit Grundsatzdirektive, Struktur- und Stellenplan sowie Befehlsentwurf zur Umbildung vorbereitet und stand offensichtlich im Dezember bevor.[104] Zwischenzeitlich war eine Brigade der Abteilung 5 (Sicherheitsfragen) des Zentralkomitees zwecks Überprüfung der Durchführung der Parteitagsbeschlüsse in der

---

99 Ebenda, Bl. 47 und 52–54.

100 "Bericht über die gegenwärtige Versorgungslage in der DDR" vom 19.11.1962; BStU, ZA, ZAIG 684, Bl. 1–7. Der Bericht existiert in zwei Fassungen, eine erste ging an Honecker.

101 Vgl. Richtlinie NÖS, S. 454.

102 Protokoll der Kollegiumssitzung am 20.3.1963; BStU, ZA, SdM 1561, Bl. 20–31, hier 21.

103 Ebenda, Bl. 22.

104 Protokoll der Kollegiumssitzung am 29.10.1963; BStU, ZA, SdM 1561, Bl. 58–66, hier 61f. und 64.

HA III, der BV Frankfurt/Oder und der KD Angermünde im Einsatz. OSL Mittig, bereits im Februar 1963 zur Vorbereitung als neuer Leiter in die HA III versetzt, referierte die Ergebnisse auf der Kollegiumssitzung.

Neben den Schwachpunkten, etwa beim IM-Netz, der Kontrolle des Reiseverkehrs in der Volkswirtschaft, mangelnder "organischer" Zusammenarbeit der Linie III u.ä.m., wurde die fehlende Qualifizierung der Mitarbeiter der Linie III nicht etwa in fachlicher sondern nun in politisch-operativer Hinsicht herausgestellt. Den Mitarbeitern habe klar zu sein, daß man nicht nur als Wirtschaftsfachmann operativ arbeiten könne, "sondern in erster Linie Operativarbeiter sein" müsse. Dem Vereinigungsprozeß von HA III und HA V wurde bis auf einzelne "ideologische und andere Vorbehalte" eine günstige Entwicklung bescheinigt. Peinlich war das Ergebnis für den Leiter der Hauptabteilung, Weidauer, denn laut Mittig behandelte der Brigadebericht die "Leitungstätigkeit" als "Hauptproblem".[105] Im Dezember wurde Weidauer mit der Begründung, daß er den "ständig steigenden Anforderungen auf einem der wichtigsten Abschnitte der Abwehr feindlicher Tätigkeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VI. Parteitages" nicht mehr gewachsen sei, abgelöst.[106]

Die Fusion von HA III und HA V platzte aus noch nicht belegbaren Gründen. Die Vermutung liegt nahe, daß sie bei Ulbricht oder den Wirtschaftsfachleuten im Politbüro auf Widerstand stieß, weil die zentrale Rolle der "materiellen Produktion" im Rahmen des NÖS eine fachlich qualifizierte, spezifisch ökonomisch ausgerichtete eigene Diensteinheit des MfS erforderte. Statt zu fusionieren wurde die HA III in HA XVIII umbenannt. Aus HA XIII und HA V wurden HA XIX und HA XX.[107]

Zwecks Koordinierung der "operativen Kräfte" entstand beim zuständigen Stellvertreter Schröder eine Arbeitsgruppe "Auswertung" und eine Arbeitsgruppe "E".[108]

3.1.4 Organisationsstruktur und Kaderentwicklung

In der Periode 1954–1963 ist bisher lediglich die Organisationsstruktur für 1958 dokumentiert (vgl. Strukturschema, Seite 33). Anhand von Einzelangaben läßt sich rekonstruieren, daß aus den vier Abteilungen und 13 alphabetisch geordneten Referaten der Jahre 1958 bis 1963 sieben Abteilungen hervorgingen. Durch die Fusion mit der selbständigen Abteilung VI war, wie bereits erwähnt, im Februar 1962 die Abteilung III/6 (Wissenschaft und Forschung, Verteidigungsindustrie) unter Major Ribbecke entstanden. Im April 1962 wurde durch die Ausgliede-

---

[105] Ebenda, Bl. 67.

[106] "Beschlußvorlage für den Nationalen Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik" vom 2.12.1963, eingereicht vom Minister für Staatssicherheit. Kaderakte; BStU, ZA, HA KS I 32/84, Bl. 173–176.

[107] Die Umbenennung wurde zum 9.3.1964 wirksam. Befehl 211/64 vom 9.3.1964; BStU, ZA, DSt 100408. Vgl. MfS-Handbuch, HA XX, III/12. In Vorbereitung.

[108] Befehl 240/64 vom 19.3.1964; BStU, ZA, DSt 100410.

rung des gesamten Arbeitsgebietes Maschinenbau und Elektrotechnik die Abteilung III/5 unter der kommissarischen Leitung von Major Lehmann gebildet.[109]

Zu einem gegenwärtig nicht bekannten Zeitpunkt entstand die Abteilung III/7 (Bauwesen) aus dem 1958 gegründeten selbständigen Referat Bauwesen. Sie wurde im Februar 1964 in den Verantwortungsbereich des 1. Stellvertreters der HA III, Major Kleine, der für das Sicherungsgebiet Industrie zuständig war, vom Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung, Hildebrandt, übergeben.[110] Daneben bestand das selbständige Referat Auswertung und Information seit 1957, die Arbeitsgruppe FDGB, die 1957 von der damaligen HA V übernommen wurde[111], und seit 1962 die Arbeitsgruppe M beim Leiter. Das 1955 gegründete Aufklärungsreferat (Konzerne) war laut Strukturplan von 1958 "grundsätzlich" auf die jeweiligen Fachabteilungen aufgegliedert worden.

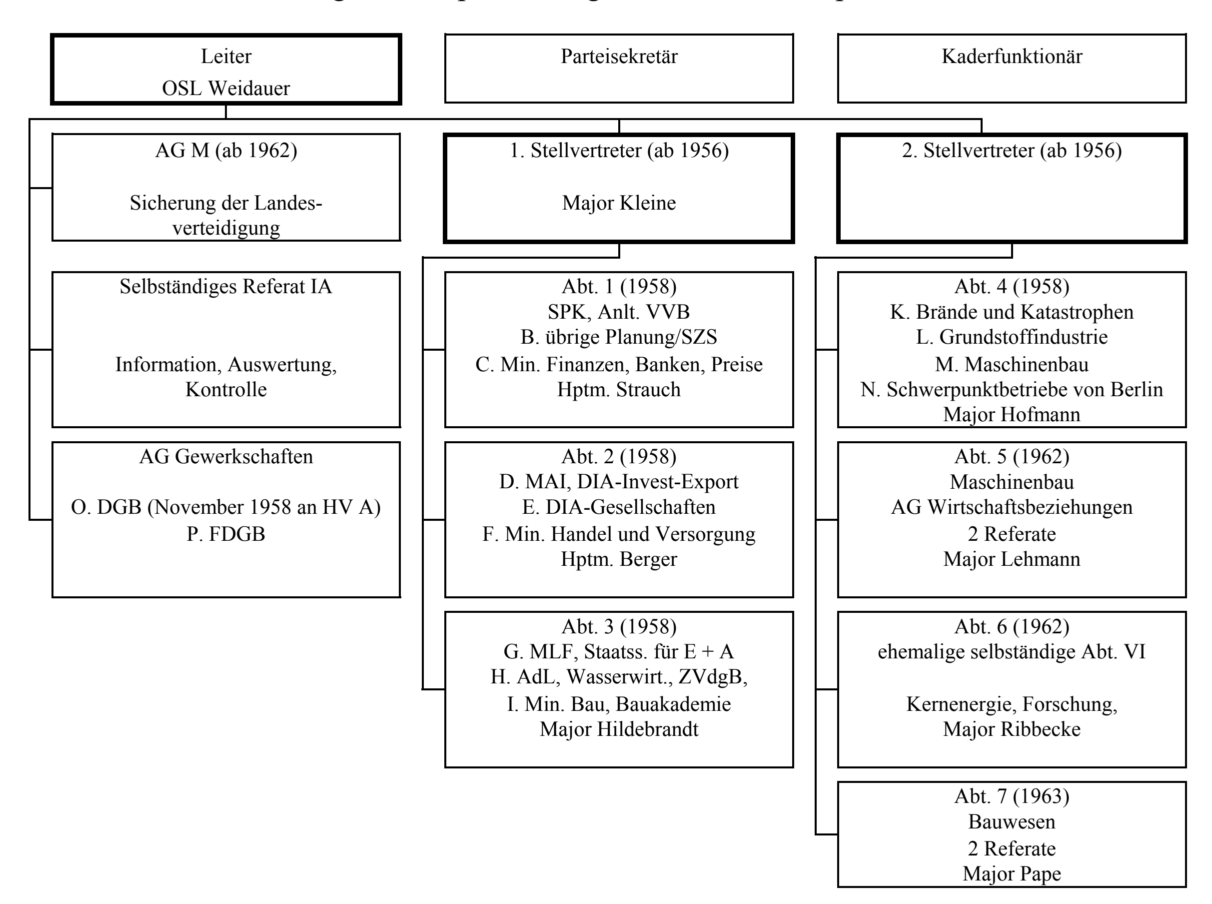
---

109 Befehl 194/62 vom 12.4.1962, S. 1f.; BStU, ZA, DSt 100344.

110 HA III: "Übergabeprotokoll" vom 21.2.1964; BStU, ZA, HA XVIII 162, Bl. 1f.

111 Befehl 19/57 vom 14.1.1957, S. 1f.; BStU, ZA, DSt 100174.

Entwicklung der Hauptabteilung III im MfS von April 1958 bis 1963[112]



Die erfolgreiche Spionagetätigkeit der HA III belegt eine Belobigung Mielkes für "bedeutende Ergebnisse" auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung aus dem Jahre 1960. Darin wird unter anderem dem Leiter der HA III für die erzielten Ergebnisse auf dem Gebiet der Elektronik und Radiotechnik gedankt. Major Pape, inzwischen Leiter der HA III/7, wurde mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber ausgezeichnet. Gleichzeitig übermittelte Mielke den Dank Schelepins, des damaligen Leiters des Komitees für Staatssicherheit (KfS) der Sowjetunion.[113]

Die statistische Berichterstattung über die Kaderentwicklung ist seit 1954 lückenlos. Danach hatte sich bis 1963 die Anzahl der Mitarbeiter von 93 auf 204 mehr als verdoppelt. Der Anteil der Frauen betrug knapp 13 vH und war damit höher als in allen Jahren zuvor. Auffallend sind die Schwankungen in den fünfziger Jahren. Nach einer Vorgabe von Wollweber durfte in den Jahren 1956 und 1957 die Mitarbeiterzahl nicht erhöht werden. Die Gründe dafür sind

---

112 HA III, Leitung: Struktur der HA III vom 29.4.1958; BStU, ZA, DSt 101606, Bl. 1–5. Befehl 109/62 vom 19.2.1962; BStU, ZA, DSt 100336, Bl. 1–3 und Befehl 194/62 vom 12.4.1962; BStU, ZA, DSt 100344, Bl. 1f. (MfS-Zählung).

113 Befehl 588/60 vom 15.12.1960; BStU, ZA, DSt 100306, Bl. 1–4. Neben Weidauer und Pape wurden noch zwei Abwehroffiziere, Mitarbeiter der HA XIII, mit diesem Befehl belobigt bzw. ausgezeichnet, die übrigen waren Mitarbeiter der HV A.

nicht bekannt.[114] Der absolute Rückgang im Jahre 1957 von 129 auf 116 Mitarbeiter hängt vermutlich mit der Entlassungswelle von rund 9 vH aller MfS-Mitarbeiter aus disziplinarischen Gründen zusammen.[115]

Tabelle 3: *Kaderentwicklung in der Hauptabteilung III (Zivilbeschäftigte in Klammern; Stand: jeweils 31.12.)*[116]

Jahr	Soll	Ist	
			davon weiblich
1954	119	93	10
1955	138	127	13
1956	138	129	13
1957	141	116	13
1958	x)	117	15
1959	161	140	14
1960	162	153 (1)	14
1961	156	154 (2)	16
1962	206	191 (2)	21
1963	210	204 (3)	26

Auch 1958 stagnierten die Zahlen – obwohl mit dem Amtsantritt Mielkes der Mitarbeiterbestand im MfS-Durchschnitt um 8,6 vH expandierte.[117] Allerdings mußte die HA III Ende 1958 die Aufgabengebiete DGB und gesamtdeutsche Arbeit des FDGB in der Arbeitsgruppe Gewerkschaften einschließlich der hauptamtlichen Mitarbeiter und deren Planstellen an die HV A bzw. an die HA II übergeben.[118] Im Jahr 1959 erfuhr die HA III dann mit fast 20 vH einen kräftigen Zuwachs. Der erneute sprunghafte Anstieg um 37 Mitarbeiter auf nun 191 im Jahre 1962 ist weitgehend auf die Übernahme der 24 Mitarbeiter bei der Fusion mit der Abteilung VI zurückzuführen.[119]

Als Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) sind bis Ende 1963 nur die beiden oben erwähnten Offiziere Mayer und Zeissig in der Staatlichen Plankommission und im Volkswirtschaftsrat belegt.

---

114 Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 41.

115 Ebenda, S. 74.

116 BStU, ZA, HA KuSch Abt. Planung 8 (3) unerschlossenes Material. x): Sollangabe fehlt in der Statistik.

117 Ebenda, S. 41 und 98f.

118 Befehl 386/58 vom 7.11.1958; BStU, ZA, DSt 100227.

119 HA III/6: "Entwicklung der operativen Mitarbeiter in der Abteilung 6 und HA XVIII/5" vom 29.1.1963; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 444, unerschlossenes Material.

Die Entwicklung des hauptamtlichen Mitarbeiterbestandes der Abteilungen III in den Bezirksverwaltungen konnte bisher nicht ermittelt werden.

Zum GI/GM-Bestand liegt bisher lediglich eine Teilinformation aus dem Jahr 1957 vor. Laut Wollweber gab es 448 Geheime Hauptinformatoren (GHI), die späteren Führungs-IM (FIM) auf der gesamten Linie III.[120]

Die Abteilung VI brachte 1962 bei der Fusion 203 GI in die HA III/6 mit[121]. In der Abteilung III/7 (Bau) gab es 1964 insgesamt 112 GI, darunter 10 GHI.[122]

3.2 Die HA XVIII in der Reformära bis 1970

3.2.1 Die neue Leitung und die Richtlinie von 1964

Schnell wurde deutlich, daß die HA XVIII nicht nur eine umgetaufte HA III war, sondern es vielmehr um grundsätzliche Weichenstellungen für die Zukunft ging.
Dazu gehörte die neue Leitung ebenso wie die anhaltende Schwerpunktverlagerung innerhalb des Sicherungsbereiches. Durch die Reformmaßnahmen im Rahmen des NÖS veränderten sich die Struktur und die Arbeitsorganisation grundlegend. Sie führten zur Systematisierung, vor allem aber zur Ausweitung des Überwachungsnetzes.

Der designierte und ab 1. Januar 1964 berufene Leiter OSL Rudolf Mittig (Jahrgang 1925) verkörperte den Generationswechsel und prägte im folgenden Jahrzehnt die HA XVIII. Der 39jährige Hochbauingenieur trat die Nachfolge der alten "Kämpferriege" aus der Arbeiterklasse Knoppe, Hofmann und Weidauer an. Der "Makel" seiner nichtproletarischen Herkunft wurde durch den nachkriegsbedingten Wechsel seines ursprünglich "kapitalistischen" Vaters in die Arbeiterklasse in der Kaderakte weitgehend getilgt.[123] Nach Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft beendete Mittig 1950 das durch den Krieg unterbrochene Studium. Im Januar 1952 trat er in das MfS ein und machte bis 1956 in der BV Potsdam vom Abteilungsleiter III über den 1. Stellvertreter (Operativ) bis zum Leiter der Bezirksverwaltung in vier Jahren eine Blitzkarriere.[124]

Ausgerechnet während der Vorbereitungszeit Mittigs seit Februar 1963 in der HA III fanden am 16. und 17. April 1963 in der BV Potsdam Brigadeeinsätze der Abteilung Sicherheitsfragen im ZK der SED statt. Anlaß war eine "Reihe ernster Vorkommnisse", über die die

---

120 Referat Wollweber auf der Dienstkonferenz am 26.4.1957; BStU, ZA, ZAIG 5604, Bl. 224f.

121 "Entwicklung operativer Mitarbeiter"; ebenda.

122 "Übergabeprotokoll" vom 21.2.1964; BStU, ZA, HA XVIII 162, Bl. 1f.

123 Kaderakte: "Ermittlungsbericht"; BStU, ZA, KS 24714/90, Bl. 26 und 29. Enthält eine kritische handschriftliche Randbemerkung zur im Bericht behaupteten Herkunft aus einer "Arbeiterfamilie". Nach der Vertreibung aus dem Sudetenland arbeitete der ehemalige Limonadenfabrikant Mittig sen. ab 1947 als Brauereifacharbeiter in Brandenburg. In späteren Kurzbiographien Mittigs erschien der Vater als Arbeiter.

124 "Auskunftsbericht"; ebenda, Bl. 9.

SED-Bezirksleitung informiert hatte. Obwohl so gravierende Beschuldigungen wie "kleinbürgerliches Denken" und "Unklarheiten über die führende Rolle der Partei im MfS" gegen Mittig erhoben wurden, führte dies nicht zum Karriereknick. Soweit überprüfbar, wurde Mittig, trotz gegenteiliger Empfehlung der Abteilung Sicherheitsfragen, von Mielke nicht zur Verantwortung gezogen.[125]

Mittig bereitete zunächst die geplante Fusion mit der HA V vor. Für die im April 1964 erlassene "NÖS-Richtlinie des MfS"[126] zeichnete er zusammen mit dem für die HA XVIII verantwortlichen Stellvertreter Mielkes, Oberst Schröder, verantwortlich.[127]

Die Richtlinie von 1964 war das erste von insgesamt drei spezifisch auf die Arbeit der Linie XVIII ausgerichteten Grundsatzdokumenten. Sie galt der Durchsetzung des Produktionsprinzips[128] als neue Organisationsform der Linie XVIII. Gleichzeitig sollte die Leitungstätigkeit durch ständige Analyse und Planung auf der Basis von Prognosen analog den neuen Planungs- und Leitungsgrundlagen im NÖS effektiver gestaltet werden.

Nach dem Produktionsprinzip mußte die Aufdeckung "der Feindtätigkeit", vornehmlich die Wirtschaftssabotage, nunmehr industriezweigmäßig und nicht mehr wie bisher territorial organisiert werden. Verantwortlichkeit und Aufgaben der HA XVIII bestanden dabei in der Durchsetzung dieses Prinzips in den zentralen staatlichen Organen für die Volkswirtschaft und für die Wissenschaft und Forschung. Entsprechend wurde die HA XVIII ab April reorganisiert (vgl. Strukturschema, Seite 54). Zur Einführung dieses Prinzips in den führenden Industriezweigen hatte der Leiter der Hauptabteilung, auf der Grundlage der einschlägigen Beschlüsse für die Volkswirtschaft die dafür in Frage kommenden Vereinigungen volkseigener Betriebe, die von bisher reinen Verwaltungsorganen im NÖS zu fachlichen Führungsorganen umgewandelt wurden, festzulegen, ebenso die Bau- und Montagekombinate (BMK) und die nachgeordneten Schwerpunktobjekte und Einrichtungen. Diejenigen Objekte, die nicht zu den führenden Industriezweigen gehörten, wurden von den Kreisdienststellen weiter nach dem Territorialprinzip bearbeitet.

Die Stellvertreter (Operativ) in den Bezirksverwaltungen sollten den Einsatz qualifizierter "VVB-Sachbearbeiter" gewährleisten, die ihrerseits mit Unterstützung der hauptamtlichen

---

125 Abteilung Sicherheitsfragen, Borning, Schreiben an Honecker vom 10.4.1963 und Bericht vom 26.4.63; SAPMO-BA, IV A 2, 12/130, S. 1–7 (ZK-Zählung), hier S. 1f. und 7. Vgl. dazu Siegfried Suckut: Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? – Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren, in: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit, Berlin 1997.

126 Richtlinie "für die Organisation der operativen Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit auf dem Gebiet der Industrie und des Bauwesens" vom 23.4.1964; BStU, ZA, DSt 101123, S. 1–9 mit 3 Durchführungsbestimmungen. Das NÖS wurde ab 1.1.1964 zunächst nur in Industrie und Bauwesen angewandt.

127 Protokoll der Kollegiumssitzung vom 29.10.1963; BStU, ZA, SdM 1561, Bl. 61.

128 Das Produktionsprinzip löste das Territorialprinzip ab. Mit der Reorganisation des Parteiapparates nach sowjetischem Vorbild sollte durch vertikale-parteifachliche Anleitung direkt auf die Organe der Wirtschaftsverwaltung Einfluß genommen werden. Vgl. Thalheim: Umbau, S. 69.

Mitarbeiter der HA XVIII Industriezweiganalysen und Perspektivpläne auszuarbeiten hatten. Die Analysen waren auf sechs Schwerpunkte auszurichten, die bereits die spätere Richtung der "Feindbekämpfung", schadensvorbeugende und schadensabwendende Arbeit, erkennen ließen:

- Aufklärung feindlicher Angriffsrichtungen,
- Aufklärung der Methoden des Gegners,
- Aufklärung solcher Personen, die anfällig für den Gegner waren,
- Aufklärung von Personen, die die Fähigkeit hatten, Feindpläne aufzudecken und zu erkennen,
- Bestimmung der Probleme, die vorgangsmäßig bearbeitet werden sollten und
- Aufklärung und Vorbeugung von Sabotage und anderen Ordnungs- und Sicherheitsbeeinträchtigungen.

Die Aufgaben der "VVB-Sachbearbeiter" waren auf sieben Schwerpunkte konzentriert:

- Die VVB und die ihr unterstellten Betriebe,
- Zusammenwirken mit den operativen Kräften in den Schwerpunktobjekten des jeweiligen Industriezweiges,
- Bearbeitung aller überbetrieblichen und überbezirklichen, den ganzen Industriezweig betreffenden Probleme,
- Verhinderung und Bekämpfung von Wirtschaftssabotage und Wirtschaftsspionage und sonstiger Feindtätigkeit, insbesondere der Auswirkungen politisch-ideologischer Diversion,
- "Wissenschaftliche Kenntnis" der Wirtschaftsbeziehungen mit dem nichtsozialistischen Ausland,
- "Genaue Kenntnis" der Aufgaben im RGW und
- Absicherung des jeweiligen Industriezweiges auf Messen und Ausstellungen.

Entsprechend der geforderten höheren Qualifikation der VVB-Bearbeiter galt auch die Qualifizierung der IM als Grundbedingung für die Verbesserung der Arbeit.

Eine erneute Reorganisation der HA XVIII wurde durch die Auflösung des Volkswirtschaftsrates und die Wiedereinrichtung von nunmehr sieben Industrieministerien infolge der Beschlüsse des 11. Plenums des ZK der SED vom 15. bis 18. Dezember 1965 erforderlich. Mit der gleichzeitigen Verkündung einer zweiten Etappe des NÖS erfolgte eine weitere Verlage-

rung der Entscheidungen auf die VVB und die Reduzierung der Plankennziffern.[129] Diese Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft erforderte im Selbstverständnis des Systems eine schärfere Überwachung und Kontrolle, die in zwei wichtigen Durchführungsbestimmungen präzisiert wurden. Zunächst wurden durch die 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie[130] die Schwerpunkte der Tätigkeit der Hauptabteilung auf die wiedererstandenen Fachministerien verlagert. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Linie XVIII sollte die Verbessserung der Vorgangs- und IM-Arbeit stehen.[131] Durch die Erweiterung der Befugnisse der VVB konzentrierte sich die Bearbeitung der Objekte noch stärker auf die "VVB-Sachbearbeiter". Die in der Richtlinie vorgesehene Anlage von Zentralvorgängen nur durch die HA XVIII wurde mit der 2. Durchführungsbestimmung, nun auch mit Zustimmung der HA XVIII, bei den VVB-Bearbeitern als Zentrale Operative Vorgänge für nicht zentrale volkswirtschaftliche Schwerpunkte ermöglicht.

Die neue Definition der Außenwirtschaft (vgl. Abschnitt 3.2.3) erforderte außerdem die Intensivierung der Überwachung der Außenwirtschaftstätigkeit.

Richtungsweisend war die 3. Durchführungsbestimmung,[132] denn sie war der Auftakt zum umfassenden Aufbau des Kontrollnetzes durch Sicherheitsbeauftragte. Die Grundlage bildete eine Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates, Stoph.[133] Die Sicherheitsbeauftragten sollten qualifizierte Kenntnisse auf dem Gebiet der Planung und Leitung besitzen, politisch zuverlässig und operativ befähigt sein, sie wurden vom MfS ausgewählt und bestätigt. In den Industrieministerien übernahmen sie jeweils die Abteilung Inspektion, in ausgewählten VVB und in Bezirkswirtschaftsräten die Abteilung Kontrolle und fungierten als Kontrollbeauftragte in ausgewählten VEB. Die Sicherheitsbeauftragten waren dem staatlichen Leiter direkt unterstellt, der seinerseits über deren Aufgaben unterrichtet wurde. Die Anleitung übernahm die Abteilung Inspektion im Büro des Ministerrates. Der Arbeitsplan war mit dem Leiter der HA XVIII abgestimmt. Leiter der Abteilung Inspektion im Büro des Ministerrates war ein OibE, der damals noch dem Minister für Staatssicherheit direkt rechenschaftspflichtig war, aber seine operativen Aufträge vom Leiter der HA XVIII erhielt. Soweit es sich nicht um Aufdeckung von "Feindtätigkeit" handelte, hatten die SB eng mit dem 1963 nach sowjeti-

---

129 Das 11. Plenum, ursprünglich als NÖS-Kritik geplant, stand dann aber unter dem Einfluß des Selbstmordes von Erich Apel, Chef der Staatlichen Plankommission, am 3.12.1965. Es ging vor allem aufgrund der massiven Disziplinierung der Kulturpolitik in die Geschichte ein. Vgl. Roesler: Wirtschaftsreform, S. 37–40, und MfS-Handbuch, HA XX, III/12. In Vorbereitung.

130 2. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers vom 30.4.1966, S. 1–9; BStU, ZA, DSt 101123.

131 Mit der Richtlinie 1/58 vom 1.10.1958 wurde als Oberbegriff der inoffizielle Mitarbeiter (IM) eingeführt; BStU, ZA, DSt 101113.

132 3. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers vom 20.7.1966, S. 1–9; BStU, ZA, DSt 101131.

133 Verfügung vom 14.7.1966, GVS B-2-147/66, zitiert nach Stellvertreter des Ministers, 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/69 zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 25.8.1969, S. 1–18, hier 7; BStU, ZA, DSt 101131.

schem Vorbild gegründeten staatlichen und gesellschaftlichen Kontrollorgan der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI)[134] zusammenzuarbeiten. Diese Organisation der Sicherheitsbeauftragten blieb bis 1989 weitestgehend unverändert, wurde aber ständig ausgebaut. Die Sicherheitsbeauftragten galten als Hilfsorgan der Abwehr.

Die Hauptaufgaben der SB, die sich grundsätzlich nicht mehr änderten, waren umfassend:

- Ursachenforschung nach Planabweichungen in wichtigen Abschnitten der Industrieproduktion, und zwar vor allem unter dem Aspekt der Führungsqualitäten der Leiter,
- Kontrolle von Schnittstellen zwischen Industrie und Außenhandel, also Import- und Exportbeziehungen, Kooperation mit kapitalistischen Unternehmen, Lizenzverhandlungen, Dienstreisen und Besucher von Industrieobjekten in der DDR,
- Schutz von Staatsgeheimnissen in Industrie und Bau,
- Aufklärung von Mißständen, Unordnung, Schlamperei und Planbetrug,
- Auswertung von Störungen, Havarien und Bränden und die Überwachung von prophylaktischen Maßnahmen,
- Beaufsichtigung "staatspolitischer Vorgänge" wie Abschlüsse von internationalen Abkommen und Verträgen.

3.2.2 Überwachung des Wirtschaftsreiseverkehrs und Geheimnisschutz

Die bereits erwähnte Umbewertung der Außenwirtschaft und die damit verbundene Zunahme von Kontakten und Geschäftsreisen enthielt nach SED-Auffassung für die DDR-Bürger erhöhte "Sicherheits- und Angriffsrisiken", die bereits 1965 mit der Dienstanweisung 7/65[135] eingedämmt werden sollten. Zur Überwachung des Reiseverkehrs waren bei den Leitern der Abteilung XVIII der Bezirksverwaltungen spezielle Arbeitsgruppen zu bilden. Auf der Grundlage eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates[136] sollte in allen Objekten der Volkswirtschaft ein fester Stamm von Reisekadern für Reisen in das westliche Ausland geschaffen werden. Gründe zur Verweigerung der Reise waren bei "operativ interessanten Personen" fehlende Überwachungsmöglichkeiten während der Reise oder der Verdacht, "Republikflucht" zu begehen. In der 1. Durchführungsbestimmung[137] wurde der zu überwachende Personenkreis aus der DDR festgelegt. Bei langfristigem Auslandsaufenthalt im Westen hatten die HA XVIII bzw. die Abteilungen XVIII umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen vor-

---

134 "Beschluß des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über die Bildung der ABI der DDR vom 13.5.1963, GBl. II, S. 262–267.

135 Dienstanweisung 7/65: "Politisch-operative Arbeit auf dem Gebiet des Reiseverkehrs zur Aufnahme bzw. Unterhaltung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem nichtsozialistischen Ausland" vom 1.8.1965, S. 1–8; BStU, ZA, DSt 101063.

136 Beschluß des Präsidiums des Ministerrates Nr. 39/16a/65 vom 8.4.1965; ebenda, S. 2.

137 1. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 7/65 des Stellvertreters des Ministers, S. 1–7; BStU, ZA, DSt 101063.

zunehmen. Auch die Modalitäten der Berichterstattung der Spitzel, der IM oder der Kontaktpersonen (KP), waren dezidiert geregelt.[138]

Der Leiter der HA XVIII hatte die "Federführung" für alle den Wirtschaftsreisesektor betreffende Fragen. Die HA XVIII war unter anderem auch dafür verantwortlich, daß in jedem westlichen Kundendienststützpunkt oder Baustab mindestens ein IM tätig wurde. Bei langfristigem Einsatz erfolgte die zeitweise Übergabe der IM an die HV A oder die HA II. Mit der Dienstanweisung 7/65 wurde ebenfalls der Grundstock für die zukünftige, in diesem spezifischen Fall wahrhaft flächendeckende Überwachung des einreisenden Personenkreises aus dem Westen gelegt. Er umfaßte Geschäftsreisende, Firmenvertreter auf Leipziger Messen, sonstige aus wirtschaftlichen Gründen Einreisende, Konferenzteilnehmer, Monteure, Techniker und Mitglieder von Handelsvertretungen.

Beide Personengruppen, die DDR-Reisekader und die westlichen Geschäftsreisenden, galten als "operative Sicherheitsschwerpunkte".[139] Das "Sicherheitsrisiko" sollte sich angesichts der beginnenden Entspannungspolitik der Bonner Großen Koalition ab Ende 1966 noch steigern, da durch gezielte Fördermaßnahmen eine Ausweitung des innerdeutschen Handels (IDH) und die Intensivierung der innerdeutschen Kontakte eingeleitet wurde.[140] Zur Erfassung des gesamten Personenkreises wurde die AG Wirtschaftsbeziehungen in der HA XVIII gegründet (vgl. Abschnitt 3.2.5).

Genau in diese Zeit fiel der Abschluß des OV "Zelle" der HA XVIII/7, der für Hermann Hüttenrauch aus Berlin (West) wegen Spionageverdachts im April 1965 angelegt worden war. Seine Verhaftung durch die HA VIII (Beobachtung, Ermittlung, Festnahmen) erfolgte am 15. Juni 1966, wie im Festnahmevorschlag der HA XVIII/7 geplant, unmittelbar nachdem ihm durch "seinen" GI Unterlagen zugespielt worden waren.[141] Der spektakuläre Prozeß im September/Oktober 1967 gegen Hüttenrauch, zusammen mit dem von der HA II bearbeiteten westdeutschen Kaufmann Herbert Latinsky, wurde zum vielzitierten Demonstrationsobjekt für angeblich veränderte Methoden der Feindtätigkeit. Das hohe Strafmaß von 15 Jahren für Hüttenrauch und lebenslänglich für Latinsky galt der Abschreckung.[142]

---

138 Anlage 1 "Auftragserteilung und Berichterstattung der inoffiziellen Mitarbeiter und Kontaktpersonen für Reisen nach Westberlin, Westdeutschland und in das nichtsozialistische Ausland"; ebenda, S. 1–4.

139 Vgl. Roigk: Volkswirtschaft, S. 18.

140 Vgl. die Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger vom 13.12.1966, in: Bulletin der Bundesregierung vom 14.12.1966, S. 1270.

141 HA XVIII 7/2: "Abschlußbericht zum Op. Vorgang 'Zelle' Reg. XV/1709/65" vom 9.6.1966; BStU, ZA, HA XVIII 314, Bl. 34–59, und HA XVIII/7: "Vorschlag für die Festnahme des Hüttenrauch, Hermann" vom 10.6.1966; ebenda, Bl. 60. Aus handschriftlichen Aufzeichnungen geht hervor, daß das Verhaftungsdatum tatsächlich der 15.6. war. Die Entlassung (Freikauf) fand am 27.8.1970 statt, ebenda, Bl. 30. Vgl. auch "Agenten-Prozeß in Ost-Berlin gegen zwei westliche Kaufleute", in: Der Tagesspiegel vom 11.10.1967, S. 2.

142 Neue Formen und Methoden imperialistischer Spionage, Sabotage und Diversion gegen die sozialistische Volkswirtschaft der DDR. Aus dem Urteil des Obersten Gerichts vom 19.10.1967 gegen Hüttenrauch und Latinsky, in: Neue Justiz (21) 1967, S. 681–688.

Das neue Strafgesetzbuch der DDR vom Januar 1968[143] brachte Erweiterungen der schon seit 1958 verschärften Straftatbestände der Spionage (§ 97), der Diversion (§ 103) und der Sabotage (§ 104) und schaffte als neuen Straftatbestand den "landesverräterischen Treuebruch" (§ 99). Mielke konstatierte in diesem Zusammenhang, daß MfS-Erkenntnisse über angebliche "veränderte Methoden der Feindtätigkeit gegen die Volkswirtschaft", wie zum Beispiel über die wirtschaftliche "Störtätigkeit" und die Methoden der "Abschöpfung" ihren Niederschlag im neuen Strafgesetzbuch gefunden hätten.[144]

In diesem Zusammenhang tritt erstmals die sogenannte wissenschaftliche Fundierung seitens des MfS in Erscheinung. An der 1965 in den Status einer "Hochschule" erhobenen bisherigen Schule des MfS, der Juristischen Hochschule Potsdam (JHS), wurde die zweite Dissertation[145] überhaupt "zur wirtschaftlichen Störtätigkeit" im Jahre 1967 vorgelegt.[146] Die Verfasser breiten hier die sogenannten "veränderten" Methoden der wirtschaftlichen Störtätigkeit aus und konstruierten als großes Komplott eine gemeinsame Konzeption für "koordinierte arbeitsteilige" Aktionen der "Geheimdienste, der volksfeindlichen Organisationen, Konzernleitungen sowie der staatlichen und halbstaatlichen Organe und Einrichtungen des Bonner Staates".[147] Ausführlich widmeten sie sich den Tätigkeitsberichten, dem "grauen Plan", des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands[148], die ebenso wie dessen Schriftenreihe Beweis für die "aktive" politisch-ideologische Diversion des Forschungsbeirates wären. Die Verfasser plädierten für die Einstufung des Forschungsbeirates durch das Oberste Gericht der DDR als verbrecherische Organisation, was der Entwurf des Strafgesetzbuches der DDR auch vorsah. Die Beschränkung des Spionagetatbestandes im alten Strafgesetzbuch auf Lieferung von Informationen für Institutionen, die als "verbrecherische Organi-

---

143 Strafgesetzbuch der DDR vom 12.1.1968, GBl. I, S. 1.

144 "Zur Notwendigkeit, ein straffes zentral organisiertes System der Auswertungs- und Informationstätigkeit zu schaffen", o. D.; BStU, ZA, ZAIG 5627b, Bl. 139. Die Autorenschaft Mielkes geht aus der Schlußfeststellung hervor, daß neue Erkenntnisse des MfS ihren Niederschlag "in meinen Anordnungen zum Geheimnisschutz" fanden.

145 Vgl. Günter Förster: Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule des MfS". Eine annotierte Bibliographie; BStU, Reihe A, Dokumente, Nr. 2/1994, S. 55.

146 Werner Grunert und Paul Abisch: Wirtschaftliche Störtätigkeit des staatsmonopolitischen Herrschaftssystems Westdeutschlands gegen die führenden Industriezweige der DDR; BStU, ZA, JHS 21769, 380 Bl. und Anlage, 59 Bl.

147 Ebenda, Bl. 19.

148 Der Forschungsbeirat wurde 1952 auf Kabinettsbeschluß beim damaligen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (ab 1969 innerdeutsche Beziehungen) gebildet. Sein Auftrag war die Ausarbeitung von "Empfehlungen" für den Fall der Wiedervereinigung und die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR. Der Forschungsbeirat wurde voreilig im April 1975 vom damaligen Bundesminister Egon Franke aufgelöst. Er stand in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre im Mittelpunkt massiver Pressekampagnen der DDR. Die fünf Tätigkeitsberichte: Erster: 1952–1953, Bonn/Berlin 1954; Zweiter: 1954–56, Bonn/Berlin 1957; Dritter: 1957–1961, Bonn/Berlin 1961; Vierter: 1961–1965, Bonn/Berlin 1965; Fünfter: 1965–1969, Bonn/Berlin 1969; hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, erschienen jeweils in grauem Einband (grauer Plan). Vgl. Fritz Schenk: Der "graue Plan". Die SED-Kampagne gegen den Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung, in: SBZ-Archiv, 1966 (17), S. 260–262 sowie Bernd Adolph: Die Anfänge des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Deutschland Archiv (28) 1995, S. 1048–1064.

sation" eingestuft worden waren, wurde dann in der Endfassung (§ 97) des StGB von 1968 auf "Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen, deren Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliche Völker gerichtet ist [...]",[149] ausgeweitet.

Diese Erweiterung und die Schaffung des neuen Straftatbestandes, des landesverräterischen Treuebruchs § 99 (Kontakte mit den in § 97 genannten Gruppen), muß in engem Zusammenhang mit dem 1964 einsetzenden umfassenden Aufbau des Geheimnisschutzes in der DDR gesehen werden. Die Zuständigkeit dafür war bereits 1958 vom MdI auf das MfS übergegangen. Seinem engmaschigen Ausbau diente die vom MfS erlassene "Anordnung über die Anfertigung, Behandlung und Sicherung von Verschlußsachen vom 30. Januar 1964" auf der Basis eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates von 1962.[150]

Auch zu dieser Thematik entstanden an der JHS als "wissenschaftlicher" Vorlauf zwei Dissertationen, zum Aufbau eines Sicherheitssystems zur besseren Kontrolle des Reiseverkehrs[151] und zum Geheimnisschutz in industriellen Schwerpunktbereichen,[152] deren Mitautor der stellvertretende Leiter und spätere Leiter der HA XVIII Alfred Kleine war. Er war damit der erste von insgesamt 18 Promovenden der HA XVIII an der JHS (vgl. Abschnitt 3.5.2). Dieser Dissertation ist zu entnehmen, daß der Generalstaatsanwalt zahlreiche Staatsorgane beauftragt hatte, Schlußfolgerungen für den Geheimnisschutz im Außenhandel aus dem Prozeß Hüttenrauch/Latinsky zu ziehen. Das wurde hauptsächlich von den Sicherheitsbeauftragten vorbereitet.[153] Die nun einsetzende Aufblähung des Geheimschutzsektors führte zur hoffnungslosen Überforderung der zuständigen Mitarbeiter für Verschlußsachen. Die HA XVIII war im Oktober 1967 bereits für 73 VS-Stellen in Ministerien sowie anderen staatlichen Einrichtungen und 77 VS-Bevollmächtigtenstellen mit insgesamt 750 VS-Bearbeitern verantwortlich, was ihr noch nicht einmal die komplette Registratur der VS-Bearbeiter ermöglichte.[154] Auf dem 9. Plenum des ZK der SED im Oktober 1968 verkündete Günter Mittag auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in der ČSSR, die bis zum Ende der DDR zum Teil ins Groteske ausufernde Geheimhaltungsdoktrin für die Wirtschaft:

> "Zur Durchführung der Strukturpolitik in der Volkswirtschaft gehört auch die strengste Staatsdisziplin bei der Wahrung von Geheimnissen. Der Klassengegner richtet seine Bemühungen besonders darauf, die vorgesehene strukturpolitische Entwicklung in Erfahrung zu bringen, neues-

---

149 Grunert/Abisch: Störtätigkeit, Bl. 294 b. Die Verfasser weisen darauf hin, daß man westdeutsche Konzerne und Unternehmen u. a. nicht gleich als verbrecherische Organisationen einstufen könnte, daß aber das Ausspionieren durch diese Institutionen Bestandteil der "aggressiven Politik" gegen die DDR sei.

150 Zitiert nach Matthias Wagner: Zum Verschlußsachenwesen und zur Geheimhaltung im Staatsapparat der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1996 (44), S. 41–48, hier 41.

151 Willi Pösel und Manfred Nauendorf: Zu den Grundlagen von Sicherungssystemen und ihren Leitungsprozessen; BStU, ZA, JHS 21777, Bd. 1–2, 444 Bl.

152 Alfred Kleine, Wolfgang Burkat und Heinz Jeschke: Das System des Geheimnisschutzes in ausgewählten Bereichen strukturbestimmender Zweige der DDR; BStU, ZA, JHS, Bd. I, 21786, Bd. II, 21787, Bd. III, 21788 und Bd. IV, 21790, 763 Bl. Strukturbestimmende Zweige waren die Schwerpunktbereiche im neuen Fünfjahrplan von 1966–1970.

153 Ebenda, Bd. III, Bl. 97.

154 Ebenda, Bl. 197.

> te Erkenntnisse der Forschung und Entwicklung zu erkunden, Standorte von wichtigen Industrieneubauten und Automatisierungsvorhaben zu erfahren, sowie in die Außenwirtschaftstätigkeit der DDR einzudringen."[155]

Im Zusammenhang mit der "Richtlinie zur weiteren Vervollkommnung des Geheimnisschutzes in den Staats- und Wirtschaftsorganen" vom 15. Oktober 1969 begann der Aufbau von Rahmennomenklaturen für Staats- und Dienstgeheimnisse.[156]

3.2.3 Gründung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo)

Im Zuge des VII. Parteitages im April 1967 begann eine weitere Reformetappe des nun in "Ökonomisches System des Sozialismus" (ÖSS) umbenannten NÖS. Es galt als Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, das auf dem VII. Parteitag als eigenständige Phase bis zur Vollendung des Kommunismus proklamiert wurde und zu dessen Schwerpunkt die Entwicklung der Wissenschaft als Hauptproduktivkraft gehörte.[157] Für die sogenannten strukturbestimmenden Erzeugnisse wurde unter umfassender Einbeziehung der elektronischen Datenverarbeitung und Automatisierung ein Schwerpunktplan aufgelegt. Daneben war die nun beginnende Umsetzung einer Außenhandelsreform in die Praxis von besonderer Bedeutung. Sie diente der ideologischen Umbewertung des bis Anfang der sechziger Jahre als "Lückenbüßer" oder "notwendiges Übel" (Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag) definierten importorientierten Außenhandels zum Wachstumsfaktor Außenwirtschaft.[158]

Die bisherige völlige Trennung von Produktionsbetrieben und Außenhandel sollte organisatorisch und durch finanzielle Einbeziehung der Außenhandelsergebnisse in das Betriebsergebnis nun aufgehoben werden. Das starre staatliche Außenhandelsmonopol, das den Abschluß grenzüberschreitender Verträge nur durch staatlich legitimierte Außenhandelsunternehmen vorsah, wurde für bestimmte Betriebe gelockert. Das bedeutete für die Linie XVIII

---

155 Günter Mittag: Meisterung der Ökonomie ist für uns Klassenkampf, in: Neues Deutschland vom 27.10.1968, S. 5.

156 Zitiert nach Wagner: Geheimhaltung, S. 42f. In der Folgezeit wurden viele wichtige Wirtschaftsfachzeitschriften eingestellt bzw. ausgedünnt. Mühelos im Westen zu beschaffende Publikationen wie das Statistische Jahrbuch der RGW-Länder und das sowjetische Außenhandelsjahrbuch wurden in der DDR, wegen der darin enthaltenen Daten über die DDR, VS- bzw. GVS-Material. Statistische Berichterstattungen der DDR wurde immer mehr eingeschränkt, verwässert und in den letzten Jahren sogar gefälscht.

157 Walter Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. Schlußansprache auf dem VII. Parteitag, Berlin (Ost) 1967, S. 81–156. Vgl. ausführlichen Fünften Tätigkeitsbericht 1965/69 des Forschungsbeirates, Bonn und Berlin 1969, S. 47–67, und Roesler: Wirtschaftsreform.

158 Während mit den RGW-Partnern schon über den reinen Warenhandel hinausgehende Außenwirtschaftsbeziehungen existierten, sollte nun auch der Westhandel, der bisher lediglich eine Feuerwehrfunktion hatte, zu Wirtschaftsbeziehungen in Form von finanziellen- und Kooperationsbeziehungen erweitert werden. Vgl. dazu Maria Haendcke-Hoppe: Schwerpunkte der Außenwirtschaftsreformen der DDR, in: dies.: Außenwirtschaftssysteme und Außenwirtschaftsreformen sozialistischer Länder, Berlin 1988, S. 87–104.

nunmehr die Kontrolle der Erfüllung des Exportplanes und die Kontrolle der grundsätzlichen Einhaltung des staatlichen Außenhandelsmonopols. Nicht zufällig fällt gerade in diese Phase die Gründung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im damaligen Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) im Jahre 1966. Zum Ziel der "maximalen Devisenerwirtschaftung außerhalb des Planes" verfügte der Ministerrat[159] die Zusammenfassung des GENEX-Geschenkdienstes und der Außenhandelsvertretergesellschaften Transinter, Intrac, Zentralkommmerz sowie der Abteilung Interbasar des VEB Rostock und der beiden als privat deklarierten, von der HV A gesteuerten Firmen F.C. Gerlach und G. Simon unter einheitlicher Leitung. Des weiteren sollte die Nutzung der Staatsreserven zur Devisenerwirtschaftung sowie die kommerziellen Beziehungen mit Religionsgemeinschaften, die sogenannten Kirchengeschäfte, einbezogen werden. Den Anstoß dazu hatte Alexander Schalck, seit 1955 im MAI, ab 1962 1. Sekretär der Kreisleitung der SED im Ministerium, im Dezember 1965 in einem Schreiben an das Politbüromitglied Hermann Matern gegeben.[160] Schalck hatte darin auf seine "mehr oder weniger unseriösen Methoden" bei Abzweigungen von Gewinnanteilen zur Devisenerwirtschaftung hingewiesen, die durch die "staatlichen Außenhandelsunternehmen im Prinzip nicht wahrgenommen werden" könnten und daher einen eigenen Bereich erforderten. Enge Zusammenarbeit und Hilfe seitens des MfS wären notwendig, da durch die MfS-Vertrauensfirmen F.C. Gerlach und G. Simon streng geheime Maßnahmen wie etwa "illegale Warentransporte" durchzuführen wären. Die einheitliche Leitung dieser Geschäfte sollte durch einen stellvertretenden Minister im MAI wahrgenommen werden.

Erster kommissarischer Bevollmächtigter des neuen Bereichs – damals noch kommerzielle Beziehungen genannt – wurde der OibE der HA XVIII im MAI, Horst Roigk, der bereits zuvor als Bevollmächtigter die "Kirchengeschäfte" im Ministerium koordinierte.[161] Am 1. Oktober 1966 wurde KoKo gegründet.[162] Schalck, inzwischen Schalck-Golodkowski, wurde im Dezember als Stellvertreter des Ministers im MAI bestätigt.[163] Er löste Anfang 1967 Roigk als Leiter von KoKo ab. Bereits im September, nach Niederlegung seines Parteiamtes als 1. Sekretär der Kreisleitung der SED im Ministerium, war Schalck von Mielke im Range

---

159 Verfügung 61/66 vom 1.4.1966, in: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht des 1. Untersuchungsausschusses nach § 44 des Grundgesetzes (künftig: Schalck-Untersuchungsausschuß) vom 14.10.1992, Bundestagsdrucksache (künftig: BT) 12/3464, Dokument Nr. 7, S. 58–61. Die DDR litt wie alle "sozialistischen Länder" systembedingt an permanentem Devisenmangel. Die eigenen Währungen waren wegen des dirigistischen Preissystems reine Binnenwährungen und daher nicht konvertibel. Im Rahmen des Intrablockhandels, der für die DDR bis zu 75 vH des gesamten Außenhandels ausmachte, wurden keine Devisen erlöst. Aufgrund des durch die hohe Blockbindung sehr geringen Spielraumes für Westexporte reichten die dort erlösten Devisen zur Bezahlung der nun geplanten höheren Westimporte nicht aus.

160 Schreiben von Schalck an Hermann Matern vom 29.12.1965; ebenda, Dokument Nr. 4, S. 48–51.

161 Zur Gründungsgeschichte und zur Rolle von KoKo vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses, vom 27.5.1994; BT 12/7600, S. 92f. und 108–130.

162 "Information des Ministers" (für Außenhandel und Innerdeutschen Handel), o. D., dokumentiert in: Erste Beschlußempfehlung des Schalck-Untersuchungsausschusses Dokument Nr. 9, S. 66f.

163 "Bestätigung des Stellvertreters des Ministers für den Bereich kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel"; ebenda, Dokument Nr. 10, S. 68.

eines Obersten im MfS, ohne Planstelle und Besoldung, als OibE attestiert worden. Im Vorschlag von OSL Heinz Volpert, der damals als Offizier für Sonderaufgaben im MfS für den Häftlingsfreikauf und die innerdeutschen Beziehungen zuständig war, heißt es unter anderem, daß Schalck aufgrund des Sondergebietes (KoKo) für das MfS eine Vielzahl wichtiger operativer Maßnahmen lösen würde. Durch seinen Rang als OibE sollte er nach jahrelangen offiziellen Kontakten als Hauptabteilungsleiter im MAI "noch fester als bisher" an das MfS gebunden werden.[164]

Noch vor Schalcks Antritt bei KoKo war der stellvertretende Abteilungsleiter der HA XVIII/7 (Außenhandel) Manfred Seidel als Stellvertreter Roigks abgeordnet und ebenfalls als OibE bestätigt worden. Er wurde der zweitwichtigste Mann bei KoKo. Die übrigen leitenden Positionen hatten ebenfalls OibE inne. Sie wurden bis 1983 von Oberst Volpert geführt.[165] (Vgl. Abschnitt 3.4.3)

Die Sicherung von KoKo erfolgte durch die HA XVIII/7. Ein im Juni 1967 abgeschlossenes Kooperationsabkommen zeigt die operativen Möglichkeiten bzw. die nachrichtendienstliche Nutzung auf, die sich für die HA XVIII durch KoKo ergeben sollten.[166] Danach hatte der Leiter der HA XVIII, Mittig, für alle Abwehrlinien des MfS die alleinige Berechtigung, mit Schalck die "Lösung operativer Aufgaben" zu vereinbaren. Schalck war verpflichtet, "alle Möglichkeiten, Erfahrungen und Mitteilungen", die für die operativen Abwehrlinien von Bedeutung waren, mitzuteilen und die Unterstützung dieser Linien für die Lösung der genannten Aufgaben zu beantragen. Für die HV A sollte der Stellvertretende Leiter Generalmajor Fruck und für die anderen Dienstbereiche Volpert der Koordinator sein.

Die Gründung und das Wachstum von KoKo bedeutete also nicht nur die erhebliche Ausweitung der Aufgaben der HA XVIII um einen besonders sensiblen, weil spionagegefährdeten und selbst spionierenden Sicherungsbereich, sondern auch eine Erweiterung des eigenen Spionageaktionsradius. Zahlreiche IM wurden von der HA XVIII/7 und auch der HA XVIII/8 im KoKo-Bereich plaziert, die zum Teil als Doppelagenten fungierten.[167]

---

164 "Vorschlag zur Einstellung eines Offiziers im besonderen Einsatz" vom 8.9.1966, von Mielke bestätigt, dokumentiert in Beschlußempfehlung und Bericht, Anlagenband 1, Dokument Nr. 38, S. 330–334, hier 120f.

165 Vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses, S. 120f. Der Aussage von Schalck, daß die leitenden OibE mit Ausnahme von vier, darunter übrigens Sigrid Schalck, keine hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS gewesen seien, widerspricht die Tatsache, daß diese vom MfS besoldet wurden. Auch Schalck erhielt ab 1970 eine Besoldung. Vgl. Kaderkarteikarte Dr. jur. Schalck-Golodkowski; BStU, ZA, HA KuSch.

166 Ohne Herkunft, Ordnung "über die Zusammenarbeit zwischen den Dienstbereichen des MfS und dem Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel" (Entwurf o. D.) mit handschriftlicher Eintragung: "– Rücksprache mit Genossen Volpert am 28.6.1967; – Zustimmung zur Ordnung; – Ausbesserung S. 2., Mi (Mittig) 28.6.1967"; BStU, ZA, HA XVIII 8088, Bl. 1–3.

167 Vgl. Beschlußempfehlung und Bericht, S. 542 und 593.

Die unterschiedliche Anbindung von KoKo bei der HA XVIII, die einem Stellvertreterbereich von Mielke zugeordnet war, und die direkte Anbindung Schalcks und der KoKo-OibE an Mielke über Volpert führten bald zu Kollisionen.

So ist einer Besprechung zwischen Schalck, dem Leiter der HA XVIII/7, und Volpert im Jahre 1970 zu entnehmen,[168] daß die Sicherung von KoKo und seinen Unternehmen von Schalck eigenmächtig festgelegt wurde. Die KoKo-Mitarbeiter in der Zentrale, dem 1968 in Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) umbenannten MAI, durften praktisch nur mit Genehmigung der "Volpert-OibE" von der HA XVIII/7 bearbeitet werden; ständiger Kontrolloffizier sollte Seidel sein. Auch der Informationsbedarf sollte gefiltert und entsprechend dem jeweiligen Sicherheitsbedürfnis festgelegt werden. Der HA XVIII/7 wurde lediglich zugesagt, daß sie im Interesse der systematischen Arbeit "rechtzeitig" alle Informationen über die Perspektive der Unternehmen, Neugründungen und ähnliches mehr erhalten werde.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Schalck und Volpert 1970 an der JHS gemeinsam mit dem Thema "Zur Bekämpfung der imperialistischen Störtätigkeit auf dem Gebiet des Außenhandels" promovierten.[169] Diese Arbeit beinhaltete im Gegensatz zum "tschekistischen" Titel eine Anleitung, wie zum einen im innerdeutschen Handel unter Umgehung des Berliner Abkommens harte Devisen erwirtschaftet werden konnten,[170] zum anderen, wie im Hinblick auf das wirtschaftspolitische Programm des VII. Parteitages, technologisches Know-how durch die Umgehung des bestehenden Technologie-Embargos – in der Terminologie der Autoren – durch Ausnutzung des "feindlichen westdeutschen und Westberliner Monopolkapitals" erworben werden konnte.[171]

3.2.4 Das neue Grundsatzdokument von 1969

Als Folge der aus dem VII. Parteitag resultierenden Programme, Beschlüsse und Gesetze, wie das schon erwähnte neue Strafgesetzbuch, erhielt die Linie XVIII mit der Richtlinie 1/69[172] ein neues umfassendes Grundsatzdokument. Unbeschadet der Tatsache, daß diese Richtlinie wie das gesamte amtliche und wissenschaftliche Schriftgut der damaligen Zeit von kyberneti-

---

168 "Aktenvermerk" der HA XVIII/7.2 vom 8.6.1970; BStU, ZA, HA XVIII 8088, Bl. 4–6.

169 Die Arbeit ist im erschlossenen Bestand des BStU nicht vorhanden. Vgl. Förster: Dissertationen, S. 58. Im ersten Teilbericht der ersten Beschlußempfehlung des Schalck-Untersuchungsausschusses ist eine Textversion unter dem treffenderen Titel "Zur Vermeidung ökonomischer Verluste und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen im Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik" dokumentiert, S. 123–330.

170 Nach dem bis 2.10.1990 gültigen Berliner Abkommen von 1951 wurde der innerdeutsche Handel im Clearingverfahren auf der Basis von Verrechnungseinheiten (VE) abgewickelt, d. h., die DDR brauchte keine Devisen, um in der Bundesrepublik einzukaufen, erlöste aber auch keine Devisen für ihre Verkäufe. Die Umstellung auf DM erfolgte erst mit dem 1. Staatsvertrag ab 1.7.1990.

171 Zur ausführlichen "Würdigung" vgl. Armin Volze und Johannes L. Kuppe: Doktor Schalck, in: Deutschland Archiv (26) 1993, S. 641–657.

172 Richtlinie 1/69 "Zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik" vom 25.8.1969, S. 1–17; BStU, ZA, DSt 101131.

schen Vorstellungen "in sich geschlossener Regelsysteme" der reformerischen Spätphase geprägt ist,[173] bildete sie die Grundlage für die Arbeit der Linie XVIII bis 1982. Die "Sicherung" der Volkswirtschaft wurde darin als "zentrale Aufgabe der Linie XVIII" definiert. Wegen des alle gesellschaftlichen Bereiche tangierenden Charakters des ÖSS sollte dieser Auftrag aber übergreifend und nicht "ressortmäßig" verstanden werden. Die Linie XVIII hatte nun, auf Basis der einschlägigen Beschlüsse von Partei und Staatsapparat, entsprechend den Befehlen und Richtlinien des Ministers für Staatssicherheit, der Organisator der Sicherung der Volkswirtschaft unter Einbeziehung "aller operativen Kräfte und Möglichkeiten" des MfS zu sein. Wie bereits in der Richtlinie von 1964, sollte das Zusammenwirken mit anderen operativen Diensteinheiten – hier vor allem mit der HA XX – bei der Bespitzelung im Wohn- und Freizeitbereich, nun aber auch in der kulturellen Sphäre an den Hochschulen und bei der Jugend gewährleistet sein.

Im Rahmen der strategischen Hauptaufgaben, der bedeutenden Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Sieg des Sozialismus ("erfolgreiche Führung der Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus") sollten die Sicherungsfunktionen "Innere Sicherung – Äußere Abwehr – und Vorgangsarbeit" weiter perfektioniert werden.[174]

Die aktuellen Schwerpunkte der Überwachung entsprechend den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten der späten Ulbricht-Ära waren:

- die strukturbestimmenden Erzeugnisse und die strukturbestimmenden Investitionen,
- die Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisation bei der Bildung von Großbetrieben (Kombinaten) und Großforschungszentren,
- die Zusammenarbeit im RGW,
- die Außenwirtschaftsbeziehung, die Reisekader und die "lückenlose Kontrolle" der einreisenden Geschäftspartner aus dem Westen,
- die militärische Produktion.

Gegenüber der auf Industrie und Bau beschränkten Schwerpunkte der Richtlinie von 1964 wurde damit der Ausweitung der Reform auf die Bereiche Wissenschaft und Außenwirtschaft Rechnung getragen.

Die Kommentierung der äußeren Abwehrarbeit enthält unter anderem die dezidierte Aufforderung, die "vorhandenen operativen Möglichkeiten" voll zur Wirtschaftsspionage (Beschaffung) zu nutzen.

---

173 Das galt insbesondere für den Ministerratsbeschluß vom 5.7.1968 "über die Grundsatzregelungen für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung der Wirtschaftsführung für die Jahre 1969–1970" (künftig: Ministerratsbeschluß), GBl. II 1968, S. 433–452.

174 Richtlinie 1/69, S. 6–8.

Die operative Vorgangsarbeit hatte sich auf die Herausarbeitung von Straftatbeständen zu konzentrieren. Grundlagen der Verbesserung der operativen Arbeit sollte neben der Qualifizierung der Leitungstätigkeit gemäß ÖSS die prognostische und perspektivische Arbeit und die Verbesserung von Information und Analyse sein.

Als wichtigstes Instrumentarium zur Verbesserung der Arbeitsergebnisse galt der Ausbau und die Qualifizierung des Netzes der inoffiziellen und Gesellschaftlichen Mitarbeiter auf der Basis der neuen IM-Richtlinie von 1968.[175]

In dieser Richtlinie wurde erstmals zwischen der neuen Spitzelkategorie Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit und sechs IM-Kategorien unterschieden. Erstere sollten "vorrangig zur Deckung des Informationsbedarfs aus dem Arbeits-, Wohn- und Interessenbereich" eingesetzt werden, sie hatten im Gegensatz zu den IM "offensiv" und "progressiv" aufzutreten. Die Richtlinie 1/69 forderte eine rasche Ausweitung des "Systems" der GMS und der verschiedenen IM-Kategorien als operative Basis der Überwachung der Wirtschaft. Die Kategorien waren laut IM-Richtlinie: FIM – Führungs-IM, früher GHI; IMS – IM für Sicherheit, früher GI; IMV – IM, die an der Bearbeitung von Personen im Verdacht der Feindtätigkeit mitarbeiteten; IMF – IM mit Feindverbindung im Operationsgebiet, früher GM; IME – IM im besonderen Einsatz; IMK – IM für die Sicherung der Konspiration (mit Wohnungen, Deckadressen etc.). Neben dem GMS-und dem IM-Netz wurde auch die Überwachung durch Sicherheitsbeauftragte weiter ausgebaut.

Die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte sollten weiter durch die Operativgruppen und Objektdienststellen bearbeitet werden. Der spezifische Aufgabenbereich der HA XVIII bestand aus vier Komplexen:

1. Sicherung der zentralen staatlichen Planungs- und Leitungsorgane, nunmehr neben Industrie und Bau in allen Wirtschaftsbereichen sowie in Wissenschaft und Technik.
2. Die Planung und Kontrolle der operativen Arbeit aller DE der Linie XVIII.
3. Die ständige Analyse der feindlichen Angriffe auf die Wirtschaft, diese begünstigende Bedingungen und die Analyse der Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen des MfS.
4. Die Kooperation innerhalb des MfS mit allen Linien und Diensteinheiten zur Lösung der Aufgaben und Sicherung der Volkswirtschaft.

Die HA XVIII war nun dafür verantwortlich, daß alle notwendigen Schutzmaßnahmen für die Wirtschaft durch die Diensteinheiten des MfS eingeleitet werden konnten. Dazu hatte die HA XVIII bereits im Mai mit der HA II (Spionageabwehr) eine Vereinbarung abgeschlos-

---

175 Richtlinie 1/68 vom Januar 1968 "für die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit und inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik"; BStU, ZA, DSt 101126, S. 1–45. Dokumentiert in: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, Dokument Nr. 6, S. 242–281.

sen.[176] Zur Überwachung "neuralgischer Punkte gegnerischer Angriffe" sollte ein Auftragsleiter[177] für die Organisation der Kooperationsbeziehungen zwischen den Diensteinheiten der Linie XVIII vom Leiter der Hauptabteilung nach Bestätigung durch den Stellvertreter des Ministers eingesetzt werden. Den Abteilungsleitern der XVIII in den Bezirksverwaltungen konnten die Aufgaben des Auftragsleiters für operative Schwerpunkte übertragen werden.

Der Leiter der HA XVIII hatte ein verbindliches Arbeitsprogramm für alle Diensteinheiten "seiner" Linie, entsprechend der perspektivischen Vorgaben auf der Basis der Beschlüsse von Partei und Staatsführung und der Befehle und Weisungen des Ministers auszuarbeiten, das durch den stellvertretenden Minister bestätigt wurde. Auf der Grundlage dieses Arbeitsprogramms und der Weisung des Leiters der Bezirksverwaltung hatten die Abteilungen XVIII in der Bezirksverwaltung zu arbeiten. Dem Leiter der Hauptabteilung oblag auch die Steuerung des Informationsflusses und die Sicherung der zentralen Erfassung, Speicherung und Auswertung innerhalb der Linie XVIII auf der Grundlage des umfassenden Befehls 299/65.[178]

Zum Zeitpunkt des Erlasses der Richtlinie 1/69 arbeitete die Linie XVIII bereits nach dem Arbeitsprogramm 1968–1970 vom 10. Juli 1968, in dem die Richtlinie 1/69 offenbar zum Teil schon "vorgedacht" worden war.[179]

Die 1. Durchführungsbestimmung enthält die Regelungen für die Sicherung der strukturbestimmenden Bereiche und volkswirtschaftlichen Schwerpunkte auf der Linie XVIII und der territorialen Ebene (Kreisdienststellen). Zu den bereits seit 1957 bestehenden Objektdienststellen, in den nunmehr zu Kombinaten umgebildeten Chemiewerken Buna und Leuna, kamen vier weitere Objektdienststellen, in den ebenfalls neu gebildeten Kombinaten Carl Zeiss Jena, Böhlen (Erdölverarbeitung), Schwedt/Oder (Erdölverarbeitung) und Schwarze Pumpe (Gas).[180] Für 350 Großkomplexe, Industriezweige oder strukturbestimmende Erzeugnisgruppen waren nunmehr 83 Operativgruppen gegenüber den 55 von 1957 zu bilden.[181]

Während die Objektdienststellen sich in den Objekten befanden, den Leitern der Bezirksverwaltungen direkt unterstellt und von den jeweiligen Fachabteilungen der Hauptabteilung angeleitet wurden, waren die OG mehrheitlich in den Kreisdienststellen und in bestimmten Fäl-

---

176 "Koordinierungsvereinbarung zwischen der HA XVIII und der HA II" vom 29.5.1969, unterzeichnet von den beiden Leitern; BStU, ZA, HA XVIII 229, Bl. 32–36.

177 Auftragsleiter waren im ÖSS vom zuständigen Minister eingesetzte Betriebsleiter mit zeitlich begrenzten Koordinationsaufgaben. Vgl. Ministerratsbeschluß vom 5.7.1968, S. 434.

178 Befehl 299/65 vom 24.7.1965 "über die Organisierung eines einheitlichen Systems der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit im MfS"; BStU, ZA, DSt 100457, 8 Anlagen.

179 Das Arbeitsprogramm liegt gegenwärtig nicht vor, jedoch "Einige Anmerkungen zum Arbeitsprogramm der Linie XVIII für die Jahre 1968 bis 1970" vom 26.7.1968 der HA XVIII/AIG; BStU, ZA, HA XVIII 1191, Bl. 129–143.

180 1. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Organisierung der politisch-operativen Arbeit in Operativgruppen bzw. Objektdienststellen", S. 1–13; BStU, ZA, DSt 101131. Die neugebildeten Kombinate waren Fusionen von VEB. Sie unterschieden sich rechtlich und substantiell von den in der 2. Hälfte der siebziger Jahre gebildeten Kombinaten, die die VVB ablösten.

181 Vgl. dazu Anlage 1 zur Richtlinie 1/69, S. 1–54.

len in den Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen angesiedelt. Die fachliche Zuständigkeit oblag ebenfalls den jeweiligen Abteilungen der HA XVIII.

Die 2. Durchführungsbestimmung diente dem Ausbau des Netzes der Sicherheitsbeauftragten[182], das nun auf alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt wurde.

Die Sicherheitsbeauftragten hatten als Stabsorgan der jeweiligen Leiter zu fungieren und konspirativ über die Verbindungsoffiziere zusammenzuarbeiten. Diese hatten den SB zweckdienliche Erkenntnisse und Erfahrung zu übermitteln. Die Sicherheitsbeauftragten durften aber weder "konkrete" Kenntnisse über eingesetzte IM noch Gesamtüberblicke über Vorgänge haben oder selber IM führen. Die Rechenschaftslegung erfolgte nach Abstimmung mit dem MfS gegenüber dem Leiter des Objektes.

Im Gegensatz zur oben erläuterten SB-Regelung von 1966 wurden die Sicherheitsbeauftragten nun als hauptamtliche Mitarbeiter, OibE/A (Abwehr), vom MfS eingestellt und arbeiteten "legendiert" in den Objekten. Die Modalitäten enthielt die beigefügte Ordnung.[183] Bereits eingesetzte SB, die aus bestimmten Gründen nicht vom MfS eingestellt werden konnten, sollten abgelöst werden. Neben den zentralen wirtschaftsleitenden Organen (Ministerien, Ämtern, zentralgeleiteten VVB), in denen die Leitung der Inspektionsabteilungen bzw. Kontrollgruppen den Sicherheitsbeauftragten oblag, sollten sie in weiteren 459 ausgewählten Kombinaten, VEB und anderen Einrichtungen eingesetzt werden.[184]

Der Leiter der Abteilung Inspektion der AG Staats- und Wirtschaftsführung beim Ministerrat hatte nunmehr ein leitender Offizier der HA XVIII zu sein. Als prominentester OibE der HA XVIII war dies in der Funktion eines Staatssekretärs ab 1968 Harry Möbis. Seit 1956 hauptamtlicher Mitarbeiter der HA III/XVIII leitete er bis zur Wende über die 1973 in AG Organisation und Inspektion umbenannte Abteilung Inspektion den OibE-Einsatz in der Wirtschaft.[185] Auch zum Thema Sicherheitsbeauftragte erschien eine breit angelegte "wissenschaftliche" Durchdringung als Dissertation an der JHS.[186]

Die 3. Durchführungsbestimmung enthält die spezifischen Sicherungsregelungen für die militärische Produktion[187], die seit der Fusion mit der selbständigen Abteilung VI im Jahre 1962 in den Verantwortungsbereich der AG/M, der späteren AGL, beim Leiter der HA XVIII fiel.

---

182 2. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Organisierung der politisch-operativen Arbeit mit dem System der Sicherheitsbeauftragten", Bl. 1–13; BStU, ZA, DSt 101131.

183 "Über die Stabilisierung und Weiterentwicklung des Systems der Sicherheitsbeauftragten sowie deren Qualifizierung" vom 25.8.1969; ebenda, S. 14–18.

184 Anlage 2 zur Richtlinie 1/69; ebenda, S. 1–21.

185 "OibE/XVIII" vom 15.3.1986; BStU, ZA, HA KuSch K 7, Bündel 44, unerschlossenes Material.

186 Heinz Köhler und Manfred Liedke: Das System der Sicherheitsbeauftragten – ein neues wirksames Instrument der sozialistischen Staatsmacht, das unter Führung des Ministeriums für Staatssicherheit zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Volkswirtschaft, insbesondere zur Abwehr des Systems imperialistischer Kräfte beiträgt; BStU, ZA, JHS 21785, 385 Bl.

187 3. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Organisierung der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der speziellen Produktion", S. 1–6; BStU, ZA, DSt 101131.

Ein Unikum ist die 4. Durchführungsbestimmung.[188] Während die erläuterten drei die Organisation und Arbeitsweise auf der Basis der Richtlinie 1/69 präzisierten, fällt die vierseitige 4. Durchführungsbestimmung völlig aus dem Rahmen, denn sie diente der "Realisierung" eines hochpolitischen Geheimpapiers des Vorsitzenden des Ministerrates vom Juni 1970. Diese 18seitige "Instruktion zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen der DDR in den Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit der BRD und der selbständigen politischen Einheit Westberlin"[189] ist ein Dokument der Eskalation des, mit der Entspannungspolitik einsetzenden, deutschlandpolitischen Abgrenzungskurses der SED unmittelbar nach den beiden Treffen von Brandt und Stoph in Erfurt und Kassel im März und Mai 1970.

Laut 4. Durchführungsbestimmung hätte nach diesem Treffen angeblich der "Versuch der Unterwanderung der Volkswirtschaft [...] in neuer Qualität zugenommen". Im Rahmen der Abgrenzung wurden nun innerdeutsche Sonderbeziehungen bestritten und – das ist Thema der Instruktion – auch der Sonderstatus des Innerdeutschen Handels (IDH) geleugnet und dieser als "normaler" Außenhandel eingestuft.

Der "Maßnahmenkatalog zur Instruktion" fordert unter anderem die erneute Reduzierung ("auf's notwendigste Maß") des bereits streng kontrollierten Geschäftsreiseverkehrs und der Wissenschaftskontakte, die Verschärfung der Geheimhaltung und die strenge Kontrolle und Einschränkung der Bezüge ("Importe") aus der alten Bundesrepublik.[190]

In der 4. Durchführungsbestimmung wird der "Instruktion" attestiert, daß "auf spezifische Weise die politisch-operativen Erfordernisse des MfS zur Bekämpfung der gegnerischen Absichten und Praktiken des Gegners in den Außenwirtschaftsbeziehungen beider deutscher Staaten und zur selbständigen politischen Einheit Westberlin Eingang gefunden" hätten. Der Leiter der HA XVIII und die Leiter der Bezirksverwaltungen hätten die Durchsetzung der Instruktion zu gewährleisten. Bei der Instruierung wäre der "hohe Geheimhaltungsgrad" zu beachten. Dieser Tatsache, einer "streng geheimzuhaltenden Anleitung", müßte "in allen Handlungen und in den zu treffenden Maßnahmen stets Rechnung" getragen werden.

---

188 4. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers vom 30.9.1970, S. 1–4; ebenda.

189 Instruktion vom 24.6.1970, GVS B-2-193/70; ebenda, S. 1–15 (Ministerratszählung). In der 4. Durchführungsbestimmung wird der 30.7. als Datum der beigefügten Instruktion vom 24.6. genannt.

190 Ebenda, S. 16–18. Aus dem international anerkannten Sonderstatus des IDH zog die DDR bis zum Ende erhebliche Vorteile. Mit der alten Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) fand nach der Sowjetunion der wertmäßig größte Warenaustausch statt. Im Zuge der Abgrenzung war 1968 das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (MAI) in Ministerium für Außenwirtschaft umbenannt worden. In der alphabetischen Rangfolge der Handelspartner erschien ab 1970 "Westberlin" als selbständiger Handelspartner in der Statistik. Der ursprünglich in der DDR geprägte Terminus innerdeutscher Handel verschwand aus dem Schrifttum. Im Jahre 1972 konzedierte Honecker im Zusammenhang mit dem Abschluß des Grundlagenvertrages allerdings in einem Nebensatz dem IDH "... eine der wenigen Besonderheiten..., die in den Beziehungen bestehen". Interview mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger, in: Neues Deutschland vom 25.11.1972, S. 3–4. Zur Geschichte und Sonderrolle des IDH vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel, in: Enquete-Kommission, Bd. V, 2, S. 1543–1571.

Diese Geheim-Instruktion bildete den Auftakt für die nach dem Grundlagenvertrag ausufernden Kontaktverbote und, insbesondere nach der diplomatischen Anerkennung durch die westlichen Länder, für teilweise groteske Abgrenzungsmanöver gegenüber Vertretern der Bundesrepublik auf internationaler Ebene. Damit kreierte die DDR-Führung ihrerseits Sonderbeziehungen negativer Art zwischen den beiden deutschen Staaten. Die "Instruktion" zog ein noch engmaschigeres Netz der Kontrollen in der Außenwirtschaft nach sich. Bis Oktober 1971 wurden in das Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) und in besonders exponierte Außenhandelsbetriebe 14 Kontrollbeauftragte – 24 waren geplant – eingeschleust. Darunter waren fünf OibE, davon zwei im MAW, der Rest waren IME.[191]

Aufschlußreich ist die Langlebigkeit der "Instruktion". Mit Datum vom 30. Oktober 1970 wurde sie als Zusammenfassung ohne Hinweis auf ihren Ursprung als Instruktion 02/70 für die K 1 der Hauptabteilung Kriminalpolizei im Innenministerium in Abstimmung mit der HA XVIII erlassen.[192] Die letzte Paraphe ist vom 2. November 1989.

3.2.5 Organisationsstruktur und Kaderentwicklung

Die Materiallage zur Organisationsstruktur in den sechziger Jahren ist sehr dürftig und unklar. Aus Struktur- und Stellenplanfragmenten ergibt sich, daß im Rahmen der Umbenennung die Struktur einen neuen Zuschnitt erhielt, und von sieben Abteilungen Ende 1963 auf 8 Abteilungen im Jahre 1969 erweitert wurde.[193] (Vgl. Strukturschema, Seite 54) Entsprechend dem Industriezweigprinzip umfaßten nun die Abteilungen 1–3 die Sicherungsbereiche Industrie und Bauwesen. Die Abteilung 4 war für die Bearbeitung der zentralen Planungs- und Finanzorgane zuständig. Die als Abteilung 6 im Jahre 1962 integrierte selbständige Abteilung VI im MfS wurde zur Abteilung 5 für den Dienstbereich zentrale Organe der Wissenschaft und Forschung. Die neue Abteilung 6 war für die zentralen Einrichtungen Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft zuständig. Im Zuge des NÖS war 1963 das Ministerium für Landwirtschaft zum Landwirtschaftsrat umgebildet worden. Der Dienstbereich der Abteilung 7 (vormals Bau) erstreckte sich neuerdings auf die zentralen Organe der Außenwirtschaft. Spätestens im Jahre 1969 wurde, vermutlich im Rahmen des Schwerpunktprogrammes "strukturbestimmende Erzeugnisse", aus dem Referat Elektrotechnik und Elektronik der Abteilung 2 die

---

191 HA XVIII/7 vom 11.10.1971: "Grundsätze und Aufgaben für die politisch-ideologische Erziehung der Kontrollbeauftragten im Ministerium für Außenwirtschaft und in den MAW-unterstellten AHB/DLB"; BStU, ZA, HA XVIII 8094, Bl. 8–17.

192 MdI, HA Kriminalpolizei, 1. Abteilung ("Nachanfertigung"); BStU, ZA, HA XVIII 1425, Bl. 1–6. Einem Brief von Mittig ist zu entnehmen, daß die Instruktion in dieser legendierten Form auch an die Leiter der Abt. XVIII der BV ging. Zur Rolle der K 1 vgl.: Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei – Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit, hrsg. vom BStU, Berlin 1994.

193 Kaderbedarfsplan für 1964/65; BStU, HA XVIII 157, Bl. 2f.

Abteilung 8 gebildet. Mit der Übernahme der selbständigen Abteilung VI im Jahre 1962 entstand – wie oben dargelegt – die AG/M (später AGL) beim Leiter der HA XVIII.[194]

Unbekannt ist das genaue Entstehungsdatum der AG Brände und Störungen; sie erscheint im Kaderbedarfsplan 1964/65.[195] Zuvor bestand sie als unselbständiges Referat K (Brände und Katastrophen) im Rahmen der alten Abteilung 4 bis 1964.

Eine weitere Diensteinheit – die Arbeitsgruppe Wirtschaftsbeziehungen – ist wahrscheinlich 1964 entstanden. Im Zuge der oben erläuterten Dienstanweisung 7/65 zur Kontrolle des Reiseverkehrs wurde ihr "federführend" die Sicherung des Geschäftsreiseverkehrs übertragen. Außerdem sollten nun in allen Bezirksverwaltungen Arbeitsgruppen Wirtschaftsbeziehungen beim Leiter der Abteilung XVIII gebildet werden.[196] Als selbständiges Referat bestand das Referat AI (Auswertung, Information und Kontrolle). Für das Sekretariat der Hauptabteilung liegt aus dem Jahre 1967 eine detaillierte Arbeitsordnung[197] vor. Danach bestand es aus drei Mitarbeitern, die die Bürotätigkeiten für die Hauptabteilung ausführten. Von geringfügigen Verschiebungen abgesehen, sollten die Struktur und die Anzahl der Fachabteilung bis 1985 kaum noch verändert werden.

---

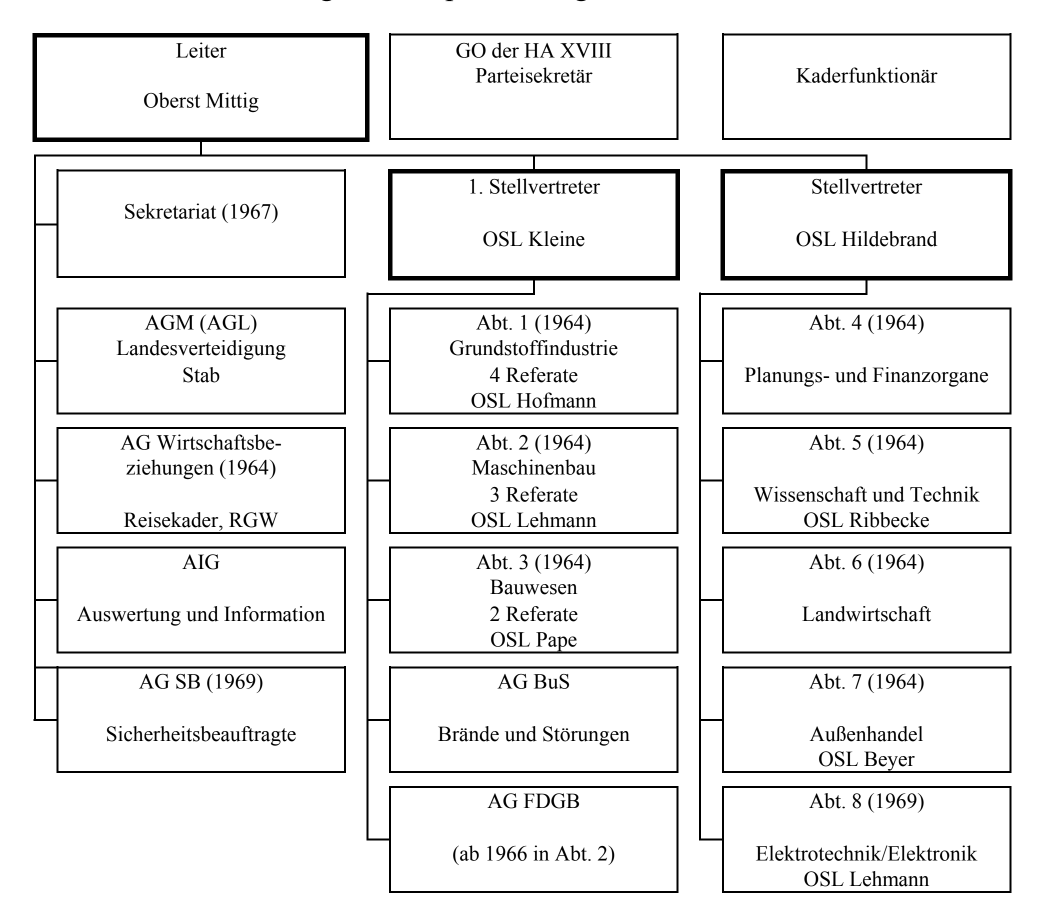
194 Vgl. Vortragsmaterial Oberst Pulow: "Strukturentwicklung der HA XVIII von 1950–1958"; BStU, ZA, HA XVIII 563, Bl. 140f. Dieses Material hat sich besonders für die Frühzeit nicht als zuverlässig erwiesen, ist aber für die Struktur im Jahre 1969 bisher die einzige Quelle.

195 Kaderbedarfsplan 1964/1965; BStU, ZA, HA XVIII 157, Bl. 3.

196 Dienstanweisung 7/65 vom 1.8.1965; BStU, ZA, DSt 101063, Bl. 1–8, hier 2 und 7.

197 HA XVIII: "Arbeitsordnung des Sekretariats der HA XVIII" vom 8.6.1967; BStU, ZA, HA XVIII 178, Bl. 1–9.

Entwicklung der Hauptabteilung XVIII 1964 bis 1969[198]



Die Leitungskader der Hauptabteilung waren im Gegensatz zu den fünfziger Jahren mit Generalmajor Mittig an der Spitze und OSL Kleine als erstem Stellvertreter recht stabil. Der zweite Stellvertreter war – zumindest ab 1963 – OSL Hildebrandt.[199]

Aus den "Qualifikationsmaßnahmen" für Stellvertreter Kleine von 1965 ergaben sich die Anleitungsbereiche. Ihm waren danach die Industrieabteilungen 1–3 sowie die AG BuS und die AG FDGB direkt unterstellt. Im übrigen war zu diesem Zeitpunkt sein Gesundheitszustand derart, daß in den nächsten zwei Jahren ein Fernstudium nicht erfolgen sollte.[200] Von Juni 1967 bis Juni 1968 war Kleine dann zur oben erwähnten Promotion an der JHS von seiner

---

[198] Kaderbedarfsplan 1964/65, o.D.; BStU, ZA, HA XVIII 157, Bl. 2–3. Struktur- und Stellenplan für den Dienstbereich Industrie, Bauwesen und FDGB der Hauptabteilung XVIII vom 19.3.1964; BStU, ZA, HA XVIII 166, Bl. 1–7. Vortragsmaterial Oberst Pulow; Strukturentwicklung der HA XVIII von 1950–1988; BStU, ZA, HA XVIII 563, Bd. 2, Bl. 142f.

[199] HA III/Leitung: Übergabeprotokoll von OSL Hildebrandt vom 21.2.1964; BStU, ZA, HA XVIII 162, Bl. 1f.

[200] HA XVIII: "Funktions- und Qualifikationsmerkmale für den stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung XVIII, Oberstleutnant Kleine" vom 24.8.1965; BStU, ZA, HA XVIII 162, Bl. 3–7.

Funktion entbunden.[201] Fast gleichzeitig, nämlich im Mai 1968, erwarb Mittig als Fernstudent an der JHS das juristische Diplom.[202]

Die mittlere Leitungsebene ist nur vereinzelt zu rekonstruieren.

Im Jahre 1970 betrug der Kaderbestand 264 hauptamtliche Mitarbeiter – davon 43 Frauen – gegenüber 204 im Jahre 1963, das entsprach einer Zunahme von 30 vH gegenüber 1963. Aufschlußreich ist allerdings, daß allein 39 Neueinstellungen in den Jahren 1969/70 vorgenommen wurden.

Im Jahre 1969, in dem die Abteilung 8 (Elektrotechnik und Elektronik) und die AG SB gebildet wurde, übertraf die Ist-Zahl von 245 die Sollvorgabe von 229 sichtbar. Die dann massiv aufgestockte Sollzahl von 285 im Jahre 1970 konnte mit nur 264 nicht erreicht werden, einen derartigen Sprung gab es weder vorher noch nachher (vgl. Tabelle 2, Seite 11). Er ist auch im Gesamt-MfS-Maßstab zu verzeichnen, in den Jahren 1969 und 1970 wuchs die Anzahl der Mitarbeiter um 2.180 (fast 18 vH) auf 14.331.[203]

Tabelle 4: *Kaderentwicklung in der Hauptabteilung XVIII (Zivilbeschäftigte in Klammern, Stand: jeweils 31.12.)*[204]

Jahr	Soll	Ist	
			davon weiblich
1964	213	203 (4)	27
1965	213	208 (5)	28
1966	223	214 (5)	29
1967	227	217 (5)	31
1968	227	225 (7)	34
1969	229	245 (6)	40
1970	285	264 (5)	43

Im Jahre 1969 war die Anzahl der IM-führenden Mitarbeiter laut Stellenplan auf 228 gegenüber 176 im Jahre 1964 angestiegen. Der Anteil der "Operativen" an der Gesamtzahl der Mitarbeiter der Hauptabteilung hatte sich kaum verändert und lag bei 86 vH.[205]

201 Kaderakte "Auskunftsbericht"; BStU, ZA, KS 7348/90, Bl. 4.
202 Bisher (Oktober 1996) wurde die Arbeit von Mittig nicht aufgefunden, auch das Thema ist der Diplomurkunde nicht zu entnehmen; Kaderakte; BStU, ZA, KS 24714/90, Bl. 83.
203 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), Beilage Mitarbeiterstatistik des MfS Berlin 1954 bis 1989.
204 BStU, ZA, HA KuSch Abt. Planung 8 (3), unerschlossenes Material.
205 BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Planung 8 (3), unerschlossenes Material.

Namentlich aufgeführt werden für 1964 acht OibE: Zeissig (SPK), Möbis (damals im Volkswirtschaftsrat), Meyer, Roigk (im MAI), Wasserthal, Bock (Volkswirtschaftsrat), Ringel und Höfer.[206]

Für das Jahr 1970 läßt sich die Anzahl der OibE der Hauptabteilung nur sehr grob anhand der nach der Richtlinie 1/69 mit Sicherheitsbeauftragten mit OibE-Status zu besetzenden zentralen staatlichen Organe schätzen. Danach müßten es mindestens 50 gewesen sein. Allein in der Abteilung XVIII/7 gab es 1970 fünf OibE. Zum IM-Bestand liegen gegenwärtig noch keine Angaben vor.

Die Kaderentwicklung in den Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen ist für den Berichtszeitraum aus den Unterlagen der HA KuSch nicht zu ermitteln.

Für das Jahr 1970 liegen Angaben zur Altersstruktur des Kaderbestandes der Hauptabteilung vor. Sie beziehen sich vermutlich auf die hauptamtlichen Mitarbeiter ohne OibE:[207]

Tabelle 5: *Altersstruktur 1970 der Hauptabteilung XVIII*

Alter	Anteil in vH
19 – 25 Jahre	4,4
26 – 30 Jahre	15,2
31 – 40 Jahre	57,6
41 – 45 Jahre	16,0
46 – 50 Jahre	3,2
51 – 65 Jahre	2,0

Danach befanden sich über drei Viertel des Kaderbestandes im Alter zwischen 19 und 40 Jahren. Lediglich 2 vH waren älter als 51 Jahre. Das Durchschnittsalter lag ungefähr bei 35 Jahren. Ein Drittel der Mitarbeiter hatte ein Dienstalter zwischen elf und fünfzehn Jahren, ein Viertel war sechzehn und mehr Jahre im MfS tätig. Fast drei Viertel (72 vH) der Mitarbeiter waren länger als zehn Jahre Mitglied der SED.

---

206 Ohne Herkunft, "Stellenplan der Hauptabteilung XVIII", Stand 15.10.1964; BStU, ZA, HA XVIII 157, Bl. 1.

207 HA KuSch, Abt. Schulung: Entwurf "Probleme der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Linie XVIII bei der weiteren Gestaltung des Sicherheitssystems der Volkswirtschaft" vom 8.9.1970; BStU, ZA, HA XVIII 4759, Bl. 1–29, hier 2.

Das Ausbildungsniveau[208] war seit 1961 stetig angestiegen.

Tabelle 6: *Qualifikationsstruktur der Hauptabteilung XVIII*

Art der Qualifikation	Anteil vH			
	1961		1970	
		gesamt		gesamt
Hochschulabschluß (HS)	-	34	27,6	51,2
Fachschulabschluß (FS)	-		23,6	
Studenten HS	-	11	7,7	8,1
FS	-		0,4	

Gegenüber 1961 war der Anteil der Hoch- und Fachschulabsolventen von 34 auf 51 vH angestiegen.[209] Als günstigste Ausbildungsrichtung wurde eine wirtschaftsspezifische, also Ingenieurökonom oder Diplomwirtschaftler, bezeichnet. Unter den Hochschulabsolventen und Studenten befanden sich 29, die eine derartige Ausbildung im Jahre 1970 abgeschlossen hatten bzw. sich im Studium befanden. Von den übrigen Hochschulabsolventen oder Studenten waren 29 Juristen und acht Kriminalisten. Bei den Fachschulabsolventen überwog mit 16 Angehörigen die Ausbildungsrichtung Landwirtschaft, elf waren Maschinenbauer. Insgesamt 80 Angehörige (38 vH) besuchten Schulen des MfS, darunter 26 (12,3 vH) Hochschullehrgänge. Interessant ist der Hinweis der HA KuSch, wonach unter anderem die in Potsdam Eiche, also an der JHS vermittelten Rechtskenntnisse für die operative Tätigkeit auf der Linie XVIII nicht ausreichten. Die Ausbildung an den MfS-Schulen könnte daher nur als Etappe für die "Anerziehung tschekistischer Eigenschaften und Fähigkeiten" angesehen werden.[210]

Insgesamt wird der HA XVIII bescheinigt, daß es ihr im Vergleich zu anderen Hauptabteilungen gelungen sei, gute Schulungsprogramme auszuarbeiten.[211]

3.3 Aufgabenschwerpunkte in den siebziger Jahren

3.3.1 Das Schlüsseljahr 1971

Das Jahr 1971 brachte für die Zukunft der DDR grundsätzliche personelle, politische sowie wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen. Herausragendes Ereignis war der Sturz

---

208 Ebenda, Bl. 3f.
209 Protokoll über die erweiterte Kollegiumssitzung vom 20.6.1961; BStU, ZA, SdM 1902, Bl. 297–328, hier 300.
210 Ebenda, Bl. 6f.
211 Ebenda, Bl. 8.

Walter Ulbrichts im Mai 1971[212] und der VIII. Parteitag vom 15. bis 19. Juni 1971 unter der Regie des neuen 1. Sekretärs der SED, Erich Honecker. Gleichzeitig stieg Erich Mielke zum Kandidaten des Politbüros auf.

Wichtigste Ergebnisse des VIII. Parteitages waren:[213]

1. Die scharfe Abgrenzung zur Ära Ulbricht mit der ideologischen Abkehr von seiner Sozialismus-Interpretation als relativ selbständiger Gesellschaftsformation.[214]

   Das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zur führenden Sowjetmacht und die de facto-Beendigung des Reformkurses.[215] Dazu gehörte auch die Umstellung der bisher gültigen Formel Planung und Leitung in Leitung und Planung, wobei letztere als "Herzstück der Leitung" galt.

   Bereits auf dem 13. und 14. Plenum des ZK der SED im Juni und September 1970 hatte Günter Mittag harsche Kritik am ÖSS geübt und damit seine Abkehr vom Reformkurs vollzogen. Durch die Schwerpunktplanung für strukturbestimmende Erzeugnisse waren erhebliche Disproportionen und Versorgungsmängel aufgetreten.[216]

2. Die Proklamation der neuen folgenreichen ökonomischen Hauptaufgabe für den Fünfjahrplan 1971–1976, die mit der weiteren Erhöhung des Lebensstandards ein konsumorientiertes Kontrastprogramm zur investitionsintensiven Konzeption der sechziger Jahre bildete:[217]

   > "Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplans besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität".

   Diese Strategie, vornehmlich ab dem IX. Parteitag von 1976 als ökonomische Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik charakterisiert, wurde dann als entleertes Kürzel "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zum stereotypen Credo

---

212 Vgl. Jochen Staadt: Walter Ulbrichts letzter Machtkampf, in: Deutschland Archiv (29) 1996, S. 686–700.

213 Vgl. Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berichterstatter: Erich Honecker (künftig: Honecker-Bericht), Berlin (Ost) 1971.

214 Der theoretische Ausbau des VIII. Parteitages erfolgte nachträglich auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler am 14.10.1971 durch das Referat des Chefideologen der SED, Kurt Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft – Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin (Ost) 1971.

215 De jure war die Reform bereits mit dem berüchtigten Beschluß des Ministerrates "Über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971", GBl. II Nr. 100 vom 1.12.1970 beendet worden.

216 Vgl. Bruno Gleitze: Planvollzug der abgelaufenen Perspektivpläne der DDR und Zielsetzung des Fünfjahrplans 1971–1975 und Karl C. Thalheim: Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus. Gesamtwirtschaftliche Würdigung, beide in: Bruno Gleitze u. a.: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der 70er Jahre, hrsg. vom Forschungsbeirat, Berlin 1971, S. 9–51 und S. 53–75, sowie Gerhard Schürer: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR, in: Dietmar Keller u. a., ANsichten zur Geschichte der DDR, Bonn/Berlin 1994, Bd. III, S. 131–171, hier 147–150.

217 Honecker-Bericht, S. 38.

der Ära Honecker. Die Proportionen der Hauptaufgabe, nämlich Verbesserung des Lebensstandards nur bei entsprechendem Wachstum, erfuhren durch anspruchsvolle Sozialprogramme und hohe Konsumtionsraten sowie ab 1976 durch das Wohnungsbauprogramm starke einseitige Verzerrungen, diese wurden zu einem Angelpunkt des ökonomischen Niedergangs der DDR.[218]

3. Ein weiterer wesentlicher Programmpunkt war die Außenwirtschaftsstrategie für die neue Fünfjahrplanperiode. Aufgrund der sich abzeichnenden Beendigung der außenpolitischen Isolation[219] der DDR, das heißt der bevorstehenden weltweiten diplomatischen Anerkennung, sollte hohes kreditfinanziertes Importwachstum der notwendigen Modernisierung des Wirtschaftspotentials dienen. Mit einer dadurch ermöglichten Exportoffensive hätten die aufgelaufenen Schulden in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre getilgt werden können. Statt der geplanten technologieintensiven Importe wurden aber bis 1975 die Konsumgüterimporte ausgeweitet.[220]

Das außenpolitische und außenwirtschaftliche Umfeld im Jahr 1971 wurde durch zwei Entwicklungen geprägt.
Zum einen brachte die seit 1969 im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe geführte Diskussion über verstärkte Integrationsbemühungen, die sogenannte sozialistische ökonomische Integration (SÖI), ein konkretes Ergebnis.[221] Auf der XXV RGW-Tagung im Juli 1971 wurde in Bukarest das "Komplexprogramm für die weitere Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW" verabschiedet.[222] Hauptziel war die schrittweise Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus der Mitgliedsländer in den folgenden 15 bis 20 Jahren. Hauptmethode sollte eine Koordinierung der Pläne und die Abstimmung der Wirtschaftspolitiken untereinander sein.

---

218 Vgl. Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel: Wir waren die Rechner, immer verpönt, in: Theo Pirker u. a.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 67–120, hier 98–101. Sowohl Erich Honecker als auch vor allem Willi Stoph hatten auf dem VIII. Parteitag auf den "unauflöslichen" Zusammenhang zwischen beiden Komponenten der Hauptaufgabe hingewiesen. Vgl. Honecker-Bericht, hier S. 38, und Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin (Ost) 1971, S. 20.

219 Seit 1955 wandte die alte Bundesrepublik die sogenannte Hallstein-Doktrin an, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu allen Ländern, die die DDR diplomatisch anerkannten, beinhaltete.

220 Vgl. Schürer/Wenzel: Rechner, S. 100.

221 Der RGW als östliches Gegenstück der EG entstand im Jahre 1949 unter sowjetischer Dominanz zunächst aus politischen Motiven, als Reaktion auf den Marshallplan zum Wiederaufbau Europas. Gründungsmitglieder waren: Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Ungarn, Albanien trat ebenfalls 1949 bei, die DDR wurde 1950 Vollmitglied. Außereuropäische Mitglieder waren die Mongolei (1962), Kuba (1972), Vietnam (1978). Zu den Unterschieden von RGW und EG vgl. Hans-Heribert Derix und Maria Haendcke-Hoppe: Die Außenwirtschaftssysteme, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode, BT 11/11 vom 18.2.1987, Kap. IX, S. 205–220, hier 217–219.

222 Abgedruckt in der Beilage Nr. 10 der Zeitschrift "Die Wirtschaft" Berlin (Ost), Nr. 32/1971.

Die zweite wichtige außenpolitische Entwicklung, die Entspannungspolitik, fand ihren konkreten Niederschlag im Abschluß der Ostverträge, den seit Dezember 1970 aufgenommenen deutsch-deutschen Verhandlungen und dem am 3. September 1971 abgeschlossenen Viermächteabkommen über Berlin mit den Folgeverträgen.[223]

Die Kehrseite der Medaille war der unverminderte Kampf gegen den "Imperialismus" und die scharfe Abgrenzungspolitik gegenüber der alten Bundesrepublik, von Honecker auf dem VIII. Parteitag ausdrücklich im Sinne der Ambivalenz der Friedlichen Koexistenz herausgestrichen.[224] Mit Anspielung auf die Prager Ereignisse von 1968 forderte er nicht nachlassende Wachsamkeit "angesichts eines gefährlichen und heimtückischen imperialistischen Gegners".[225] Aus dieser Tatsache resultierte laut Honecker ein weiterer Bedeutungszuwachs der Staatsmacht, weil sich für alle Organe die Anforderungen erhöhten, die zunehmende "oft heimtückisch" getarnte Aggressivität des Imperialismus rechtzeitig zu durchschauen und zu vereiteln.[226] Diese Sentenz diente unmittelbar nach dem Parteitag als Aufhänger für die äußere Abwehrkonzeption der HA XVIII. Dazu liegt ein von Mittig unterzeichnetes Dokument vor.[227] Während nach der Richtlinie 1/69 die Linie XVIII noch nach einem entsprechend dem ÖSS perspektivischen Programm des Leiters der HA XVIII, in dem Aufgaben und Schwerpunkte fixiert waren, arbeitete, spiegelte die Konzeption nun die zentrale Rolle der Planung wider. Konsequent heißt es nur noch Leitung und Planung und statt verbindlicher mittelfristiger Rahmenprogramme werden nun für alle Diensteinheiten der HA XVIII verbindliche jährliche Planvorgaben festgelegt. Aufschlußreich ist die Tatsache, daß sich offensichtlich als Reformergebnis eine gewisse Verselbständigung der äußeren Abwehr bei den Abteilungen XVIII, den Kreisdienststellen und den OD entwickelt hatte. In einer Randbemerkung zur Konzeption wird gefordert, "keine Verselbständigung der äußeren Abwehr zuzulassen". Der seit 1969 bestehenden Zusammenarbeit mit der HA II auf der Basis des oben beschriebenen Abkommens wurde bescheinigt, daß sie sich generell bewährt habe. Mit den einschlägigen Abteilungen der HV A existierte bis zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Übereinkunft.

---

223 Am 3.6.1970 wurde der "Moskauer Vertrag" unterzeichnet und am 3.6.72 ratifiziert. Mit selben Datum tauschten Polen und die Bundesrepublik die Ratifikationsurkunde zum "Warschauer Vertrag" aus. Vgl. Jens Hacker: Die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition 1969–1982, in: Enquete-Kommission, Bd. V, 2, S. 1489–1542, hier 1519–1522.

224 Honecker Bericht, hier S. 23f. Die Friedliche Koexistenz galt seit dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 als Grundprinzip sozialistischer Außenpolitik und beinhaltete taktische Kooperation mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bei Beibehaltung der strategischen Konfrontation durch den Klassenkampf.

225 Ebenda, S. 17.

226 Ebenda, S. 64.

227 HA XVIII: "Konzeption für die Gestaltung der äußeren Abwehr im Rahmen der vorgangsmäßigen Sicherung volkswirtschaftlicher Schwerpunkte" korrigiert in: "... für die Durchführung von Maßnahmen der ..." vom 29. Juli 1971; BStU, ZA, HA XVIII 229, Bl. 37–45. Enthält weitere Korrekturen und Randbemerkungen.

3.3.2 Die Restverstaatlichung von 1972

Die erste einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahme nach dem VIII. Parteitag bahnte sich ebenfalls noch in den letzten Tagen des Jahres 1971 an. Auf der 4. Tagung des ZK der SED vom 16./17. Dezember wurden die Weichen zur Liquidierung des letzten vorhandenen privaten Unternehmertums in der DDR gestellt. In einer spektakulären Blitzaktion zwischen Februar und Juli 1972 entstanden über 11.100 neue volkseigene Betriebe. Dazu wurden 6.640 Betriebe mit staatlicher Beteiligung (BSB) und 2.873 Privatbetriebe in Industrie (vornehmlich Konsumgüterindustrie) und Bau sowie rund 1.700 industriell produzierende Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) mit insgesamt mehr als 580.000 Beschäftigten verstaatlicht. Maßgeblich beteiligt waren an dieser Aktion die Blockparteien.

Grundlage für die Durchführung war ein Beschluß des Politbüros vom 8. Februar 1972, dessen Wortlaut erst nach der Wende bekannt wurde.[228]

Im Gegensatz zu der entschädigungslosen Enteignungswelle der fünfziger Jahre ging es hier um die Auszahlung der noch privaten Anteile der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, die in Personengesellschaften – in der Regel offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) – gekleidet waren, an den ehemaligen Inhaber, den Komplementär. Bei den BSB handelte es sich um eine aus der Volksrepublik China in den fünfziger Jahren übernommene Übergangsform zwischen Privatbetrieb und VEB. Die privaten Betriebe wurden, zumeist unter Anrechnung von "Steuerschulden" aufgekauft. Politisch zuverlässige Komplementäre oder PGH-Vorsitzende konnten als Leiter in den neuen VEB eingesetzt werden.[229]

Am 13. Juli 1971 teilte Honecker Breshnew in einer Ergebenheitsadresse den Vollzug der Umwandlung als weitere Entwicklung des Sozialismus in der DDR mit.[230] Abgesehen von der ideologischen Flurbereinigung versprach man sich von der Verstaatlichung und der damit verbundenen vollen Einbeziehung in die zentrale Planung der zumeist leistungsfähigen, flexiblen Unternehmen auch handfeste Vorteile für die Versorgung der Bevölkerung und die Exportwirtschaft. Statt dessen erwies sich diese Aktion nicht nur in den Augen des ehemali-

---

228 "Maßnahmen über die schrittweise Durchführung des Beschlusses der 4. Tagung des ZK der SED hinsichtlich der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der privaten Industrie- und Baubetriebe sowie Produktionsgenossenschaften des Handwerks", mit vier Anlagen, zitiert nach: Monika Kaiser: 1972 Knockout für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin (Ost) 1990, Beschlußvorlage zum 8.2.72, dokumentiert auf S. 96–112. Die umfangreich dokumentierte Arbeit erhellt erstmals die Hintergründe und den Ablauf dieser schwerwiegenden Aktion, der bis zur Wende lediglich eine Analyse in der alten Bundesrepublik gewidmet war. Vgl. Maria Haendcke-Hoppe: Die Vergesellschaftungsaktion im Frühjahr 1972, in: Deutschland Archiv (6) 1973, S. 37–41.

229 Ebenda, S. 40f. Auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler hatte Hager die noch existierende Privatwirtschaft als "kapitalistische Überreste" bezeichnet, die nun nicht mehr – wie beim späten Ulbricht – in die Bündnispolitik einbezogen waren. Vgl. Hager: Entwickelte Gesellschaft, S. 19–23.

230 Schreiben dokumentiert bei Kaiser: Knockout, S. 265.

gen Chefs der Staatlichen Plankommission, Schürer, "als eine der tragischsten Fehlentscheidungen nach dem VIII. Parteitag"[231].

Unmittelbar nach dem Beschluß über die "Umgestaltung" mobilisierte Mielke in großem Stil das operative Potential der Staatssicherheit in den Bezirken.[232] Unter den Komplementären sollten geeignete IM geworben werden. Die ZAIG im MfS war über alle Reaktionen in BSB, Privatbetrieben und PGH sowie "negative Erscheinungen" zu informieren. Den Leitern der Bezirksverwaltungen wurde für den 21. Februar der Besuch von Mitarbeitern aus der Zentrale avisiert. Diese Mitarbeiter erhielten am 18. Februar von Mielke ihre "Instruktion".[233] Danach hatten die Instrukteure die Maßnahmen zu erläutern und mit den Leitern der Bezirksverwaltungen die Einschätzung der Lage und die Einweisung der Kräfte durchzuführen. Die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen sollten unter Wahrung der Konspiration permanent über die Lage unterrichtet werden. Für die Koordinierung aller notwendigen operativen Kräfte waren Arbeitsstäbe, bestehend aus dem Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung, den Leitern der Abteilung XVIII, XX, VII, XI und den AIG, zu bilden. Die Leiter der Abteilungen XVIII hatten das vorhandene operative Material über die einschlägigen Betriebe und die Komplentäre in den BSB zu prüfen. Dazu gehörten Auslandskontakte, Preisverstöße, Mißbrauch von Außenwirtschaftsbeziehungen, Steuerhinterziehungen usw. Alle operativen Linien einschließlich der HV A waren aufgefordert, ihre Möglichkeiten auch im Operationsgebiet zu nutzen. Alle Maßnahmen hatten laut Instruktion den primär vorbeugenden Charakter, um die reibungslose Durchführung der Aktion zu gewährleisten; dabei sollten keine Störungen bei Produktion und Export auftreten. Die zentrale Leitung hatte der Stellvertreter Mielkes, Schröder, inne.

Am 27. März teilte Mielke den Leitern der Bezirksverwaltungen mit, daß zum 1. März staatliche Regelungen vom Ministerrat für den weiteren Umwandlungsprozeß erlassen worden seien. Das MfS habe nun mit den jeweiligen Kommissionen in den Bezirken dazu beizutragen, daß "klare und eindeutige" Weisungen an die beauftragten staatlichen Organe ergingen. Ziel sei es, den durch die "politisch-ideologische Vorbereitung" des Umwandlungsprozesses erreichten Vorsprung, durch "richtiges und rechtzeitiges Reagieren" zu erhalten.[234]

---

231 Gerhard Schürer: Gewagt und verloren, Frankfurt/Oder 1996, S. 102–105.

232 Schreiben vom 16.2.1972 an die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen für Staatssicherheit "... zu den Maßnahmen (Titel des Politbürobeschlusses)"; BStU, ZA, DSt 101386, S. 1–6 mit einer Anlage "Übersicht über volkswirtschaftlich bedeutende Betriebe mit staatlicher Beteiligung", S. 1–7.

233 "... zu den Maßnahmen über die schrittweise ..." (Titel des Politbürobeschlusses); BStU, ZA, DSt 101380, S. 1–8. Der Instruktion war eine Anlage beigegeben, der Vorbehalte und negative Äußerungen betroffener CDU- und LDPD-Mitglieder zu entnehmen waren, Bl. 1–5. Zur Rolle der Blockparteien vgl. MfS-Handbuch, HA XX, III/12. In Vorbereitung.

234 Zu den Vorbereitungsmaßnahmen insbesondere der bürgerlichen Parteien gehörte, von ihren Mitgliedern freiwillige Bereitschaftserklärungen zur Verstaatlichung zu erwirken. Vgl. Monika Kaiser: Knockout, S. 11–17.

3.3.3 Neue Schwerpunkte der Überwachung

Strategische Veränderungen, das heißt dauerhafte Verlagerungen der Schwerpunkte der Aktivitäten des MfS, brachten nach dem Abschluß des Viermächteabkommens über Berlin vom September 1971 die Folgeverträge wie das Transitabkommen vom 17. Dezember 1971, die Reise- und Besuchsregelungen für Berlin (West) vom 20. Dezember 1971, der Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 und schließlich der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 mit der unmittelbar damit zusammenhängenden weltweiten diplomatischen Anerkennung der DDR.[235]

Auf der Dienstkonferenz im März 1972 konstatierte Mielke angesichts der bevorstehenden millionenfachen Einreisen aus dem Westen: "Die größte Verantwortung und Belastung kommt dabei auf die gesamte Abwehr zu, die sehr großen Anforderungen gerecht werden muß, um die neue Situation fest in den Griff zu bekommen".[236]

Im Entwurf seiner Rede verwies Mielke auf die Abgrenzungspolitik gegenüber der "imperialistischen BRD"[237] als wesentliche Determinante der Sicherung der Volkswirtschaft. Entscheidendes Mittel zur Ausweitung der Überwachung sollte die zunehmende vorgangsmäßige "Sicherung und Bearbeitung" der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte des Fünfjahrplans 1971–1975 einschließlich "bereits erkannter oder zu erwartender gegnerischer Aktivitäten"[238] sein. Die von Mielke wegen des mangelhaften Erkenntnisstandes geforderte gründliche Untersuchung der Vorgangsarbeit fand umgehenden Niederschlag in einem voluminösen Elaborat an der JHS.[239]

Vorgangsmäßige Sicherung waren danach nicht punktuelle Vorgänge, zum Beispiel OPK oder die Summe einzelner Vorgänge, sondern die koordinierte Kombination der "operativen Grundprozesse", wie der IM-Einsatz, die Operative Personenkontrolle oder das Anlegen von

---

[235] Bis Ende 1973 hatten mit Ausnahme der USA (1974) alle westlichen Industrieländer und die Mehrzahl der Entwicklungsländer diplomatische Beziehungen mit der DDR aufgenommen.

[236] Referat auf der Dienstkonferenz am 10.3.1972; BStU, ZA, DSt 102209, 3 Bd., S. 1–102, hier 39. Aufgrund der Reisemöglichkeiten für Westdeutsche und West-Berliner, aber auch des paß- und visafreien Verkehrs mit Polen und der CSSR explodierten allein die Einreisen von Nicht-DDR-Bürgern in die DDR 1973 auf 16,8 Mill. (darunter fast die Hälfte aus dem Westen) gegenüber nur 5,9 Mill. 1971. Vgl. DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3., überarb. Aufl., Köln 1985, Bd. 2, M–Z, S. 1364.

[237] Als Arbeitsmaterial mit Schreiben des Ministers an die Leiter der Diensteinheiten vom 25.2.1972 versandt; BStU, ZA, DSt 102214, 10 Bände, S. 1–385, hier Bd. 5, S. 363.

[238] Ebenda, S. 365.

[239] Gerhard Beger, Peter Koch, Hans Ludwig, Paul Abisch, Richard Stecker und Günter Nagel: Die vorgangsmäßige Sicherung und Bearbeitung ausgewählter Schwerpunkte – Grundlage für größere Erfolge im Kampf gegen den Feind (dargestellt an den Aufgaben der Linie XVIII, XIX, XX). Die Anforderungen und Wege für eine konzentrierte, offensive, rationelle und gesellschaftlich wirksame operative Vorgangsarbeit, Dissertation 1972; BStU, ZA, JHS 21810, Bd. 1, Bl. 1–286 und JHS 21811, Bd. 1–2, Bl. 1–703; Sachwortverzeichnis zu den Forschungsergebnissen; BStU, ZA, JHS 21812, Bl. 1–39.

Operativen Vorgängen.[240] (Vgl. Abschnitt 3.4.2) Grundlagen der Vorgangsarbeit haben von der beteiligten Diensteinheit koordinierte Sicherungskonzeptionen zu sein. Auf letztere wird an späterer Stelle noch eingegangen.

In der Jahresanalyse der Tätigkeit der HA XVIII konstatierte Mittig weniger "allgemeine Aufklärungsergebnisse, dafür mehr Ergebnisse, die maßgeblich die Vorgangsarbeit qualifizierten".[241] Gemäß der nun wieder zentralen Stellung der dirigistischen Planung unter Honecker, sollte die vorgangsmäßige Sicherung zukünftig der Abrechenbarkeit der Arbeitsergebnisse[242] dienen, sozusagen als eine Kennziffer der Planerfüllung. Auf 30 Seiten listete Mittig die Erkenntnisse über die "perfektionierten" Methoden der Wirtschaftsspionage, Sabotage, Diversion und der politisch-ideologischen Diversion im Rahmen der "innerdeutschen Aktivitäten" auf, mit denen nun quasi als konzertierte Aktion unter Einbeziehung der westdeutschen Ostforschung die Volkswirtschaft angeblich unterwandert wurde.[243] Mielke hatte sich auf einem zentralen Führungsseminar im März 1971 diesen Institutionen und ihren vorgeblichen Intentionen gegenüber der DDR unter Führung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen ausgiebig gewidmet.[244] Neben der bestehenden Hauptorientierung, in die "Feindzentralen" einzudringen, forderte Mielke nun wegen der "vielfältigen Verflechtung", das Potential "aller operativen Linien" zu nutzen, um die "gegnerische Ost- und DDR-Forschung" zu infiltrieren.[245]

Das von Mielke geforderte Eindringen in die "Feindzentralen" wurde mehr oder weniger erfolgreich praktiziert. Es soll hier an der massiven Bearbeitung des Bauernverbandes in Berlin (West) demonstriert werden. Bereits 1960 wurden von der damaligen HA III Materialien über den Bauernverband erarbeitet. Seit 1965 bestand der umfangreiche ZOV "Bauernfeind"[246] bei der Abteilung XVIII in Potsdam, in dem Personen, vornehmlich aus der Landwirtschaft, die Kontakte zum Bauernverband hatten, bearbeitet wurden. Auftragsleiter war der Chef der Abteilung XVIII in Potsdam. Leiter der speziell gebildeten Arbeitsgruppe, Oberleutnant Trebeljahr.[247] Im Jahr 1970 erarbeitete die Zentrale der West-Forschung der DDR, das Institut für

---

240 BStU, ZA, JHS 21810, S. 33f. und 43.

241 Mit Schreiben vom Leiter HA XVIII an die Leiter der Abteilungen XVIII über Stellvertreter Operativ vom 19.2.1973 (künftig: Jahresanalyse 1973); BStU, ZA, HA XVIII 841, Bl. 87–135, hier 128.

242 Ebenda, Bl. 93.

243 Ebenda, Bl. 96f.

244 Rede Mielkes auf dem zentralen Führungsseminar am 3.3.1971; BStU, ZA, DSt 102212, Bd. 1–10, S. 1–735, hier Bd. 3, S. 187–194.

245 Ebenda, Bd. 3, S. 199. Vgl. MfS-Handbuch, HA XX, III/12. In Vorbereitung.

246 Schreiben des Leiters der HA III, Weidauer, an die BV Potsdam vom 4.3.1960; BStU, ASt Potsdam, AOP 1650/66, Bd. II, Bl. 18 und Abt. XVIII, Potsdam: "Abschlußbericht zum ZOV 'Bauernfeind'", Reg.-Nr. 1219/65 vom 28.1.1974, bestätigt: Kleine; ebenda, Bd. I, Bl. 58.

247 Abteilung XVIII, Potsdam: "Konzeption zur Bearbeitung der Filiale des 'Deutschen Bauerverbandes' in Westberlin" vom 3.9.1968, bestätigt: Stellvertreter des Ministers, Schröder; ebenda, Bd. V, Bl. 3–9.

Politik und Wirtschaft (IPW), ein Gutachten für das MfS über den Bauernverband.[248] Unmittelbar nach dem Führungsseminar im März 1971 erließ Mittig eine "Instruktion"[249] zur Verschärfung der Bearbeitung. In deren Gefolge wurde der von Trebeljahr seit 1969 geführte IMF "Thaer", Agrarwissenschaftler aus West-Berlin, als hauptamtlicher Mitarbeiter in den Bauernverband eingeschleust. Dieser forcierte die "Aufklärung" des Bauernverbandes und vermittelte grundlegende Hinweise für die Abteilung XVIII.[250] Der Bauernverband wurde Mitte 1973 aufgelöst, nach dem die Finanzierung eingestellt worden war.[251] Zu den insgesamt 1.047 im ZOV "Bauernfeind" registrierten Personen, darunter zahlreiche Rentner, wurden 49 in operativen Teilvorgängen bearbeitet, die folgenden Abschluß fanden:

14	Vorgänge	mit Ermittlungsverfahren nach § 98 (Sammlung von Nachrichten), § 100 (Staatsfeindliche Verbindung),
5	Vorgänge	durch Werbung zum IM,
3	Vorgänge	durch "Zersetzung",
25	Vorgänge	durch Einstellung nach Auflösung des Bauernverbandes,
2	Vorgänge	durch Umregistrierung zu OPK.

"Thaer" bespitzelte bis zur "Wende" den ehemaligen Präsidenten des Bauernverbandes Berlin.[252]

Eine weitere Vorgabe Mielkes auf dem Seminar von 1971 war die stärkere Unterstützung durch die MfS-Mitarbeiter zur Durchführung von Parteibeschlüssen in der Wirtschaft. Die Sicherheit sollte dabei durch permanentes Einwirken auf die staatlichen Leiter, wenn notwendig durch Information der "nächsthöheren Instanz", gewährleistet werden.[253] Aufhänger dafür war der zeitweilige Zusammenbruch der Energieversorgung im Winter 1970/71. Dazu wartete Mittig in seiner Jahresanalyse mit dem Ergebnis auf, daß die aufgetretenen Schadensfälle im Bereich Energie im Jahre 1972 ausnahmslos durch technische Mängel und nicht durch Sabotage verursacht wurden. Mit Hilfe der Aktivierung eines auf Eis liegenden Verbesserungsvorschlages hätten die Störungen ausgeschaltet und damit das Image des MfS bei den Arbeitern verbessert werden können.[254] Diese spezifischen Aktivitäten der Mitarbeiter der

---

248 Gutachten "über die Rolle des Westberliner Bauernverbandes – 'Bauernverband Berlin e.V.' – im System der psychologischen Kriegsführung und der subversiven Tätigkeit des westdeutschen Imperialismus gegen die DDR und andere sozialistische Staaten" vom 24.9.1970; ebenda, Bl. 23–48.

249 HA XVIII: Instruktion zur Bearbeitung des "Bauernverbandes Berlin e. V." vom 11.3.1971, bestätigt: Schröder; ebenda, Bd. V, Bl. 16–22.

250 Abschlußbericht, Bl. 61f.

251 Ebenda, Bl. 41.

252 Ebenda, Bl. 59 und 64. Zum ZOV "Bauernfeind" und zur Rolle von "Thaer" vgl. "Das Bauernopfer". Fernsehdokumentation des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) am 13.4.1994, 21.15–22.00 Uhr. Zur weiteren IM-Karriere von "Thaer" vgl. Sigrid Averesch: "Landwirt lieferte Berichte aus der US-Botschaft an MfS", in: Berliner Zeitung vom 22.5.92, S. 3.

253 Zentrales Führungsseminar am 3.3.1971; BStU, ZA, DSt 102212, Bd. 5, S. 37–379.

254 Jahresanalyse 1973, Bl. 123f.

Linie XVIII sollte angesichts des in den siebziger Jahren einsetzenden und in den achtziger Jahren eskalierenden Verschleißes der Produktionsanlagen zu einem wichtigen Tätigkeitsfeld der Linie XVIII werden.[255]

Eine unmittelbare Folge der veränderten Lage seit 1971 war die weitere Verschärfung des Geheimnisschutzes auf der Basis einer Direktive des Ministerrates.[256] Danach sollte das MfS eine neue Anordnung einschließlich der Rahmennomenklatur für Staatsgeheimnisse erlassen, die die Mitarbeiter von staats- und wirtschaftsleitenden Organen sowie Betrieben und Kombinaten mit umfangreichen Kontaktsperren für die einzelnen Kategorien von Geheimnisträgern und Personen belegten. Ausnahmegenehmigungen bei Besuch von Verwandten ersten Grades und die genehmigungspflichtigen postalischen Kontakte hatten in Abstimmung mit den zuständigen MfS-Diensteinheiten zu erfolgen.[257] Damit weitete sich der zu überwachende Personenkreis gerade auch für die Linie XVIII erheblich aus.[258] Die neu errichteten Handels- und Industriebüros ohne diplomatischen oder konsularischen Status gehörten ebenfalls zum Sicherungsbereich der HA XVIII bzw. der Abteilung XVIII der Bezirksverwaltungen.[259]

Gleichzeitig wurde das Netz der Sicherheitsbeauftragten um die sogenannten ehrenamtlichen SB auf der Basis einer Verfügung des Ministerrates erweitert. Sie sollten von den zuständigen staatlichen Leitern nach vorheriger Abstimmung mit der zuständigen Diensteinheit des MfS für besonders sensible Bereiche oder Objekte berufen werden, in denen die Tätigkeit der hauptamtlichen SB nicht ausreichte. Sie erhielten nur in Ausnahmefällen den Status eines OibE, ansonsten konnten es auch GMS sein. Diese SB galten als Reservepotential für hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte, als operative Mitarbeiter oder gar für die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Wirtschaft.[260]

3.3.4 Die HA XVIII in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre

Anfang 1975 wechselte die Leitung der HA XVIII. Der 1969 zum Generalmajor beförderte bisherige Leiter Mittig, wurde anstelle des ausscheidenden Generalleutnant Schröder zum Stellvertreter des Ministers ernannt. Seine Nachfolge trat am 1. Februar der langjährige Stell-

---

255 Vgl. Roigk: Volkswirtschaft, S. 22.

256 Schreiben des Ministers an die Leiter der Diensteinheiten vom 10.5.1973; BStU, ZA, DSt 101983, Bl. 1–5 mit Beschluß zur Direktive über Geheimnisträger vom 18.4.1973. Anlage 1: "Direktive über Geheimnisträger", Anlage 2: Ordnung zur Ausfertigung und Auswertung der "Direktive über Geheimnisträger"; ebenda, S. 1–10.

257 Ebenda, S. 4.

258 Vgl. Matthias Wagner: Geheimhaltung, S. 43. Wagner gibt für die achtziger Jahre "ca. 180.000 Geheimnisträger" an.

259 Befehl 16/74 "Zur politisch-operativen Sicherung der Vertreter anderer Staaten, internationaler zwischenstaatlicher Organisationen und bevorrechteter Personen in der Deutschen Demokratischen Republik"; BStU, ZA, DSt 100802, S. 1–28, 2 Anlagen, hier 21f.

260 Verantwortlicher für den Arbeitsbereich des Stellvertreters des Ministers Schröder, Mittig: Ergänzung zur 2. Durchführungsbestimmung der Richtlinie 1/69 vom 1.7.1974; BStU, ZA, DSt 101131, S. 1–8, hier 8.

vertreter Oberst Alfred Kleine (1930) an, der bereits seit Januar 1974 mit der Wahrnehmung der Funktion des Leiters der HA XVIII beauftragt war.[261] Kleine, seit 1950 Mitglied der SED, hatte eine lupenreine, schnelle Karriere in der HA III/XVIII gemacht. Nach verschiedenen Verwaltungstätigkeiten trat er 1953 in das MfS als Sachbearbeiter der HA III ein, bereits 1956 wurde er Stellvertreter des Leiters der HA III. Im Jahre 1962 hatte er an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) Karlshorst im Fernstudium den Grad eines Diplom-Wirtschaftlers erworben und 1968 – wie bereits erwähnt – an der JHS promoviert.[262] Kleine war bis Dezember 1989 im Amt, im Gegensatz zu den vorangegangenen Ablösungen der Hauptabteilungsleiter war der Übergang offenbar reibungslos, da Kleine wie Mittig neben den "tschekistischen" Qualitäten auch linienspezifische Fachkompetenz besaß.

Die bereits Mitte der siebziger Jahre eintretenden nachhaltigen Wirtschaftsprobleme resultierten vornehmlich aus der mangelhaften Anpassung der Wirtschaftspolitik an die außenwirtschaftlichen Veränderungen. Im Gefolge des Jom Kippur Krieges[263] von 1973 hatten sich die bis dahin relativ stabilen Weltmarktpreise für Rohstoffe, insbesondere für Erdöl explosionsartig erhöht. Dadurch verteuerten sich die Importe aus nichtsozialistischen Ländern für die DDR rapide. Die DDR-Führung reagierte zunächst mit Selbstzufriedenheit über die vermeintliche Preissicherheit im RGW.[264] Diese Preissicherheit, basierend auf einem fünfjährigen Festpreissystem, wurde im Januar 1975 auf Drängen der Sowjetunion als Hauptrohstofflieferant im RGW abgeschafft und durch jährlich gleitende Preisveränderungen auf der Basis der Weltmarktpreise ersetzt. Die DDR mußte nun in immer größerem Umfang Fertigwaren, die nicht annähernd so schnell im Preis stiegen, in die Sowjetunion exportieren, um die Rohstoffimporte, insbesondere Erdöl, bezahlen zu können.[265]

Unbeschadet der "äußeren Belastungen", die seither bis zum Ende der DDR als Ursache allen Übels vorgeschoben wurden, blieb auf dem IX. Parteitag der SED vom 18. bis 22. Mai 1976 die ökonomische Hauptaufgabe des VIII. Parteitages – nun dezidiert als "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"[266] apostrophiert – bestehen. Das anspruchsvolle Wohnungsbauprogramm, mit dem Ziel 750.000 Wohnungen bis 1980 zu modernisieren oder zu errichten, und das umfangreiche sozialpolitische Programm, das erst nach dem Parteitag bekanntgege-

---

261 Protokoll der Kollegiumssitzung vom 29.1.1978; BStU, ZA, SdM 1565, Bl. 218–222, hier 219, und Kaderakte "Auskunftsbericht"; BStU, ZA, KS 7348/90, Bl. 4.

262 Kaderakte "Begründung zur Beschlußvorlage für den Nationalen Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik", o. D.; ebenda, Bl. 97f.

263 Benannt nach dem höchsten jüdischen Feiertag, dem Versöhnungstag, an dem im Oktober 1973 der Angriff der arabischen Nachbarländer auf Israel erfolgte.

264 Im Dezember 1974 sagte Honecker allen "imperialistischen Monopolen und Staaten" den Kampf an, die versuchten, die Auswirkungen der Krise auf die DDR abzuwälzen. "Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED", in: Neues Deutschland vom 13.12.1974, S. 3–8.

265 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe: Außenhandel – Integration – Planung, in: Deutschland Archiv (9) 1976, S. 299–306.

266 Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976–1980 (künftig: Direktive), Berlin (Ost) 1976, S. 97.

ben wurde,[267] dienten wie nach dem VIII. Parteitag dem ersten Teil der Hauptaufgabe – der Verbesserung der Lebensverhältnisse. Die Finanzierung des Programms und die Lösung der wachsenden ökonomischen Probleme sollte durch die Forcierung der bereits auf dem VIII. Parteitag proklamierten Intensivierungskampagne, das heißt, der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Die weitere Verflechtung im Rahmen des RGW galt dabei als wesentlicher Bestandteil des Fünfjahrplanes.

Die MfS-spezifische Umsetzung der wirtschaftspolitischen Beschlüsse des IX. Parteitages für 1976 und 1980 für die Linie XVIII ist in der umfangreichen Planorientierung[268] des Leiters der Hauptabteilung XVIII dokumentiert. Sie ist das erste bisher aufgefundene Plandokument der HA XVIII der siebziger Jahre.

Ein neuer Schwerpunkt der Arbeit war die Sicherung der Projekte der sozialistischen Integration im Rahmen des auf der XXIX. RGW-Tagung im Juli 1975 verabschiedeten "abgestimmten Plans der multilateralen Integrationsmaßnahmen". In diesem waren die Objekte gemeinsamer Investitionstätigkeit zur Erschließung von Rohstoffvorkommen in der UdSSR festgelegt.[269] Das erforderte engere geheimdienstliche Zusammenarbeit mit den beteiligten RGW-Ländern auf ökonomischem Gebiet. Auf die HA XVIII entfielen dabei die Koordinierungsaufgaben, die Abstimmung der gemeinsamen Aktivitäten hatte sie auf der Basis entsprechender Festlegungen zwischen den sogenannten Bruderorganen wahrzunehmen.[270] Zwecks Erweiterung der Zusammenarbeit im Rahmen der SÖI hatte im März 1975 in Prag eine multilaterale Konferenz der Leiter der Abwehrorgane der RGW-Sicherheitsdienste stattgefunden. Eine weitere Konferenz war vom 29. Januar bis 3. Februar 1978 in Warschau vorgesehen. Delegationsleiter aus der DDR war der Chef der HA II (Spionageabwehr).[271] Die HA XVIII erarbeitete zu dieser Konferenz einen Beitrag, in dem das bekannte Szenario der "massierten" gegnerischen Aktivitäten von politisch-ideologischer Diversion über Hetze gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR, Spionage – vornehmlich auf SÖI-Maßnahmen gerichtet – Sabotage usw. ausgebreitet wurde.[272] Die Praxis der gemeinsamen Arbeit

---

267 Ebenda, S. 100, und "Gemeinsamer Beschluß des SED-Zentralkomitees, des FDGB und des Ministerrates vom 27. 5.1976", in: Neues Deutschland vom 29./30.5.1976, S. 1.

268 "Planorientierung für die Planung der politisch-operativen Arbeit 1976–1980 der Abteilung XVIII der BV/V" vom 29.11.1975 (künftig: Planorientierung); BStU, ZA, HA XVIII 916, Bl. 3–306. Diese Orientierung basierte auf der zentralen Planvorgabe Mielkes auf der Grundlage des Entwurfs der Direktive, in: Neues Deutschland vom 13.12.1975, S. 3–14. Methodische Grundlage für die Planung der Diensteinheiten bildete Mielkes "Planungsrichtlinie", Befehl 1/70 vom Juni 1970; BStU, ZA, DSt 101133, S. 1–53.

269 Vgl. Haendcke-Hoppe: Außenhandel, S. 304.

270 Planorientierung, Bl. 13f.

271 Schreiben des Ministers des Innern der Volksrepublik Polen, Kowalcyk, an den Minister für Staatssicherheit der DDR, Mielke, o. D. (1978), Übersetzung aus dem Polnischen; BStU, ZA, HA XVIII 2821, Bl. 1–4.

272 "Politisch-operative Grundfragen, Probleme und Erkenntnisse der politisch-operativen Abwehrarbeit zur Sicherung der Volkswirtschaft der DDR und der Prozesse der sozialistischen ökonomischen Integration"; ebenda, Bl. 8–30, hier 11.

illustriert eine fragmentarische Aufstellung über die Aktivitäten bei SÖI-Vorhaben. Danach gab es 1979 acht gemeinsame Maßnahmen, zwei OV und zwei OPK, die in Zusammenarbeit zwischen der HA XVIII und der entsprechenden sowjetischen Diensteinheit bearbeitet wurden. In zwei Fällen war auch die Moskauer Niederlassung des MfS, die Operativgruppe Moskau, eingeschaltet.[273]

Ein weiterer Schwerpunkt der Planorientierung für die Aktivitäten der Linie XVIII bis 1980 ergab sich aus der Intensivierung der Zusammenarbeit der DDR mit der Bundesrepublik und den anderen westlichen Ländern auf der Basis der auch von der DDR unterzeichneten Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki.[274] Diese Deklaration sah die Kooperation im ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und humanitären Bereich vor. Laut Kleines Planorientierung wurde dadurch die Arbeit in und nach dem Operationsgebiet besonders gefordert. Im Jahr 1976 müßten von den operativen Kräfte durch "offensiven und konstruktiven" Einsatz wesentliche Erkenntnisse über die gegnerischen Störtätigkeiten unter Nutzung der "Bedingungen nach der KSZE" erbracht werden.[275] Entsprechend sei im Planzeitraum die IMF-Basis zu erweitern, um für die Abwehr "mehr und aussagekräftigere Informationen" aus dem gegnerischen Lager zu liefern.[276] Auch die sogenannte Vorgangsarbeit, also vor allem das Anlegen von OV müßten sich auf die Aufklärung und Verhinderung von Straftaten der Wirtschaftsspionage, der Abschöpfung und des Geheimnisverrates konzentrieren. Ein "hoher gesellschaftlicher Nutzeffekt" sollte durch die "Synchronisation politisch-operativer und rechtlich verwertbarer Ergebnisse" erzielt werden, was die Konkretisierung ("Untersetzung") der Sicherungskonzeption durch OV für die Schwerpunktbereiche erfordere.[277]

Die umfangreiche Sicherungskonzeption der HA XVIII/7 (Außenhandel)[278] für den Schwerpunktbereich Westhandel illustriert die Umsetzung der beiden letztgenannten Forderungen. Aufgrund des hohen Anteils des innerdeutschen Handels am Westhandel der DDR konzentrierten sich hier angeblich die feindlichen Aktivitäten gegen die DDR. Die spezifischen Maßnahmen, die schon 1970 auf diesem Gebiet aus der geheimen Instruktion des Ministerrates resultierten, wurden bereits dargestellt. (Vgl. Abschnitt 3.2.4.) An der JHS waren 1973 in zwei Dissertationen Maßnahmen gegen die vorgeblich massive Unterwanderung des Ministe-

---

273 Unvollständig, o. D., das Jahr 1979 ergibt sich aus dem Bezug auf den Arbeitsplan der OG-Moskau; BStU, ZA, HA XVIII, Bl. 1–6.

274 KSZE vom 30.7.–1.8.1975

275 Planorientierung, Bl. 20.

276 Ebenda, Bl. 27.

277 Ebenda, Bl. 31.

278 "Sicherungskonzeption für den Handel der DDR mit kapitalistischen Industrieländern" vom 12.2.1976 (künftig: Sicherungskonzeption); BStU, ZA, HA XVIII 8089, B. 1–45. Zur Sicherungskonzeption vgl. Buthmann: Kadersicherung, Abschnitt 3. In Vorbereitung.

riums für Außenhandel konzipiert worden. Insbesondere Horst Roigk, OibE im MAH, konnte hier seine praktischen Erfahrungen umsetzen.[279]

Der Sicherungsbereich der HA XVIII/7 umfaßte 1976 neben dem MAH weitere 32 Einrichtungen des Außenhandels, vornehmlich Außenhandelsbetriebe mit rund 17.000 Beschäftigten.[280] Das Hauptreservoir zur Schaffung von sogenannten Geheimdienst-Stützpunkten in der DDR bildeten laut Konzeption die 26.500 Reisekader von Außenhandel und Industrie. Die Zahl der Geschäftsreisenden aus dem westlichen Ausland betrug 25.000.[281] Der Bestand an IM insgesamt in der HA XVIII/7 belief sich zu der Zeit auf 123.[282] "Angriffsschwerpunkte" im Sicherungsbereich waren bis 1980 die Reisekader ins westliche Ausland, der Bereich Kommerzielle Koordinierung und seine Betriebe und wichtige Bereiche des Ex- und Imports. Hier sollten neue IMF geschaffen werden.[283]

Eine Analyse des vorhandenen operativen Materials von 36 namentlich aufgeführten sogenannten Schwerpunktkonzernen, davon zehn in der Bundesrepublik, sollte die Grundlage für operative Vorlaufmaterialien bilden, für die Ziel und erforderliche Kräfte bis zum Juni 1976 zu bestimmen waren.[284] Die daraus resultierenden Operativen Vorgänge und ihr Abschluß durch Ermittlungsverfahren oder die Einstellung der OV hatten dann das bereits erwähnte abrechenbare Ergebnis oder die Planerfüllung zu bilden.

Zur Bündelung der Arbeit in und nach dem Operationsgebiet wurde am 1. Januar 1977 eine Arbeitsgruppe "Operationsgebiet" gebildet, die Vorläufer der Abteilung 14 war. Die Anleitung erfolgte direkt durch den Leiter der Hauptabteilung.[285] In ihr sollten unter anderem die Ergebnisse der IMF erfaßt, ausgewertet und gespeichert werden sowie der Einsatz von Doppelagenten (IMF mit westlichen Geheimdienstverbindungen) koordiniert werden. Die Ar-

---

279 Horst Roigk: Forschungsergebnisse zum Thema: "Die politisch-operative Führung einer Gruppe Sachkundiger im Ministerium für Außenwirtschaft im Prozeß der Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zum nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet"; BStU, ZA, JHS 21828, Bd. 1 und 2, Bl. 1–170, sowie Renate Classe und Karl-Jürgen Seiffert: Forschungsergebnisse zum Thema: "Die Notwendigkeit des Wirksamwerdens einer Gruppe Sachkundiger im Ministerium für Außenwirtschaft im Prozeß der Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zum nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet"; BStU, ZA, JHS 21829, Bd. 1 und 2, Bl. 1–222. Das Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) wurde Ende 1973 in Ministerium für Außenhandel (MAH) umbenannt.

280 Sicherungskonzeption, Bl. 11.

281 Ebenda, Bl. 18.

282 Ebenda, Bl. 43.

283 Ebenda, Bl. 24f.

284 Ebenda, Bl. 32f. Mit operativen Vorlaufmaterialien sind offenbar Vorläufe Operativ (VAO) gemeint. Diese Vorläufe Operativ (VAO) waren eine eigenständige Vorgangsarbeit, die die Voraussetzung für die Anlegung eines operativen Vorgangs bildeten. Mit der Richtlinie 1/76 "zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)" vom Januar 1976 wurde der VAO abgeschafft. Die Sicherungskonzeption war offensichtlich noch nicht auf dem neuesten Stand.

285 Schreiben des Leiters der HA XVIII an die Diensteinheiten der HA XVIII vom 16.12.1976; BStU, ZA, HA XVIII 229, Bl. 11–14.

beitsgruppe hatte alle Koordinierungsaufgaben mit anderen Diensteinheiten, darunter vor allem mit der HV A und der HA II, wahrzunehmen.

Wie die Überwachung durch das MfS infolge der partiellen Öffnung der DDR ausuferte, demonstriert die aus dem Jahre 1976 stammende umfangreiche Information[286] Mielkes über die "gegnerische Kontaktpolitik", die einen Katalog aller einschlägigen westdeutschen Institutionen von Medien, über Verlage, wissenschaftliche Einrichtungen bis hin zu medizinischen Gesellschaften und Reisebüros enthält.[287] Durch angebliche "gegnerische Kontaktpolitik" rückten sie allesamt in die Schußlinie des MfS; mit Hilfe der "Hauptkraft des MfS" (Mielke), dem Einsatz von IM, galt es ihnen zu begegnen.[288] Entsprechend wurden Sicherheitsüberprüfungen und Kontaktverbote ständig ausgeweitet. Aus einem "Bericht"[289] der HA XVIII vom April 1977 geht hervor, daß von dieser Diensteinheit im September 1975 und im Oktober 1976 spezifische Untersuchungen über die Probleme nach Helsinki und zur "gegnerischen Kontaktpolitik" vorgelegt worden waren.

Der Bericht von 1977 beschreibt im übrigen die ökonomischen und politischen Kernprobleme, mit denen sich die DDR aufgrund der größeren internationalen Öffnung und der Ausweitung der ökonomischen Beziehungen nun ständig konfrontiert sah. Dazu gehörten die von der DDR praktizierten unbeliebten Gegengeschäfte im Westhandel. Sie beinhalteten unter anderem die Bezahlung harter Importe (Investitionsgüter) in Ermangelung von Devisen mit dem Export beliebiger weicher Waren (im Extremfall Kompensation von Maschinen durch Kekse), die der westliche Partner dann selber vermarkten sollte.[290] Ein schwerwiegendes Problem für die DDR resultierte aus der Verschärfung des westlichen Embargos in dem Augenblick, als die DDR ihr forciertes Mikroelektronikprogramm startete.[291] Neuartige Schwierigkeiten ergaben sich aus der völligen Vernachlässigung des Umweltschutzes in der DDR, die zur Versalzung von Flüssen und zur Verunreinigung oder Erwärmung der Ostsee geführt hatten, die laut "Bericht" Angriffsflächen der DDR auf der Belgrader Folgekonferenz bieten konnten.[292]

---

286 "Über Probleme der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit und sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die politisch-operative Arbeit" vom 28.2.1976; BStU, ZA, DSt 102209, S. 1–14 sowie 8 Anlagen.

287 Ebenda, Anlagen 1–8.

288 Ebenda, S. 106.

289 HA XVIII: "Zu Erkenntnissen über Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners gegen die Volkswirtschaft der DDR und die sozialistische Integration unter besonderer Berücksichtigung der Durchsetzung der Ergebnisse der KSZE in Helsinki sowie der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz von Belgrad" vom 25.4.1977; BStU, ZA, HA XVIII 8732, Bl. 1–37.

290 Ebenda, Bl. 3–11. Große Investitionsgüterlieferanten in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland sahen sich gezwungen eigene Handelsfirmen zu gründen, z. B. "Krupp Handel", um die Gegengeschäftsprodukte aus der DDR aber auch aus anderen RGW-Ländern an den Mann zu bringen und so ihr Geld für die in die DDR gelieferte Ware zu erhalten.

291 Ebenda, Bl. 25–28. Vgl. Buthmann: Kadersicherung, Abschnitt 2.1. In Vorbereitung.

292 Ebenda, Bl. 35–37.

Schließlich enthält der "Bericht" Ausführungen zum unmittelbar nach Helsinki einsetzenden und in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eskalierenden innenpolitischen Kardinalproblem, den Anträgen auf Übersiedlung in die Bundesrepublik.[293] Im März 1977 hatte Mielke die gezielte Überwachung dieses Personenkreises befohlen[294], nachdem der Ministerrat zehn Tage zuvor die Koordinierung einschlägiger Maßnahmen verfügt hatte.[295] Nun sollten alle Personen, die einen Antrag stellten oder dies beabsichtigten, "politisch-operativ überprüft" und "aufgeklärt" werden. Die Priorität galt dabei arbeitenden bzw. im arbeitsfähigen Alter stehenden Personen, was insbesondere auch in den Aufgabenbereich der Linie XVIII fiel.[296] Die Koordinierung im MfS lag bei der 1975, ursprünglich zur Bekämpfung von Republikflucht gegründeten Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG).[297] Im Zusammenhang mit der Ausbürgerung von Liedermacher Wolf Biermann am 16. November 1976 informierte die HA XVIII umgehend über die Reaktionen in ihrem Sicherungsbereich vor allem von jenen Personen, die bereits Anträge auf Ausreise gestellt hatten. Sie gelangte abschließend zu der eklatanten Fehleinschätzung, daß die vor allem von Intellektuellen getragene "Polemik" "bald vergessen sein" dürfte, "da Biermann nicht die Popularität von Sacharow oder Solshenizyn hat, [...]"[298]

Neben den politisch geprägten Arbeitsrichtungen der siebziger Jahre sollte der zur Jahreswende 1977/78 beginnende einschneidende Umbau der Wirtschaft, die Kombinatsbildung, komplizierte Probleme für die Linie XVIII bei der Überwachung der Wirtschaft mit sich bringen. In einem gigantischen Konzentrationsprozeß wurden die meisten volkseigenen Betriebe (VEB) in volkseigene Kombinate (VEK) zusammengefaßt. Nicht mehr der VEB sondern das Kombinat sollte die "grundlegende Wirtschaftseinheit der materiellen Produktion" sein.[299] Die zum ökonomischen Hauptproblem avancierte "außenwirtschaftliche Belastung", das heißt, die ständig steigende West-Verschuldung hatte bereits Ende 1978 zu gravierenden Zah-

---

293 Ebenda, Bl. 33–35.

294 Befehl 6/77 "Zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie zur Unterbindung dieser rechtswidrigen Versuche" vom 18.3.1977; BStU, ZA, DSt 102331, S. 1–8.

295 Anlage 3: Abschrift der Verfügung "Zur Gewährleistung des einheitlichen, abgestimmten Vorgehens der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen in Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen zur Unterbindung rechtswidriger Versuche von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistische Staaten und Westberlin zu erreichen" vom 8.3.1977; ebenda, S. 53–60. Gleichlautender Beschluß des ZK der SED vom 16.2.1977.

296 Ebenda, S. 7f.

297 Vgl. Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/17), BStU, Berlin 1995, S. 22–25.

298 HA XVIII: 1. Information "über die Reaktion der Beschäftigten im Sicherungsbereich auf die staatlichen Maßnahmen der DDR gegen Karl-Wolf Biermann" vom 18.11.1976; BStU, ZA, HA XX, AKG 841, Bl. 53–56, hier 56. Verteiler: HA XX, ZAIG.

299 § 1 der "Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe" vom 8.11.1979, GBl. I 1979, S. 355–366, hier 355.

lungsbilanzproblemen geführt.[300] Nach der zweiten Ölpreisexplosion von 1979 eskalierten die Probleme und wurden von Honecker auf dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1979 als "neue Lage"[301] charakterisiert. Mit der Kombinatsbildung sollte nun eine Bündelung der Kapazitäten in den einzelnen Erzeugnisgruppen vom Hersteller über den Absatz bis zur Forschung erreicht werden. Durch die Abschaffung der Verwaltungsebene Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) wurde durch direkte Unterstellung der Kombinate unter die Fachministerien ein effizienteres Leitungs- und Informationssystem und eine praxisnahe Planung angestrebt.[302] Aus 6.480 Industriebetrieben entstanden 129 zentralgeleitete Kombinate, weitere 44 wurden im Bau, im Verkehr und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft gebildet. Daneben gab es 143 bezirksgeleitete Kombinate. Unmittelbare Auswirkungen hatte die Kombinatsbildung auf die HA XVIII und die Abteilungen XVIII. Laut Mielkes Vorgaben mußten die Sicherungskonzeptionen den neuen Wirtschaftseinheiten angepaßt und die Zusammenarbeit mit den Diensteinheiten, in deren Bereich sich Kombinatsobjekte befänden, "zweckmäßig" gestaltet werden. Außerdem seien mit den "spezifischen Mitteln" des MfS die Bildung der Kombinate zu beeinflussen.[303] Wie und ob letzteres geschah, läßt sich allerdings bisher nicht nachvollziehen. (Vgl. Abschnitt 3.4.3)

Abgesehen von der turbulenten Kombinatsbildung und den chronischen ökonomischen Problemen brachte das Jahr 1978 aufgrund schlechter Witterung wieder einmal MfS-Sondereinsätze. Mit Mielkes Befehl vom Oktober[304] wurden wegen anhaltender Niederschläge die Leiter aller Diensteinheiten einschließlich Wachregiment aufgefordert, Kräfte vorwiegend mit abgeschlossener Berufsausbildung für die Einbringung der Ernte bereitzustellen, die eigenen politisch-operativen Aufgaben dürften dadurch aber nicht gefährdet werden. Unter der Leitung von Mielkes Stellvertreter Mittig hatte eine Arbeitsgruppe aus den Leitern der Rückwärtigen Dienste, der HA XVIII, der HA Kader und Schulung sowie des Kommandeurs des Wachregiments "Dzierzyński" den Einsatz zu organisieren. Der Leiter der HA XVIII sollte zwischen den Ministern und der Arbeitsgruppe die Verbindung herstellen, um die Einsatzorte auszuwählen.

Der anschließend besonders harte Winter 1978/79 führte wieder einmal zu schweren Störungen bei der Energieversorgung, die bekanntlich zum großen Teil auf dem frostgefährdeten Abbau und Transport der einheimischen Braunkohle beruhten. Für den folgenden Winter 1979/80 wurde deshalb mit der "stabsmäßigen Vorbereitung und Durchführung der volkswirt-

---

300 Gespräch mit Gerhard Schürer: "Es wäre besser gewesen, wir wären früher Pleite gegangen", in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 132–142, hier 138.

301 Neues Deutschland vom 14.12.1979, S. 5.

302 Vgl. Kurt Erdmann und Manfred Melzer: Die neue Kombinatsverordnung in der DDR, in: Deutschland Archiv (13) 1980, S. 929–942 und 1046–1062.

303 Zentrale Planvorgabe des Ministers für 1978 vom 2.1.1978; BStU, ZA, DSt 102428, S. 24.

304 Befehl 20/78 vom 2.10.1978; BStU, ZA, DSt 102507, S. 1–3.

schaftlichen Aufgaben unter Winterbedingungen"[305] auf der Basis eines Polibürobeschlusses und eines Ministerratsbeschlusses vorgesorgt. Der Leiter der HA XVIII gab darauf den "Informationsbedarf" für die "stabsmäßige Vorbereitung"[306] an die Diensteinheiten heraus, die einmal monatlich zu berichten hatten. Von irgendwelchen möglichen Feindeinwirkungen war übrigens nicht die Rede, dafür ging es um ideologische Einstellungen und die Aufdeckung subjektiven Fehlverhaltens.

3.4 Die achtziger Jahre

3.4.1 Krise und Kraftakt im Spiegel von Dokumenten

Vom 11.–16. April 1981 fand der X. Parteitag der SED vor dem Hintergrund einer denkbar schlechten Ausgangslage für die neue Fünfjahrplanperiode statt. Die außenwirtschaftliche Wachstumsstrategie war nicht nur gegenüber dem Westen restlos gescheitert, auch die Integrationsbemühungen im RGW hatten aufgrund der polnischen Krise und der ökonomischen Misere der anderen RGW-Länder den erhofften Wachstumsschub nicht gebracht. Das Gegenteil war der Fall, durch die gleitende Anpassung an die Weltmarktpreise im RGW waren nun auch gegenüber der Sowjetunion hohe Handelsbilanzdefizite wegen der ständig teurer werdenden Rohstoffe entstanden. Äußeres Indiz für die prekäre Lage war der erstmalige Verzicht auf einen Rechenschaftsbericht für die vorangegangenen fünf Jahre in der Direktive des Parteitages.[307] Aufgrund einer alarmierenden Verschuldung wurden die neuen Fünfjahrplanziele den außenwirtschaftlichen Zwängen untergeordnet. Honecker forderte "einen volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg wie nie zuvor".[308] Angesichts der absoluten Priorität der Exportziele zu Lasten des Konsums und der extrem niedrig angesetzten Wachstumsraten für Investitionen (jährlich 1,5 vH) waren die anspruchsvollen Investitionsauflagen in der Chemie, Energiewirtschaft und Mikroelektronik utopisch.[309] Der nun einsetzende rapide Verschleiß des schon zu diesem Zeitpunkt in weiten Teilen äußerst modernisierungsbedürftigen Produktionspotentials war vorprogrammiert. Verschärft wurde die Situation noch durch die verordnete Enthaltsamkeit bei Importen und die wachsenden Rüstungsauflagen im Rahmen des Warschauer Paktes. Beibehalten wurde dagegen die ökonomische Hauptaufgabe "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", deren wachsende Belastung für den Staatshaushalt vor allem auch aus den

---

[305] Schreiben des Ministers an seine Stellvertreter und die Leiter der Diensteinheiten vom 17.10.1979; BStU, ZA, DSt 102605, S. 1f.

[306] Schreiben des Leiters der HA XVIII an die Leiter der Diensteinheiten vom 19.10.1979; BStU, ZA, DSt 402605, S. 1–5.

[307] Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981–1985, in: Neues Deutschland vom 18./19.4.1981, S. 3–8.

[308] Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED. Berichterstatter Erich Honecker, in: Neues Deutschland vom 12.4.1981, S. 3.

[309] Vgl. Kurt Erdmann: DDR Wirtschaftspolitik zwischen Realität und Wunschdenken, in: Ausgewählte wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte des X. Parteitages der SED, hrsg. von der Forschungsstelle für gesamtdeutsche Fragen (künftig: Forschungsstelle), Reihe FS-Analysen, Heft 3, 1981, S. 3–18, hier 10f.

ständig steigenden Subventionen für Grundnahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarifen resultierte.

Wie realitätsfern die meisten Politbüromitglieder, insbesondere Honecker und Mittag, angesichts dieser Fakten agierten, wurde in vollem Umfang erst nach der Wende bekannt.[310] Fast die einzige Ausnahme war der damalige Chef der Staatlichen Plankommission und Kandidat des Politbüros, Gerhard Schürer, der schon seit Anfang der siebziger Jahre – allerdings vergeblich – warnend seine Stimme erhob.[311] Auch Mielke, seit dem X. Parteitag Vollmitglied des Politbüros, für den die Informationsquellen besonders reichlich sprudelten, hing der Vogel-Strauß-Mentalität an. Jedenfalls berichtet dies der ehemalige Leiter der HA XVIII/4 (zuständig für Planungs- und Finanzorgane) Horst Roigk. Er erhielt mit drei Mitarbeitern den Auftrag, im Vorfeld des X. Parteitages die Lage der Volkswirtschaft der DDR für eine "Information" zu analysieren. Das Resultat nach einer Woche: Die DDR stand bereits 1980 vor dem Zusammenbruch. Wie üblich im MfS wurden Schuldige gesucht und Mittag und Schalck dafür verantwortlich gemacht. Hauptabteilungsleiter Kleine war skeptisch. Von Mielke kam ein schwerer Rüffel, was derart verantwortungslose Leute in der Partei und in solchen Funktionen zu suchen hätten. Zwei Mitarbeiter hätten darauf, wegen der Anmaßung, Mittag kritisiert zu haben, abgeschworen. Sämtliches Material zur Analyse mußte abgegeben werden[312] und ist bisher, soweit bekannt, in den Akten auch noch nicht wieder aufgetaucht. Dafür liegt ein anderes hochkonspiratives Papier vom Oktober 1980 vor, das die Informationsgewinnung der HA XVIII eindrucksvoll illustriert. Entsprechend Mielkes Auftrag vom 14. Oktober[313] schickte Kleine ihm einen ökonomischen Problemkatalog[314], den er nach Mielkes Bestätigung durch Leiter von Fachabteilungen der HA XVIII mit "ausgewählten patriotischen Kräften in individuellen Aussprachen" abarbeiten lassen wollte. "Seine AKG" werde das Ergebnis dann aufbereiten und zum 25. November fertigstellen. Pünktlich am 25. November übermittelte Kleine[315] das Resultat[316] an Mielke mit der nochmaligen Versicherung, daß die Arbeiten weisungsgemäß streng konspirativ und mündlich mit der "Partei ergebenen und dem MfS verbundenen Experten" durchgeführt worden seien. Die Liste der Quellen ("Experten

---

310 Besonders aufschlußreich sind dazu die Interviews mit Wirtschaftsführern in der DDR von Theo Pirker, M. Rainer Lepsius, Rainer Weinert und Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion, Opladen 1995.

311 Vgl. Protokoll der 10. Tagung des ZK der SED vom 8.–10.11.1989, Bericht von Gerhard Schürer; BStU, ZA, SdM 389, S. 116–120 (ZK-Zählung). Auch der Leiter der Abteilung Planung und Finanzen im ZK, Ehrensperger, berichtete über diese Versuche; ebenda, S. 88f.

312 Horst Roigk, Jahrgang 1931, ehemaliger Oberst des MfS, HA XVIII. Vgl. Gisela Karau: Stasiprotokolle, Frankfurt am Main 1992, S. 20–34, hier 26f.; sowie Roigk: Volkswirtschaft, S. 21.

313 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Minister (persönlich) vom 18.10.1980; BStU, ZA, HA XVIII 4692, Bl. 9.

314 Leiter der HA XVIII: "Konzeption und inhaltliche Orientierung für die Lösung volkswirtschaftlicher Schlüsselprobleme 1981 und im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Direktive des X. Parteitages der SED" vom 18.10.1980; ebenda, Bl. 10–12.

315 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Minister vom 25.11.1980; ebenda, Bl. 42f.

316 HA XVIII, ohne Titel, vom 24.11.1980; ebenda Bl. 13–41. Laut Anschreiben Kleines gab es nur 4 Exemplare. Verteiler: Mielke, Mittig, zweimal Kleine.

und Konsultanten") enthält unter anderem einen Minister, einen Stellvertretenden Minister, drei Generaldirektoren sowie einen Staatssekretär und einen Stellvertretenden Vorsitzenden, beide aus der Staatlichen Plankommission. Die Stellungnahme eines ZK-Mitarbeiters aus der Abteilung Mittags hatte man mittels "Abschöpfung" durch dessen dem MfS "langjährig verbündeten" Vater erlangt.[317] Das "Expertenergebnis" zur ökonomischen Lage war vernichtend, insbesondere im Hinblick auf die außenwirtschaftliche Situation. Die Bruttoverschuldung gegenüber dem Westen betrug über 30 Mrd. DM und gegenüber der UdSSR 7 bis 8 Mrd. DDR-Mark. Jährlich fehlten bereits 2 bis 3 Mrd. DM für Tilgung, Zinszahlung und Finanzierung von Importen.[318] Als Grundproblem der zentralen Wirtschaftsleitung prangerten die Experten die Ausschaltung des Ministerrates durch "ein zweites Leitungssystem beim ZK" an, das Angelegenheiten des Ministerrates "verbindlich" vorentscheiden würde.[319] Gemeint war Mittag, genannt wurde sein Name nicht. Nach der Meinung der Experten war die Gesamtproblematik so gravierend, daß sie eine Bestandsaufnahme vor dem X. Parteitag erforderlich machte. Diese sollte von "sachkundigen Genossen" erarbeitet werden.[320] Neben einschneidenden kurzfristigen Lösungsvorschlägen[321] plädierten die Experten langfristig für die Reformierung des Planungssystem und etliche andere grundsätzliche Veränderungen.[322] Den Anlagen zu Kleines Protest gegen Mielkes letzten Auftritt am 19. November 1989 ist zu entnehmen, daß dieses Papier wahrscheinlich weitergeleitet worden ist (vgl. Abschnitt 3.4.5). Vielleicht war es der Anstoß für die Ausarbeitung von Roigk oder auch umgekehrt, bewirkt hat es jedenfalls nichts.

Die bereits extrem angespannte Situation erfuhr nach dem X. Parteitag eine neuerliche Eskalation durch zwei Katastrophen, die gleichzeitig über die DDR hereinbrachen.

Erstens wurden Ende Oktober 1981 nach dramatischen Verhandlungen[323] die vertraglich mit der Sowjetunion bereits vereinbarten Lieferungen von 19 Mill. Tonnen Erdöl jährlich ab 1982 bis 1985 auf 17 Millionen Tonnen gesenkt.

Zweitens brach ein de facto Kreditstopp – in der DDR als Kreditboykott bezeichnet – ab 1982 aufgrund der Vertrauenskrise der internationalen Banken, die durch die Zahlungsschwierigkeiten von Polen und Rumänien ausgelöst worden war, über die DDR herein. Die DDR-Führung reagierte mit einem ökonomischen Kraftakt sondergleichen. Die schon äußerst knappen Investitionsmittel mußten nun für die überstürzte, so nicht geplante Ablösung von Erdöl

---

317 Ebenda, Bl. 45f.
318 Ebenda, Bl. 20.
319 Ebenda, Bl. 22.
320 Ebenda, Bl. 27. Die Namen der vorgeschlagenen "Genossen" sind dem Schreiben an Mielke beigegeben. Angeführt wurde die Namensliste von den OibE Möbis und Schalck.
321 Ebenda, Bl. 47.
322 Ebenda, Bl. 15–40.
323 Vgl. die plastische Schilderung von Günter Sieber: Ustinov tobte, Gorbatschow schwieg, in: Brigitte Zimmermann und Hans-Dieter Schütt (Hrsg.): Ohnmacht – DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992, S. 217–234, hier 231–233.

durch Braunkohle eingesetzt werden. West-Exporte wurden um jeden Preis getätigt und West-Importe bis an die Schmerzgrenze gedrosselt.[324] Dokumente aus der HA XVIII reflektieren das ökonomische Krisenjahr 1982, diese sind angesichts der damals ständig dünner werdenden Informationen von besonderem wirtschaftshistorischen Wert. Sie, vor allem aber auch Berichte von Schlüssel-IM, vermitteln tiefe Einblicke in die Situation an der Basis und enthalten freimütige Kritiken.[325].

Angesichts der bedrohlichen Devisenklemme wurden nicht nur sensibelste Güter des eigenen Bedarfs für den Export mobilisiert, sondern auch neben permanenten Planänderungen massive Planmanipulationen versucht. Diese Fakten, aber auch die Rolle der HA XVIII als "Wächter der Planerfüllung" dokumentiert die "Information" des OibE der HA XVIII, Zetsche, Sicherheitsbeauftragter in der Staatlichen Plankommission.[326] Danach war vorgesehen, die gesamte Produktion an Munition M 34[327] für die Nationale Volksarmee (NVA) für 1982, ungefähr 32 Mill. Schuß, über Schalcks KoKo-Bereich zu exportieren. Laut Vereinbarung zwischen Schalck, Kleiber (damals Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau – MALF) und Fleisner (damals Stellvertretender Minister für Verteidigung) sollte Kleiber beim Militärbereich der SPK die Reduzierung der staatlichen Planauflage um diese 32 Mill. Schuß verlangen. Nach Angaben des OibE Reißner, Sicherheitsbeauftragter im MALF, gegenüber dem Chef der Verwaltung I im Militärbereich der SPK, OibE Grabovsky, wurden diese 32 Mill. Schuß trotzdem produziert und exportiert und als Übererfüllung des Planes im MALF abgerechnet. Ein Teil der erlösten Devisen sollten dafür dem Ministerium für Westimporte zur Verfügung stehen. Grabovsky, der Zetsche über den Vorfall informiert hatte, monierte diesen Verstoß gegen alle Bestimmungen der zentralen Planung. Produktionskennziffern würden damit "verpfuscht".[328] Wieweit diese groteske Planmanipulation, nämlich der Versuch, eine Plansenkung als Übererfüllung zu deklarieren, tatsächlich vollzogen werden konnte oder noch aufflog, ließ sich bisher nicht ermitteln. Dafür liegt eine Information des MfS an Honecker, Stoph und Mittag von Ende 1982 vor, worin der nicht planmäßige Verlauf der Produktion militärischer Erzeugnisse für den inländischen Bedarf, die Forderungen im Rahmen des Warschauer Paktes und die Erhöhung des Exports in das westliche Ausland festgestellt wird. Zur Munition M 34 wird angemerkt, daß 1982 die gesamte Produktion 182 Mill. Stück betrug und die für 1983 geplante Zuwachsrate um 40 Mill. Stück nicht gesichert sei.[329] Der Schwarze Peter für eine Vielzahl der in dieser Information angeschnittenen Prob-

---

324 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe: DDR-Außenhandel im Zeichen schrumpfender Westimporte, in: Deutschland Archiv (16) 1983, S. 1066–1072.

325 Einen ersten groben Überblick über diese Begleitdokumente des MfS, in: Haendcke-Hoppe-Arndt: Niedergang, S. 594–602.

326 Handschriftliche "Information von Zetsche", OibE, vom 10.2.1982. Anmerkung "Information wurde nicht überprüft.", abgezeichnet: Kleine; BStU, ZA, HA XVIII 1908, Bl. 1f.

327 Munition für die Maschinenpistole Kalaschnikow.

328 "Information von Zetsche"; BStU, ZA, HA XVIII 1908, Bl. 2.

329 Information "über einige Probleme im Zusammenhang mit der Erweiterung der Produktion militärischer Erzeugnisse" vom 20.12.1982; BStU, ZA, ZAIG 3258, Bl. 1–13, hier 5.

leme wurde vom MfS dem Generaldirektor des Kombinats Spezialtechnik Dresden zugeschoben. Zusammenfassend wird gefordert: Bessere Wahrnehmung der Verantwortung durch die beteiligten Staatsorgane SPK, MALF, Fachministerien und MAH! Erarbeitung von einheitlichen Führungs- und Leitungsdokumenten zur Minimierung der sich bereits abzeichnenden Produktionsverluste! Überprüfung der Führungs- und Leitungstätigkeit im Dresdener Kombinat sowie kaderpolitische Maßnahmen![330]

Eine weitere Information von Zetsche veranschaulicht, daß der Westexport nicht nur zu Lasten der Bevölkerung ging, sondern auch die stationierten Streitkräfte der Roten Armee, offiziell Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), betroffen waren. Danach hatte der Wunsch der GSSD, zusätzlich zum Plan (11,6 Mill. Mark 1982) Wohnzimmer-, Schlafzimmer- und Polstermöbel zu erhalten, wenig Chancen, weil diese Möbel im Export gegen Barzahlung abgesetzt werden konnten. Dennoch sollte für Schürer ein Entscheidungsvorschlag gemacht werden, "um bei einigen zusätzlich geforderten Möbeln den Freunden zu helfen".[331] In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß in den Aufgabenbereich der HA XVIII zusammen mit der HA II auch die Sicherung von Schwerpunktbereichen der GSSD, wie Bau, Waffentransporte, Manöver u.a.m. fiel. Im Jahre 1981 wurde dann eine spezielle Koordinierungsvereinbarung zwischen den beiden Hauptabteilungen abgeschlossen, wonach auch das Zusammenwirken mit den sowjetischen Tschekisten gewährleistet sein sollte.[332]

Im Mai 1982 berichtete IM Marbach[333], der Stellvertretende Minister des MALF vertrete die Meinung, "daß das Schiff VW [Volkswirtschaft, d. Verf.] der DDR an den Baum geht, da die ökonomischen Dinge derart durcheinander geraten sind, daß sie unüberschaubar sind". Als weitere Äußerung zitierte der IM die Meinung eines Sektorenleiters, daß das mangelhafte Planungssystem der DDR und der Sowjetunion zwangsläufig den Zusammenbruch herbeiführe.

Auf der zentralen Dienstkonferenz im Oktober 1982 erläuterte Mielke den Ernst der Lage, er charakterisierte die empfindlichen Versorgungsengpässe, die durch Exportabzweigung für KoKo und rigorose Importdrosselungen entstanden waren, als innere Stabilitätsrisiken.[334] Die politisch-operative Arbeit hätte sich noch mehr auf die Aufklärung von "Mißbrauch der komplizierten Lage" und auf Versuche, "die Bevölkerung aufzuwiegeln", zu konzentrieren. Dadurch und durch Einsatz von "MfS-spezifischen Kniffen und Mitteln" sollten die staats- und

---

330 Ebenda, Bl. 12f.

331 HA XVIII, AGL: Information vom 30.4.1982; BStU, ZA, HA XVIII 1829, Bl. 4f. Diese Information war die Abschrift der handschriftlichen Information von OibE Zetsche vom 28.4.1982; ebenda, Bl. 2f.

332 Koordinierungsvereinbarung "Zwischen HA XVIII und HA II des MfS über die Zusammenarbeit zur Realisierung von Sicherungsaufgaben im Interesse der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) vor subversiven Angriffen" vom 30.3.1981; BStU, ZA, HA XVIII, Bl. 3–8, hier 8.

333 HA XVIII/2, handschriftlicher Treffbericht: "Meinungen, Diskussionen und Reaktionen zu politisch aktuellen Problemen im Bereich des MinALF" vom 25.5.1982; BStU, ZA, HA XVIII 4298, Bl. 1–3.

334 Referat Mielkes "auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen politisch-operativer Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung" am 11.10.1982 in Potsdam-Eiche; BStU, ZA, ZAIG 04810, Bl. 1–206, hier 25f.

wirtschaftsleitenden Kader beeinflußt werden, "daß sie vor komplizierten Aufgaben nicht resignieren oder gar kapitulieren".[335] Schließlich lieferte Kleine am Jahresende Mielke das konzentrierte Ergebnis der Äußerungen verantwortlicher Kader, "die sich vertrauensvoll an das MfS gewandt hätten". In diesem Konzentrat werden die Krisenerscheinungen schonungslos aufgelistet. Die zerrüttete Zahlungsbilanz und der dadurch bedingte Abbau der Staatsreserven, wovon rund 50 vH über den KoKo-Bereich versilbert worden seien, bei wichtigen Gütern, wie zum Beispiel Getreide, Ölfrüchten und etlichen Metallen, gebe es gar keine Reserven mehr, bei Benzin und Diesel lediglich eine Bevorratung für vier Tage. Der volkswirtschaftliche Leistungsrückgang machte den Plan 1983 zum kompliziertesten, der jemals aufgestellt worden sei.[336] Das Sicherheitsrisiko für die Volkswirtschaft erhöhte sich durch die steigende Abhängigkeit vom Westen. Die bereits bestehenden Risikofaktoren bei der Versorgung der Bevölkerung verschärften sich weiter, wenn die Ministerien die Warenbereitstellung nicht vergrößerten. Sicherheitspolitischer Schwerpunkt für 1983 sei die ständige Kontrolle von Bildung und Verwendung der Warenfonds und notwendiger Eingriffe (hier dürften Exportabzweigungen gemeint sein), um "ein Risiko kalkulierbar zu halten".[337]

3.4.2 Das letzte Grundsatzdokument

Der Anpassung der Aufgaben der Linie XVIII an die seit der Richtlinie 1/69 erheblich veränderten Gegebenheiten sollte ein neues spezifisches Dokument Mielkes, die Dienstanweisung 1/82[338], dienen. Insbesondere galt es, einer Reihe inzwischen erschienener allgemeiner Grundsatzdokumente Rechnung zu tragen. Dazu gehörte unter anderem die neue IM-Richtlinie von 1979[339], die Planungsrichtlinie von 1980[340], die OV-Richtlinie von 1976[341] und die OPK-Richtlinie von 1981[342], nach der die OPK generell als Überwachungsinstrument dienen sollte und wie die OV nun auch registriert werden mußten. Außerdem wurde der inzwischen abgeschlossenen Kombinatsbildung Rechnung getragen. Im Mai 1981 war Kleine deshalb von Mielke beauftragt worden, die Dienstanweisung mit Durchführungsbestimmun-

---

335 Ebenda, Bl. 31f.

336 Schreiben des Leiters der HA XVIII vom 7.12.1982 an den Minister persönlich mit "Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan"; BStU, ZA, HA XVIII 4694, Bl. 3–22, hier 3.

337 Ebenda, Bl. 12.

338 Dienstanweisung 1/82 "zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft" vom 10.3.1982, S. 1–53; BStU, ZA, DSt 102836.

339 Richtlinie 1/79 "für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)" vom 8.12.1979, S. 1–67; BStU, ZA, DSt 102658. Dokumentiert in: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, S. 305–374.

340 Richtlinie 1/80 "für die Planung der politisch-operativen Arbeit im MfS" vom 16.6.1980; BStU, ZA, DSt 102674, S. 1–46.

341 Richtlinie 1/76 "zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)" vom Januar 1976; BStU, ZA, MfS–BdL, Dokument 003234, S. 1–36.

342 Richtlinie 1/81 "für die operative Personenkontrolle (OPK)" vom 25.2.1981; BStU, ZA, DSt 102737, S. 1–42.

gen auszuarbeiten.[343] Im Gegensatz zum reformgeprägten Sicherungsziel im Vorgängerdokument, der Richtlinie 1/69, nämlich der schwerpunktmäßigen Konzentration auf den "umfassenden Schutz des ÖSS und der wissenschaftlich-technischen Revolution" wurde in der Dienstanweisung 1/82 mit der "Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität" in der Wirtschaft die Krisensituation reflektiert. Dabei lag der Hauptakzent auf der Vorbeugung:

> "Das Ziel der Sicherung der Volkswirtschaft der DDR besteht in der Vorbeugung, rechtzeitigen Aufdeckung, konsequenten Bekämpfung und Verhinderung aller subversiven Angriffe, in der vorbeugenden Verhinderung von Störungen und Schäden im Reproduktionsprozeß sowie in der Unterstützung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe zur Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität in allen volkswirtschaftlichen Bereichen, Zweigen, Wirtschaftseinheiten und -prozessen."[344]

Die Rolle der HA XVIII wurde nun als "federführend" bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft umschrieben.[345] Ihr oblag damit sowohl die Führung beim einheitlichen Vorgehen auf der Linie XVIII als auch bei der einheitlichen Erfüllung von operativen Aufgaben durch mehrere Diensteinheiten des MfS.[346] Entsprechend der Wirtschaftsstrategie der SED galten als besonders zu schützende Schwerpunkte: Wissenschaft und Technik, Energiewirtschaft auf Basis der Kernenergie und der Braunkohle, Nutzung und Veredlung vorhandener Rohstoffe, Mikroelektronik, Chemie, Qualitätsverbesserungen für devisenrentable Exporte, Agrarproduktion, Sicherstellung der materiell-technischen Basis der Landesverteidigung sowie Schwerpunkte der Außenwirtschaft, Sicherung der Rohstoffversorgung, Aufgaben der SÖI und die Gewährleistung einer stabilen Zahlungsbilanz.[347]

Die fünf Hauptaufgaben der politisch-operativen Sicherung waren:

– Aufklärung gegnerischer Pläne,
– Aufdeckung feindlich-negativer Handlungen,
– Aufrechterhaltung der inneren Stabilität,
– vorbeugende, schadensabwendende Arbeit und aktive Unterstützung leistungsfördernder Maßnahmen der Volkswirtschaft und
– Gewährleistung der ständigen aktuellen Analyse der politisch-operativen Lage.[348]

Zur Wahrung der inneren Stabilität sollten unter anderem Westkontakte, Antragsteller auf Ausreise und ausländische Werktätige im Mittelpunkt der Überwachung stehen. Konflikte

---

343 Material zur Dienstkonferenz der HA XVIII vom 4. und 5.10.1983, Hochschule des MfS; BStU, ZA, ZAIG, Bündel 77, unerschlossenes Material, S. 1–113, hier 1 (MfS-Zählung).
344 Dienstanweisung 1/82, S. 5.
345 Ebenda, S. 10.
346 Vgl. Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur "politisch operativen Arbeit", Berlin 1996, S. 121.
347 Dienstanweisung 1/82, S. 8–10.
348 Ebenda, S. 13–35.

durch Androhung von Streiks, Lohnforderungen und Versorgungsprobleme galt es vorbeugend zu verhindern.[349]

Zur aktiven Unterstützung der Volkswirtschaft erhielt die Linie XVIII erneut den Auftrag zur Durchbrechung des Embargos und den Spionageauftrag zur Beschaffung von bedeutsamen wissenschaftlich-technischen Ergebnissen in enger Zusammenarbeit mit der HV A.[350]

Als wichtigste Strukturelemente der Volkswirtschaft bildeten die zentralgeleiteten und auch die bezirksgeleiteten Kombinate nun den Einsatzschwerpunkt.[351] Die Aufgaben der kombinats- und kombinatsbetriebsverantwortlichen MfS-Mitarbeiter wurden in der 1. Durchführungsbestimmung geregelt.[352] Besonderes Gewicht erlangte nun die Zusammenarbeit der MfS-Mitarbeiter mit der Kombinatsleitung und den Kombinatsbetriebsleitern in "Problemberatungen", deren Durchführung von den Leitern der Abteilungen XVIII mit dem Leiter der HA XVIII abzustimmen waren. Dazu sollten Jahresarbeitspläne, Sicherungskonzeptionen und politisch-operative Prozesse erarbeitet werden. Vertreter der zuständigen Fachabteilung der HA XVIII hatten teilzunehmen.

Mit einer 2. Durchführungsbestimmung[353] wurde die Arbeit der Sicherheitsbeauftragten dem Kombinat angepaßt. Während in den zentralgeleiteten Kombinaten die Sicherheitsbeauftragten OibE zu sein hatten, wurden in bezirksgeleiteten Ehrenamtliche als IME, IMS oder GMS verpflichtete Sicherheitsbeauftragte eingesetzt.

Eine 3., nicht vorliegende Durchführungsbestimmung hatte die politisch-operative Sicherung der Rüstungsproduktion zum Inhalt. Mit der 4. Durchführungsbestimmung[354] wurde die Arbeit bei Störfällen geregelt. Danach hatte der Leiter der Hauptabteilung die Führung zentraler Übersichten über Schäden mit Quartals- und Jahresanalysen zu gewährleisten.

Die 5. Durchführungsbestimmung[355] enthielt die vereinheitlichte Überwachung ausländischer Arbeitskräfte unter Federführung der HA XVIII. Grundlage war der Befehl 3/81.[356]

---

349 Ebenda, S. 21–24.

350 Ebenda, S. 26.

351 Ebenda, S. 44.

352 1. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Die Aufgaben der kombinatsverantwortlichen und kombinatsbetriebsverantwortlichen Leiter und operativen Mitarbeiter bei der einheitlichen und straffen politisch-operativen Sicherung zentralgeleiteter Kombinate" vom 8.7.1983, S. 1–21; ebenda.

353 2. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Arbeit mit Sicherheitsbeauftragten" vom 3.1.1983, S. 1–18; ebenda.

354 4. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Qualifizierung der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von Bränden, Havarien und anderen Störungen in der Volkswirtschaft der DDR" vom 3.1.1983, S. 1–19; ebenda.

355 5. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Politisch-operative Sicherung in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzter ausländischer Werktätiger" vom 3.1.1983, S. 1–15; ebenda.

356 Befehl 3/81 "zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Sicherung der sich ständig oder zeitweilig in der DDR aufhaltenden Ausländer" vom 25.2.1981, S. 1–13; BStU, ZA, DSt 102738.

Die 6. Durchführungsbestimmung präzisierte die "Beschaffung".[357] Für alle Diensteinheiten hatte die Nutzung ihrer politisch-operativen Möglichkeiten zur Beschaffung Bestandteil der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zu sein. Die Auswertung lag beim Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) der HV A. Dieser mußte die Unterlagen vor Weitergabe an die entsprechende Einrichtung so bearbeiten, daß die Quellen "weitgehend" nicht mehr nachvollziehbar waren. Die Auswerter des beschafften Materials sollte vom SWT vorgeschlagene sicherheitsüberprüfte Wissenschaftler sein, die durch die operativen Einheiten der HA XVIII erfaßt wurden, falls dies nicht schon bei anderen Diensteinheiten der Fall war. Der SWT hatte die Materialien "abrechenbar", also nach einer Wertskala aufzubereiten und die beschaffenden Diensteinheiten darüber zu informieren.

Gegenüber der Richtlinie 1/69 war die Neuregelung der Arbeit der Linie XVIII fast doppelt so umfangreich und sprachlich weniger präzise. Sie enthielt entsprechend dem in den siebzigern einsetzenden Trend eine noch stärkere Fixierung auf die sogenannte personenbezogene Arbeit. Neben der Weiterentwicklung von Operativen Vorgängen auf der Basis der oben erläuterten Richtlinie 1/76 als schärfste Bearbeitungsform, erhielt die OPK als sogenanntes Instrument der Vorbeugung großes Gewicht.[358] Mit der Richtlinie 1/81 war diese Bearbeitungsform neu geregelt worden. Im Gegensatz zur früheren Regelung von 1971[359] wurden die OPK nun in der Abteilung XII registriert. Laut Dienstanweisung 1/82 waren sie auf neuralgische Bereiche "Zielgruppen des Gegners" in der Volkswirtschaft wie Außenhandels- und Reisekader oder Geheimnisträger zu konzentrieren. Gleichzeitig sollten Personen, die den genannten Personenkreis "staatsfeindlich oder kriminell zu mißbrauchen beabsichtigten" verstärkt unter OPK gestellt werden.[360] In einer Dienstkonferenz der Linie XVIII im Oktober 1983 widmete Kleine der Bearbeitung dieses Personenkreises in OPK und OV sowie der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet breiten Raum.[361] Ohne Zahlen zu nennen, verwies er auf den hohen Bestand OPK und OV, denen aber zu wenige an das Untersuchungsorgan des MfS, die HA IX, übergebene Abschlüsse zur Eröffnung von Ermittlungsverfahren gegenüberständen. Im Hinblick auf die Arbeit mit OV bestehe noch ein großer Widerspruch zu den Erkenntnissen der IMB. Es sei trotz einer Vielzahl von Indizien nicht genügend gelungen, Verstöße gegen die Paragraphen 97 (Spionage) und 98 (Sammlung von Nachrichten) des Strafgesetzbuches zu erarbeiten.[362] Unter der "Zielgruppe des Gegners", also den leitenden Wirtschaftskadern und

---

357 6. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers: "Politisch-operative Sicherung der Auswertung und Nutzung politisch-operativ beschaffter wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Volkswirtschaft der DDR" vom 3.1.1983, S. 1–41; ebenda. Vgl. Reinhard Buthmann: Die Rolle des MfS in Forschung und Hochtechnologie, hrsg. vom BStU, Abt. BF. In Vorbereitung.

358 Dienstanweisung 1/82, S. 17–21; ebenda.

359 Richtlinie 1/71 vom Januar 1971, S. 1–421; BStU, ZA, DSt 101135, 1 Anlage.

360 Dienstanweisung 1/82, S. 20.

361 HA XVIII, Leitung: "Auszüge aus Dokumenten der Dienstkonferenz der Linie XVIII zur weiteren Durchsetzung der Dienstanweisung Nr. 1/82 am 4. und 5. Oktober 1983 an der Hochschule des MfS" vom 13.10.1983, S. 1–66, hier 21–44; BStU, ZA, HA XVIII 941.

362 Ebenda, Bl. 32f.

Außenwirtschaftskadern, aber auch der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, habe der Gegner Erfolge in der politisch-ideologischen Diversion und bei Versuchen, politische Untergrundtätigkeit (PUT) zu organisieren, erzielt. In diesem Zusammenhang bescheinigte Kleine westlichen Wirtschaftsforschern die exakte Analyse der ökonomischen Parteistrategie, da aber, wie Kleine glaubte, an dieser "nicht zu rütteln" sei, versuchten sie "Zweifel und Unglaube an den Möglichkeiten der Durchsetzung" zu säen.[363] Namentlich listete er Einrichtungen der Ost- und DDR-Forschung in der alten Bundesrepublik und Berlin-West auf, die angeblich die "Unterminierung der Werktätigen" anstrebten.[364]

In der MfS-Praxis wurden ab Ende der siebziger Jahre immer mehr Wissenschaftler dieser Institute, in denen das MfS nicht ohne Erfolg versuchte, Spitzel zu plazieren, unter OPK gestellt oder in OV bearbeitet. So bespitzelte die Abteilung XVIII der BV Potsdam zum Beispiel drei in Berlin (West) ansässige Wirtschaftsforscher übergreifend.[365] Den über Jahre bearbeiteten Forschern mußte die Abteilung XVIII schließlich bescheinigen, daß nach Auswertung ausgewählter Publikationen (durch IM) deren Erkenntnisse auf "legal zugänglichen Veröffentlichungen der DDR" beruhten. Durch "umfassende und tiefgründige Analyse" wären "DDR-Forscher" zu "Erkenntnissen und Trendbestimmungen" gelangt, die nicht in der DDR veröffentlicht und "teilweise der Geheimhaltung unterlägen". Auf induktivem Weg gewonnene Schlußfolgerungen entsprächen der objetiven Sachlage und Trendentwicklung, wenn sie auch entsprechend der Aufgabenstellung der einschlägigen Forschungseinrichtungen, die nach Vorstellungen des MfS neben Politberatung in der "Gestaltung" der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR bestand, tendenziös und entstellt wiedergegeben würden.[366]

Im Jahre 1985 wurde diese Art von Überwachung und Bearbeitung an der JHS dann auch noch in einer Dissertation "wissenschaftlich" vertieft.[367] Die schwierigste und im Endeffekt nicht zu lösende Aufgabe, die aus der Dienstanweisung 1/82 resultierte, war die Forderung nach der einheitlichen politisch-operativen Sicherung der zentralgeleiteten Kombinate. Dem stand die unterschiedliche Konstruktion der Kombinate entgegen, entweder nur ein Betrieb mit zentraler Kombinatsleitung, wie zum Beispiel die Leuna Werke, oder aber mit mehreren Betrieben unter der Leitung eines Stammbetriebes, wie zum Beispiel das Chemiekombinat Bitterfeld, und schließlich mehrere Betriebe unterschiedlicher Erzeugnisgruppen über ver-

---

363 Ebenda, Bl. 27.

364 Ebenda, Bl. 29.

365 Abteilung XVIII, Potsdam: Hinweis zu bearbeiteten Personen aus dem Bereich der imperialistischen "DDR-Forschung" vom 18.12.1982; BStU, ASt Potsdam, AOPK "Betty"1390/87, Bl. 33f.

366 Major Stark, Abteilung XVIII, Potsdam: "Vorschlag zur Einstellung der OPK Betty" vom 27.5.1987; ebenda, Bl. 19–22, hier 20. Grundlage für die Bearbeitung bildete das Ausgangsmaterial "Ernte" der Abt. XVIII, das 1980 auf der von Mielkes schon erwähnter Information 68/76 zur Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit angelegt worden war; ebenda, Bl. 19. Einschlägige Spitzelberichte hatte der bereits im Zusammenhang mit dem ZOV "Bauernfeind" erwähnte IMF "Thaer" geliefert; ebenda, Bl. 5.

367 Gert Grund und Wolfgang Meinel: Die personenbezogene Arbeit in und nach dem Operationsgebiet auf Linie XVIII; BStU, ZA, JHS 20089, S. 1–145 sowie Arbeitsmaterial JHS 20090, S. 155–252 (nicht vollständig).

schiedene Bezirke verteilt mit einem Leitbetrieb, wie zum Beispiel das Kombinat Mikroelektronik.[368] Besonders kompliziert wurde es, wenn die Kombinatsleitung in den Sicherungsbereich von Kreis- oder Objektdienststellen fiel. Problematisch war die Abgrenzung der Verantwortlichkeit und der Informationsflüsse dann, wenn die für das Kombinat zuständigen Diensteinheiten unterschiedlichen Bezirksverwaltungen angehörten. Befriedigende Lösungen konnten bis zum Ende nicht gefunden werden. Die Tatsache, daß der Leiter einer Kreisdienststelle der kombinatsverantwortliche Mitarbeiter war, weil der Stammbetrieb eines Kombinates in seinem Kreis lag, bedeutete, daß die Kreisdienststellen oder Objektdienststellen die gesamte Einschätzung der politisch-operativen Lage im Kombinat vorzunehmen hatten. Die von anderen für die Kombinatsbetriebe zuständigen Diensteinheiten erhaltenen Einzelinformationen und die von der HA XVIII und der Abteilung XVIII der Bezirksverwaltung zur Verfügung gestellten zentralen Informationen mußten zusätzlich verarbeitet werden. Die Leitungshierarchie wurde damit auf den Kopf gestellt; abgesehen davon, daß Kreisdienststellen und Objektdienststellen total überlastet waren. Im Jahr 1986 erhielt Kleine von Mielke den Auftrag, die 1. Durchführungsbestimmung der 1/82 entsprechend den "tatsächlichen Realisierungsmöglichkeiten" zu überarbeiten.[369]

Umfangreiche Überprüfungen von Fachabteilungen der HA XVIII, von Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen und von Kreisdienststellen durch die ZAIG und die HA XVIII in den Jahren 1986 und 1987 führten zum Ergebnis, daß aufgrund der angeführten territorialen Probleme und der unterschiedlichen Bedeutung des Stamm- oder Leitbetriebes eines Kombinates sowie der einzelnen Kombinatsbetriebe einheitliche Sicherungskonzeptionen für das gesamte Kombinat nicht angewendet wurden.[370] Die Qualität und vor allem die ausufernde Quantität des Informationsflusses wurde von der HA XVIII und ihren Fachabteilungen kritisch eingeschätzt. Die Novellierung der 1. Durchführungsbestimmung kam nicht zustande. Im Zusammenhang mit den vergeblichen Bemühungen der einheitlichen Kombinatssicherung hatte sich Mittigs Warnung auf der erwähnten Dienstkonferenz von 1983 bewahrheitet: Alles solle auf das operativ Notwendige konzentriert werden und dürfe nicht zu einer "Superreglementierung" der an der Sicherung beteiligten Diensteinheiten durch die HA XVIII ausarten.[371]

---

368 Vgl. Erdmann/Melzer: Kombinatsverordnung, S. 1048.

369 Zentrale Planvorgabe des Ministers für 1986 und den Zeitraum bis 1990, Bd. 1. Anschreiben Mielkes vom 21.5.1986; BStU, ZA, DSt 103287, S. 1–317, hier 94.

370 ZAIG, Bereich 2: "Probleme der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft und deren Führung und Leitung sowie Vorschläge zu weiterführenden Maßnahmen zu ihrer Klärung, mit dem Ziel der weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit" vom September 1987; BStU, ZAIG 2, Bündel 72, S. 1–31, hier 13 und 16 (MfS-Zählung), unerschlossenes Material.

371 Entwurf: "Schlußwort des Stellvertretenden Ministers Genossen, Generalleutnant Mittig, auf der Dienstkonferenz der Linie XVIII" vom 4.10.1983; BStU, ZA, ZAIG 8616, Bl. 3–28.

Die Übersicht zeigt am Beispiel des ehemaligen Werkzeugmaschinenkombinates "Fritz Heckert" in Karl-Marx-Stadt die komplizierte Überwachungsstruktur auf der Basis von Auskunftsberichten aus der Abteilung XVIII der Bezirksverwaltung und den zuständigen Kreisstellen Anfang des Jahres 1983.[372]

Diese Auskunftsberichte vermitteln einen plastischen Einblick über das Ausmaß der Aktivitäten der Staatssicherheit im Kombinat aber auch über die "Qualität" der zuständigen Mitarbeiter.

---

372 "Auskunftsberichte" zum 31.3.1983 der kombinatsverantwortlichen und kombinatsbetriebsverantwortlichen DE; BStU, ZA, HA XVIII 7253, Bl. 1–165.

Übersicht über die Überwachungsstruktur des VE Werkzeugmaschinenkombinats "Fritz Heckert" Karl-Marx-Stadt (Stand: 31.3.1983)[373]

Kombinat		SB						haupt-amtliche	
	Beschäftigte	OibE	IME/HIM	IMS/(GMS)	OV	OPK	SÜ	Bearbeiter	verantwortliche Diensteinheiten
gesamt	27.400	2	8	390	7	21	746	14	HA XVIII/2
Kombinatsleitung VEB "Fritz Heckert" Stammbetrieb VEB Union VEB RAWEMA Forschungszentrum VEB Modellbau VEB Elektroausrüstung	8.830	1	3	155 (27)	2	6	150	4	BV K-M-S Abt. XVIII
Kombinats-VEB	18.570	1	5	235	5	15	596	10	
Eisenwerk Elterlein	200	-	-	1	-	-	-	-	BV KD Annaberg
WEMA Auerbach	1.200	1	1	19	2	2	96	-	K-M-S KD Auerbach
Vorrichtungsbau Hohenstein	445	-	-	3	-	-	2	1	KD Hohenstein
WEMA "Vogtland"	1.888	-	1	36	2	3	146	1	KD Plauen
Saxonia Schwarzenberg	632	-	-	1	-	-	12	-	KD Schwarzenberg
WEMA Zella-Mehlis	255	-	-	3	-		2	-	BV KD Suhl Stadt
TIW Lauenstein	906	-	-	10	-	1	20	1	Suhl KD Sonneberg
Vorrichtungsbau Weißenfels	326			2	-	-	13	1	BV KD Weißenfels
WEMA Aschersleben	2.212	-	1	35	-	3	40	1	Halle KD Aschersleben
WEMA Saalfeld	1.700	-		26	1	2	11	1	BV KD Saalfeld
WEMA Union Gera	2.692	-	1	23	-	1	93	1	Gera Stadt
Werkstoffprüfmaschinen Leipzig	1.242			4	-	-	88	1	BV KD Leipzig Stadt
"John Schehr" Meuselwitz	2.928	-	1	50	-	3	16	1	Leipzig KD Altenburg
Mikromat Dresden	1.928			22	-	-	32	1	BV KD Dresden Dresden Stadt
AHB, WMW Export/Import									HA XVIII/2

373 Auswertung von Auskunftsberichten der Abteilung XVIII, der BV Karl-Marx-Stadt und der aufgeführten Kreisdienststellen zum Kombinat und den Kombinatsbetrieben; BStU, ZA, HA XVIII 7253, Bl. 1-165.

Das Kombinat hatte insgesamt 27.400 Beschäftigte, darunter 18.570 in den 14 angegliederten mehr oder weniger bedeutenden Kombinatsbetrieben (Fertigungsstätten), die außer im Bezirk Karl-Marx-Stadt in weiteren fünf Bezirken ansässig waren. Von den insgesamt 14 im Schema ausgewiesenen hauptamtlichen Bearbeitern der Staatssicherheit saßen die vier Kombinatsverantwortlichen in der Abteilung XVIII der BV Karl-Marx-Stadt. Die zehn kombinatsbetriebsverantwortlichen Mitarbeiter verteilten sich auf zwei Kreisdienststellen im gleichen Bezirk sowie auf acht Kreisdienststellen im Zuständigkeitsbereich von fünf weiteren Bezirksverwaltungen. Unter den zehn Sicherheitsbeauftragten befanden sich zwei OibE, die übrigen waren IME oder HIM. Von den insgesamt 390 IM/GMS bespitzelten 155 (darunter 27 GMS) die Zentrale. Den höchsten Anteil von IM/GMS von zwei Prozent an den Beschäftigten hatte der Betriebsteil WEMA "Vogtland". Hier konnte ein ursächlicher Zusammenhang mit dem überproportionalen Anteil von 20 vH (bei nur 7 vH-Anteil an den Kombinatsbeschäftigten) an den 746 Sicherheitsüberprüfungen im Kombinat gegeben sein, die ihrerseits durch den ebenfalls überproportionalen Anteil von Reisekadern in Höhe von 15 vH verursacht wurden. Der Berichterstatter des Betriebsteils WEMA Union in Gera, der mit 13 vH ebenfalls einen überpropotionalen Anteil an den Sicherheitsüberprüfungen hatte, klagte, daß der für den Betrieb verantwortliche Mitarbeiter vor lauter Sicherheitsüberprüfungen kaum für anderes Zeit hätte.

Verschiedene Berichterstatter monierten die fehlende Anleitung durch die kombinatsverantwortlichen Diensteinheiten, die Abteilung XVIII in der BV Karl-Marx-Stadt ebenso wie den einseitigen Informationsfluß von den Kreisdienststellen zur Abteilung XVIII.

3.4.3 Veränderung und Erweiterung des Verantwortungsbereiches

Wismut

Im März 1982 wurde die Objektverwaltung "Wismut" aufgelöst[374] und als Abteilung "Wismut" der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt angegliedert. Die Aufgaben der Abteilung "W" hatte Mielke bereits im Januar geregelt.[375] War die Abteilung XVIII der bisherigen Objektverwaltung Bestandteil der Linie XVIII, hatte nun die HA XVIII die "Verantwortung" für die zentrale Anleitung und die Unterstützung der Abteilung "Wismut" auf der Basis einer Konzeption des Leiters der HA XVIII, die von Mielkes Stellvertreter Mittig bestätigt werden mußte.[376]

Die Abteilung "W" war mit nunmehr 59 hauptamtlichen Mitarbeitern wie zuvor die Objektverwaltung für die Überwachung des Uranbergbaus in der SDAG Wismut zuständig. Dieser

---

374 Befehl 6/82 vom 23.3.1982, S. 1f.; BStU, ZA, DSt 102822.

375 "Grundsätzliche Aufgaben der Abteilung 'Wismut' der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt sowie der Arbeitsgruppen 'Wismut' in Kreisdienststellen und deren Struktur" vom 8.1.1982; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 153, Bl. 484–511.

376 Ebenda, Bl. 487.

war in den Kreisen Gera und Aue konzentriert und hatte 1982 noch rund 33.500 Beschäftigte.[377] Die Uranvorräte wurden seit 1946 ausschließlich für die SU abgebaut, im Jahre 1951 wurde die Beschäftigtenzahl auf 251.000 geschätzt.[378] Mitte der achtziger Jahre war das Ende des Uranabbaus in der DDR absehbar. Zu dieser Zeit wurde bereits zu extrem hohen Kosten produziert und deshalb war vorgesehen, die Einstellung der weiteren Förderung, die bis 1997 geplant war, mit Ausnahme zweier Bergbaubetriebe in Beerwalde und Drosen im Kreis Gera, um fünf bis zehn Jahre vorzuziehen.[379] Offensichtlich gab es seitens der Sowjetunion Einwände gegen diese Konzeption, denn am 27. Februar 1986 informierte Kaminsky, Vorstandsvorsitzender der Wismut SDAG, daß eine gemeinsame Deutsch/Sowjetische Expertengruppe die Lagerstätten neu bewerten und veränderte Abbaukonzeptionen erarbeiten sollte. Dabei wollte sich die UdSSR sehr viel geringer an den Kosten beteiligen als ursprünglich vorgesehen sei, aber den Preis für das Kilogramm Uran unverändert halten.[380] Besonders mißlich angesichts "kompliziertester Fragen" bei Wismut sei die Tatsache, daß die Sowjetunion sich offensichtlich auch personell aus der Verantwortung ziehen wolle und erstmals auf einem Generaldirektor aus der DDR bestehe.[381]

Ein Schlaglicht auf die jahrzehntelange Vertuschung der Probleme bei Wismut, namentlich die dramatische Verseuchung durch radioaktive Strahlung, wirft Ende 1985 eine Information[382] der HA XVIII. Danach hatte das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) Kontrollmessungen in Freitaler Wohnhäusern auf einer Steinkohlebergbauhalde durchgeführt. Die gemessene Gammastrahlung wäre laut SAAS bei entsprechenden Sanierungsmaßnahmen ungefährlich. Das Folgeprodukt des Radiumzerfalls im Haldenmaterial, Radon 222, könnte bei ungünstigen Verhältnissen zu einer "unzulässigen Lungenbelastung" der Bewohner führen. Aufschlußreich für die fehlende staatliche Vorsorge ist die Feststellung, daß die für den Bau verantwortlichen Staatsorgane weder über geltende Rechtsvorschriften noch über die Situation in Freital informiert waren, daß es in der Bevölkerung keine Diskussion gab und auch keine Übersicht über die Gesamtsituation von bebauten Halden im Bezirk Dresden vorhanden war.[383] Die Sensibilisierung der Bevölkerung setzte mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 ein. Über die massiven Behinderun-

---

377 Ebenda. Errechnet aus den Angaben Bl. 503–511.

378 DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985, Bd. 2 M–Z, S. 1399.

379 Fragment eines Dokumentes von Mielke an Mittig mit der Bitte um Stellungnahme, abgezeichnet von Mittig am 11.12.1985; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 153, Bl. 50f.

380 Abteilung Wismut: Information "über die weitere Arbeit am Fünfjahrplan der SDAG Wismut", o. D., abgezeichnet Mittig, 5.3.1986; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig, Bl. 42–44, hier 42.

381 Ebenda, Bl. 44.

382 "Information zur Feststellung erhöhter Radioaktivität in Freital/Dresden" vom 13.11.1985, abgezeichnet Mittig 15.11.1985, handschriftlich: Gen. Minister inf.; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 153, Bl. 48f.

383 Mittig hatte handschriftlich am Rand vermerkt: "weitere gefährdete Territorien? (Halden) Gesamtübersicht und Maßnahmeplan des SAAS, operative Konsequenzen!"

gen und Repressionen der Stasi gegen die Aufklärungsversuche über die Verseuchung einer ganzen Region berichtet Michael Beleites.[384]

KoKo

Eine Einbuße im Sicherungsbereich erlitt die HA XVIII 1983 durch die Übergabe des Schalck-Bereichs Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel an die neugebildete selbständige Arbeitsgruppe im MfS, die AG BKK. Diese Arbeitsgruppe war Mittig direkt unterstellt und hatte den Bereich KoKo im Ministerium, aber nicht die diesem zugeordneten Außenhandelsbetriebe und Vertretergesellschaften zu überwachen. Sie blieben vorerst bei der HA XVIII, so daß enge Zusammenarbeit zwischen dieser und der AG BKK geboten war. Beide Leiter hatten sich mit der HA II zu koordinieren. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß OibE Schalck im Rahmen des MfS nun Mielke direkt unterstand.[385] Die übrigen bisher bei Volpert angebundenen OibE (vgl. Abschnitt 3.2.3) sollten mit Ausnahme der OibE in der Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD) und in der HA VI (Paßkontrolle/Tourismus) der AG BKK übergeben werden. Zum Hintergrund dieser Strukturveränderung ermittelte der Schalck-Untersuchungsausschuß zwei Varianten. Laut Aussagen von Schalck wäre die bis 1983 zuständige Abteilung XVIII/7 weder den Sicherungsaufgaben gewachsen noch hätte sie den Wildwuchs anderer MfS-Einheiten bei IM-Werbungen im KoKo-Bereich eindämmen können und damit das Ansehen der KoKo im Ausland ruiniert.[386]

Unmittelbar vor der Gründung der AG BKK war im April 1983 der ehemalige Generaldirektor (IM der XVIII/7) des KoKo-Unternehmens Kunst und Antiquitäten GmbH und spätere Mitarbeiter der Vertretergesellschaft BERAG, Horst Schuster, mit Hilfe des BND in die Bundesrepublik geflüchtet, und bereits 1981 der Generaldirektor der von KoKo ökonomisch betreuten HVA-Firma Asimex. Beide hatten "ausgepackt".[387] Für die HA XVIII als sichernde Diensteinheit waren die beiden Überläufe äußerst peinlich und sollen, laut Aussage des Leiters der BKK, Meinel, äußerer Anlaß für die Gründung der AG BKK gewesen sein.[388] Innere Ursache der Gründung waren laut Meinel aber die erheblichen Differenzen zwischen Schalck

---

384 Michael Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz, Berlin 1991. Vgl. auch Diethard Mager: Wismut – die letzten Jahre des ostdeutschen Uranbergbaus, in: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren; Eberhard Kuhrt in Zusammenarbeit mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2, Opladen 1996, S. 267–295.

385 Befehl 14/83 vom 1.9.1983 "zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel der DDR". In der Dokumentenstelle des BStU nicht vorhanden. Dokumentiert in: Zweite Beschlußempfehlung und zweiter Teilbericht des Schalck-Untersuchungsausschusses vom 9.12.1992, BT 12/3920, Dokument Nr. 12, S. 149–156, hier 150 und 152.

386 Beschlußempfehlung und Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses vom 27.5.1994, BT 12/7600, S. 126.

387 Abweichender Bericht der Berichterstatterin der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im 1. Untersuchungsausschuß, Ingrid Köppe MdB (sogenannter Köppe-Bericht), S. 28–33 und S. 7–10.

388 Beschlußempfehlung und Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses vom 27.5.1994, BT 12/7600, S. 116.

und Kleine, da Kleine die Sonderrolle KoKos nicht akzeptiert habe und Schalck ihn daher "abzuschütteln" versuchte.[389] Aufgefundene Dokumente über die Aufspürung von Planmanipulationen und Abzweigungen aus der planmäßigen Produktion für KoKo-Exporte wie die Munition M 34 stützen diese These. Der ehemalige Leiter der Abteilung XVIII/4, Roigk, stellte dazu fest,[390] daß sich die Lage der Volkswirtschaft durch KoKo zusätzlich verkompliziert hätte, weil der außerhalb des Plans quasi marktwirtschaftlich agierende Bereich KoKo den Prinzipien der zentralen Planung zuwiderlief und zu deren Demontage geführt habe.

Von den grundsätzlich fragwürdigen bis verwerflichen Methoden zum Beispiel im Kunst- und Antiquitätenhandel[391] abgesehen, hatte Schalck einerseits wesentlichen Anteil daran, in den achtziger Jahren die Zahlungsfähigkeit der DDR zu erhalten, so etwa auch durch die Einfädelung des von Franz-Josef Strauß initiierten ersten Milliardenkredites im Jahre 1983, der die internationalen Kreditschleusen wieder öffnete und dem ein zweiter Milliardenkredit 1984 folgte. Schalck erhielt dafür am 4. Oktober 1984 zum 35. Jahrestag der DDR den Orden "Stern der Völkerfreundschaft". Mielke ließ seinen erfolgreichsten OibE ab Oktober 1983 als Generalmajor besolden.[392] Von einer offiziellen Beförderung mußte aber aufgrund seiner delikaten Stellung und der damit verbundenen strengsten Wahrung der Konspiration Abstand genommen werden, da die Zustimmung des Politbüros notwendig gewesen wäre.

Andererseits betrieb Schalck seine Devisengeschäfte tatsächlich zu Lasten der planmäßigen Volkswirtschaft. So etwa durch das von ihm aufgebaute Netz der Vertretergesellschaften im Westen, die für jeden West-Export in die DDR oder jede Lieferung aus der Bundesrepublik "saftige" Provisionen kassierten. Die Exporteure und Lieferanten schlugen diese Provisionen aber auf die Preise auf, so daß den DDR-Kombinaten und Betrieben der um die Provision überhöhte Preis von den Außenhandelsbetrieben in Rechnung gestellt wurde.[393]

Zum 1. Oktober 1986 wurden auch die KoKo-Außenhandelsfirmen und Vertretergesellschaften aus dem Verantwortungsbereich der HA XVIII/7 herausgelöst und der AG BKK übertragen.[394] Im Juni 1988 erfuhren die Zuständigkeiten der AG BKK eine umfassende Re-

---

389 Ebenda. Diese Variante bestätigt auch Peter Przybylski, in: Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 252 und 254.

390 Roigk: Volkswirtschaft, S. 20.

391 Vgl. dazu dritte Beschlußempfehlung und dritter Teilbericht des Schalk-Untersuchungsausschusses vom 3.3.1993, BT 12/4500 mit Ergänzung vom 28.4.1993, BT 12/4832 und zweiter Ergänzung vom 12.5.1993, BT 12/4970.

392 Kaderkarteikarte Schalck; BStU, ZA, HA KuSch.

393 Zur Wertung des Bereichs KoKo vgl. Dieter Lösch und Peter Plötz: "Die Bedeutung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung für die Volkswirtschaft der DDR", Gutachten des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, in: Beschlußempfehlung und Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses vom 27.5.1994, BT 12/7600, Anhangband S. 12–159, hier 111–121.

394 Schreiben des Leiters der AG BKK an den Leiter der HA III vom 19.11.1986; BStU, ZA, AG BKK 12, S. 204 (MfS-Zählung).

gelung[395], was nichts daran änderte, daß die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten der AG BKK im KoKo-Bereich aufgrund von Schalcks Sonderstellung gering waren.

Zusammenarbeit mit den "Bruderorganen"

Im Oktober 1982 wurde im sowjetischen Komitee für Staatssicherheit (KfS) eine selbständige Struktureinheit, die VI. Verwaltung des KfS zur Bekämpfung der gegen die Volkswirtschaft und die Sozialistische Ökonomische Integration gerichteten subversiven Angriffe gegründet. Aufgrund der Existenz dieser spezifischen Diensteinheit im sowjetischen Sicherheitsdienst waren die Voraussetzungen für enge direkte Zusammenarbeit der KfS mit der HA XVIII entstanden. Die beiden Leiter Kleine und Stscherbak trafen sich im April 1983 in Moskau und arbeiteten gemeinsame Grundsätze aus.[396] Zur Sicherung von gemeinsamen SÖI-Projekten wurde bis 1984 ein Katalog von 28 Einzelmaßnahmen ausgearbeitet, die wechselseitige Konsultationen mit den jeweiligen Fachabteilungen der HA XVIII nach sich zogen. Gemeinsame Maßnahmen sollten sich auf die Bearbeitung von Personen in OV oder OPK, die Aufdeckung "feindlicher Pläne", den Geheimnisschutz und die Sicherung der Arbeiten an der Erdgasmagistrale Urengoi-Ushgerod erstrecken. Über Kontaktaktivitäten wurde ein Informationsaustausch vereinbart.

Auch andere Investitionsobjekte bildeten einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit. Für die spezifischen Sicherungsaufgaben der gemeinsamen Projekte wurden auf der DDR-Seite jeweils Befehle von Mielke erlassen. Dazu gehörten das Großprojekt der Eisenbahn-Fährverbindung von Mukran auf Rügen nach Klaipeda (Memel) in der damaligen Litauischen SSR[397], die schon erwähnte Erdgasmagistrale, deren von der DDR gebauter Abschnitt als FDJ-Projekt den Namen "Jugendbanner II" trug,[398] und die Sicherung des Bergbau-Aufbereitungskombinates in Krivoi Rog.[399] Die HA XVIII war jeweils maßgeblich oder gar "federführend" an der Überwachung beteiligt. Hintergrund der engeren Zusammenarbeit war die noch stärkere Anbindung der DDR und der anderen RGW-Länder an die UdSSR, die auf dem RGW-Gipfel im Juni 1984 abgesteckt und im "Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der RGW-Länder bis zum Jahr 2000" vom Oktober 1984 konkreti-

---

[395] Befehl 12/88 vom 12.6.1988 "zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel und der ihm direkt unterstellten Außenhandelsbetriebe und Vertretergesellschaften", S. 1–16; BStU, ZA, DSt 103492.

[396] HA XVIII: "Einschätzung zum Stand und zu wesentlichen politisch-operativen Arbeitsergebnissen in der Zusammenarbeit zwischen der HA XVIII des MfS der DDR und der VI. Verwaltung des KfS der UdSSR", o. D. (1983); BStU, ZAIG 5175, Bl. 171–192, hier 182.

[397] Befehl 2/82 vom 24.2.1982: "Politisch-operative Sicherung der Errichtung einer Eisenbahnfährverbindung DDR (Mukran)–UdSSR (Klaipeda)", S. 1–7; BStU, ZA, DSt 102828.

[398] Befehl 17/84 vom 9.10.1984: "Politisch-operative Sicherung des DDR-Anteils am Bau von Objekten der Gasindustrie in der UdSSR", S. 1–13; BStU, ZA, DSt 103096.

[399] Befehl 17/85 vom 20.11.1985: "zur politisch-operativen Sicherung der Investitionsbeteiligung der DDR an der Errichtung des Bergbau-Aufbereitungskombinates –- BAK – in Krivoi Rog/UdSSR im Zeitraum 1985–1990", S. 1–3; BStU, ZA, DSt 103232.

siert worden war.[400] Die Sowjetunion versuchte damals die RGW-Länder, insbesondere aber die DDR in die Pflicht dafür zu nehmen, daß sie durch die vertraglich vereinbarten Erdölexporte in die RGW-Länder zu niedrigeren Preisen als die damaligen Weltmarkthochpreise erhebliche Einnahmeverluste noch dazu in Hartdevisen in Kauf nehmen mußte.

Über die Zusammenarbeit mit allen Bruderorganen liegt eine Einschätzung aus dem Jahre 1983 vor.[401] Dazu hatten im Jahre 1982 Grundsatzgespräche und ein Austausch von Informationen stattgefunden. Zu dieser Zeit wurden sechs OV und sechs OPK bilateral oder multilateral bearbeitet. An den insgesamt 15 gemeinsamen Sicherungskomplexen waren alle Sicherheitsorgane der Europäischen RGW-Länder außer Rumänien beteiligt. Dazu gehörte auch die Überwachung internationaler Messen im RGW-Bereich. Noch von der letzten Leipziger Messe alten Stils, der Herbstmesse 1989, liegt ein Bericht der HA XVIII/9 vor, in dem die mit dem jeweiligen Partner koordinierten personenbezogenen Aktivitäten aufgelistet sind.[402]

Eine multilaterale Konferenz der für die Wirtschaft zuständigen Abteilungen der Sicherheitsorgane aller RGW-Staaten (ohne Rumänien) kam offenbar erst kurz vor Toresschluß im November 1987 zustande.

Dort hatte Kleine in seinem Vortrag über das "Primat der Feindbekämpfung in dialektischer Einheit mit der vorbeugenden Schadensbekämpfung" offenbar besonders überzeugend referiert und Gratulationen von den Russen eingeheimst. Gorbatschows Perestroika war zu dieser Zeit bereits voll angelaufen und spielte, wie Kleine anmerkte, besonders bei den Vertretern Ungarns und Bulgariens als Hintergrund für die Spionagebekämpfung eine Rolle.[403] Mitglieder der deutschen Delegation waren neben Kleine sein erster Stellvertreter Böhm, der Leiter der Abteilung XVIII/5 (Wissenschaft und Technik), Neuß, der Leiter der OG Moskau des MfS, Wenzel, und der Leiter der Arbeitsrichtung XVIII in der OG Moskau, Fiegert.[404]

Die Arbeitsüberlastung

In Anbetracht der Erweiterung der Aufgaben und der permanenten Aufblähung der Überwachung wurde 1985 die Neugliederung und personelle Aufstockung der HA XVIII konzi-

---

400 Vgl. Heinrich Machowski: "RGW-Gipfeltreffen: Interessenausgleich", in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht (51) 1984, S. 3–348.

401 HA XVIII/9: Einschätzung zur Zusammenarbeit mit den Bruderorganen im Jahre 1982 vom 4.1.1983; BStU, ZA, HA XVIII 3453, Bl. 1–21.

402 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter der Abteilung X vom 13.9.1989, Anlage: Bericht HA XVIII/9 "über das Zusammenwirken mit den zur Aktion 'Treffpunkt 89/H' anwesenden Genossen der Bruderorgane"; BStU, ZA, Abt. X 118, Bl. 213–219.

403 Leiter der HA XVIII: 1. Information über die "Internationale Beratung der Sicherheitsorgane sozialistischer Länder zum Austausch von Erfahrungen in der Abwehrarbeit auf dem Gebiet der Ökonomie" vom 27.11.1987; BStU, ZA, HA XVIII 3626, Bl. 1–13, hier 6.

404 Ebenda, Bl. 12f.

piert.[405] Der Aufgabenzuwachs, so begründete Kleine, entstand einmal durch die Dienstanweisung 1/82, insbesondere durch die "Federführung", die Erweiterung des Auswertungs- und Informationssystems im MfS im Rahmen der Richtlinie 1/80 (Planungsrichtlinie), die Zunahme der Sicherheitsüberprüfungen und den Befehl 11/84. Mit diesem sollten unter dem Decknamen "Präzision" alle Sicherungsmaßnahmen für den Beitrag der DDR bei Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben für die Hochrüstung des Warschauer Paktes gebündelt werden. Auslöser war die Stationierung von Mittelstreckenraketen in West-Europa im November 1983 im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses von 1979 und der damit verbundene Abbruch der Verhandlungen durch die Sowjetunion. Der Leiter der HA XVIII hatte die "Federführung" von "Präzision".[406]

Anfang 1985 erließ Mielke einen weiteren Befehl[407] zur Informationsgewinnung zwecks frühzeitiger Abwehr von akuten "imperialistischen" Aggressionsabsichten. Nach der von Markus Wolf erlassenen 1. Durchführungsbestimmung[408] hatten die HA XVIII und die Abteilungen XVIII, abgesehen von der Sicherung der wichtigen Objekte im Bereich der Landesverteidigung, sich auf einschlägige Beobachtung durch West-Reisekader zu konzentrieren und diese gegebenenfalls an die HV A zu melden.

Kleine instruierte seine Abteilungsleiter, daß ihre zuverlässigsten IM alle Abschöpfungsmöglichkeiten im Operationsgebiet nutzen sollten. Eine beigefügte Liste enthielt 19 Indikatoren, von auffälligen Transportbewegungen bis hin zu Massenschlachtungen von Vieh, und eine Liste von Aufklärungsobjekten der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik. Aus den von den Abteilungen 1 bis 6 vorliegenden IM-Listen mit rund 65 Reisekader-IM sollten die zuverlässigsten ausgewählt werden.[409]

Ein weiterer zusätzlicher Arbeitsaufwand war, nach Kleines Konzeption, durch die Reorganisation des Außenhandelsapparates entstanden.[410] Hier lag in der Tat eine äußerst komplizierte Situation durch Aufspaltung der bis dahin rund 30 zentralistisch aufgebauten, dem MAH un-

---

405 Ohne Herkunft, Konzeption "zur Erhöhung der Wirksamkeit des Kräftepotentials der HA XVIII bei der einheitlichen Sicherung der Volkswirtschaft" (künftig: Konzeption), o. D. (erstes Halbjahr 1985); BStU, ZA, HA XVIII 5478, Bl. 19–33.

406 Befehl 11/84: "zur politisch-operativen Sicherung von Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben für moderne strategisch bedeutsame Waffensysteme" vom 30.5.1984, S. 1–4, hier 2; BStU, ZA, DSt 103105. Vgl. Buthmann: Kadersicherung, Abschnitt 2. In Vorbereitung.

407 Befehl 1/85: "Aufgaben der Diensteinheiten des MfS zur frühzeitigen Aufklärung akuter Aggressionsabsichten und überraschender militärischer Aktivitäten imperialistischer Staaten und Bündnisse, insbesondere zur Verhinderung überraschender Raketenangriffe gegen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft" vom 15.2.1985, S. 1–3; BStU, ZA, DSt 103137.

408 1. Durchführungsbestimmung zum Befehl 1/85 des Stellvertreters des Ministers: "Allseitige Nutzung der Möglichkeiten der Diensteinheiten des MfS zur frühzeitigen und zuverlässigen Beschaffung von Hinweisen auf akute feindliche Aggressionsabsichten, -vorbereitungen und -handlungen" vom 5.6.1985, S. 1–7; ebenda.

409 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter der HA XII: "Weisung zur Durchsetzung des Befehls 1/85 des Genossen Ministers vom 15.2.1985 in der HA XVIII" vom 5.8.1985; BStU, ZA, HA XVIII 1444, Bl. 1–14, 2 Anlagen.

410 Konzeption, Bl. 22.

terstellten Außenhandelsbetriebe (AHB) vor. Diese wurden ab 1980 in doppelt so viele, überwiegend spezialisierte Außenhandelsbetriebe umgewandelt und entweder den Kombinaten als eigene Absatzorganisation oder aber den Fachministerien direkt unterstellt. Da die Unterstellung unter das MAH ebenfalls bestehen blieb, ergaben sich aus dieser Doppelunterstellung kaum noch zu bewältigende komplizierte Koordinierungsaufgaben zwischen der HA XVIII/7, die vorher allein für die Sicherung der AHB verantwortlich war, und den Fachabteilungen.[411]

Insgesamt uferte der Auswertungs- und Informationsaufwand ebenso aus wie die Überwachung von Auslands- und Reisekadern, allein zu den Auslandskadern wurden 1982/83 laut Konzeption 6.934 Auskunftsberichte verfaßt, wovon 5.021 die HV A erhielt. Die restlichen 1.913 waren abgelehnt worden. Die Flut der Reisekaderüberprüfungen schwoll 1983/84 auf der Linie XVIII auf 20.100 an, darunter entfielen 1.570 auf die HA XVIII. Allein 6.500, also rund ein Drittel, wurden abgelehnt.[412] Steigende Tendenz wiesen die Überprüfungen bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten auf; mit 881 im Jahre 1984 hatten sie sich gegenüber 1980 fast verdoppelt.[413] Um den Aufgaben gerecht zu werden, sollten die bestehenden neun Abteilungen ab dem zweiten Halbjahr 1985 schrittweise auf 14 Abteilungen ausgeweitet werden, was einen dritten Stellvertreter erforderlich machte. (Vgl. Abschnitt 3.5.1)

3.4.4 Der ökonomische Absturz der DDR

Vom 17. bis 21. April 1986 tagte der XI. und letzte Parteitag der SED. Mit dem geschilderten Kraftakt der Jahre 1982/83 und den beiden, von der Bundesregierung verbürgten Eurofinanzkrediten 1983 und 1984 zu je 1 Mrd. DM war noch einmal eine Gratwanderung gelungen. Mit Hilfe des Risikoexportprogramms von Mineralölerzeugnissen konnte die West-Verschuldung konstant gehalten werden. Verpackt in Erfolgsmeldungen und in die zehn Punkte der ökonomischen Strategie zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt bis zum Jahr 2000 formulierte Honecker das vielsagende Ziel, "bei der Entwicklung der Produktivkräfte den Wettlauf mit der Zeit zu bestehen".[414] Der dramatischen Entwicklung von 1982/83 trug die Direktive des Parteitages mit dem außenwirtschaftlichen Postulat Rechnung, "die Aufgabe zu lösen, den handelspolitischen Spielraum auszubauen und die ökonomische Unangreifbarkeit der DDR

---

411 Die Umgestaltung des Außenhandelsapparates verlief außerordentlich unübersichtlich, weitestgehend ohne öffentliche Diskussionen im stop-and-go-Verfahren seit 1978. Vgl. Maria Haendcke-Hoppe und Erika Lieser-Triebnigg: Ökonomische und juristische Aspekte der Veränderungen im DDR-Außenhandelssystem, in: Gottfried Zieger (Hrsg.): Recht, Wirtschaft, Politik im geteilten Deutschland. Festschrift für Siegfried Mampel, Köln, Berlin, Bonn 1983, S. 541–562. Eindrucksvolles Hintergrundmaterial bieten dafür IM-Berichte aus den Jahren 1978–1981; BStU, ZA, HA XVIII 8736, Bl. 1–164.

412 Konzeption, Bl. 23.

413 Ebenda, Bl. 24.

414 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin (Ost) 1986, S. 49.

weiter zu festigen".[415] Aber bereits zu diesem Zeitpunkt war eine Lawine ins Rollen gekommen, die dieses Postulat konterkarierte; durch den Zusammenbruch des Erdölhochpreises auf dem Weltmarkt zur Jahreswende 1985/86 sollte die DDR allein 1986 lebenswichtige Deviseneriöse in Höhe von rund 1,5 Mrd. Dollar aus den Exporten an Mineralölerzeugnissen einbüßen. Ersatzexportgüter gab es jetzt noch weniger als 1982/83. Die Westexporte schrumpften, die Importe und damit die Verschuldung stiegen weiter.

Mielke erließ unmittelbar nach dem Parteitag eine dickleibige Zentrale Planvorgabe für die neue Fünfjahrplanperiode. Danach waren "auch unter anhaltenden komplizierten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingungen" alle Diensteinheiten gefordert, die reibungslose Umsetzung von Parteibeschlüssen und -strategien maximal zu unterstützen".[416] Dazu sollten die Beiträge zur Spionageabwehr, Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität, wirksame Überwachung der Schwerpunktobjekte, Unterstützung und Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen erhöht werden.[417] Darüber hinaus hatten sich in allen Sicherungsbereichen der Volkswirtschaft die erforderlichen Kräfte auf die Aufdeckung der politisch-ideologischen Diversion, auf Straftaten im Zusammenhang mit Übersiedlungsersuchen, Republikflucht ("staatsfeindlichem Menschenhandel" und sogenanntem ungesetzlichem Verlassen der DDR), von "Hetze" und Organisierung von "politischer Untergrundtätigkeit" (PUT) zu konzentrieren.[418]

Breiten Raum widmete die Planvorgabe der "Unterstützung der Beschleunigung" des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die Schlüsseltechnologien, in deren Mittelpunkt die Wirtschaftsspionage ("Beschaffung"), insbesondere in Kooperation mit der HV A zu stehen hatte. Zur Festigung der ökonomischen Position der DDR – bei Mielke wurde der Begriff "Unangreifbarkeit" aus der Parteitagsdirektive vermieden[419] – sollte das engmaschige Überwachungsnetz gegenüber Geschäftsreisenden aus der DDR und in die DDR noch undurchlässiger werden. In einer konzertierten Aktion hatten die Leiter der HA XVIII, der HA XIX (Verkehr) und der HA II (Spionageabwehr) eine "Realisierungskonzeption" für gemeinsames koordiniertes Vorgehen gegen westliche Geschäftsreisende auszuarbeiten, die mit den Leitern der HA VI (Paßkontrolle), der HA IX (Untersuchungsorgan), HA XX (Staatsapparat), der selbständigen Abteilung XXII (Terrorabwehr), der ZAIG, der ZKG und der AG BKK abzustimmen war. Des weiteren sollten die Linien XVIII und XIX ihre Erfahrungen mit Personendossiers zu westlichen Reisenden einbringen und konkrete Vorschläge für stärkere Infor-

---

415 Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986–1990, Berlin (Ost) 1986, S. 20.

416 "Zentrale Planvorgabe für 1986 und den Zeitraum bis 1990" vom 21.5.1986; BStU, ZA, DSt 103287, S. 1–317, hier 59.

417 Ebenda, S. 60.

418 Ebenda, S. 68.

419 Ebenda, S. 71. Wie dieser aufschlußreiche Begriff in die Parteitagsdirektive kam, konnte noch nicht geklärt werden. Kleine hatte ihn bereits auf der schon erwähnten Dienstkonferenz der Linie XVIII auf dem Höhepunkt der Krise Anfang 1983 benutzt; BStU, ZA, HA XVIII 941, S. 10.

mationsverdichtung und Koordinierung machen.[420] Die "Realisierungskonzeption" ging erst Ende 1988 an die Leiter der Diensteinheiten. Sie enthielt die Personenkategorien, über die Dossiers angelegt werden sollten.[421] Eine verbindliche Regelung der Aufklärung "bedeutsamer" Personen gab es, wie das Autorenkollektiv der vorletzten Dissertation an der JHS feststellte, bis Sommer 1989 nicht.[422]

Der zu dieser Zeit längst dominierende "Abwehrkampf" in der Volkswirtschaft gegen Störfälle, Brände, Stillstandszeiten etc. wird in der Planvorgabe weiterhin ideologisch verblendet als Kampf gegen "Feindtätigkeit" behandelt. Dabei waren Wachstum des IM-Netzes und Ausweitung der Personenüberwachung hier ein untaugliches Instrumentarium; denn die Austerity-Politik zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit Anfang der achtziger Jahre hatte durch rückläufige Investitionen und Importverzicht, vor allem auch bei Ersatzteilen, verheerende Auswirkungen auf die schon in den siebziger Jahren dringend modernisierungsbedürftige Produktionsanlagen.

Angesichts der erheblichen Schadensvorkommen wurden von Politbüro und Ministerrat 1985 einschlägige Beschlüsse für die Sicherheit in den Kombinaten und Betrieben gefaßt.[423] Kleine wies in seinem Anschreiben an die Abteilungsleiter XVIII der Bezirksverwaltungen[424] darauf hin, daß die Erkenntnisse des MfS in diese Beschlüsse eingeflossen waren. Im Februar 1986 zog Kleine dann eine erste sehr negative Bilanz.[425] In lediglich 16 von 387 Betrieben waren danach die Voraussetzungen für die Durchsetzung der Beschlüsse geschaffen worden.

Eine Übersicht der HA XVIII verdeutlicht den rapiden Anstieg der Großschadensfälle über eine Million Mark von 1984 bis April 1987.[426]

---

420 Zentrale Planvorgabe, S. 74.

421 MfS-Realisierungskonzeption "zum abgestimmten und koordinierten Vorgehen bei der Erfassung, Kontrolle und schwerpunktbezogenen Bearbeitung der aus kommerziellen und wissenschaftlich-technischen Gründen einreisenden NSW-Personen" vom 1.12.1988, bestätigt: Mittig, handschriftlich, am 1.12.1988 an die Leiter der DE; BStU, ZA, HA XVIII 125, Bl. 1–7.

422 Falk Vogel, Karl Heinz Kotira, Hans Georg Iwohn, Jürgen Lipowski, Jörg Frölich und Richard Stecker: Die politisch-operative Abwehrarbeit gegenüber Personen aus dem NSW, die im Rahmen ökonomischer, kommerzieller und wissenschaftlich-technischer Beziehungen in die DDR einreisen, August 1989; BStU, ZA, JHS 20001, S. 1–308, hier 101. Für 1989 wurden 63.830 Einreisen des betreffenden Personenkreises ausgewiesen; ebenda, S. 304.

423 "Grundsätze für die Gewährleistung einer hohen technologischen Disziplin, Ordnung und Sicherheit in den Kombinaten und Betrieben zur Steigerung der Effektivität und Qualität der Produktion", Ministerrat vom 5.5.1985. Gleichlautend Politbüro vom 30.4.1985; BStU, ZA, HA XVIII 142, Bl. 71–82.

424 Ebenda, vom 18.5.1985, Bl. 69f.

425 "Wesentliche Erkenntnisse zum Stand der Durchsetzung der Beschlüsse des Polibüros des ZK der SED und des Ministerrates", mit Anschreiben an die Leiter der Abteilungen XVIII der BV vom 13.2.1986; BStU, ZA, ZAIG 7913, Bl. 1–30.

426 HA XVIII, AKG: "Hinweis zu Ursachen und wesentlich begünstigenden Bedingungen für Brände und Havarien (Großschadensfälle) in der Volkswirtschaft im Jahre 1986 und bisher im Jahre 1987" vom 15.4.1987; BStU, ZA, HA XVIII 6162, Bl. 1–7.

Tabelle 7: *Havarien und Brände mit mehr als einer Mill. Mark Schaden*

Jahr	1984	1985	1986	1987 (Stand: 15.4.1987)
Anzahl	8	16	19	8
Gesamtschaden in Mill. Mark	15	56	134	508*

*davon entfielen allein 470 Mill. Mark auf den Ausfall von zwei Megawattblöcken im Kraftwerk Boxberg.

Als Ursachen für 1986 und 1987 (April) konnte in 53 vH der Fälle kein menschliches Versagen festgestellt werden, in 35 vH Fällen war Fahrlässigkeit und in 12 vH Brandstiftung ohne politisches Motiv angegeben. In der Auswertung dieses Schadensgeschehens findet sich für eine Rede Mittigs im Mai 1987, hinsichtlich der verstärkten Informationstätigkeit mit Lösungsvorschlägen für die Partei- und Staatsführung und für die Generaldirektoren der Kombinate, die resignierende Feststellung: "Dabei gilt es allerdings, sorgfältig abzuwägen, was gegenwärtig [...] überhaupt machbar und möglich ist und wo objektive Gegebenheiten zumindest gegenwärtig eine sofortige Veränderung des Zustandes nicht zulassen (zum Beispiel überalterte Anlagen)."[427]

Seitens des MfS wurden in dieser Zeit zahlreiche Vorschläge bei der Partei- und Staatsführung zur Abwendung bedrohlicher Situationen in Kombinaten oder gar in ganzen Industriezweigen gemacht, aber angesichts der immer knapperen Finanzdecke konnten, wenn überhaupt, alte Löcher nur durch das Aufreißen neuer gestopft werden.[428] Schon 1983 sah Kleine sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die HA XVIII nicht als Rettungsanker benutzt werden könnte, wie in "operativen Informationen" verlangt würde, um beim Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission zusätzliche Mittel "locker" zu machen.[429]

Zur Illustration für die Interventionen des MfS auf diesem Gebiet soll hier ein Vorgang exemplarisch angeführt werden. Wegen der katastrophalen Situation in der Fleischindustrie appellierte das MfS 1986 unter dem verharmlosenden Titel "Einige Probleme im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Arbeits- und Produktionssicherheit in der Fleischindustrie der DDR"[430] an fünf Politbüromitglieder und zwei Minister. Durch den hohen Verschleißgrad von 45 vH beim Anlagekapital und sogar extremen 90 vH bei Schlachtlinien wären 70 vH aller fleischverarbeitenden Betriebe in die Hygienekategorie "schlecht" eingestuft worden.

---

427 Ohne Herkunft, "Zuarbeiten für eine Dienstbesprechung des Genossen Mittig mit Stellvertretern Operativ" am 20.5.1987; BStU, ZA, ZAIG 8703, Bl. 1–17, hier 17.

428 Vgl. Franz Otto Gilles und Hans Hermann Hertle: Sicherung der Volkswirtschaft, in: Deutschland Archiv (29) 1996, S. 48–57, hier 55–57.

429 Referat auf der Dienstkonferenz der Linie XVIII vom 4. und 5.10.1983; BStU, ZA, ZAIG 2, Bündel 77, S. 15 (MfS-Zählung), unerschlossenes Material.

430 Information vom 5.8.1986. Verteiler: Politbüromitglieder Felfe, Jarowinski, Krolikowski, Mittag, Kandidat Schürer, Minister Lietz und Tautenhahn; BStU, ZA, ZAIG 3535, Bl. 1–9.

Lediglich drei von 96 kontrollierten Exportbetrieben entsprächen den Anforderungen, devisenrentabel zu exportieren. Zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen, Verlusten bei der Verarbeitung sowie zur Erwirtschaftung von Devisen müßten noch im laufenden Fünfjahrplan entsprechende Investitionsmittel bereitgestellt werden. Politbüromitglied Krolikowski, damals zuständig für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, bedankte sich umgehend bei Mittig,[431] er habe die Ausarbeitung eines Modernisierungsprogramms und dessen Aufnahme in den Fünfjahrplan veranlaßt. Das Programm lief zwar an, griff aber unter den gegebenen Umständen nicht mehr. Ende September 1989 klagte die HA XVIII unter anderem über die trotz zentraler Beschlüsse noch immer ungelösten Probleme in der Fleischindustrie mit permanenten Versorgungsstörungen in "Größenordnungen" und "bedeutender Abwanderung" von Fleischern aus der verarbeitenden Industrie wegen schlechter Arbeitsbedingungen und zu niedriger Löhne.[432]

In Anbetracht der geschilderten Situation muten die umfangreichen "Forschungsergebnisse" an der JHS zur Verhinderung von Schadensfällen von 1988 grotesk an. Danach habe sich die Überzeugung verstärkt, "daß ein Schlüsselproblem zur Herbeiführung der geforderten Wende im Schadensgeschehen darin bestehe, die Leiter und Werktätigen in ihrem sicherheitspolitischen Denken in Richtung Früherkennung zu beeinflussen" und deswegen solle die politisch-operative Arbeit zur Verhinderung von Schadensfällen "verstärkt personenbezogen" ausgerichtet werden. Schwerpunktaufgabe auch beim Arbeits-, Brand- und Havarieschutz habe die Aufdeckung und Bekämpfung von Feindeinflüssen zu sein.[433]

Im Februar 1987 erfolgte mit der langatmigen Dienstanweisung 1/87[434] ein erneuter Versuch, die Spionageabwehr als Aufgabe aller Diensteinheiten der Abwehr unter "Federführung" der HA II zu perfektionieren. Dazu gehörten einmal die Abstimmung über das Anlegen von ZOV, OV oder Teilvorgängen zu Spionagevergehen nach § 97 bis § 100 StGB mit den Abteilungsleitern der HA II und zum anderen die zentrale Führung der IMB-Verbindungen zu Geheimdiensten (Doppelagenten) durch den Leiter der HA II; die anderen operativen Diensteinheiten hatten nun Auskunftsberichte an den Leiter der HA II zu übermitteln. Für die HA XVIII war die Dienstanweisung 1/87 offensichtlich ein Flop. Kleine kritisierte sie – allerdings nach dem Sturz Mielkes in der Auflösungsphase Ende November 1989 – mit scharfen Worten, sie habe beim Schutz der Volkswirtschaft zu Effektivitätsverlusten und unnötigen Gefahren geführt.

---

431 Schreiben vom 12.8.1986; ebenda, Bl. 11.

432 HA XVIII: Information "zum Stand der Durchführung aktueller Beschlüsse des Ministerrates der DDR zur Sicherung der Versorgung der Bezirke mit Frischwaren, insbesondere Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren, Obst und Gemüse sowie Getränke" vom 30.9.89; BStU, ZA, HA XVIII 6534, Bl. 2–4, Verteilervorschlag: Leiter der HA, ZAIG.

433 Eberhard Bender, Heinz Bujotzek und Gerd Niebauer: "Das konzeptionelle Vorgehen in der politisch-operativen Arbeit des MfS zur Verhinderung von Bränden, Havarien und anderen Störungen in der Industrie" (Dissertation); BStU, ZA, JHS 20039, S. 1–327, hier 6–8.

434 Dienstanweisung 1/87 "zur Gewährleistung des komplexen Vorgehens bei der Abwehr geheimdienstlicher Angriffe gegen politische, ökonomische und militärische Bereiche – Spionageabwehr –" vom 13.2.1987, S. 1–50; BStU, ZA, DSt 103354.

Die inhaltlich nicht begründete Abstimmungspflicht hätte die Konspiration etwa bei Auskünften zu IMB-Vorgangsakten gefährdet. Die Linie II habe bei Kooperationsersuchen nach der Dienstanweisung 1/87 weder inhaltliche noch methodische Beiträge geliefert, damit seien unverantwortliche Verzögerungen entstanden.[435]

Auf einem anderen Gebiet war das MfS, vor allem auch die HA XVIII in Zusammenarbeit mit der HV A, seit den sechziger Jahren unvermindert erfolgreich, nämlich bei der umfassenden Wirtschaftsspionage[436] und angesichts des High-Tech-Embargos des Westens bei dessen Umgehung, das heißt bei dem Versuch Güter zu erlangen, für die durch die COCOM-Liste[437] ein Exportverbot in den Ostblock bestand. Ursprünglich handelte es sich dabei um Waffen. Mit der wachsenden Bedeutung von elektronischen Erzeugnissen für die Rüstungsindustrie bestand das Embargo aber für die meisten High-Tech-Güter, die für die Schlüsselindustrien, wie etwa die Mikroelektronik, benötigt wurden und im RGW nicht zu erhalten waren. Die Embargopolitik war eine Ursache für die forcierte, viele Milliarden verschlingende Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR. Mit der Gründung einer nichtstrukturellen Einheit der Arbeitsgruppe EMBARGO[438] Anfang 1987 sollten auch hier die Kräfte gebündelt werden, um die Brechung des Embargos noch intensiver zu betreiben. Unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Leiters der HV A war auch Kleine oder sein Stellvertreter Mitglied der Arbeitsgruppe.

3.5 Organisationsstruktur und Kaderentwicklung seit 1970

3.5.1 Organisationsstruktur

Soweit rekonstruierbar fanden in den siebziger Jahren nur Verschiebungen innerhalb der Struktur, aber keine Veränderungen der Grundstruktur statt. Die Abteilung 3 (Bauwesen) wurde in die Abteilung 1 (Grundstoffindustrie) integriert, und dafür wurden in der Abteilung 3 die Bereiche Metallurgie, Kohle/Energie, Geologie und die Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie konzentriert.[439] Bis 1981 hatte sich die HA XVIII innerhalb der seit 1969 bestehenden acht Abteilungen durch den Zuwachs von fast 200 Mitarbeitern ver-

---

435 Leiter der HA XVIII: "Aufgaben, Strukturen und erforderliche Kräfte für eine Struktureinheit zur komplexen Sicherung der Volkswirtschaft gegen feindliche Angriffe" vom 24.11.1989, mit Anlage; BStU, ZA, HA XVIII 433, Bl. 3–5, Anlage: "Bemerkungen zur Spionageabwehr im Bereich Volkswirtschaft", Bl. 6f.

436 Vgl. Werner Stiller: Im Zentrum der Macht, Bergisch Gladbach 1988, sowie Peter Siebenmorgen: "Staatssicherheit" der DDR, Bonn 1993, und die umfangreichen Ergebnisse des 1. Schalck-Untersuchungsausschusses.

437 Embargolisten des Coordinated commitee of east-west-trade-policy (Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik).

438 Befehl 2/87 "über die Koordinierung der Aufgaben und Maßnahmen zur Beschaffung von Embargowaren aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin", Berlin 12.3.1987; BStU, ZA, DSt 103385.

439 "Strukturentwicklung der HA XVIII von 1950 bis 1988", Vortragsmaterial von Oberst Pulow; BStU, ZA, HA XVIII 563, Bl. 137–152, hier 143f.

größert. Erweiterungen des Sicherungsbereiches ergaben sich 1976 durch die Übernahme des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) von der HA XX.[440]

Im Jahre 1981 kam es zu größeren Veränderungen der Grobstruktur. Neugebildet wurden die Abteilung 9 und 10. Die Abteilung 9 ging aus der seit 1964 bestehenden AG 3 Wirtschaftsbeziehungen hervor.[441] Die Ursache für diese Abteilungsgründung war die oben dargestellte intensivere Zusammenarbeit der HA XVIII mit dem KfS nach dem X. Parteitag. Die neue Abteilung 10 entstand aus der AG BUS (Brände und Störungen). Die 1977 gegründete AG Operationsgebiet (OG) erhielt den Status einer Operativgruppe (OG/OG). Sie hatte die Ergebnisse der IMB-Einsätze zu koordinieren, auszuwerten und zu speichern sowie den Einsatz der Doppelagenten der Hauptabteilung zu steuern. Das ehemalige Referat Auswertung und Information (AI) wurde 1980 in Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) umbenannt.[442] Eine Veränderung des Mitarbeiterbestandes sollte sich durch die Strukturveränderungen von 1981 zwar nicht ergeben, dennoch hatte die HA XVIII Ende 1981 einen Zuwachs um 26 Mitarbeiter zu verzeichnen (vgl. Tabelle 8, Seite 104).

Die Feinstruktur ist erstmals wieder aus dem Jahre 1985 überliefert (vgl. Strukturschema, Seite 101). Die HA XVIII bestand zu der Zeit aus acht Fachabteilungen mit 47 Referaten, die von den beiden Stellvertretern Kleines angeleitet wurden. Die neue Querschnittsabteilung 9 und die beiden Querschnittsgruppen OG Operationsgebiete und AG Sicherheitsbeauftragte sowie die drei Funktionalorgane, Sekretariat, AGL und AKG mit 13 Referaten und 98 Mitarbeitern wurden von Kleine direkt angeleitet. Die alte Abteilung 10 (Brände und Störungen) wurde offenbar im Zusammenhang mit der Ausrichtung auf die Kombinatssicherung auf die einzelnen Fachabteilungen aufgegliedert.

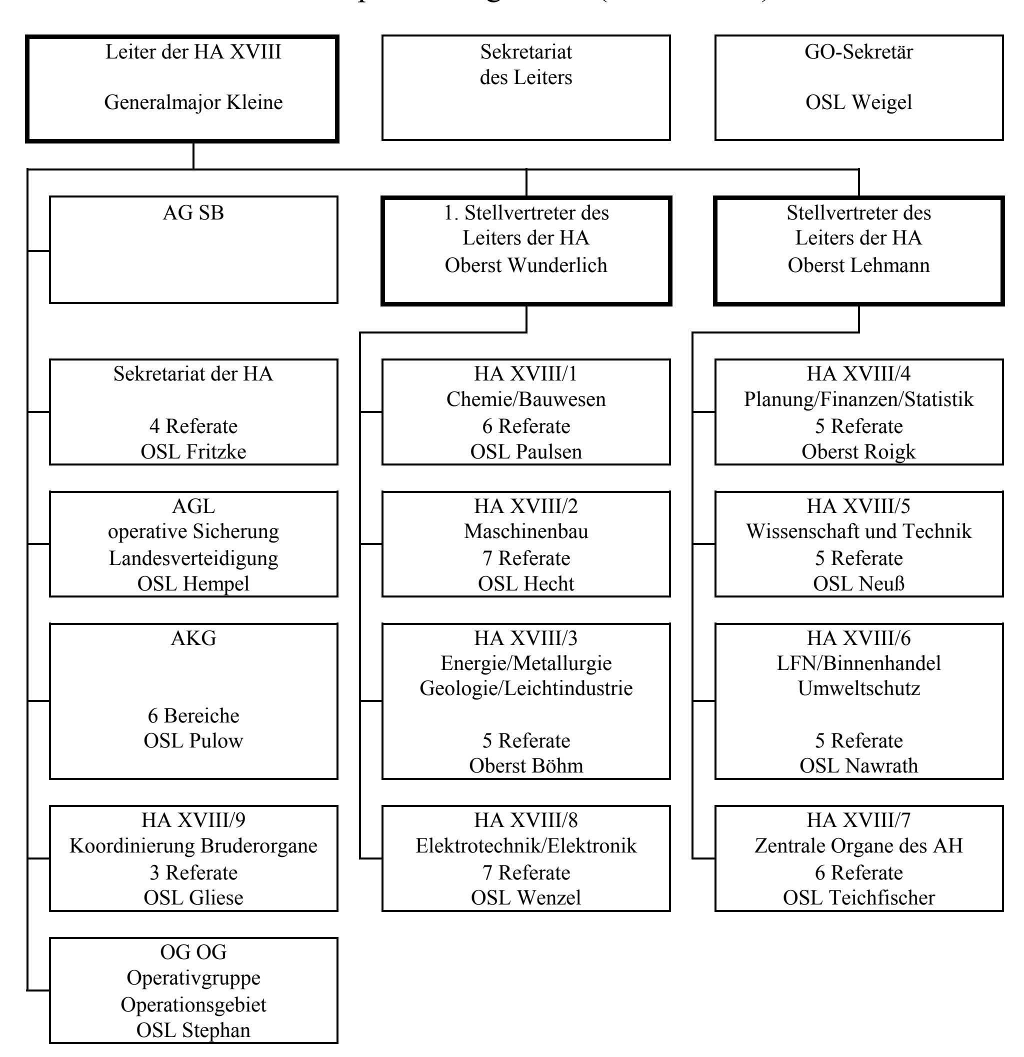
---

440 HA XX/1: "Übergabeprotokoll" vom 29.12.1976 und "Übergabeprotokoll" vom 30.12.1976; BStU, ZA, HA XX, Bündel 1003, S. 1–5 und 1–4 (MfS-Zählung), unerschlossenes Material.

441 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter der HA XII vom 15.7.1981; BStU, ZA, HA XVIII 887, Bl. 12.

442 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Stellvertreter vom 15.1.1980; BStU, ZA, HA XVIII 3337, Bl. 3f.

Die Hauptabteilung XVIII (Stand: 1985)[443]



Zwischen der HA XVIII und der BV Berlin fand 1985 zur Vereinheitlichung der Kombinatssicherung ein Austausch von Zuständigkeiten statt.[444] Die HA XVIII gab etliche Kombinatsbetriebsteile ab und erhielt dafür von der Bezirksverwaltung die Abgasprüfstelle des Ministeriums ALF.

Die im Jahre 1985 von Kleine konzipierte Strukturerweiterung von 9 auf 14 Abteilungen (vgl. Abschnitt 3.4.3) sollte die Sicherungsbereiche überschaubar und beherrschbar machen.[445] Entsprechendes galt für die Anleitungsbereiche. Deshalb wurde die Stelle eines dritten Stell-

---

443 BStU, ZA, HA XVIII 5478, Bl. 30.

444 Leiter der BV Berlin an den Leiter der HA XVIII: "Vereinbarung" o. D., Paraphe vom 4.6.85; BStU, ZA, HA XVIII 140, Bl. 1f.

445 Leiter der HA XVIII: "Festlegungen/Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der Führungs- und Leitungstätigkeit bei der Durchführung der operativen Grundprozesse in Durchsetzung der grundlegenden Befehle und Weisungen des Genossen Ministers" vom 6.3.1985, bestätigt: Mittig, und Konzeption "zur Erhöhung der Wirksamkeit des Kräftepotentials der HA XVIII bei der einheitlichen Sicherung der Volkswirtschaft"; BStU, ZA, HA XVIII 5478, Bl. 9–33.

vertreters beantragt. Nach einer "Komplexüberprüfung" zur Wirksamkeit der Kaderarbeit durch die HA KuSch im Oktober 1985 begann die Reorganisation.[446]

Die Umsetzung der Konzeption zog sich bis 1989 hin und konnte nicht mehr abgeschlossen werden (vgl. Strukturschema, Seite 9). Die Abteilung 1 (Chemie/Bauwesen) wurde 1987 aufgeteilt. Für die Chemische Industrie entstand die neue Abteilung 13.[447] Aus der Abteilung 2 (Maschinenbau) entstand durch Ausgliederung des Schwermaschinenbaus die neue Abteilung 10. Für die Leichtindustrie, vormals Abteilung 3, sowie die Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie, vormals Abteilung 6 (Landwirtschaft), wurde die Abteilung 11 gebildet. Aus der OG Operationsgebiet wurde die neue Abteilung 14. Zur geplanten Bildung der Abteilung 12 für die ausgegliederte Elektrotechnik aus der Abteilung 8 (Elektrotechnik und Elektronik) kam es nicht mehr (vgl. Strukturschema, Seite 9).[448] Den Fachabteilungen wurden nun die dem Verantwortungsbereich unterstellten AHB zugeordnet, während die HA XVIII/7 ab 1986 nur noch für die allein dem MAH unterstellten AHB Transinter, IAI (Anlagenimport) und ITA (Ingenieurtechnischer Außenhandel), im Klartext Waffenhandel, zuständig war.

Die AG Sicherheitsbeauftragte wurde zum 31. 12. 1986 im Zusammenhang mit Mielkes Erlaß der OibE-Ordnung von März 1986 aufgelöst und die Verantwortung für die Führung der OibE den Leitern der operativen Diensteinheiten der HA XVIII übertragen.[449] Ab 1988 fungierte das Sekretariat als selbständige Abteilung (Rückwärtige Dienste [RD]/Sekretariat). In dieser Abteilung wurden auch die "Immobilien" der HA XVIII verwaltet.

3.5.2 Kaderentwicklung

Leitung

Leiter der HA XVIII war seit Anfang 1974 – zunächst kommissarisch, im Januar 1975 ernannt – bis Dezember 1989 Generalmajor Kleine, ab 1. Oktober 1989 Generalleutnant. Auf der langjährig stabilen Stellvertreterebene gab es mit Kleines Aufstieg zunächst mehrfachen Wechsel. Für Kleine rückte der Leiter der HA XVIII/1, OSL Walter Strauch nach[450], der bereits 1976 wieder abgelöst und durch den Leiter der Abteilung 2, OSL Heinz Krüger, zunächst mit der Wahrnehmung der Funktion des Stellvertreters betraut,[451] ersetzt wurde. Der

---

[446] Leiter der HA KuSch: "Kontrollauftrag" und HA KuSch, AKG: "Arbeitskonzeption zur Kontrolle der Kaderarbeit in der HA XVIII gemäß Planvorgabe und Planorientierung des Leiters der HA Kader und Schulung für 1985", beides vom 30.10.1985 und bestätigt: Mielke; BStU, ZA, HA XVIII 5478, Bl. 2–6.

[447] Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter der HA KuSch vom 28.1.1987; BStU, ZA, HA XVIII 5550, Bl. 27–29.

[448] HA XVIII, AKG: Schreiben an HA KuSch vom 3.12.1988 "Abstimmung zum Struktur- und Stellenplan 1986–1990 der HA XVIII"; BStU, ZA, HA XVIII 6573, Bl. 70–81, hier 70.

[449] Ordnung 6/1986 "über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – OibE-Ordnung –" vom 17.3.1986, S. 1–23; BStU, ZA, DSt 103276.

[450] BdL: Schreiben vom 9.3.1974; BStU, ZA, DSt 102006.

[451] BdL: Schreiben vom 26.1.1976; BStU, ZA, DSt 102095.

langjährige Stellvertreter Oberst Hildebrandt schied noch 1974 aus gesundheitlichen Gründen aus. Der Leiter der HA XVIII/7, OSL Gerhard Beyer, rückte nach.[452] Auch Beyers Ablösung erfolgte aus gesundheitlichen Gründen bereits 1976 durch den Leiter der Abteilung 7, OSL Helmut Hillebrand. Gleichzeitig wurde nun Krüger ernannt.[453]

In den achtziger Jahren war die Lage dann wieder stabiler. Den Stellvertreter Hillebrand ersetzte 1980 aus gesundheitlichen Gründen der Leiter der HA XVIII/6, Helmar Wunderlich; die Ernennung erfolgte 1981.[454] Als weiterer Stellvertreter wurde zunächst 1982 kommissarisch der vormalige Leiter der HA XVIII/8, dann der XIX/7, Oberst Erich Lehmann ernannt.[455] Auf die neugeschaffene Stelle des dritten Stellvertreters kam ab November 1985 der Leiter der HA XVIII/3, Oberst Gerhard Böhm, ab 1987 erster Stellvertreter.[456] Vermutlich wurde der Leiter der AKG, Oberst Pulow, zum 1. Oktober 1989 mit der Wahrnehmung der Stellvertreterfunktion für den in den Krankenstand versetzten Lehmann betraut. Auch Wunderlich erscheint in der Endphase nicht mehr unter den Teilnehmern an Beratungen der Leitung der HA XVIII.[457]

Die mittlere Leitungsebene läßt sich vollständig nur ab 1985 rekonstruieren (vgl. Strukturschemata, Seite 9 und Seite 101). Spätestens ab 1988 erhielt Kleine einen Offizier für Sonderaufgaben, OSL Roßberg.[458]

Hauptamtliche

Der Kaderbestand der Hauptamtlichen (ohne OibE) erfuhr in den Jahren 1970 bis 1980 wie im gesamten MfS-Maßstab mit 67 vH, das entsprach 175 Mitarbeitern, seine stärkste Erweiterung. (Vgl. Tabelle 8, Seite 104) Allein im Jahr 1978 betrug die Zuwachsrate 18 vH oder 60 Mitarbeiter. Hier schlägt sich vermutlich der Mielke-Befehl 6/77 zur stärkeren Überwachung nach Helsinki in Zusammenhang mit Übersiedlungsersuchen auf der Grundlage des einschlägigen Ministerratsbeschlusses (vgl. Abschnitt 3.3.4) nieder. Auch die beginnende Kombinatsbildung kann zur Personalaufstockung beigetragen haben.

In den achtziger Jahren war dann lediglich ein Wachstum des hauptamtlichen Mitarbeiterbestandes um insgesamt 12 vH zu verzeichnen. Allerdings weitete sich allein bis 1983 der Bestand schon um 10 vH aus. Diese Aufstockung resultierte vermutlich aus dem neuen Grund-

---

452 BdL: Schreiben vom 27.6.1976; BStU, ZA, DSt 102006.

453 BdL: Leitung: Schreiben vom 4.7.1976; BStU, ZA, DSt 102100, und Schreiben vom 26.11.1976; BStU, ZA, DSt 102300.

454 Kaderakte, Auskunftsbericht; BStU, ZA, KS 10019/90, Bl. 4.

455 Kaderkarteikarte; BStU, ZA, HA KuSch.

456 Kaderakte, Auskunftsbericht; BStU; ZA, KS 23267/90, Bl. 4.

457 Leiter der HA XVIII: "Lösung von Führungskaderfragen in der HA XVIII" vom 15.12.1988, bestätigt: Mittig; BStU, ZA, HA XVIII 6573, Bl. 136–139, hier 137.

458 Leiter der HA XVIII: "Qualifikationsmerkmale für den persönlichen Mitarbeiter des Leiters der Hauptabteilung XVIII" vom 24.4.1985; BStU, ZA, HA XVIII 6573, Bl. 1–3. Ende 1986 wollte Kleine die Merkmale wieder präzisieren.

satzdokument der Dienstanweisung 1/82. Im Januar 1983 verhängte Mielke angesichts der allgemeinen Arbeitskräftesituation[459] einen Quasi-Einstellungsstopp. Eine Vergrößerung des Mitarbeiterbestandes sollte ab 1983 nur noch in Ausnahmefällen vorgenommen werden. Mit Weisung vom Januar 1986 ließ Mielke dann die von den Bezirksverwaltungen erarbeiteten Planstellennormative durch die Leiter der Hauptabteilung beurteilen.[460]

Tabelle 8: *Kaderentwicklung in der Hauptabteilung XVIII von 1971 bis 1989*[461] *(Zivilbeschäftigte in Klammern, Stand: jeweils 31.12.; außer: 1973: 30.9.; 1989: 31.10.)*

Jahr	Soll	Ist					
			davon weiblich	OibE		HIM	
					davon weiblich		davon weiblich
1971	327	287 (5)	42				
1972	329	313 (6)	47				
1973	336	324 (7)	50				
1974	336	337 (7)	53				
1975	360	343 (6)	54				
1976	369	346 (6)	56	93			
1977	377	342 (3)	54	101			
1978	380	402 (2)	60	118			
1979	419	429 (2)	63	118			
1980	445	439 (1)	64	114			
1981	451	465 (1)	65	116			
1982	474	477 (1)	69	120	29		
1983	478	480 (1)	71	115	126		
1984	478	475 (1)	70	111	23		
1985	519	491 (4)	75	116	22		
1986	466	457 (2)	76	118	24	76	29
1987	466	470 (2)	81	114	23	64	26
1988	498	488 (1)	81	114	23	50	18
1989	518	488 (1)	82	111	19	46	17

---

459 Schreiben an die Leiter der Diensteinheiten vom 25.1.1983; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 221, Bl. 684–686.

460 Schreiben an die Leiter der Diensteinheiten vom 22.1.1986; BStU, ZA, HA XVIII 6573, Bl. 20.

461 BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Planung 8 (3), unerschlossenes Material.

Im Jahr 1983 erfolgte die Übergabe des Sicherungsbereiches KoKo im Außenhandelsministerium an die neugegründete AG BKK, eine Überweisung von hauptamtlichen Mitarbeitern war dem einschlägigen Befehl Mielkes nicht zu entnehmen, wohl aber, wie noch gezeigt wird, eine Übergabe von IM. Dennoch sank die Anzahl der Hauptamtlichen um fünf. Der erneute Zuwachs um 16 Mitarbeiter im Jahr 1985 dürfte seine Ursache in der Strukturerweiterung gehabt haben. Im Jahr 1986 sank die Zahl der Hauptamtlichen um 34 Mitarbeiter, die Zahl der Planstellen wurde um 53 reduziert. Ursache war die Überführung von 58 Planstellen an die AG BKK[462], die 1986 auch die Sicherungsaufgaben der Außenhandelsfirmen und Vertretergesellschaften des KoKo-Bereiches von der HA XVIII/7 übernahm. Der Kaderbestand stieg bei der AG BKK sprunghaft von 28 auf 93[463] an. Darunter befanden sich auch die aus 43 Mann bestehende Wach- und Sicherungseinheit des Internationalen Handelszentrums (IHZ) in der Friedrichstraße, die zuvor bei der HA XVIII/7 geführt wurden. Bereits 1987 war wieder eine Aufstockung des Kaderbestands zu verzeichnen, ab 1988 erhöhten sich auch wieder die Sollzahlen. Die Aufstockung der Planstellen erfolgte hauptsächlich durch Umwandlung von HIM-Stellen in hauptamtliche Planstellen, davon 31 im Jahr 1988 und weitere 14 im Jahr 1989[464].

Lediglich zwei Frauen hatten in der unteren Leitungsebene Referatsleiterstellen inne. Darunter allerdings eine, Renate Classe, im Rang eines Oberstleutnants; soweit bekannt bekleidete im MfS nur eine Frau, nämlich OibE Siegrid Schalck-Golodkowski, als Oberst einen höheren Rang.[465] IM-führende Mitarbeiter gab es zumindest 1989, wahrscheinlich auch vorher, keine unter den Frauen.[466]

Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)

Die Offiziere im besonderen Einsatz wurden in der Kaderstatistik erst ab 1976 nach Diensteinheiten aufgeschlüsselt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die HA XVIII 93 OibE. Mit 120 im Jahr 1982 war der Höchststand erreicht, danach schwankte ihre Zahl zwischen 111 und 118. (Vgl. Tabelle 9, Seite 106) Mit Mielkes OibE-Ordnung von 1986 wurde deren Einsatz nun zentral reglementiert, die Abteilung XII erfaßte sie für die HA KuSch; nur in Ausnahmefällen konnte das für die OibE-führende Diensteinheit geschehen. Ab 1987 waren sie Teil des Kaderbestandes der führenden Diensteinheit.[467] Alle Maßnahmen zum Einsatz mußten mit der zuständi-

---

462 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter der HA KuSch vom 28.1.1987: "Struktur- und Stellenplan der HA XVIII für den Zeitraum von 1987–1980, GVS 0010-1845/86"; BStU, ZA, HA XVIII 5550, Bl. 27–29.

463 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), Beilage Mitarbeiterstatistik des MfS Berlin 1954 bis 1989.

464 Monatsübersicht der HA KuSch/K 7, Bündel 48, unerschlossenes Material.

465 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, Teil IV/1), S. 55.

466 Ohne Herkunft, o. D.: "IM-führende Mitarbeiter HA XVIII", Stand 31.10.89 – eingearbeitet 1.1.90; BStU, ZA, HA KuSch/K 7, Bündel 7, unerschlossenes Material.

467 HA XVIII: "Durchsetzung der Ordnung 6/86 des Genossen Minister – OibE-Ordnung –" vom 2.1.1987, Bl. 1–12; BStU, ZA, HA XVIII 5380.

gen Abteilung der HA KuSch abgestimmt werden. Für jeden OibE wurde eine "Arbeitsakte" angelegt, die ebenfalls zentral bei der HA XII registriert und nach Beendigung des Einsatzes dort archiviert wurde. Für die, dem Leiter der AG Organisation und Inspektion beim Ministerrat, Staatssekretär Möbis, direkt unterstellten OibE galten besondere Regelungen.[468] Möbis hatte für diese 23 OibE (1987) die kaderpolitische "Hoheit" (vgl. Abschnitt 2.3). Sie wurden im Leitungsbereich (AKG) geführt. Möbis und drei weitere OibE waren direkt bei Kleine angebunden. Der OibE im Militärbereich der SPK, Zetsche, war der AGL zugeordnet.

Offensichtlich im Zusammenhang mit der OibE-Ordnung von 1986 wurde in der HA XVIII eine komplette Aufstellung des OibE-Bestandes, nach Diensteinheit aufgeschlüsselt, angefertigt. Sie ist bisher die einzige vollständige Statistik dieser Art mit Namen.[469]

Tabelle 9: *OibE der Hauptabteilung XVIII 1986*

Struktureinheit	OibE	Struktureinheit	OibE
HA XVIII, Leitung I	7	Abt. 7 (Außenhandel)	5
HA XVIII, Leitung II (AKG)	16	Abt. 8 (Elektrotechnik)	9
AGL	1	Abt. 9 (Wirtschaftsbeziehungen)	7
Abt. 1 (Bau)	3	Abt. 10 (Schwermaschinenbau)	7
Abt. 2 (Maschinenbau)	3	Abt. 11 (Leichtindustrie)	4
Abt. 3 (Grundstoffe)	7	Abt. 13 (Chemie)	2
Abt. 4 (Planung)	20	Abt. 14 (Operationsgebiet)	-
Abt. 5 (Wissenschaft)	15	Abt. RD/Sekrerariat	-
Abt. 6 (Landwirtschaft)	13		

Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM)

Die HIM erscheinen in der Kaderstatistik erst ab 1986. Sie wurden von da an zur Aufstockung des hauptamtlichen Mitarbeiterbestandes herangezogen. Eine vollständige Aufstellung des HIM-Bestandes mit Aufschlüsselung auf die Diensteinheiten der HA XVIII liegt bisher nur für die Struktur von 1985 vor.[470]

468 Leiter der HA XVIII: "Spezifische Verfahrensweise in der Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat der DDR gemäß Punkt 8.2 der Ordnung Nr. 6/86 des Genossen Minister" vom 7.8.1987, bestätigt: Kleine, handschriftlicher Eintrag: Möbis 21.VIII.87 abgestimmt; ebenda, Bl. 20–23.

469 "OibE XVIII" Ist vom 15.3.1986; BStU, ZA, HA KuSch/K 7, Bündel 44, unerschlossenes Material.

470 HA XVIII, AKG: "Übersicht über die für die HA XVIII erfaßten hauptamtlichen IM" vom 27.2.1985; BStU, ZA, HA XVIII 3018, Bl. 7.

Tabelle 10: *HIM-Bestand der Hauptabteilung XVIII im Februar 1985*

Diensteinheit	Anzahl	Diensteinheit	Anzahl
Leitung	1	Abt. 4	6
AGL	1	Abt. 5	9
AG-SB	3	Abt. 6	20
Sekretariat	22	Abt. 7	4
Abt. 1	3	Abt. 8	6
Abt. 2	9	Abt. 9	-
Abt. 3	4		

Von diesen 88 HIM waren allein ein Viertel technische Kräfte im Sekretariat; 38 waren Sicherheitsbeauftragte, davon 14 in der Abteilung 6 (Landwirtschaft, Handel, Bezirksgeleitete Industrie). Führungs-IM waren 15, bei der Leitung war ein HIMB angesiedelt. Die restlichen 12 verteilten sich auf die Kategorien HIME, Ermittler, Gutachter, HIMK und die VS-Stelle. Im Jahr 1989 gab es dann nur noch 46 HIM (vgl. Abschnitt 2.3). Den Löwenanteil mit 13 hielt weiter das in Abteilung Rückwärtige Dienste/Sekretariat umgewandelte Sekretariat (vgl. Abschnitt 2.3, Tabellen 1 und 2, Seite 10 und 11).

Tabelle 11: *Qualifikation der hauptamtlichen Mitarbeiter der Hauptabteilung XVIII (BU/BO; Stand: 30.11.1988)*[471]

Qualifikation	insgesamt	Anteil vH
Kaderbestand (Soll)	629	100,0
Hochschulabschluß	*279*	*44,4*
davon JHS MfS	81	
zivile HS	192	
militärische HS	6	
Fachschulabschluß	*209*	*33,2*
davon FS MfS	83	
zivile FS	110	
militärische FS	16	
Facharbeiter und Studenten	*141*	*22,4*

Qualifikation

Die Qualifikation der Mitarbeiter hatte sich im Laufe der Jahre ständig erhöht und lag weit über dem MfS-Durchschnitt.[472] Im Jahre 1988 hatten 44 vH (MfS: 11,9 vH) eine Hochschul-

471 BStU, ZA, HA KuSch Abt. Planung 15/3, unerschlossenes Material.

472 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 48f.

ausbildung, im Jahre 1970 hatte der Anteil nur 28 vH betragen. Ein Drittel der Mitarbeiter war Fachschulabsolventen (MfS: 15,1 vH), gegenüber 24 vH im Jahre 1970 (vgl. Abschnitt 3.2.5).

An der JHS hatten im Laufe der Jahre 18 Mitarbeiter (darunter eine Frau, die bereits erwähnte Renate Classe) promoviert.[473] Unter den 192 Absolventen ziviler Hochschulen befanden sich rund 100 mit ökonomisch ausgerichteter Ausbildung (Diplom-Ökonom, Betriebswirte, Militärökonomen), davon waren etwa 40 im OibE-Einsatz vorgesehen.[474]

Altersstruktur

Die Altersstruktur der Mitarbeiter hatte sich trotz erheblicher Personalaufstockung seit 1970 ungünstig entwickelt. Das Durchschnittsalter betrug inzwischen fast 40 Jahre gegenüber reichlich 35 Jahren im Jahre 1970.

Tabelle 12: *Altersstruktur (Stand: 21.8.1989)*[475]

Jahre	Anteil vH	Jahre	Anteil vH
18 – 20	3	41 – 45	12
21 – 25	11	46 – 50	12
26 – 30	12	51 – 55	11
31 – 35	13	56 – 60	9
36 – 40	16	61 – 65	1

Während sich 1970 noch mehr als drei Viertel aller Mitarbeiter in der Altersgruppe bis zu vierzig Jahren befanden (vgl. Abschnitt 3.2.5) waren es 1989 mit 55 vH nur noch reichlich die Hälfte. Der Anteil der über Fünfzigjährigen war von zwei vH auf ein Fünftel aller Mitarbeiter angestiegen.

Alle Leitungskader, mit Ausnahme jener der AKG, der XVIII/10 und der XVIII/13, waren über 50 Jahre alt. Kleine, zwei seiner Stellvertreter und sieben Abteilungsleiter befanden sich im Alter zwischen 55 und 60 Jahren. Stellvertreter Lehmann war mit 62 Jahren der Älteste.

Disziplinarische Maßnahmen

Übersichten über disziplinarische Maßnahmen liegen lediglich für das Jahr 1986 vor.[476] Diese lassen auf besondere Turbulenzen in der HA XVIII/7 (Außenhandel) schließen. Von den 14 Gemaßregelten, darunter befanden sich fünf Entlassungen und ein dem Betreffenden nahegelegtes Entlassungsgesuch, gehörten allein sechs der Abteilung 7 an. Sowohl der Leiter, OSL

---

473 Förster: Dissertationen, S. 55–105.

474 Leiter der HA XVIII: "Struktur- und Stellenplan der HA XVIII" vom 31.1.1989; BStU, ZA, HA XVIII 5518, Bl. 2–103, eigene Auszählung.

475 BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Planung 18 (3), unerschlossenes Material (Anteile errechnet).

476 HA KuSch, Abt. 7, Information an Genossen Generalmajor Kleine vom 20.10.1986 "Übersicht zu disziplinarischen Maßnahmen für Angehörige der HA XVIII – 1986"; BStU, ZA, HA XVIII 5554, Bl. 22–26.

Teichfischer, als auch sein Stellvertreter, OSL Stöckel, wurden am 17. Februar wegen Verstoßes gegen die Prinzipien der Konspiration nach der IM-Richtlinie 1/79 und grober Vernachlässigung von Pflichten in der Besoldung herabgestuft und von ihren Posten entbunden. Der Grund für die Bestrafung illustriert das drakonische Regime im MfS. Der nach seiner Beurteilung außerordentlich fähige langjährige Tschekist Teichfischer[477] hatte am 20. August 1985 an einem Hochseeangeltörn auf der Ostsee als Gast des befreundeten KoKo-Generaldirektors Farken (Kunst und Antiquitäten GmbH) teilgenommen. Abgesehen davon, daß nach den konspirativen Regeln des MfS Farken gar nichts von Teichfischers Aufenthalt in Warnemünde hätte wissen dürfen, verließ das Schiff nicht nur die Dreimeilenzone, sondern geriet auch noch in dänisches Gewässer. Diesen Vorfall meldete nicht etwa Teichfischer sondern die Teilnehmerin IM "Monika" von der HA II/1 (Überwachung von hauptamtlichen Mitarbeitern) umgehend dem MfS. Bereits am 29. August zog Kleine seinen Beförderungsvorschlag für Teichfischer, ohne ihn angehört zu haben, zurück.[478] Teichfischer war ab 1987 Stellvertreter des Leiters der HA XVIII/1, Stöckel tauchte in der HA XVIII/5 als OibE auf.[479] Ein IM-führender Mitarbeiter wurde im Juni 1986 aus Gründen der inneren Sicherheit aus dem MfS entlassen. Drei weitere Mitarbeiter, darunter ein OibE, erhielten "Verweise" wegen Verlustes von Unterlagen und Verkehrsdelikten. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Kaderturbulenzen in der HA XVIII/7 dazu beigetragen haben, die Sicherung der besonders sensiblen KoKo-Firmen aus der HA XVIII/7 herauszulösen und der AG BKK zu übertragen.

Ein IM-führender Mitarbeiter der Abteilung 3 (Grundstoffindustrie) erhielt einen strengen Verweis mit "Strafeinsatz" als operativer Mitarbeiter an der Erdgastrasse in der Sowjetunion. Vier weitere Mitarbeiter, zwei von den Wach- und Sicherungseinheiten, ein OibE und ein IM-führender Mitarbeiter der HA XVIII/11, wurden wegen Nichteignung (Alkohol, charakterlicher Unreife und falscher Partnerwahl) entlassen.

Im MfS-Maßstab wurden 56 vH aller Entlassungen im Jahre 1986 infolge Nichteignung ausgesprochen, das war ein Anstieg von 10 vH gegenüber dem Vorjahr.[480]

Schließlich wurde "kapitulantenhaftes Verhalten vor der Ehefrau" als Grund für das Entlassungsgesuch eines gerade in die Zentrale versetzten IM-führenden Mitarbeiters der HA XVIII/5 angegeben. Die Ehefrau wollte weder nach Berlin umziehen noch ihre Westkontakte aufgeben. In diesem Zusammenhang reklamierte die HA KuSch den stärkeren Einfluß auf die Partnerwahl durch "rechtzeitiges Einreichen der Partner zur Überprüfung" und listete acht Ehekandidaten der HA XVIII namentlich auf.[481]

---

477 Kaderakte; BStU, ZA, KS 4445/90 und Schreiben des Leiters der HA XVIII vom 28.6.1985, Bl. 114–117. Vgl. auch Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 72–81.

478 Kaderakte: Aktenvermerk vom 29.8.85; BStU, ZA, KS 4445/90, Bl. 117.

479 Kaderkarteikarte, Teichfischer und OibE, Statistik von 1986.

480 Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 79.

481 "Übersicht", Bl. 26.

Die gravierendste "Disziplinarmaßnahme" im Rahmen der Linie XVIII war im Dezember 1979 – im Jahr der Flucht von Werner Stiller – die Vollstreckung eines der letzten Todesurteile in der DDR an dem oben erwähnten Major Trebeljahr aus der Abteilung XVIII der BV Potsdam nach seiner vereitelten Ausschleusung aus der DDR[482] (vgl. Abschnitt 3.3.3).

3.5.3 Inoffizielle Mitarbeiter (IM)

Über die IM liegen vor 1986 bisher lediglich Einzelangaben vor, die keinen Aufschluß über die Entwicklung des IM-Bestandes der HA XVIII geben. Mit der sprunghaften Erweiterung des hauptamtlichen Mitarbeiterbestandes wuchs entsprechend das IM-Netz etwa im Zuge der Erweiterung des Geheimnisschutzes und der damit verbundenen Kontaktsperren, nach den Vertragsabschlüssen und der diplomatischen Anerkennung der DDR. Insbesondere der Außenhandel wurde verstärkt überwacht. Die Rekrutierungsbasis für IM waren hier die Reisekader von Industrie und Außenhandel, aber auch die westlichen Geschäftsreisenden, insbesondere IMB sollten aus beiden Kategorien geworben werden (vgl. Abschnitt 3.3.4). Eine Übersicht über die IM der HA XVIII liegt für 1986 allerdings noch nach der Struktur von 1985 vor.[483] (vgl. Tabelle 13, Seite 111)

Von den insgesamt 1.886 IM (ohne IMK) waren danach fast die Hälfte, nämlich 901 als sogenannte Reisekader NSW (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) eingesetzt. Schlüsselpositionen in Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen besetzten 565, also 30 vH der IM. Fast ein Viertel befanden sich im Bereich der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. In operativen Schwerpunktbereichen oder Schwerpunkten waren 1.047 IM eingesetzt. An Operativen Vorgängen arbeiteten 140 und an OPK 298 IM.[484] Auch die Altersstruktur und das "IM-Dienstalter" (einschließlich IMK) wurden ermittelt.[485]

Zweimal wurde in der HA XVIII/7 der IM-Bestand durch Übergaben an die AG BKK reduziert. Bei der Abgabe des Bereichs KoKo im Außenhandelsministerium 1983 wurden elf IMS und drei IMK umregistriert.[486] Ein wesentlich umfangreicherer IM-Bestand gelangte dann 1986 vornehmlich von der HA XVIII/7 an die AG BKK.

---

[482] Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 80, sowie Karl Wilhelm Fricke: Jeden Verräter ereilt sein Schicksal. Die gnadenlose Verfolgung abtrünniger MfS-Mitarbeiter, in: Deutschland Archiv (27) 1994, S. 258–265, hier 264.

[483] Ohne Herkunft, vermutlich HA XVIII, AKG: "Struktur und Dislokation des IM-Bestandes der HA XVIII", Stand 31.10.1986; BStU, ZA, HA XVIII 3018, Bl. 8f.

[484] Ebenda.

[485] Ebenda.

[486] HA XVIII/7: "Protokoll über die Übergabe von Erfassungen und operativen Handakten an die AG BKK des MfS" vom 16.12.1983; BStU, ZA, HA XVIII 8074, Anlage 2.

Tabelle 13: *IM-Bestand der Hauptabteilung XVIII (Stand: 31.10.1986)*[487]

DE	IM-führ. MA	IMS	IMB	FIM	IME	IMK/KW	IM-Vorläufe	GMS
AGL	4	11	-	-	-	2	-	7
AG SB	3	4	-	-	3	1	-	10
Abt. 1	28	213	4	5	11	49	10	40
Abt. 2	16	143	3	-	6	31	8	20
Abt. 3	15	96	5	1	8	24	11	36
Abt. 4	30	269	3	2	34	46	40	77
Abt. 5	24	210	6	2	7	69	16	81
Abt. 6	22	126	1	2	19	51	13	68
Abt. 7	17	119	8	-	9	54	21	30
Abt. 8	29	211	6	3	14	60	18	47
Abt. 10	22	195	7	2	12	45	22	51
Abt. 11	12	96	1	-	9	14	9	30
gesamt	222	1.693	44	17	132	446	168	497

Tabelle 14: *Altersstruktur und Dienstalter der IM 1986*

Alter	Mitarbeiter	Dienstalter	Mitarbeiter
bis 25 Jahre	39	bis 5 Jahre	822
bis 35 Jahre	398	bis 10 Jahre	537
bis 45 Jahre	595	bis 20 Jahre	486
bis 55 Jahre	746	bis 30 Jahre	174
über 55 Jahre	269	über 30	14

Eine Aufstellung der von der Arbeitsrichtung XVIII in der Operativgruppe Moskau geführten IM liegt ebenfalls vor[488]. Danach wurden 47 IMS, 4 GMS und 4 IMK vom Leiter Arbeitsrichtung, Major Fiegert, und den beiden weiteren operativen Mitarbeitern Major Prillwitz und Hauptmann Lüders geführt.

Von den IMS waren 14 für die HA XVIII erfaßt, die übrigen bis auf wenige für die Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen. Diese IM waren mehrheitlich in der UdSSR eingesetzte Auslandskader.

---

[487] "Struktur und Dislokation des IM-Bestandes der HA XVIII", Stand 31.10.1986; BStU, ZA, HA XVIII 3018, Bl. 8f.

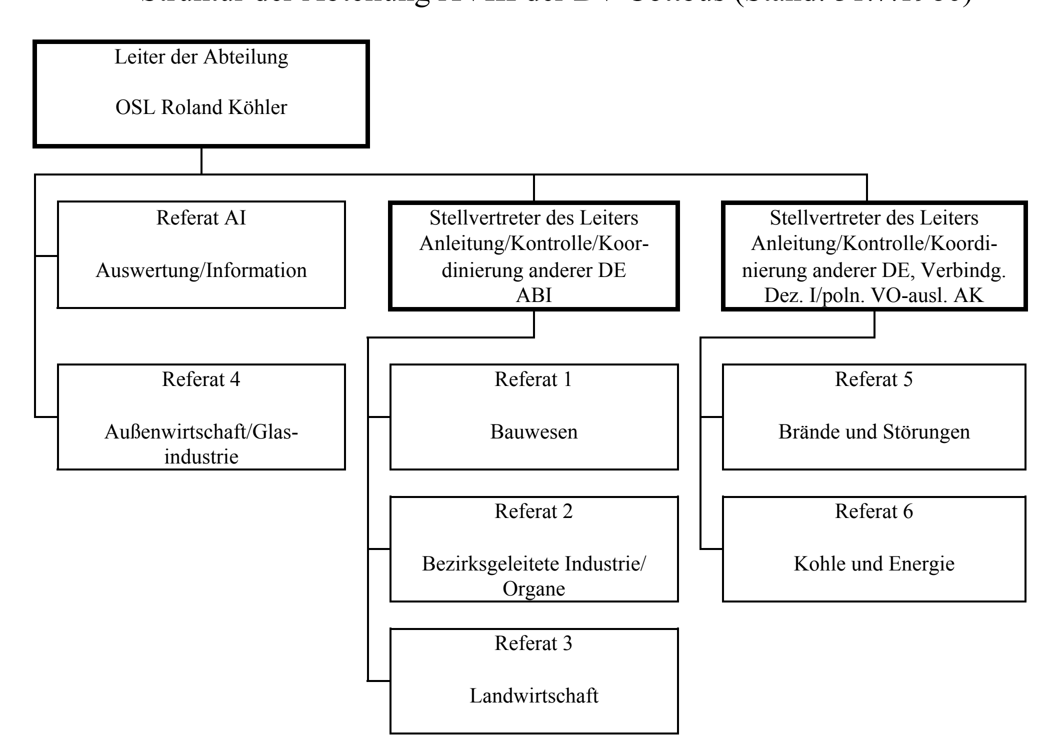
[488] Ohne Herkunft, Fragment "II. Quantität und Qualität der inoffiziellen Basis", o. D. (vermutlich Stand 1985); BStU, ZA, HA XVIII 3018, Bl. 1–6.

Aus Moskau ist unter anderem ein besonders skurriler Bericht vom IMS "Hermann", offensichtlich hochrangiger Angehöriger der Moskauer DDR-Botschaft (erfaßt für die HA XVIII/4), über ein Gespräch zwischen Honecker und Gorbatschow während des XXVII. Parteitages der KPdSU im März 1986 überliefert. Nach kurzer Lektüre des ihm vom Botschafter zur Kenntnis gegebenen Vermerks über das Gespräch berichtete "Hermann" seinem Führungsoffizier Prillwitz – mit der Bitte um äußerste Vertraulichkeit – über die massive Kritik, die Gorbatschow im Gespräch mit Honecker an Breshnews Wirken in den letzten Jahren vor seinem Tod äußerte. Gorbatschow machte ihn für die Entwicklungshemmungen in der Wirtschaft vor allem in den letzten Jahren verantwortlich. Politbürositzungen hätten in letzter Zeit unter seiner Leitung nur noch 15 Minuten gedauert.[489] Diese Information wurde dem Leiter der HA XVIII zur Kenntnis gegeben.[490]

3.5.4 Struktur und Kaderentwicklung in den Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen

Stellvertretend für alle Bezirksverwaltungen ist hier die Struktur der Abteilung XVIII in Cottbus dargestellt:

Struktur der Abteilung XVIII der BV Cottbus (Stand: 31.7.1986)[491]



---

489 Information des IMS "Hermann" vom 10.3.1986, Moskau; BStU, ZA, HA XVIII 2829, Bl. 9f.

490 Ebenda, Bl. 8. Handschriftlicher Zettel von Fiegert an OSL Matthes (HA XVIII, AKG). Vermerk: Lt. HA erl.

491 BStU, ZA, ZAIG 13699, Bl. 37.

Statistiken über den Kaderbestand in den Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen liegen erst seit 1972 vor. Danach gab es Ende 1972 in den Abteilung XVIII insgesamt 607 hauptamtliche Mitarbeiter, einschließlich Abteilungen XVIII der Verwaltung "Wismut" ohne Objektdienststellen. Das waren fast doppelt soviel wie in der Zentrale. Außerdem waren 1972 rund 75 OibE eingesetzt, davon allein 8 in der Abteilung XVIII der damaligen Objektverwaltung "Wismut". Bis 1989 hatte sich die Relation verschoben. Die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter in den Abteilungen XVIII lag mit 913 einschließlich 63 OibE nur noch 42 vH über derjenigen in der Zentrale. Ihr Anteil an allen Mitarbeitern der Bezirksverwaltungen betrug 2,8 vH und lag damit wenig über derjenigen der HA XVIII an allen Mitarbeitern des MfS in Höhe von 1,8 vH. In den sechs Objektdienststellen gab es Ende Oktober 210 Hauptamtliche, damit hatte die Linie XVIII (HA XVIII, Abteilung XVIII BV, OD) zum Schluß einen Bestand von insgesamt 1.799 Mitarbeitern.

Angaben über den Gesamt-IM-Bestand der Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen fehlen. Zum Vergleich sei hier eine Statistik zur Abteilung XVIII der BV Cottbus[492] aus dem Jahre 1986 herangezogen, so daß sich eine Relation zur Zentrale aufstellen läßt. Die BV Cottbus gehörte mit 1.563 Mitarbeitern zu den mittelgroßen Bezirksverwaltungen. Die Abteilung XVIII hatte 1986 einen hauptamtlichen Mitarbeiterbestand (einschließlich OibE) von 43. Der IM-Bestand betrug 1986 mit 435 (ohne IMK/KW) das Zehnfache der Hauptamtlichen. Da sich auch für die BV Rostock allerdings im Jahre 1989 die gleiche Relation ergibt, kann für die Abteilung XVIII insgesamt für 1989 der IM-Bestand vorsichtig geschätzt auf mindestens 9.000 veranschlagt werden.

Zu den rund 11.000 IM der HA XVIII und der Abteilungen XVIII kam eine noch erheblich höhere Anzahl von IM in den Einsatzrichtungen Wirtschaft in den 211 Kreisdienststellen, über die bisher keine Angaben vorliegen.

4 Der Untergang

Die ökonomische Lage war mehr und mehr aus der Kontrolle geraten. Die Aufstellung eines konsolidierten Planes für 1989 gelang nicht mehr. Planungschef Schürer hatte seit den siebziger Jahren immer wieder vergeblich versucht, Honecker und dem Politbüro die bedrohliche Entwicklung bei Beibehaltung des eingeschlagenen Kurses der sogenannten "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" vor Augen zu führen. Sein letzter "massivster" Vorstoß scheiterte im Mai 1988, als Honecker ein Gespräch unter vier Augen mit Schürer zu dessen "Über-

---

492 BV Cottbus: Auskunftsbericht "zum Verantwortungsbereich, zu den Schwerpunktaufgaben Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit und zur Struktur sowie zum Mitarbeiterbestand der Abteilung XVIII der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Cottbus" vom 25.8.1986; BStU, ZA, ZAIG 13699, Bl. 1–89, hier 28–35.

legungen"[493], das Steuer herumzureißen, verweigerte und diese dafür im Politbüro durch Mittag in beleidigender Form abschmettern ließ.[494] Welche Frustration die Behandlung Schürers durch Mittag bei leitenden Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission auslöste, erfuhr Mielke bald danach offensichtlich durch die Gewährsleute der HA XVIII/4 in der Plankommission. Die Meinungsäußerungen gipfelten darin, daß nun kein leitender Funktionär mehr wagen würde, Vorschläge zur Änderung der Wirtschaftspolitik zu machen. Bei Aufrechterhaltung solcher "Tabus" wäre die Vorlage eines "realen anspruchsvollen Planes 1989 ein unlösbares Problem".[495]

Der Jahresplan des Leiters der HA XVIII für 1989[496] spiegelt analog zu Mielkes Zentraler Planvorgabe[497] die Eskalation der innenpolitischen Lage wider. Eine deutliche Akzentverschiebung gegenüber 1988 war zu registrieren. Die Zentrale Planvorgabe 1988[498] lehnte sich noch an die Fünfjahrplanvorgabe an, 1989 standen die komplizierten volkswirtschaftlichen Aufgaben und die "aktuelle" politisch-operative Lageentwicklung im Mittelpunkt, von letzterer war im Jahr zuvor noch nicht die Rede. Gegen Verletzungen der Staatsdisziplin, Erscheinungen des Zurückweichens und Resignation durch leitende Kader wären frühzeitig die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Derartige Formulierungen hatte Mielke auf dem Höhepunkt der Krise 1982 gebraucht. (Vgl. Abschnitt 3.4.1) Mielkes beschwörende Schlußformel zur Wahrung der inneren Stabilität und zur Unterbindung von Aufwiegelei findet sich wortgleich in Kleines Jahresplan.[499] Die Formulierungen in seiner Planorientierung für die Abteilung XVIII der Bezirksverwaltung wirken dagegen eher zurückhaltend. Priorität hatte die noch stärkere Überwachung von Fluchtverdächtigen auf Dienstreisen oder Reisen in dringenden Familienangelegenheiten.[500]

Hier waren die Zahlen 1987 und 1988 regelrecht explodiert. Gegenüber 1.539 gelungenen Fluchtversuchen 1986 waren es Ende 1988 bereits 6.543. Auch die Zahl der Antragsteller auf Übersiedlung war sprunghaft von 78.600 im Jahre 1986 auf 113.500 Ende 1988 angestie-

---

493 Schürers "Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus" mit Schreiben an Honecker vom 26.4.1988 wurde einen Tag später von Mielke an Mittig übermittelt; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 148, Bl. 251–264.

494 Mittags viermal so umfangreiche Stellungnahme "Zur Prüfung des Materials des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Genossen Gerhard Schürer" vom 3.5.1988 mit Anschreiben an Honecker vom 4.5.1988 und Anschreiben Honeckers an die Politbüromitglieder, o. D.; ebenda, Bl. 265–310.

495 Ohne Herkunft, Genossen Minister persönlich: "Hinweis zum Stand der Arbeiten an den Staatlichen Aufgaben 1989 und einigen sich dabei abzeichnenden Problemen" vom 7.6.1989, Verteiler: Minister, Mittig, Irmler, Großer; BStU, ZA, ZAIG 5252, Bl. 2–12, hier 4.

496 HA XVIII: Jahresplan des Leiters der HA XVIII für 1989 vom 7.12.1988, bestätigt: Mittig; BStU, ZA, HA XVIII 5519, Bl. 138–208.

497 Zentrale Planvorgabe für 1989; BStU, ZA, DSt 102836, S. 39–45.

498 Zentrale Planvorgabe für 1988; BStU, ZA, DSt 103417, S. 43–50.

499 HA XVIII: Jahresplan des Leiters, S. 143.

500 HA XVIII: Planorientierung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Oktober 1988; BStU, ZA, HA XVIII 5519, Bl. 3–106, hier 8.

gen.[501] Basierend auf einer Verfügung des Ministerrates[502] war Mielkes Dienstanwei-sung 2/88[503] zur Eindämmung dieser Ereignisse sozusagen das letzte – untaugliche – Aufgebot gegen die im Jahre 1989 einsetzende Massenflucht.

Wachsende Sorge herrschte im MfS aber auch im Politbüro darüber, daß die tatsächliche ökonomische Lage vom "Gegner" erkannt wurde. Die "Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987"[504] boten der HA XVIII Anlaß, Anfang 1988 in einer Information noch "strengere Maßstäbe" für den Geheimnisschutz zu fordern. Aus dem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bearbeiteten zweiten Teil zum Wirtschaftsvergleich DDR – Bundesrepublik ginge der "hohe Stellenwert" der offiziell zugänglichen DDR-Quellen für das vorhandene Wissen des "Gegners" hervor.[505]

Die permanenten Abzweigungen aus der inländischen Versorgung für den Westexport wurde wie Anfang der achtziger Jahre zum Sicherheitsrisiko. Aufgebracht äußerte sich Anfang 1989 ein hochkarätiger IM, Stellvertretender Minister für Leichtindustrie, über zu erwartende Versorgungsengpässe durch zusätzliche Planauflagen zum Export von Oberbekleidung.[506] Die besondere Brisanz sah er darin, daß durch die zusätzlichen Auflagen – abgezweigt aus Zusatzverpflichtungen der Betriebe für die Binnenversorgung – "große Diskussionen" noch vor den Wahlen vorprogrammiert wären.[507]

Der absoluten Priorität der Devisenerwirtschaftung mußte sich die HA XVIII nun aus Sorge um die innere Stabilität widersetzen. So beschied sie in einer Stellungnahme die Bitte Schalcks an Mielke um Prüfung der Transportvarianten für ein weiteres dubioses Müllgeschäft im Mai 1989 mit der Stadt Hamburg abschlägig. In Anbetracht der dadurch täglich zu erwartenden 50 Fahrzeuge in Schöneiche könnte das durch "feindlich-negative Kräfte" sensibilisierte Umweltdenken zu "negativen Reaktionen" führen, daher sollte noch einmal abgewogen werden, ob der ökonomische Nutzen – immerhin ging es um 6 Mill. DM – in richtigem Verhältnis dazu stünde.[508]

---

501 Vgl. Eisenfeld: Zentrale Koordinierungsgruppe (MfS-Handbuch, III/17), S. 49f.

502 Ebenda, S. 47.

503 Dienstanweisung 2/88 "zur Zurückdrängung von Antragsstellungen auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich negativer Handlungen" vom 10.12.1988; BStU, ZA, DSt 103535, S. 1–33.

504 Bundestagsdrucksache 11/11 vom 18.2.1987.

505 Information: "Beiträge des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Westberlin, zu den Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987" vom 9.2.1988; BStU, ZA, HA XVIII 4535, Bl. 1–3.

506 HA XVIII/11, Tonbandmitschnitt vom 7.3.1989: "Untersetzung des Exportes in das NSW zu Lasten der Versorgung der Bevölkerung im 2. Halbjahr 1989", gez. IM; BStU, ZA, HA XVIII 554, Bl. 1f.

507 Gemeint waren die Volkskammerwahlen vom 8.5.1989.

508 Schreiben von Schalck an Mielke vom 3.5.1989 mit Stellungnahme der HA XVIII "zum beabsichtigten Abschluß eines zusätzlichen kommerziellen Vertrages zur Abnahme von Hausmüll aus Hamburg und dessen Verbringung auf die Deponie Schöneiche/Zossen/Potsdam"; BStU, ZA, HA XVIII 5748, Bl. 11–14.

Über das Schwinden der internationalen Kreditwürdigkeit der DDR angesichts der Massenflucht informierte der Präsident der Deutschen Außenhandelsbank (DABA), Polze, kurz vor der Wende die HA XVIII/4. Diese berichtete, Polze vertrete die Ansicht, daß eine "exakte Analyse" der Wirtschaft mit festgelegten Prioritäten vorzunehmen sei. Er habe beispielhaft auf den Einfluß der "Konterrevolution" in Ungarn und Polen aufgrund der Verschlechterung der Lage durch Verschuldung und Kreditstopp verwiesen. Weiterhin habe er die Privilegienwirtschaft "ab einer bestimmten Ebene entschieden verurteilt."[509]

Erst der Sturz Honeckers und Mittags am 17. Oktober gab den Weg frei für die sogenannte exakte Analyse mit neuen Prioritäten. Am 31. Oktober legte der damit von Egon Krenz beauftragte Planungschef Schürer dem Politbüro "ein ungeschminktes Bild der ökonomische Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" vor.[510] Dieses als "Schürerpapier"[511] in die Geschichte eingegangene Dokument war die erste schonungslose, zusammenfassende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem VIII. Parteitag von 1971, mit der das gesamte Politbüro konfrontiert wurde; denn unter Honecker waren die prekären ökonomischen Fragen, insbesondere aber Zahlungsbilanzthemen, wie Schürer berichtete, seit 1977 nur noch in wechselnder Zusammensetzung im sogenannten Kleinen Kreis beraten und beschlossen worden.[512] Das Papier gipfelte in dem Offenbarungseid, "daß lediglich ein Stoppen der Verschuldung 1990 zur Senkung des Lebensstandards um 25 – 30 vH führen und damit die DDR unregierbar machen würde". Die Nettoverschuldung der DDR wurde damals mit 49 Mrd. DM angegeben.[513] Eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer Wirt-

---

509 HA XVIII/4: Information "über ein Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Außenhandelsbank AG, Genossen Polze," vom 13.10.1989; BStU, ZA, HA XVIII 4672, Bl. 3–5. Anlage: Brief von Schalck an Polze über die Rückstufung der DDR von Platz 28 auf 31 der Weltrangliste der Kreditbewertung durch das New Yorker Research Institute vom 12.10.1989; ebenda, Bl. 2f.

510 "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" vom 27.10.1989, Geheime Verschlußsache b 5-1155/89, Vernichtung: 31.12.1989, Geheimhaltungsgrad darf nicht verändert werden; BStU, ZA, HA XVIII 3314, Bl. 2–23. Der Analyse beigegeben war die Geheime Kommandosache (Gekados) b 5-1156/89 vom 27.10.1989 (Zusatzinformation zur GVS "Analyse der ökonomische Lage der DDR mit Schlußfolgerungen"; ebenda, Bl. 24–26. Beides erstmals dokumentiert in: Deutschland Archiv (25) 1992, S. 1026 (Gekados) und S. 111–1120.

511 Mitautoren waren Außenhandelsminister Beil, Staatssekretär und OibE Schalck, Finanzminister Höfner sowie der Leiter der Zentralverwaltung für Statistik, Donda.

512 Vgl. Protokoll der 10. Tagung des ZK; BStU, ZA, SdM 389, S. 117f.

513 Analyse, Bl. 19. Diese 49 Mrd. DM wurden durch Schalck und die stellvertretende Finanzministerin Herta König am 14.11. gegenüber Modrow auf 38 Mrd VM (20,6 Mrd US $) abgesenkt. Die Deutsche Bundesbank stellte dann zum Stichtag der Währungsumstellung nur noch eine Netto-Auslandsverschuldung der DDR von 27,4 Mrd. DM fest. Vgl. Deutsche Bundesbank: Modalitäten der Währungsumstellung der Deutschen Demokratischen Republik zum 1. Juli 1990, Sonderdruck aus Monatsberichten Juni, Juli, Oktober 1990, S. 22. Zur vermutlich tatsächlichen Verschuldung vgl. Armin Volze: Ein großer Bluff – Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 701–713. Nach Volzes Recherchen hatte offensichtlich sogar Schalck den Überblick über die tatsächliche Verschuldung verloren, nach seinen Schätzungen belief sich Ende 1989 die Nettoverschuldung lediglich auf etwa 13 Mrd. US $. Bisher liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, daß die HA XVIII den Durchblick hatte. Vgl. Gerhard Schürer: Das Ende der DDR-Wirtschaft, in: ANsichten zur Geschichte der DDR, 1996, Bd. VI, S. 375–408, hier 391–393.

schaftsreform, war die Schlußfolgerung. In ihrer prompten Stellungnahme[514] stimmte die HA XVIII der Vorlage zum 31. Oktober vollinhaltlich zu und plädierte wie üblich bei derartigen Stellungnahmen zu Politbürovorlagen auf Zustimmung.[515]

Am 27. Oktober hatte Kleine seine Abteilungsleiter und die Leiter auf der Linie XVIII zu einer Arbeitsberatung geladen.[516] Thema waren die politisch-operativen Aufgaben der Planorientierung für 1990. Mit der Begründung, daß die Leiter der Abteilungen in der Hauptabteilung und der Abteilung XVIII in den Bezirksverwaltungen "mit bestimmten volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen vertraut sein" müßten, um die auftretenden Probleme bei der Arbeit richtig einordnen zu können, hielt Kleine ein langatmiges aber deutliches Referat.[517] Soweit bisher belegt, war das sein Schwanengesang.[518] Bei Abfassung dieses Referates war ihm Schürers Krisenpapier kaum, die tatsächliche ökonomische Lage aber zweifellos bekannt.

Seine Ausführungen basierten auf einem Referat, daß er vor "leitenden Kadern" des MfS gehalten hatte und lehnten sich an die erste Rede von Krenz am 18. Oktober an. Ausführlich wurde von Kleine anfangs die schon erwähnte Information Polzes zur Kreditwürdigkeit der DDR zitiert und die Zahlungsfähigkeit als Existenzfrage des Sozialismus in der DDR beschworen.[519] Zahlen zur Verschuldung nannte er in der überlieferten Schriftform nicht. Hinsichtlich der operativen Tätigkeit, auch angesichts der Massenflucht, fiel Kleine nichts anderes ein, als die Bedeutung der OV- und OPK-Bearbeitung hervorzuheben; diese als Schwerpunkt und der IM-Einsatz hätten sich noch stärker auf die "Personifizierung feindlich-negativer Gruppierungen" zu konzentrieren.[520]

Welche Wirkung Kleines Referat hatte, ist nicht bekannt. Den Abteilungsleitern war die ökonomische Misere besser vertraut als jedem anderen. Dennoch dürften auch sie den Gesamtzusammenhang nicht gekannt haben. Noch stand ja die Mauer und die Hoffnung auf Hilfe aus Moskau war nicht begraben. Diese hegte vor allem auch Mielke. Über sein einziges Vier-Augengespräch mit Mielke während seiner Amtszeit im Juni 1989 berichtet Schürer, dieser hätte auf seine Mitteilung, daß ohne Führungswechsel die DDR, für deren Sicherheit Mielke die

---

514 Ohne Herkunft, "zur Vorlage für das Politbüro Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen" vom 30.10.1989, abgez.: Kleine; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 151, S. 73f. In den Unterlagen Mittigs befindet sich die Politbürovorlage GVS b 5-1158/89 ohne den Teil I mit Datum 30.10. Das wortgleiche Exemplar in den Unterlagen der HA XVIII mit Datum 27.10. war danach ein Vorabexemplar.

515 Vgl. BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 151, Bl. 51–542. Die Akte enthält die Stellungnahmen des MfS zu Politbürovorlagen des Jahres 1989, nicht nur aus der HA XVIII.

516 Einladung vom 6.10.1989; BStU, ZA, HA XVIII 565, Bd. 4, Bl. 1.

517 Ebenda, Bl. 3–54, hier 5.

518 In den bisher vorliegenden Unterlagen, insbesondere den Protokollen vom Oktober/November 1989, findet sich kein weiteres Referat Kleines; BStU, ZA, HA XVIII 4601.

519 Ebenda, Bl. 7–9. Tatsächlich hätte eine Umschuldung bei Eintritt einer etwaigen Zahlungsunfähigkeit bedeutet, daß der Internationale Währungsfonds die wirtschaftlichen Entscheidungen für die DDR getroffen hätte. Der andere Weg einer rigerosen Austerity-Politik wie in Rumänien war wegen der dann zu erwartenden "Unregierbarkeit" der DDR , siehe Schürer, nicht gangbar.

520 Ebenda, Bl. 49f.

Verantwortung trüge, in Kürze "bankrott" gehen würde, mit den Worten reagiert: "Mach Dir keine Sorgen Gerhard, man wird uns schon nicht im Stich lassen."[521]

Nach Mielkes groteskem letzten Auftritt vor der Volkskammer am 13. November 1989 verfaßten Kleine und der Parteisekretär der HA XVIII Kopprasch umgehend einen indignierten Brief an das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüromitglied Wolfgang Herger.[522] Tief enttäuscht und besorgt über die "unzureichende" Darstellung Mielkes warteten sie mit der "Erfolgsbilanz" der HA XVIII auf. Diese hätte seit 1975 ständig über die sich "zuspitzenden grundsätzlichen Probleme" mit konstruktiven Vorschlägen zur Abhilfe die MfS-Leitung informiert, was ihres Wissens auch an die Partei- und Staatsführung weitergegeben worden sei. Zu Politbürovorlagen habe es ständig Stellungnahmen mit kritischen Hinweisen gegeben. Durch enge Zusammenarbeit mit den Diensteinheiten in Bezirken und Kreisen hätten sie partielle Veränderungen bei prekären Situationen vor Ort erreichen können. Lediglich 156.804 Valutamark (DM) hätten sie von 1986–1989 verbraucht, dafür aber 6.576.881 DM durch "Wiedergutmachungszahlungen" für Rechtsverletzungen von Personen und Firmen aus dem Westen eingetrieben. Von Fachministern und Generaldirektoren sei ihre wertvolle Beschaffungstätigkeit auch auf dem Sektor Hochtechnologie mehrfach gewürdigt worden und schließlich hätten sie auch noch Spione enttarnt.

Auf einer Arbeitsberatung am 16.11. traf Kleine unter anderem erste Vorbereitungen zu einer zentralen Vernichtungsaktion von operativem Material.[523] Vom 24. November 1989 ist das letzte Protokoll einer Arbeitsberatung zur künftigen Arbeit der HA XVIII im Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) unter der Leitung von Kleine überliefert.[524] Danach waren außer dem Wegfall der HA XVIII/9 (Wirtschaftsbeziehungen) keine Strukturveränderungen vorgesehen, in den Strukturen der Abteilungen sollte sich eine IM- und vorgangsbezogene Arbeit wiederfinden. Prinzipiell sollten zukünftig weder durch Diensteinheiten der Abwehr noch der Aufklärung "Kompetenzeingriffe" in Wirtschaft und Wissenschaft erfolgen. Zur Umgestaltung kam es nicht mehr. Am 6. Dezember wurde Kleine abgelöst.[525]

Unter der Leitung des 1. Stellvertreters Böhm fand am 12. Dezember vermutlich die letzte Beratung mit den Abteilungsleitern in weitgehend alter Besetzung statt.[526] Lediglich der Leiter der HA XVIII/4 (Planung und Finanzen), Roigk, fehlte wegen Krankheit ebenso der Leiter

---

521 Gerhard Schürer: Gewagt und verloren, Frankfurt/Oder 1996, S. 147.

522 GO der HA XVIII vom 14.11.1989; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 211f.

523 Leiter der HA XVIII: "Protokoll einer Beratung des Leiters der HA XVIII" vom 16.11.89, Teilnehmer: Böhm, Pulow, Kopprasch, Leiter der Abteilungen, APO-Sekretäre, Mitglieder der GO-Leitung; BStU, ZA, HA XVIII 433, Bl. 28f.

524 HA XVIII, Protokoll "über die Beratung zu den zukünftigen Arbeitsinhalten und der Struktur der HA XVIII im Amt für Nationale Sicherheit" vom 24.11.1989. Teilnehmer außer Kleine: Böhm, Pulow, Kieseler, Janzen; BStU, ZA, HA XVIII 4601, Bl. 1–5.

525 Vgl. zur Ablösung der Generalität Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, hrsg. vom BStU, BF informiert Nr. 5/1994, S. 70–72.

526 1. Stellvertreter des Leiters der HA XVIII: "Protokoll einer Beratung der HA XVIII" vom 12.12.1989; BStU, ZA, HA XVIII 433, Bl. 41–43.

der HA XVIII/8 (Elektrotechnik und Elektronik), Wenzel. Er hatte sich am 5. Dezember 1989 nach seiner vorläufigen Festnahme vor dem Dienstsitz der HA XVIII/8, dem Haus der Elektrotechnik am Alexanderplatz, das Leben genommen.[527] Unter den dort beschlagnahmten Unterlagen fanden sich Listen über die von Kleine im Brief an Modrow aufgeführten "erwirtschafteten" DM-Beträge, aus sogenannten Wiedergutmachungszahlungen an die HA XVIII/8 in Höhe von rund 9,5 Mill. DM seit 1983, wovon rund 6,5 Mill. DM an die Finanzstelle des MfS und knapp 3 Mill. DM an den Bereich KoKo abgeführt worden waren.[528]

Liquidator der HA XVIII wurde Oberst Pulow. Nach einem Zeitplan für die Auflösung vom 22. Januar 1990, also nach dem Sturm der Zentrale am 15. Januar, bestand offenbar noch die Vorstellung, daß 90 vH des Gesamtbestandes von 90 t Schriftgut vernichtet werden könnte.[529] Nach Aufstellungen vom 12. und vom 26. Februar wurde das Schriftgut der Abteilungen 1–3, 5–7, 9–11 und 13 zusammengeführt. Es belief sich auf 737 laufende Meter.[530] Im Zentralarchiv des BStU sind heute 776 laufende Meter Unterlagen der HA XVIII erhalten.

Nach dem Untergang widerfuhr den ehemaligen Mitarbeitern der HA XVIII wie dem gesamten MfS schwerste Diskreditierung ausgerechnet durch Honecker, der "fast alle Informationen [...] auch hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung" gelesen haben wollte, diesen aber "wenig Beachtung geschenkt" hätte, "weil all das, was dort drin stand, man auch aus den Berichten westlicher Medien gewinnen konnte".[531]

Schlagzeilen machte die HA XVIII erst postum im Jahre 1994, als das Schürerpapier durch nachlässig recherchierende Journalisten zwei Jahre nach seiner Erstveröffentlichung zum von der allwissenden HA XVIII verfaßten, bisher unbekannten, geheimen Stasi-Papier mutierte.[532]

---

527 Militäroberstaatsanwalt Abteilung I: "Schlußbericht in der Strafsache Dr. Artur Wenzel" vom 1.3.1990, dokumentiert in: Beschlußempfehlung und Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses vom 27.5.1994, BT 12/76000, Anlageband 3, S. 3423–3437.

528 Militäroberstaatsanwalt Abteilung I: "Protokoll über die Durchsicht weiterer beschlagnahmter Unterlagen der Beschlagnahme vom 12.12.1989 im Haus der Elektrotechnik/Elektronik (MfS-Dienststelle im Seitenflügel)" vom 19.2.1990; ebenda, S. 3438–3441.

529 HA XVIII: "Vorgesehener Ablauf für die Auflösung der HA XVIII" (handschriftlich) vom 22.1.1990; BStU, ZA, HA XVIII 5587, Bl. 5–7.

530 HA XVIII: "Meldung" über die Zusammenführung des Materials (handschriftlich); ebenda, Bl. 15f. und Bl. 30f.

531 Vgl. Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg: Der Sturz – Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1991, 4. Aufl., S. 312.

532 Wolfgang Gast: "Die Staatssicherheit sagte der DDR ihre Pleite voraus" und "Die DDR kurz vor dem großen Crash", in: die Tageszeitung vom 23.9.1994, S. 3; Peter Schmalz: "Pump und Pleite", in: Die Welt vom 30.9.1994, S. 6; Regina Mönch: "Letzte Geschichten aus der DDR – die Pleite", in: Der Tagesspiegel vom 27.10.1994, S. 3. Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt: Niedergang, S. 594–595. Leider fand diese Zeitungsente auch Eingang in wissenschaftliche Publikationen. Vgl. Bernhard Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Karl Wilhelm Fricke und Bernhard Marquardt (Hrsg.): DDR-Staatssicherheit, Bochum 1995, S. 170–193.

5 Vorläufiges Fazit

Auch im siebenten Jahr nach seinem Ende ist die spezifische Rolle des MfS in der Wirtschaft weitgehend ein weißer Fleck. Die bisherige Forschung ist marginal, es liegt lediglich ein einziger kursorischer Überblick im Rahmen der Materialien der Enquete-Kommission von Arno Seul[533] vor. Eine weitere Untersuchung von Franz-Otto Gilles und Hans-Hermann Hertle[534] über die drei Chemie-Objektdienststellen Buna, Leuna und Bitterfeld vermittelt erstmals Einblicke in die Qualität und Quantität der Arbeit der Linie XVIII vor Ort. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Analyse wurden in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU zwei Diensteinheiten der HA XVIII, die Fachabteilungen XVIII/5 (Wissenschaft und Technik) und XVIII/8 (Elektrotechnik und Elektronik) gesondert von Reinhard Buthmann untersucht.[535]

Fraglos ist die Ursache für die noch im Anfangsstadium steckende Forschung der geringe Erschließungsstand der Unterlagen im Zentralarchiv von lediglich 25 vH. Von den Fachabteilungen sind zum Beispiel lediglich zwei, die HA XVIII/7 (Außenhandel) und die HA XVIII/8 (Elektrotechnik und Elektronik) teilerschlossen. Von den Unterlagen der für diesen Beitrag besonders wichtigen AKG ist bisher nur ein Zehntel erschlossen. Aber auch die rigorose Abwicklung von wissenschaftlicher Fachkompetenz zur DDR-Wirtschaft in den neuen und alten Bundesländern behindert die Forschung.

In der vorliegenden Arbeit ist erstmals versucht worden, die 40jährige Geschichte, die Struktur und Methoden der HA III/XVIII nachzuvollziehen, eine abschließende "Würdigung" verbietet sich jedoch nicht nur aufgrund der lückenhaften Erkenntnisse, sondern auch wegen des spezifischen Charakters als Beitrag zum Handbuch "Anatomie der Staatssicherheit", dessen Schwerpunkt die Entwicklung einer Diensteinheit der Zentrale ist. Sie war "federführend" für die Sicherung der Volkswirtschaft, operierte aber nur in den zentralen staats- und wirtschaftsleitenden Organen. Für eine detaillierte Analyse der Rolle der Staatssicherheit in der Wirtschaft ist damit nur der Rahmen umrissen. Das tatsächliche Ausmaß der Einflußnahme bedarf intensiver Erforschung der Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen und der Kreisdienststellen. Wenn im Folgenden einige allgemeine Aussagen zur zeithistorischen Einordnung der HA III/XVIII in die MfS-Geschichte und die DDR-Wirtschaftsgeschichte getroffen werden, kann das nur unter Vorbehalt geschehen.

Die HA III/XVIII mit dem Aufgabengebiet "Sicherung der Volkswirtschaft" gehörte zu den Diensteinheiten der ersten Stunde. Ihre Entwicklungsgeschichte spiegelt daher MfS-

---

533 Arno Seul: Das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Volkswirtschaft, in: Enquete-Kommission, Bd. VIII, S. 532–548.

534 "Überwiegend Negativ." Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung, hrsg. von der Freien Universität, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin, Oktober 1994. Auszug nachgedruckt in Deutschland Archiv 29 (1996), S. 48–57.

535 Reinhard Buthmann: Forschung und Hochtechnologie, BStU, Abt. BF. In Vorbereitung.

Geschichte über die volle Distanz von 40 Jahren wider. Da aber der Schutz der Volkswirtschaft eine schon aus der Gründungsgeschichte des MfS abzuleitende, zentrale, alle Diensteinheiten betreffende Aufgabe war, hatte die HA III/XVIII keine herausragende Stellung. Das trifft besonders in den fünfziger, aber auch noch Anfang der sechziger Jahre zu, als die Hauptaufgabe wie bei allen Abwehreinheiten des MfS in der Aufdeckung von Spionage und Sabotage – oder was dafür gehalten wurde – und in der Verhinderung von Republikflucht bestand. Auch die Fusionspläne von HA III und HA V im Jahre 1963 lassen vermuten, daß eine fachspezifische Diensteinheit mit entsprechend qualifizierten Mitarbeitern für verzichtbar gehalten wurde. Immerhin gehörte aber seit Ende 1957 auch der Leiter der HA III zum Leitungsgremium des MfS, dem Kollegium.

Mit den Reformexperimenten im Rahmen des NÖS und ÖSS erhielt die Arbeit der HA XVIII eine stärker ökonomisch orientierte Ausrichtung, der der damalige Leiter Weidauer mangels Kompetenz zum Opfer fiel. Die Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse der Wirtschaftseinheiten, das heißt, die zeitweilige Ablösung der imperativen zentralen durch eine mehr indikative Planung zog besonders ab 1965 als systemsicherndes Element den Ausbau des Überwachungs- und Kontrollnetzes nach sich. Das erforderte sowohl von den hauptamtlichen Mitarbeitern als auch von Sicherheitsbeauftragten und IM neben der tschekistischen auch fachspezifische Qualifikation, um ihrer Kontrollaufgabe gerecht werden zu können. Erstmals wurden Aufgaben und Verantwortlichkeit der HA XVIII in einem linienspezifischen Grundsatzdokument der Richtlinie von 1964 geregelt.

Die Reorganisation der Wirtschaft in der Reformphase nach dem Industriezweigprinzip, die veränderte Leitungstätigkeit und die "Verwissenschaftlichung" der Arbeitsweise mittels analytischer und prognostischer Tätigkeit dürfte im MfS-Maßstab die HA XVIII möglicherweise am stärksten geprägt haben, obwohl Mielke 1963 für das gesamte MfS eine neue Einschätzung der Probleme und die Veränderung der politisch-operativen Arbeit gefordert hatte. Aus diesem Umfeld heraus entwickelte sich die HA XVIII zu einer derjenigen Diensteinheiten, deren Ausbildungsniveau erheblich über dem MfS-Durchschnitt lag. Daran hatten die beiden Leiter Mittig und Kleine wesentlichen Anteil.

Mit dem zweiten Grundsatzdokument, der Richtlinie 1/69, erhielt die HA XVIII Koordinierungsfunktionen bei der Überwachung der Volkswirtschaft gegenüber den übrigen Diensteinheiten. Im letzten Grundsatzdokument von 1982 wurde diese Rolle mit dem Terminus "federführend" festgeschrieben. Gleichzeitig rückte mit der wachsenden ökonomischen Krise die "Gewährleistung der hohen inneren Stabilität der Wirtschaft" in den Mittelpunkt.

Mit der beginnenden innenpolitischen Krise ab Mitte der achtziger Jahre, und deren Eskalation im Jahre 1989, konzentrierte sich die Arbeit der HA XVIII/Linie XVIII wie die des gesamten MfS schwerpunktmäßig auf die personenbezogene Überwachung von potentiellen Übersiedlern, Fluchtverdächtigen und Antragstellern auf dauernde Ausreise im Sicherungs-

bereich. Wenn auch die Methoden subtiler geworden waren, ergaben sich hier Parallelen zur Zeit vor dem Mauerbau.

Auftrag und Selbstverständnis des MfS – de iure Staatsorgan – als Herrschaftsinstrument der Partei und Disziplinator staatlicher Organe manifestierte sich frühzeitig auch in den Aktivitäten beim sogenannten Aufbau des Sozialismus nach der zweiten Parteikonferenz im Juli 1952. In diesem Zusammenhang bezeichnete Zaisser und zwar vermutlich zum ersten Mal im April 1953 das MfS als "Scharfes Schwert" der Arbeiterklasse beim "Aufbau des Sozialismus".[536] Kurz darauf forderte Walter Ulbricht nicht nur die exakte Kenntnis der jeweiligen Parteilinie von den MfS-Mitarbeitern, sondern verlangt von ihnen auch "alles zu wissen".[537]

Die Parteilinie als Determinante der jeweiligen Aufgaben dieser Diensteinheit ist kontinuierlich über die Jahrzehnte dokumentiert. Unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 begann der Aufbau der Überwachung als "Frühwarnsystem" in der sozialistischen Wirtschaft. Neben der offiziellen direkten Bearbeitung durch hauptamtliche Mitarbeiter in volkswirtschaftlichen Schwerpunktbetrieben begann die systematische Rekrutierung geeigneter inoffizieller Mitarbeiter. Ab 1955 sind die Anfänge der Sicherheitsüberprüfungen dokumentiert, die sich auf sämtliche leitende Personen in wichtigen Bereichen der Wirtschaft erstreckte. Im Zuge der Übertragung der Zuständigkeit für den Geheimnisschutz an das MfS im Jahr 1958 wurde mit der sogenannten Kadersicherung[538] die Personalpolitik zum wichtigsten Einflußbereich des MfS in der Wirtschaft. Bei Besetzung und Ablösung ("Herauslösung") von Leitungskadern sowie bei der Genehmigung von Auslandsreisen bestand entscheidende Mitsprache, allerdings nur bis in die mittlere Leitungsebene. Tabu war die Nomenklatura, so etwa Generaldirektoren oder der Günter Mittag unterstellte KoKo-Bereich.

Ebenfalls aus dem Jahr 1955 datiert der erste ausdrückliche Spionageauftrag gegenüber der als Abwehreinheit definierten Linie III. Hier ging es nicht um gängige Industriespionage, sondern um umfassende Wirtschaftsspionage als Beitrag zum Aufbau neuer Industriezweige wie etwa der elektronischen Datenverarbeitung in den sechziger Jahren oder der Mikroelektronik in den achtziger Jahren, hier gekoppelt mit der Brechung des COCOM-Embargos.

Der Beginn der sechziger Jahre markiert mit dem veränderten ökonomischem Umfeld nach dem Mauerbau signifikante Veränderungen im Selbstverständnis und in der Funktionsweise, die in der Reformperiode dann ihre systematische Ausgestaltung erfahren. Als neues Merkmal tritt neben die partielle Mängelberichterstattung die gesamtwirtschaftliche "Gutachtertätigkeit", die in den achtziger Jahren ständig anschwillt; erstmals ist sie 1961 im Zusammenhang mit der Aktion "Störfreimachung" dokumentiert.

---

536 Befehl 171/53 vom 25.4.1953, S. 1-3, hier 1; BStU, ZA, DSt 100061. Vgl. Karl Wilhelm Fricke: MfS-intern, Köln 1991, S. 11.

537 Protokoll "des Referates des Genossen Walter Ulbricht anläßlich der Parteiaktivtagung vom 28.5.1953 im Klub Orankesee"; BStU, ZA, SdM 1199, Bl. 232–260, hier 235f.

538 Vgl. Reinhard Buthmann: Auftrag Kadersicherung, BStU, Abt. BF. In Vorbereitung.

Ebenfalls in dieser Zeit tritt im Zuge des Ausbaus des sogenannten vertrauensvollen Zusammenwirkens mit Leitungskadern die "Ventilfunktion" des MfS für frustrierte Wirtschaftsfunktionäre hervor. Vor allem in den achtziger Jahren sind hinsichtlich der Ohnmacht von Staats- und Wirtschaftsorganen gegenüber realitätsfernen Entscheidungen der Politbürokratie eindrucksvolle Zeugnisse überliefert. Diese Ventilfunktion gipfelt angesichts der eskalierenden ökonomischen Krise der achtziger Jahre in massive Kritik hochkarätiger Wirtschaftsexperten an der Ausschaltung des Ministerrates durch Mittags "zweites Leitungssystem im ZK" (vgl. Abschnitt 3.4.1). Ob und in welcher Form Mielke derartige Gutachten weitergegeben hat, ist schwer feststellbar.[539]

Die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre luden wachsende Sorgen und zunehmende Verzweiflung bei ihren offiziellen Verbindungsleuten oder inoffiziellen Führungsoffizieren ab, denn nirgendwo sonst konnte Kritik gefahrlos laut werden. Es bestand die Erwartung, daß das MfS aufgrund seiner "Allmacht" etwas bewegen könne. Diese Haltung führt letztlich zu der häufig gestellten Frage: Warum hat das MfS, trotz intimer Kenntnis vom Verfall der Wirtschaft, nichts unternommen? In seinem Rollenverständnis als Schild und Schwert der Partei war das MfS Erfüllungsgehilfe der Partei, es hatte keine wirtschaftspolitische Entscheidungskompetenz. Seine Allmacht bestand in der Kontrolle der Durchsetzung der Parteilinie. Dafür stand das gesamte repressive Instrumentarium zur Verfügung. Seine direkte Einflußnahme beschränkte sich auf die wirtschaftlichen Institutionen und war und blieb in erster Linie personenbezogen. Die Bemühungen um Abhilfe der zunehmenden Störanfälligkeit bedingt durch technischen Verschleiß in den achtziger Jahren zeitigten aufgrund der immer knapper werdenden Investitionsdecke, wenn überhaupt, nur punktuelle Erfolge.

Die Allwissenheit suggerierende wirtschaftspolitische "Gutachtertätigkeit", die aus der veränderten Arbeitsweise der sechziger Jahre entstand, hatte höchstwahrscheinlich seinen Ursprung in Mielkes Ehrgeiz. Sie ging weit über den im Statut von 1969 niedergelegten Auftrag hinaus, "die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne, Absichten und das gegnerische Potential sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu informieren".[540]

Tatsächlich war das MfS nicht einmal Empfänger von ökonomischen Primärdaten, sondern bezog diese von seinen Quellen, was mehr oder weniger aufwendige Recherchen erforderte, die häufig kenntnisreich und ohne ideologische Verbrämung verarbeitet wurden. Diese Recherchen waren ebenso wie die Eingriffe in die Personalpolitik durch die Partei begrenzt. Offenbaren die Akten einen dichten Informationsfluß aus den mit OibE und IM durchsetzten

---

539 In der Anlage zu Kleines empörter Reaktion auf Mielkes Abschiedsvorstellung in der Volkskammer am 13.11.1989 befindet sich eine Auswahl der nach seinem Wissen an die Parteiführung weitergegebenen Informationen der HA XVIII. Darunter wird auch das Expertengutachten vom 24.11.1980 genannt: "Hinweise zu ausgewählten konkreten Informationen"; BStU, ZA, SdM 2289, Bl. 213f.

540 "Statut des Ministeriums für Staatssicherheit" vom 30. Juli 1969; BStU, ZA, SdM 1574, Bl. 7–16.

Sicherungsbereichen Staatliche Plankommission oder den Ministerien, so floß aus Mittags ZK-Abteilung allenfalls ein Rinnsal. Entsprechend klagte Kleine im Juni 1989, daß keinerlei Materialien über die Vorbereitung des 8. Plenums des ZK "zugänglich" seien.[541] War die Parteiführung schon nicht bereit auf alarmierende Primäranalysen etwa der staatlichen Plankommission zu reagieren[542], warum hätte sie dann die wirtschaftspolitischen Sekundärinformationen des MfS ernst nehmen sollen?

Schließlich bleibt der Erkenntniswert der Hinterlassenschaft der HA XVIII für die wirtschaftshistorische Forschung. Trotz des niedrigen Erschließungsstandes läßt sich schon jetzt feststellen, daß hier beachtliches Material vorliegt, das facettenreich Wirtschaftsentwicklung, Planaufstellung und Planvollzug, angereichert mit Hintergrundmaterial, reflektiert. Neue wirtschaftspolitische Erkenntnisse werden kaum vermittelt, dafür tiefe Einblicke in die über 40 Jahre währende Verquickung von Partei, Staat und MfS und dessen Allgegenwart in der Wirtschaft.

Der vorläufige Befund lautet daher: Die Wirtschaft der DDR stand von Beginn an in ständigem Widerspruch zwischen ökonomischer Realität und dem Primat der SED-Politik. Die Funktionsmängel der in der DDR bis zum Schluß bestehenden starren Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs wie Schwerfälligkeit, Ineffizienz, Innovationsträgheit, mangelnde Privatinitiative sowie Kostenintensität wurden durch die Funktions- und Wirkungsweise von Mielkes Stasibürokratie noch potenziert. Als dritte Kraft, zusammen mit Partei- und Staatsbürokratie, mischte sie sich verdeckt oder offen in das wirtschaftliche Geschehen ein. Unbeschadet spezifisch sachbezogener Aufgaben, die sie erfüllte, wirkte sie auch in der Wirtschaft gegen die eigenen Bürger.

---

541 Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter der ZAIG vom 10.6.1988; BStU, ZA, Arbeitsbereich Mittig 141, Bl. 174.

542 Vgl. Siegfried Wenzel: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED, in: ANsichten zur Geschichte der DDR, Berlin 1996, Bd. VI, S. 89–164.

Tabellenverzeichnis

Verzeichnis der Strukturschemata

Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
AdL	Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
ADR	Auslandsdienstreisende
AdW	Akademie der Wissenschaften
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AH	Außenhandel
AHB	Außenhandelsbetrieb
AI	Auswertung und Information
AIM	Archivierter IM-Vorgang
AK	Arbeitskräfte
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AL	Abteilungsleiter
ALF	Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau
AOP	Archivierter Operativer Vorgang
AOPK	Archivierte Operative Personenkontrolle
APO	Abteilungsparteiorganisation
BdL	Büro der Leitung
BKK	Bereich Kommerzielle Koordinierung
BMK	Bau- und Montagekombinat
BND	Bundesnachrichtendienst
BO	Berufsoffizier
BSB	Betrieb mit staatlicher Beteiligung
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BU	Berufsunteroffizier
BuS	Brände und Störungen
BV	Bezirksverwaltung
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy (Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik)
DABA	Deutsche Außenhandelsbank
DE	Diensteinheit
Dez.	Dezernat

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIA	Deutscher Innen- und Außenhandel
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DLB	Dienstleistungsbetrieb
DSt	Dokumentenstelle
DV	Datenverarbeitung
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
E+A	Erfassung und Aufkauf
EG	Europäische Gemeinschaft
EGS	Entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus
FDGB	Feier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
FS	Fachschule
GBl.	Gesetzblatt
Gekados	Geheime Kommandosache
GHI	Geheimer Hauptinformator
GI	Geheimer Informator
GM	Geheimer Mitarbeiter
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
GSSD	Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland
GV	Gruppenvorgang
GVS	Geheime Verschlußsache
HA	Hauptabteilung
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
HfÖ	Hochschule für Ökonomie (Berlin-Karlshorst)
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HS	Hochschule
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IA	Information, Auswertung, Kontrolle
IAI	Industrieanlagenimport
IDH	Innerdeutscher Handel
IHZ	Internationales Handelszentrum

IJK	Internationale Juristenkommission
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz
IMF	Inoffizieller Mitarbeiter der inneren Abwehr mit Feindverbindungen zum Operationsgebiet
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit
IMV	Inoffizieller Mitarbeiter, der unmittelbar an der Bearbeitung und Entlarvung der im Verdacht der Feindtätigkeit stehenden Personen mitarbeitet
IPW	Institut für Politik und Wirtschaft
ITA	Ingenieurtechnischer Außenhandel
JHS	Juristische Hochschule des MfS
KD	Kreisdienststelle
KfS	Komitee für Staatssicherheit (Sowjetunion)
KG	Kommanditgesellschaft
KIL	Kapitalistische Industrieländer
K-M-S	Karl-Marx-Stadt
KO	Konspiratives Objekt
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
Kolchos	kollektiwnoje chosjaistwo (Kollektivwirtschaft/Genossenschaft)
KP	Kontaktperson
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch/KS	Kader und Schulung
KW	Konspirative Wohnung
KZ	Konzentrationslager
LFN	Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MAH	Ministerium für Außenhandel (ab 1973)
MAI	Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel (bis 1968)
MALF	Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau
MAW	Ministerium für Außenwirtschaft (ab 1968)
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MLF	Ministerium für Landwirtschaft und Forsten
MTS	Maschinen-Traktoren-Station

NÖS	Neues ökonomisches System
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OD	Objektdienststelle
o. D.	ohne Datum
OG	Operativgruppe, Operationsgebiet
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
ORB	Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg
OSL	Oberstleutnant
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
OV	Operativer Vorgang
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PID	Politisch-ideologische Diversion
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
RD	Rückwärtige Dienste
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RK	Reisekader
RL	Richtlinie
SAAS	Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SB	Sicherheitsbeauftragter
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SÖI	Sozialistische ökonomische Integration
Sowchos	sowetskoje chosjaistwo (Sowjetwirtschaft/Staatsgut)
SPK	Staatliche Plankommission
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik

SU	Sowjetunion
SWT	Sektor Wissenschaft und Technik
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
TU	Technische Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UUA	Unabhängiger Untersuchungsausschuß
V	Verwaltung
VAO	Vorlaufakte Operativ
VE	Verrechnungseinheit
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VEH	Volkseigene Handelsgesellschaft
VEK	Volkseigenes Kombinat
vH	vom Hundert
VM	Valutamark
VO	Verbindungsoffizier
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
VS	Verschlußsache
VVB	Vereinigung volkseigener Betriebe
W	Wismut
WEMA	Werkzeugmaschinenbau
ZA	Zentralarchiv
ZB	Zivilbeschäftigter
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZIGNA	Zentraler IM/GMS-Nachweis
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZV	Zentraler Vorgang
ZVdgB	Zentralvorstand der Vereinigung gegenseitiger Bauernhilfe
ZVOBl.	Zentrales Verordnungsblatt